



LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG

PNDD LUXEMBOURG

EIN NACHHALTIGES LUXEMBURG
FÜR MEHR LEBENSQUALITÄT

26. November 2010

Impressum

Herausgeber: Ministerium für Nachhaltige Entwicklung und Infrastrukturen

Redaktion: „Commission interdépartementale de développement durable“ der Luxemburger Regierung

Wissenschaftliche Begleitung: Dr. Joachim H. Spangenberg

Sprachliche Bearbeitung: Cecil A. Woas

Layout und Koordination: Comed

Druck: Imprimerie Centrale

Gedruckt auf Cyclus Offset Papier aus 100 % Recyclingfasern

Auflage: 1000 (Mai 2011)

INHALTSVERZEICHNIS

TEIL 1: WELCHE TENDENZEN STEHEN EINEM NACHHALTIGEN LUXEMBURG ENTGEGEN?

6

1. Übernutzung der natürlichen Ressourcen, Verlust der biologischen Vielfalt durch nicht-nachhaltigen Konsum und nicht-nachhaltige Produktion	8
1.1 Biologische Vielfalt	8
1.2 Ressource Wasser: Abwasserbehandlung und Reduzierung der diffusen Verschmutzungen	9
1.3 Ressource Boden	10
1.4 Ressource Luft	10
1.5 Ressource Material	11
1.6 Nachhaltigkeit von Konsum und Produktion	12
2. Zu hoher Flächenverbrauch: Bodenübernutzung und Zerstückelung der Landschaften mit negativen Wirkungen auf Landschaft und Erholung, Grundwasser und biologische Vielfalt	13
3. Ungebremste Klimaänderung vor allem durch wachsenden Energieverbrauch	14
4. Anhaltende Zunahme des Transports mit negativen Folgen für Klima, Energie- und Flächenverbrauch sowie für die Verkehrssicherheit: Notwendigkeit einer Entkoppelung von Wirtschaftsentwicklung und Verkehrsnachfrage	15
5. Prekarisierung der Bevölkerung	16
6. Gefährdung des Zusammenhalts der Gesellschaft (soziale Kohäsion)	16
7. Gefährdung der öffentlichen Gesundheit, Entwicklung von «Wohlstandskrankheiten»	18
8. Alterung der Gesellschaft mit Folgen für Sozialstruktur, Arbeitsmarkt und die Sozialschutzsysteme	19
9. Gefahr von Wirtschaftskrisen durch hohe Volatilität internationaler (Finanz-)Märkte	20
International	20
In Luxemburg	21
10. Risiko des Verlusts staatlicher Handlungsfähigkeit durch mangelnde finanzielle Ressourcen	22
11. Starke Einkommensunterschiede zwischen Nord und Süd, ungleicher Fortschritt in Sachen Armutsbekämpfung trotz Teilerfolgen	23
12. Herausforderungen des Bildungssystems bei der Qualifizierung und in der Nachhaltigkeitserziehung	24
12.1 Risiko der Entwicklung von Gruppen, die aufgrund mangelnder Bildung weder aktive Staatsbürger noch erfolgreiche Arbeitnehmer oder Selbständige werden, und damit für die soziale Kohäsion	24
12.2 Bildung für nachhaltige Entwicklung	25
13. Ungleiche Lebenschancen und Lebensqualität für Frauen und Männer	26
14. Defizite an kohärenter Governance	27
Krisenbewältigung durch Nachhaltigkeit	28

TEIL 2: DER WEG ZUM ZIEL: WIE DIE LEBENSQUALITÄT FÜR LUXEMBURG GESICHERT WIRD	31
HANDLUNGSZIELE UND MASSNAHMEN	33
I. UMWELT	33
(QZ 1) Natürliche Ressourcen: Schutz der biologischen Vielfalt, Erhaltung und nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	33
Biologische Vielfalt	33
Ressourceneffizienz	34
Ressourcenmanagement	35
Umweltqualität	35
Umweltinformation	36
(QZ 4) Klimaschutz: Begrenzung der Wirkungen von Klimaveränderungen und ihrer Kosten für Gesellschaft und Umwelt («mitigation and adaptation»)	36
Emissionsminderung	37
Energieeinsparung	37
Substitution	38
Senken	38
Klimaanpassungsplan	38
II. SOZIALE WELT	39
(QZ 3) Nachhaltige Entwicklung der Raumstruktur, nachhaltiges Bauen, Wohnen und Arbeiten	39
Planung	39
Monitoring	40
(QZ 7 & 8) Prekarisierung vermeiden/vermindern, Zugang zu Gerechtigkeit und Wirksamkeit des Sozialschutzes (Sicherung eines menschenwürdigen Lebens)	40
Soziale Sicherheit	41
(QZ 10) Gesundheit sichern, mehr Lebensqualität durch Förderung der physischen und psychischen Gesundheit, besserer Schutz vor Gesundheitsgefährdungen	42
Lebensweise	43
Krankheiten und Verletzungen	44
Weiteres	45
Demografischer Wandel	46
(QZ 2) Nachhaltiger Konsum - progressive Einführung von nachhaltigen Konsum- und Produktionsmustern	46
Wirtschaft	46
Staatskonsum	47
Haushaltskonsum	47
Ernährung und Landwirtschaft	48
III. WIRTSCHAFTSWELT	49
Vollbeschäftigung	49
Beschäftigung der älteren Arbeitnehmer (QZ 6)	50
Erwerbsquoten	50
Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit / Vollbeschäftigung für Schulabgänger (QZ 6)	50
(QZ 11) Wirtschaft krisensicherer machen, Wettbewerbsfähigkeit sichern, wirtschaftliche Diversifizierung	51
Mittel- und langfristig	51

(QZ 12) Zukunftsfähigkeit der Finanzen	52
(QZ 5) Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Verkehrsnachfrage	54
Verkehrsvermeidung	54
Ausbau des öffentlichen Transports	55
Nachhaltige Mobilität	55
IV. GESAMTGESELLSCHAFTLICHE ZIELE	56
Bildung	56
Flächendeckende Anhebung des Bildungs- und Qualifikationsniveaus (QZ 15)	56
Erwachsenenbildung	56
Qualifizierende Schulpolitik	57
Hochschulpolitik	57
(QZ 16) Bildung für nachhaltige Entwicklung	58
(QZ 17) Gleichstellung von Frauen und Männern	59
(QZ 18) Kohärenz der Politik und integrative Politikgestaltung	60
Institutionen	61
Nachhaltige Entwicklung in den Gemeinden	62
(QZ 9) Integration der nicht-luxemburgischen Mitbürger und der Grenzgänger	63
Äußere Dimension: INTERNATIONALE VERANTWORTUNG	65
Beiträge zur Beseitigung der Armut weltweit (QZ 13)	65
Förderung einer globalen nachhaltigen Entwicklung (QZ 14)	66

TEIL 3: MONITORING: VERTRAUEN IST GUT, KONTROLLE IST BESSER **67**

Dieses Dokument wurde erarbeitet mit der wissenschaftlicher Begleitung und Mitarbeit von Dr. Joachim H. Spangenberg.

EIN NACHHALTIGES LUXEMBURG FÜR MEHR LEBENSQUALITÄT

Nachhaltige Entwicklung geht alle an, denn im Kern geht es bei der hier vorgestellten Strategie für eine nachhaltige Entwicklung Luxemburgs um die Frage, wie wir morgen leben wollen, und wie wir gemeinsam dieses Morgen heute gestalten können.

Nachhaltige Entwicklung bedeutet, dauerhaft die Bedingungen für ein gutes Leben für alle zu erhalten, die in Luxemburg leben und arbeiten, für Bürger, Einwohner und Pendler. Die Brundtland-Kommission, die den Begriff der nachhaltigen Entwicklung allgemein bekannt gemacht hat, beschreibt diese als eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation derart Rechnung trägt, dass die Fähigkeit der künftigen Generationen, ihre Bedürfnisse zu befriedigen, nicht gefährdet wird. Sie benennt als Grundprinzipien nachhaltiger Entwicklung, dass die Wirtschaft die Bedürfnisse und legitimen Wünsche der Menschen (insbesondere der armen Menschen) befriedigen müsse, sie jedoch die ökologischen Grenzen der Erde nicht sprengen darf.

Dazu muss die gemeinsame Entwicklung von Wohn- und Arbeitsbevölkerung, von Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt eine nachhaltige Richtung nehmen, in der die folgenden fünf übergeordneten Grundprinzipien realisiert sind:

1. Erhalt einer hohen Lebensqualität und eines hohen Grades an menschlicher Entwicklung für die in Luxemburg lebende und arbeitende Bevölkerung; Selbstverwirklichung durch Freiheit in Verantwortung;
2. Respektierung der ökologischen, sozialen und kulturellen Rechte der zukünftigen Generationen und der anderen Nationen der Erde (intertemporale und internationale Verantwortung);
3. Respektierung der ökologischen Grenzen und der Regenerationsfähigkeit der Natur bei der Nutzung der uns zustehenden natürlichen Ressourcen;
4. Schutz des sozialen Zusammenhalts der Gesellschaft durch Gerechtigkeit und Solidarität;
5. Sicherung des wirtschaftlichen Wohlstands durch die Entwicklung einer zukunftsfähigen Wirtschaft mittels Diversifizierung und sozial-ökologischen Innovationen.

Diese übergeordneten Grundprinzipien spiegeln auch die Hauptziele einer nachhaltigen Entwicklung wider, welche der

Europäische Rat im Juni 2005 unter Luxemburger Präsidentschaft festgehalten hat¹, und sind Bestandteile der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung.²

Um sie umzusetzen, verabschiedete die Regierung im April 1999 den nationalen Plan für eine nachhaltige Entwicklung. Dieser Plan hielt folgende Grundvoraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung Luxemburgs fest:

- eine leistungsstarke und nachhaltige Wirtschaft,
- Schutz der Umwelt und der natürlichen Ressourcen,
- sozioökonomische Gerechtigkeit und
- soziale Absicherung.

Diese Grundvoraussetzungen wurden ergänzt durch folgende Unterstützungsstrategien:

- internationale Zusammenarbeit,
- integrierte Raumplanung,
- nachhaltige Entwicklung in den Gemeinden,
- Information, Bildung und Weiterbildung.

2007 stellte man jedoch fest, dass internationale wie nationale, der Nachhaltigkeit entgegenstehende Trends sich fortsetzen und sich neue Herausforderungen auch für Luxemburg offenbaren. Dazu gehören:

- Übernutzung der natürlichen Ressourcen, Verlust der biologischen Vielfalt,
- ein weiterhin zu hoher Flächenverbrauch, Bodenübernutzung und Zerstückelung der Landschaften mit negativen Wirkungen auf Landschaft und Erholung, Grundwasser und biologische Vielfalt,
- ungebremste Klimaänderung vor allem durch wachsenden Energieverbrauch,
- anhaltende Zunahme des Transports mit negativen Folgen für Energie- und Flächenverbrauch sowie für die Verkehrssicherheit,

1 Europäischer Rat 16./17. Juni 2005 – Schlussfolgerungen des Vorsitzes. Rat der Europäischen Union 102551/05

2 Überprüfung der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung – Die erneuerte Strategie. Rat der Europäischen Union 10917/06

- Prekarisierung der Bevölkerung (Gefahr von Armut),
- Gefährdung des Zusammenhalts der Gesellschaft (soziale Kohäsion),
- Gefährdung der öffentlichen Gesundheit, Entwicklung der „Wohlstandskrankheiten“,
- Alterung der Gesellschaft mit Folgen für Sozialstruktur, Arbeitsmarkt und die Sozialschutzsysteme,
- starke Einkommensunterschiede zwischen Nord und Süd, trotz Teilerfolgen, ungleicher Fortschritt in Sachen Armutsbekämpfung,
- Herausforderungen des Bildungssystems bei der Qualifizierung aller Gruppen der Bevölkerung und in der Nachhaltigkeitserziehung,
- ungleiche Lebenschancen und Lebensqualität für Männer und Frauen, und schließlich
- Defizite an kohärenter Governance.

Andere Ziele, wie die Leistungskraft der Wirtschaft, die Staatsfinanzen und das Arbeitsplatzangebot hatten sich in den letzten Jahrzehnten positiv entwickelt, ehe Luxemburg von der schwersten Wirtschaftskrise seit dem zweiten Weltkrieg getroffen wurde. Diese Wirtschaftskrise hat bewiesen, dass es auch in jenen Bereichen Tendenzen gibt, die eine nachhaltige Entwicklung gefährden, und deshalb eine Politik zur Sicherung der wirtschaftlichen Nachhaltigkeit erfordern. Hier sind sowohl aktuelle Maßnahmen der Krisenbewältigung, als auch solche der langfristigen Vermeidung von Krisen, und solche zur Minimierung ihrer Auswirkungen auf Luxemburg notwendig, auch um angesichts der nach wie vor bestehenden Gefahr durch hohe Volatilität internationaler Märkte dem Risiko des Verlustes der staatlichen Handlungsfähigkeit durch mangelnde finanzielle Ressourcen vorzubeugen.

Als Antwort auf diese Herausforderungen wurden 18 Qualitätsziele³ definiert, die längerfristig für eine nachhaltige Entwicklung in Luxemburg unverzichtbar sind. Dabei handelt es sich teils um „Luxemburg-spezifische“ Bereiche, teils um globale Problemfelder einer nachhaltigen Entwicklung.

Da die Herausforderungen gleichzeitig ökologische, soziale, ökonomische und institutionelle Aspekte aufweisen, müssen auch Lösungsstrategien alle diese Dimensionen simultan und integriert angehen (und deswegen ressortübergreifend und partizipativ sein).

In dem Arbeitspapier „Luxembourg Vision“ (siehe Anhang) wurden grundlegende Herausforderungen einer nachhaltigen Entwicklung Luxemburgs thematisiert und versucht, die grundlegenden Orientierungen und Zusammenhänge, eventuelle Zielkonflikte und Abstimmungsbedarf zwischen den Lösungskonzepten für diese Herausforderungen aufzuzeigen. Dieser Plan beschreibt in Teil 1 die nicht-nachhaltigen Trends und setzt dagegen die Ziele von Umwelt- und Lebensqualität, sozialer und wirtschaftlicher Sicherheit, die Luxemburg mit seiner Strategie der nachhaltigen Entwicklung erreichen will. Teil 2 zeigt, wie dies geschehen soll: Er nennt zu jedem der Qualitätsziele konkrete Handlungsziele⁴, die die Politik in Luxemburg erreichen will, und in einigen Schwerpunktbereichen die Maßnahmen, die zu diesem Zweck ergriffen worden sind oder noch ergriffen werden. Ziele außerhalb dieser Schwerpunkte sind nicht aufgegeben; sie werden teils in anderen Programmen behandelt und können zukünftig zu Schwerpunkten werden.



Claude Wiseler

Minister für Nachhaltigkeit
und Infrastrukturen



Marco Schank

Beigeordneter Minister
für Nachhaltigkeit
und Infrastrukturen

³ Qualitätsziele sind meist mittel- bis langfristig angelegt, und ihre Umsetzung das Ergebnis einer aus vielen Einzelmaßnahmen bestehenden Gesamtpolitik.

⁴ Handlungsziele sind meist kurz- bis mittelfristig angelegt, quantifizierbar und terminiert.

TEIL 1: WELCHE TENDENZEN STEHEN EINEM NACHHALTIGEN LUXEMBURG ENTGEGEN?

Für die Identifikation der nicht-nachhaltigen Tendenzen in Luxemburg wurde als Ausgangspunkt eine ähnliche Analyse der EU genutzt, die Teil der Vorarbeiten zur Überprüfung der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung war. Diese wurde durch die CIDD (Commission interdépartementale de développement durable) auf ihre Aussagekraft für Luxemburg überprüft und anhand der Arbeiten, Diskussionen und Schlussfolgerungen der CIDD teils gekürzt, teils ergänzt, um aktuelle Entwicklungen zu berücksichtigen und spezifisch für Luxemburg nicht-nachhaltige Entwicklungen zu identifizieren.

Die CIDD hat so eine Liste von negativen Tendenzen in den für eine nachhaltige Entwicklung in Luxemburg relevanten Bereichen erarbeitet. Diesen Tendenzen stellt die folgende Tabelle in stark gekürzter Form die Ziele für die Umwelt- und Lebensqualität in Luxemburg gegenüber und zeigt so deutlich, wo Handlungsbedarf besteht und welche Herausforderungen im Plan für nachhaltige Entwicklung aufgegriffen werden müssen. Die Qualitätsziele sind die Antwort auf negative Tendenzen und begründen sich aus ihnen. Aus dem Gegensatz von Trend und Ziel ergibt sich nicht nur der Handlungsbedarf, sondern auch die Richtung und die Schwerpunkte der zu ergreifenden Maßnahmen (siehe Teil 2).

Nicht nachhaltige Entwicklung und die Antwort darauf: Qualitätsziele für Luxemburg

Tendenzen	Qualitätsziel
1. Übernutzung der natürlichen Ressourcen, Verlust der biologischen Vielfalt durch nicht-nachhaltigen Konsum und Produktion	1. Schutz der biologischen Vielfalt, Erhaltung und nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen
2. Ein weiterhin zu hoher Flächenverbrauch, Boden-Übernutzung und Zerstückelung der Landschaften mit negativen Wirkungen auf Landschaft und Erholung, Grundwasser und biologische Vielfalt	2. Nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion
3. Ungebremste Klimaänderung vor allem durch wachsenden Energieverbrauch	3. Nachhaltige Entwicklung der Raumstruktur, nachhaltiges Bauen, Wohnen und Arbeiten
4. Anhaltende Zunahme des Transports mit negativen Folgen für Energie- und Flächenverbrauch sowie für die Verkehrssicherheit	4. Klimaschutz: Begrenzung der Wirkungen von Klima-veränderungen und ihrer Kosten für Gesellschaft und Umwelt („mitigation and adaptation“)
5. Prekarisierung der Bevölkerung (Gefahr von Armut)	5. Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Verkehrs-nachfrage
6. Gefährdung des Zusammenhalts der Gesellschaft (soziale Kohäsion)	6. Vollbeschäftigung
7. Gefährdung der öffentlichen Gesundheit, Entwicklung der „Wohlstandskrankheiten“	7. Prekarisierung vermeiden/vermindern
8. Alterung der Gesellschaft mit Folgen für Sozialstruktur, Arbeitsmarkt und Sozialschutzsysteme	8. Zugang zu, Gerechtigkeit und Wirksamkeit des Sozial-schutzes (Sicherung eines menschenwürdigen Lebens)
9. Gefahr von Wirtschaftskrisen durch hohe Volatilität internationaler Märkte	9. Integration der nicht-luxemburgischen Mitbürger und der Grenzgänger
10. Risiko des Verlusts der staatlichen Handlungsfähigkeit durch mangelnde finanzielle Ressourcen	10. Gesundheit sichern, mehr Lebensqualität durch Förderung der physischen und psychischen Gesundheit, besserer Schutz vor Gesundheitsgefährdungen
11. Starke Einkommensunterschiede zwischen Nord und Süd, trotz Teilerfolgen, ungleicher Fortschritt in Sachen Armutsbekämpfung	6. Beschäftigung der älteren Arbeitnehmer
12. Herausforderungen des Bildungssystems bei der Qualifizierung und in der Nachhaltigkeitserziehung	8. Zugang zu, Gerechtigkeit und Wirksamkeit des Sozial-schutzes
13. Ungleiche Lebenschancen und Lebensqualität für Männer und Frauen	11. Wirtschaft krisensicherer machen, Wettbewerbsfähigkeit sichern, wirtschaftliche Diversifizierung
14. Defizite an kohärenter Governance	12. Zukunftsfähigkeit der Finanzen
	13. Beiträge zur Beseitigung der Armut weltweit
	14. Förderung einer globalen nachhaltigen Entwicklung
	15. Anhebung des Bildungs- und Qualifikationsniveaus Bildung für nachhaltige Entwicklung
	17. Gleichstellung von Frauen und Männern
	18. Kohärenz der Politik und integrative Politikgestaltung (Good governance)

1. Übernutzung der natürlichen Ressourcen, Verlust der biologischen Vielfalt durch nicht-nachhaltigen Konsum und nicht-nachhaltige Produktion

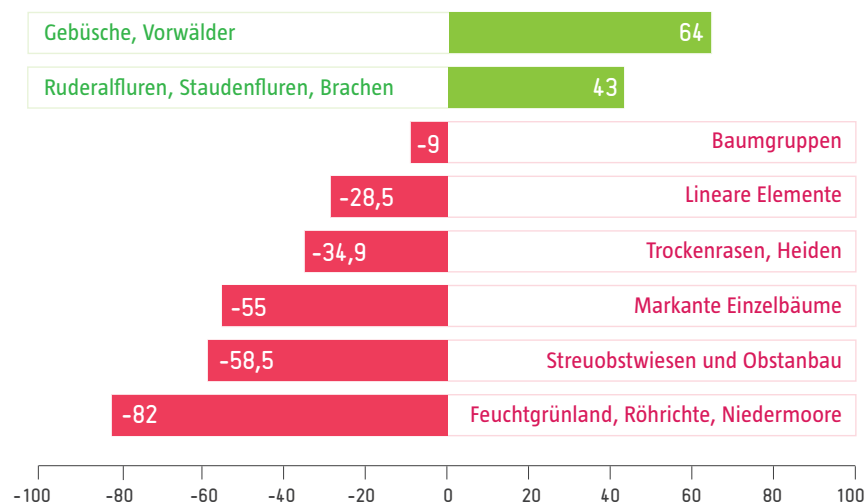
1.1 BIOLOGISCHE VIelfALT

Die Artenvielfalt hat in Luxemburg in den letzten 30 Jahren besorgniserregend abgenommen. Die Hauptfaktoren dieses Trends sind der Verlust und die Zerschneidung natürlicher Lebensräume durch das Wachstum städtischer Ballungsräume sowie Handels- und Industriezonen, die Ausdehnung von Verkehrswegen, die Intensivierung der Landwirtschaft sowie die Umwandlung von Feuchtgebieten und Wasserläufen. Durch den Klimawandel besteht das Risiko, dass diese negativen

Tendenzen noch verstärkt werden, mit unvorsehbaren Auswirkungen für die Landwirtschaft, Gesundheit und den Erhalt von Ökosystemfunktionen.

26,7 % der Gefäßpflanzen sind in Luxemburg vom Aussterben bedroht: Bei der Fauna ist die Lage ebenso beunruhigend. In der Tat sind 54,8 % der Säugetiere, 41,5 % der Vögel, 33 % der Reptilien, 61,5 % der Amphibien und 62 % der Fische in Luxemburg bedroht (Basler/ERSA 1998).

Änderungen der Landschaftsstruktur in Luxemburg, 1962-1999



Quelle: MDDI, Département de l'Environnement

Diese beunruhigende Lage spiegelt deutlich Änderungen in der Zusammensetzung und in der Struktur unserer Landschaften wider. Eine Studie, die auf der Interpretation von Luftfotos⁵ basiert, hebt diese Entwicklung der Zusammensetzung und der Struktur unserer Landschaften für die Periode 1962-1999 hervor (siehe Abb. 1).

So sind mehr als 80 % der Feuchtgebiete über diesen Zeitraum zerstört worden. Die von Trockenrasen besetzte Fläche hat um

34,9 % abgenommen, während jene der Obstwiesen um 58,5 % reduziert worden ist.

Die Gesamtwaldfläche Luxemburgs beträgt 89.150 ha (34,3 % der Landesfläche), davon 44,8 % öffentlicher Wald und 55,2 % Privatwald. Der Laubwald überwiegt mit 68,6 % gegenüber 30,8 % Nadelwald und 0,6 % Kahlschlagflächen. Die Bewirtschaftung des Luxemburger Waldes entspricht größtenteils den Anforderungen einer nachhaltigen und naturnahen Bewirtschaftung.

Den Waldgesundheitszustand betreffend stellt man fest, dass, wenn 1984 noch ein Prozentsatz von 79,1 % an gesunden Bäu-

⁵ Ministère de l'Environnement. Landschaftsmonitoring Luxemburg 2006, Hansa Luftbild.

men beobachtet werden konnte, sich ihr Gesundheitszustand in den folgenden Jahren tendenziell verschlechtert hat. Der Anteil deutlich geschädigter Bäume hat in der gleichen Zeitspanne stark zugenommen.

Waren 2000 noch 43,6 % der beobachteten Bäume ohne sichtbare Schadmerkmale, so ist dieser Prozentsatz 2006 auf 34,6 % gesunken.

Parallel hierzu ist der Anteil schwach geschädigter Bäume von 33 % auf 38,1 %, jener der stark geschädigten Bäume von

23,4 % auf 27,3 % gestiegen. Fast zwei Drittel unserer Bäume zeigen also sichtbare Schäden auf.

Um diesen Risiken entgegenzuwirken und den Verlust der Artenvielfalt zu stoppen, gilt es die ökosystemischen Leistungen aufrechtzuerhalten und wiederherzustellen. Ziel ist es, die Erosion der biologischen Vielfalt bis 2010 zu stoppen.

1.2 RESSOURCE WASSER: ABWASSERBEHANDLUNG UND REDUZIERUNG DER DIFFUSEN VERSCHMUTZUNGEN

Die Wasser-Rahmenrichtlinie fordert den guten Zustand aller Wasserkörper (Grund- und Oberflächenwasser) bis zum 22.12.2015 bzw. bis zu den 2021 und 2027 fälligen Umsetzungsberichten. Der gute Zustand wird anhand von qualitativen (chemischen, biologischen, physikalisch-chemischen), strukturellen und mengenmäßigen Parametern beurteilt.

Im Jahre 2009 befanden sich etwa 93 % der Wasserkörper in einem mäßigen bis schlechten Zustand. 82 % der Oberflächengewässer werden bis 2015 den guten Zustand voraussichtlich nicht erreichen. Die Ursachen der mangelnden Wasserqualität der Gewässer sind hauptsächlich der Eintrag von ungereinigtem oder unzureichend gereinigtem Abwasser und der Eintrag diffuser Belastungen. Die qualitativen Probleme des Grundwassers sind fast ausschließlich durch diffuse Belastungen bedingt. Im Jahr 2009 waren von 494.000 Einwohnern 21.315 nicht an eine kommunale Kläranlage angeschlossen, dies entspricht 4,3 %. Der Neubau von Kläranlagen sowie die Vergrößerung und Modernisierung der bestehenden Anlagen sollen hier in den kommenden Jahren Abhilfe schaffen.

Das Wachstum der Bevölkerung und der ökonomischen Aktivitäten bedingen eine steigende Versiegelung der Flächen, und folglich auch eine Steigerung der hydraulischen Belastung des Kanalsystems und der Abwasserreinigungsinfrastrukturen. Um den Folgen des Eintrags unbehandelten Abwassers über Regenüberläufe in die Gewässer bei starken Niederschlägen entgegenzuwirken, werden Regenüberlaufbecken in den gemischten Netzen gebaut. Die neuen Gebiete und Zoneneinteilungen werden in einem getrennten System errichtet.

Steigende Abwassermengen führen des Weiteren zu einem größeren Anfall von Klärschlamm, dessen Verwertung oder Behandlung ebenfalls ein Problem darstellt. Die Ausbringung von Klärschlamm auf landwirtschaftlichen Flächen birgt u. a. das Problem der Anreicherung von Schwermetallen und Medikamentenrückständen. Nährstoffe und Schadstoffe: Pestizide stellen den größten Anteil diffuser Verschmutzungen in Luxem-

burg dar, die ihre Quellen in der Landwirtschaft, im kommunalen, staatlichen und privaten Bereich haben. Seit Anfang der 90er Jahre wird dem Gewässerschutz im landwirtschaftlichen Bereich verstärkt Rechnung getragen. Trinkwasserschutzberatung sowie Wasserschutzmaßnahmenprogramme wurden stets erweitert. Insbesondere in den letzten beiden Jahrzehnten wurden große Anstrengungen in der Landwirtschaft unternommen, um dem Gewässerschutz Rechnung zu tragen. Durch eine strengere Gesetzgebung wurde den landwirtschaftlichen Betrieben eine große Anzahl von Auflagen auferlegt.

2/3 des Trinkwassers in Luxemburg besteht aus Grundwasser, davon wird der größte Teil aus Quellen entnommen. Die Gefahr des „Leerpumpens“ der Grundwasserleiter ist somit in Luxemburg nicht gegeben. Jedoch führt eine größere Entnahmemenge an Quellwasser zu verminderten Abflüssen in den Gewässern, zu einem zu geringen Verdünnungseffekt und somit zu qualitativen Problemen. Langfristig kann der Klimawandel die Grundwasserneubildung und damit die Verfügbarkeit von Quellwasser beeinträchtigen; auch für eine solche Entwicklung muss die Politik Vorsorge treffen.

Trotz der zahlreichen Anstrengungen der letzten zwei Jahrzehnte sowie der strengeren Gesetzgebung kann bisher ein landesweiter nachhaltiger Rückgang der Belastungen noch nicht festgestellt werden, auch wenn punktuelle Erfolge zu verzeichnen sind. Dies ist zum Teil dadurch bedingt, dass eine Verringerung der Schadstoffkonzentration im Grundwasser ein sehr langwieriger Prozess ist und das belastete Grundwasser auch nach dem Greifen einer Maßnahme erst aus dem Aquifer (Grundwasserleiter) ausgetragen und durch Grundwassererneuerung ersetzt werden muss, ehe die Konzentrationen sinken – ein Prozess, der Jahre dauert. Trotz großer Anstrengungen bestehen daher weiterhin punktuelle Probleme nicht-nachhaltiger Agrarpraktiken, wie z. B. unbedeckte Böden. Ziel ist eine nachhaltige und standortangepasste Landwirtschaft.

Die periodisch durchgeführten Wasseranalysen zeigen, dass nicht nur die Landwirtschaft für Pestizidrückstände verantwortlich ist, sondern ebenfalls die kommunalen und staatlichen Dienste, welche u. a. große Mengen an Pestiziden benutzen, um das Straßen- und Schienennetz frei von Bewuchs zu halten. Nicht zu vernachlässigen sind ebenfalls der Privatbereich sowie die Betriebe.

Ziel der nachhaltigen Entwicklung Luxemburgs im Bereich

Wasserwirtschaft ist der Erhalt und Schutz seiner natürlichen Gewässer, einschließlich ihrer chemischen und biologischen Qualität. Ziele sind

- eine gute Grundwasserqualität i. S. der Definition der EU-Wasser-Rahmenrichtlinie und
- eine gute Qualität der Oberflächengewässer i. S. der Definition der EU-Wasser-Rahmenrichtlinie.

1.3 RESSOURCE BODEN

Was den Flächenverbrauch angeht, stellt man fest, dass zwischen 1990 und 2006 (letztes verfügbares Jahr) der Anteil an nicht bebauten Flächen (landwirtschaftlich genutzte Flächen, Wälder und Wasserläufe) von 92,3 % auf 87 % des Territoriums zurückgegangen ist. Dies bedeutet einen Rückgang von etwas mehr als 137 km² (oder 5,3 % des nationalen Territoriums). Diese 5,3 % setzen sich folgendermaßen zusammen:

- a) bebaute Flächen (Wohnungen, Geschäfts- und Industriebauten, Urbanisation): +116 km², d. h. 4,5 % des Territoriums;
- b) Transportinfrastrukturen: +21 km², d. h. 0,8 % des Territoriums.

Allerdings hat sich das Tempo des Verbrauchs der unbebauten Flächen durch Bauten und Infrastrukturen in den letzten Jahren gedrosselt. Zwischen 1990 und 2000 sind 11 km² (oder 0,43 % des Territoriums) pro Jahr unbebaute in bebaute Fläche verwandelt worden. Dies stellt einen täglichen Verbrauch von 3 ha dar. Zwischen 2000 und 2006 verminderte sich der Verbrauch pro Jahr auf 4,3 km² (oder 0,17 % des Territoriums), was einen täglichen Verbrauch von 1,3 ha bedeutet.

Diese Entwicklung lässt sich ebenfalls mit Hilfe der durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate der bebauten Flächen aufschlüsseln:

- von 1990 bis 2000: durchschnittliche jährliche Wachstumsrate = 4,54 %;
- von 2000 bis 2006: durchschnittliche jährliche Wachstumsrate = 1,35 %;

also eine Zunahme von 4,54 % für die Jahre 1990 bis 2000 gegenüber 1,35 % seit 2000.

Im Altlasten- und Verdachtsflächenkataster Luxemburg sind landesweit sämtliche bekannten Flächen dokumentiert, bei denen der Verdacht einer Boden- oder Grundwasserkontamination aufgrund der dort stattfindenden oder stattgefundenen Aktivitäten nicht ausgeschlossen werden kann. Dieser Kataster beinhaltet 11.636 Altlasten- und Verdachtsflächen.

Qualitätsziel: Schutz der Bodenqualität in Luxemburg durch standortgerechte Nutzung und Reduzierung der Bodenversiegelung.

1.4 RESSOURCE LUFT

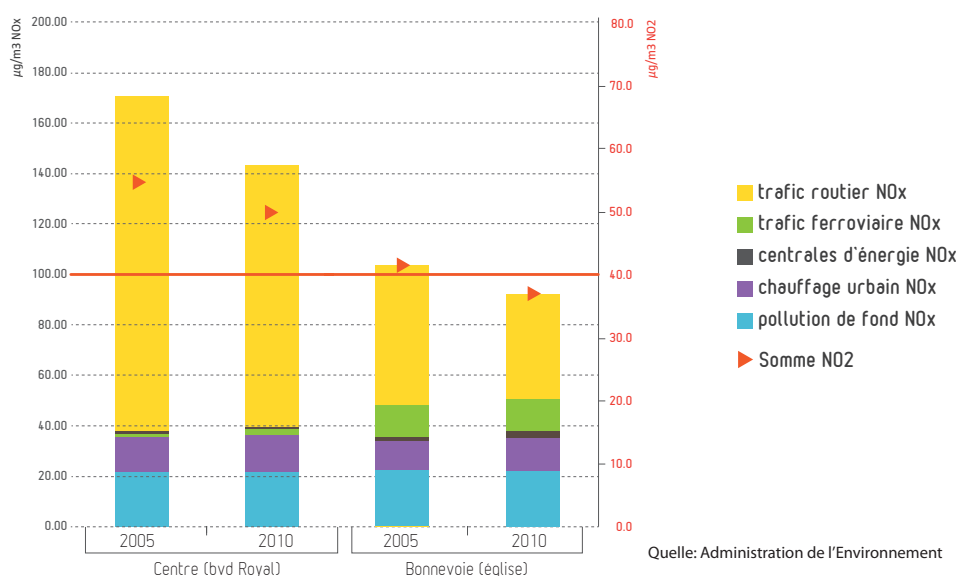
Reduktion von Schadstoffen und Verbote von gefährlichen Stoffen haben in den letzten Jahrzehnten zu einer verbesserten Luftqualität geführt. Kritisch bleiben jedoch die Emissionen der Stickstoffdioxide (NO₂) sowie auch der Feinstaubpartikel (PM₁₀).

Die Messungen der Umweltverwaltung haben erwiesen, dass die jährlichen Grenzwerte (seit 2005 anzuwenden) der Stickstoffdioxide (NO₂) von 50 µg/m³ an den großen Verkehrsknotenpunkten in Luxemburg-Hauptstadt überschritten werden. An verschiedenen Straßensegmenten um das Stadtzentrum werden Werte von über 54 µg/m³ gemessen. 2005 wurden ebenfalls die Grenzwerte von 40 µg/m³ an Feinstaubpartikeln (PM₁₀) überschritten, dies an denselben Knotenpunkten.

Die für das Jahr 2010 determinierten Werte sind niedriger als

jene des Jahres 2005, werden aber die jährlichen Grenzwerte für Stickstoffdioxide (NO₂) von 40 µg/m³, welche für 2010 förderlich sind, überschreiten. Dieser kritische Ausgangspunkt wird sich verschlechtern in Anbetracht der Ausweitung der Straßen und Sektoren (auch außerhalb des Stadtzentrums), in welchen Überschreitungen der Grenzwerte gemessen werden.

Impact der Emissionsquellen an den 2 Messstationen in Luxemburg-Stadt



Der Hauptverursacher der NO_x-Emissionen ist der Verkehr. Man erachtet, dass im Jahre 2010 29.000 Personen auf dem Gebiet der Stadt Luxemburg und Umgebung NO₂-Emissionen, welche die Grenzwerte überschreiten werden, ausgesetzt sind: dies mit Folgen für die öffentliche Gesundheit.

Qualitätsziel ist eine Luftqualität, die weder dem menschlichen Wohlbefinden und der Gesundheit, noch der Gesundheit der Umweltsysteme schadet.

1.5 RESSOURCE MATERIAL

Alles was der Mensch produziert, wird früher oder später zu Abfall. Materialeffizienz ist deshalb eine Abfallpolitik, die an der Quelle ansetzt. Vor dem Hintergrund steigender Rohstoffpreise und einer absehbaren Verknappung natürlicher Ressourcen gewinnt dieser Ansatz zusehender an Bedeutung.

Materialeffizienz in der Abfallwirtschaft setzt auf drei Ebenen an:

- 1) **Abfallvermeidung:** Dies bedeutet, Produkte so herzustellen, die wenig materialintensiv sind. Es bedeutet aber auch, Produkte herzustellen, die langlebig, reparierfähig und wiederverwertbar sind.
- 2) **Abfallverwertung:** Effiziente Abfallverwertung und somit ein verantwortlicher Umgang mit den natürlichen Ressourcen setzt voraus, dass die Materialien so lange wie möglich im Stoffkreislauf gehalten werden. Dies kann allerdings nur dann erfolgen, wenn die Qualität der Materialien best- und längstmöglich beibehalten wird. Verschmutzungen und Vermischungen mit anderen Materialien sind zu vermeiden. Eine qualitativ hochwertige und selektive Erfassung der verschiedenen Materialien so nah wie möglich am Anfallort ist sicherzustellen.
- 3) **Abfallbeseitigung:** Sofern eine stoffliche Verwertung nicht machbar ist, ist es sinnvoll, die Materialien so weit aufzubereiten, dass sie einer Beseitigung mit höchstmöglicher energetischer Effizienz unterworfen werden.

Überwiegend an materiellem Wohlstand orientiert haben die Konsumgewohnheiten allerdings einen Anstieg nicht nur des Ressourcen- und Flächenverbrauchs, sondern auch der Abfälle zur Folge.

2008⁶ belief sich die Gesamtabfallproduktion in Luxemburg auf 9.489.143 t (9.298.168 t nicht gefährlicher Abfall und 190.975 t gefährlicher Abfall). Die Gesamtmenge an Hausmüll beträgt 347.500 t, dies macht eine Hausabfallproduktion von 704 kg pro Einwohner aus.*

Verschiedene Abfall-Kategorien (in Tonnen)

8.299.000 t	Bauschutt
50.970 t	Glas
104.800 t	Papier/Pappe
18.800 t	Plastik
79.700 t	Holz/Baumrinde
133.500 t	Schrott
263.480 t	verseuchter Boden

⁶ Umweltverwaltung gemäß der statistischen Verordnung über Abfälle 2150/2002/CE

* inklusive Abfallproduktion durch Grenzgänger

Bezeichnend für die Entwicklung ist das Aufkommen an Verpackungsabfall. Seit dem Abfallwirtschaftsplan des Jahres 2000

haben die Quoten der Wiederverwertung und der Aufwertung (% gewichtsmäßig) der Verpackungsabfälle wie folgt variiert:

Verpackungsabfälle in Luxemburg, 2003-2008

Verpackungsmaterial	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Glas ⁽¹⁾	90,4	93,5	91,5	92,8	92,1	92,2
Papier/Pappe ⁽¹⁾	63,4	64,5	69,3	71,6	70,6	77,6
Plastik ⁽¹⁾	23,5	34,5	29,6	31,8	38,7	29,7
Metalle ⁽¹⁾	69,8	66,4	63,3	78,2	79,8	79,4
Holz ⁽¹⁾	-	-	52,8	31,1	31,1	19,2
Total⁽²⁾	86,7⁽³⁾	90,6⁽³⁾	88,1⁽³⁾	92,5	92,0	93,7

Erklärungen: (1) Wiederverwertungssatz der verschiedenen Materialien, (2) Wiederverwertungssatz, (3) Wiederverwertungssatz, Verbrennung der Verpackungsabfälle in Einrichtungen mit Energierückgewinnung einbegriffen

Luxemburg hat bereits 2007 jene Ziele für Wiederverwertung und Verpackungsverwertung, welche aufgrund europäischer Direktiven für den 31. Dezember 2008 zu erreichen sind, erreicht. Jedoch muss man eine negative Tendenz in Bezug auf die Gesamtmenge des Abfalls aus Verpackungen feststellen.

Bei der Vergleichsanalyse der Haushaltsrestabfälle durch die Umweltverwaltung wurde festgestellt, dass der Anteil an Plastik von 44,22 kg/Einwohner in den Jahren 2004-05 auf 37,64 kg/Einwohner gesunken ist. Dies stellt eine Minderung von -6,58 kg pro Einwohner dar. Eine andere Abfallart, die eine rasante Entwicklung kennt, sind die elektrischen und elektronischen Abfälle. Der jährliche Durchschnittssatz an eingesammeltem elektrischem und elektronischem Abfall durch Haushalte liegt bei 8,37 kg/Einwohner. Luxemburg liegt so mit der Schweiz und Norwegen an der Spitze.

Eine weitere alarmierende Entwicklung ist jene des Aufkommens von Bauschutt. So sind im Jahre 2007 6.218.922 t Bauschutt abgelagert worden. Dies sind 13,06 t/Einwohner und stellt ein Anwachsen von 27,7 %, verglichen mit 2006, dar. Insgesamt stellen diese Mengen ein Volumen von rund 3,5 Mio. m³ dar. Die Ablagerung dieser Abfallart stellt somit einen erhöhten Flächenverbrauch dar. Nimmt man sämtliche Formen der Wiederverwertung von Bauschutt in Betracht (Benutzung für Erddämme, Geländeaufschüttungen, Brechen zur Herstellung von Verfüll- und Unterbaumaterial), liegt die Verwertungsquote insgesamt bei 46 %.

Qualitätsziel im Bereich Material ist langfristig eine Dematerialisierung von Produktion und Konsum mit der Folge geringerer Transportvolumina und Abfallmengen.

1.6 NACHHALTIGKEIT VON KONSUM UND PRODUKTION

Biologische Landwirtschaftsprodukte zu kaufen bedeutet, besonders etwas für seine Gesundheit zu tun sowie die Umwelt und das Klima verstärkt zu schützen. Regionale Produkte zu erwerben heißt, weniger Verkehrsbelastung zu erzeugen sowie Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft im ländlichen Raum sichern. Waren aus fairem Handel zu kaufen heißt, globale Verantwortung zu übernehmen und die Armut zu bekämpfen. Zur Förderung nachhaltigen Konsumierens und Produzierens gehören die Verbesserung der Umwelt- und Sozialverträglichkeit von Produkten und Prozessen und die Förderung ihrer Übernahme durch Wirtschaft und öffentliche wie private Verbraucher.

Haushaltskonsum: Da der Konsum der Haushalte im Wesentlichen in nur drei Bereichen umweltrelevant ist (Bauen und Wohnen, Mobilität, Ernährung), genießen diese Priorität.

Der Flächenverbrauch durch die menschlichen Aktivitäten, insbesondere aber den Wohnraum, beinhaltet eine wichtige

Herausforderung für die nachhaltige Entwicklung des Territoriums, da der Boden eine wesentliche, aber begrenzte Ressource darstellt. Seit den 1970er Jahren – ausgehend von 135 m² – hat sich in Luxemburg die durchschnittliche Wohnfläche der Einfamilienhäuser konstant vergrößert. Für den Zeitraum 2000-2004 waren es 178 m² und im Jahre 2005 187 m². Die durchschnittliche Wohnfläche der Wohnungen in Mehrfamilienhäusern hat sich jedoch nicht in diesem Maße entwickelt. Bei 83 m² für den Zeitraum 2000-2004 und 85 m² für 2005 bleibt die Wohnfläche pro Wohneinheit in derselben Größenordnung wie in den 70er Jahren mit 82 m².⁷ In Luxemburg werden die vorhandenen Bauflächen sehr extensiv genutzt. Auf Landesebene werden für die Ersterhebung einer Wohnung 528 m² benutzt, dies stellt eine Wohndichte von 19 Einheiten pro ha dar. Der Flächenverbrauch für Wohnungen zwischen 1997 und 2004 ergibt insgesamt 926 ha, mit dem korrespon-

⁷ Bulletin du STATEC No10 - 2007

dierenden Bedarf für Straßen und öffentliche Plätze waren es 1030 ha.⁸ Außer dem Verbrauch der Ressource Boden muss in diesem Kontext ebenfalls der Energieverbrauch in Erwägung gezogen werden.

Luxemburg benötigt derzeit etwa das Doppelte seiner landwirtschaftlichen Nutzfläche (125.000 ha, davon ca. 65.000 ha Dauergrünland), um die Bevölkerung zu ernähren. 2007 hat Luxemburg aus seiner Landwirtschaft folgende Selbstversorgungsgrade erreicht: Milch und Frischprodukte: 66,6 %, Butter: 69,9 %, Käse: 38,9 %, Rind- und Kalbfleisch: 86,0 %, Schweinefleisch: 68,5 %, Eier: 29,3 %, Geflügelfleisch: 0,5 %, Wein: ca. 50 %, Getreide: 97 %, Kartoffeln: 39,2 %, Obst und Gemüse: unter 1 %.⁹ Für alle anderen Agrarprodukte liegen wegen marginaler oder fehlender Produktion keine genauen Daten zum Anteil der lokalen Produktion am Verbrauch vor. Diese hohe Inanspruchnahme von landwirtschaftlicher Nutzfläche liegt vor allem am intensiven Konsum von tierischen Nahrungsmitteln (Fleischkonsum von 92,8 kg/Einwohner im Jahre 2007).*

⁸ La note de l'Observatoire de l'Habitat No7, La consommation foncière au Luxembourg entre 1997 et 2004

⁹ Die Zahlen sind nach den bestehenden statistischen Regeln betreffend die Produktion, die Einfuhr und die Ausfuhr von Nahrungsmitteln erstellt. Sie tragen nicht der Tatsache Rechnung, dass ein hoher Anteil der Luxemburger Rohmilch und an Schlachttieren ins nahe Ausland zwecks Verarbeitung exportiert werden.

* Diese Zahl beinhaltet den Fleischkonsum durch Grenzgänger.

Luxemburg liegt im weltweiten Pro-Kopf-Verbrauch bei Fair-Trade-Produkten auf Rang 4 hinter der Schweiz, Großbritannien und Dänemark.

Nachhaltiger Konsum der Haushalte braucht Information und die Überzeugtheit der Konsument/innen, eine positive Bewertung durch die Gesellschaft (die wiederum durch Erziehung und Bewusstseinsbildung befördert werden müssen) und die Verfügbarkeit besserer Alternativen. Die Information zu nachhaltigen Konsum muss zielgruppenspezifisch angelegt sein.

Staatskonsum kann in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Sicherheit umweltrelevant sein (die soziale Nachhaltigkeit der erstellten Dienstleistungen wird in den entsprechenden Teilen dieses Plans beschrieben). Als einer der großen Nachfrager kann die öffentliche Hand Angebote stimulieren und Märkte in Richtung sozial-ökologische Nachhaltigkeit beeinflussen.

➤ **Erstes Ziel ist es, das Bewusstsein der Konsument/innen zu fördern und vom Wissen zum Handeln zu kommen.**

➤ **Zweites Ziel ist es, nachhaltigen Konsum als Selbstverständlichkeit, gegen die gute Bürger/innen nicht verstoßen, im allgemeinen Verhaltenskodex der Einwohner zu verankern.**

➤ **Drittes Ziel ist es, die bequeme Verfügbarkeit eines vielfältigen Angebots nachhaltig hergestellter Produkte und Dienstleistungen in Luxemburg zu sichern.**

2. Zu hoher Flächenverbrauch: Bodenübernutzung und Zerstückelung der Landschaften mit negativen Wirkungen auf Landschaft und Erholung, Grundwasser und biologische Vielfalt

Luxemburg hat sich in den letzten 20 Jahren sehr dynamisch entwickelt und als wirtschaftlicher Motor der Großregion etabliert. Eng gekoppelt an das Wirtschaftswachstum sind der hohe Zuwachs an Arbeitsplätzen und Einwohnern infolge Einwanderung sowie die immer enger werdenden Verflechtungen mit den Grenzregionen über die stetig wachsende Zahl der Grenzgänger. Aus räumlicher Sicht hat der wirtschaftliche Strukturwandel in einem hohen Maße auch die Raumstruktur und die Flächeninanspruchnahme in Luxemburg bestimmt, welche in den letzten 20 Jahren sprunghaft angestiegen ist und jetzt grob bei ca. 1,3 ha Versiegelung pro Tag liegt.

Über den eigentlichen Flächenbedarf hinaus hat sich auch die Raumstruktur u. a. über die zunehmend zu beobachtende

Funktionstrennung und Spezialisierung der Flächen grundlegend verändert, z. B. über die Entwicklung großflächiger und wenig dicht bebauter Aktivitätszonen. Heute sind über 50 % aller Arbeitsplätze in der Stadt Luxemburg und den direkt umliegenden Gemeinden angesiedelt, während sich die Wohnsitze in die Peripherie der Agglomerationen und den ländlichen Raum verlagert haben. Eine unzureichende interkommunale Koordination der Baulandausweisung und der explosionsartige Anstieg der Wohnbaupreise sind Faktoren, die diese Entwicklung unterstützen und weiter beschleunigen.

Auch wenn die Preisentwicklung mittlerweile vielerorts indirekt zu einer dichtereren Bauweise beiträgt, muss ebenso auf die räumlichen Konflikte hingewiesen werden, die vielerorts

hieraus resultieren. Dies betrifft insbesondere den ländlichen Raum, der sich durch nicht an die ländlichen Gegebenheiten und Maßstäbe angepasste Bauweisen strukturell ungünstig verändert. Das gilt auch, wenn hohe Siedlungskonzentrationen an Standorten entstehen, die qualitativ nur unbefriedigend über einen dauerhaft konkurrenzfähigen ÖV erschlossen werden können. Eine solche Entwicklung riskiert auf Dauer, den Individualverkehr überproportional zu fördern und letztlich über den Ausbau von Verkehrsinfrastrukturen die Landschaft, welche heute bereits stark fragmentiert ist, weiter zu zerschneiden, mit negativen Folgen für Landschaftsqualität, andere Nutzungen und die biologische Vielfalt.

Aufgrund der langfristigen Stabilität und teilweise sogar Irreversibilität von räumlichen Strukturen und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Fläche eine begrenzte und nicht

erneuerbare Ressource darstellt, soll den räumlichen Belangen in Zukunft eine größere Bedeutung in allen Politikfeldern zukommen.

Luxemburg verfügt mit dem Integrativen Verkehrs- und Landesentwicklungskonzept (IVL) von 2004 über einen ehrgeizigen Rahmen der Raum- und Regionalentwicklung, dessen schrittweise Umsetzung auch den Zielen der nachhaltigen Entwicklung Luxemburgs dient.

Umwelt- und Lebensqualitätsziel für Luxemburg ist eine nachhaltige Entwicklung der Raumstruktur, sowie nachhaltiges Bauen, gestützt durch die Förderung von nachhaltigem Konsumieren und Produzieren, wobei eine soziale und wirtschaftliche Entwicklung innerhalb der Tragfähigkeit der Ökosysteme und die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Umweltbeeinträchtigungen angestrebt wird.

3. Ungebremste Klimaänderung vor allem durch wachsenden Energieverbrauch

Der Kampf gegen den Klimawandel ist eine der großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Die Durchschnittstemperatur in Europa ist in den letzten 150 Jahren um 0,9°C gestiegen. Laut IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) ist der größte Teil der Erderwärmung in den letzten 50 Jahren dem Menschen und seinen Aktivitäten zuzuordnen. Bis 2100 ist ohne Gegensteuern eine Erderwärmung von 1,8 bis 4,0°C zu erwarten, mit verheerenden weltweiten Folgen für Natur und Menschen; mit Rekordregen und verheerenden Überschwemmungen, Hitzewellen, Trockenperioden und Wasserknappheit mit Auswirkungen auf Gesundheit und Ansteigen des Meeresspiegels um 18 bis 59 cm. Ein Schmelzen bzw. Abrutschen des Eises in Grönland und in der West-Antarktis noch in diesem Jahrhundert ist nicht auszuschließen; es würde im Ernstfall den Meeresspiegel um 7 bzw. über 20 m ansteigen lassen.

Zusätzlich zu den negativen Folgen für Mensch und Natur sind die Kosten der Klimaänderung hervorzuheben. Laut Stern-Bericht würden die Kosten der Tatenlosigkeit für die Weltwirtschaft auf 5-20 % des weltweiten BIP geschätzt. Alleine die in Europa durch Überschwemmungen verursachten Schäden könnten auf 150 Mrd. US\$ pro Jahr steigen (laut einer Schätzung der Association of British Insurers). Andererseits sollte hervorgehoben werden, dass – laut IPCC-Bericht und Stern-Report – die geschätzten gesamtwirtschaftlichen Kosten einer Stabilisierung der Treibhausgaskonzentration weitaus geringer ausfallen (Reduzierung der durchschnittlichen jährlichen BIP-Zuwachsraten um etwa 0,12 %). Trotz des zum Teil unwiderruflichen Charakters der Klimaänderung ist es möglich, die

Auswirkungen zu begrenzen, wenn innerhalb der nächsten Jahre Klimaschutzmaßnahmen konsequent umgesetzt werden. Das IPCC ist der Meinung, dass – um die potentiellen Gefahren des Klimawandels zu begrenzen – der Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur 2°C nicht überschreiten darf; so wird z. B. das Abschmelzen des Grönlandeises ab 1,9°C erwartet. Auch deshalb hat sich die EU das Ziel einer Begrenzung auf 2°C zu eigen gemacht. Dies erfordert ein deutliches Umsteuern, wie das business as usual Szenario im „World Energy Outlook“ der IEA (International Energy Agency) zeigt. Es prognostiziert einen Anstieg der Energienachfrage um mehr als 50 % bis 2030, und eine Erdölabhängigkeit des Transportsektors von 95 %. Die IEA sieht zu Recht ein solches Szenario als gänzlich inakzeptabel an. Diese Szenarien zeigen, dass die wirtschaftlichen Kosten unseres Handelns im Klimaschutz beträchtlich geringer sein werden als jene, die sich aus unserer Untätigkeit ergeben würden. Energieeffizienz wird so in nächster Zukunft zu einem Schlüsselparameter auch der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit.

Zwischen 1990 und 1998 erfolgte in Luxemburg ein Rückgang der Treibhausgasemissionen, überwiegend durch die Umstrukturierung der Stahlindustrie. 2005 waren die Emissionen jedoch auf demselben Stand wie 1990 (13,26 Mio. t CO₂-Äquivalent). Der Anstieg war überwiegend verkehrsbedingt. Auf der Grundlage des Kyoto-Protokolls hat Luxemburg in der innereuropäischen Burden-Sharing-Vereinbarung seine Bereitschaft erklärt, die Emissionen in der Periode 2008-2012 auf 72 % des 1990er Niveaus zu senken. Dies bedeutet, dass Luxemburg in der Referenzperiode 2008-2012 9,48 Mio. t

CO₂-Äquivalent erzeugen darf. Dies erfordert u. a. eine Energiepolitik im Einklang mit den Zielen der Versorgungssicherheit, der Wettbewerbsfähigkeit und der ökologischen Nachhaltigkeit und eine Klimaschutzpolitik, wie sie vom Partenariat für Klima und Umwelt entwickelt wird.

Umwelt- und Lebensqualitätsziel für Luxemburg im Bereich

Klimawandel ist ein eigener Beitrag zur Begrenzung der Klimaänderung auf 2° C durch Reduktion der Treibhausgasemissionen sowie eine Begrenzung ihrer Wirkungen auf Gesellschaft und Umwelt („mitigation and adaptation“) und deren Kosten. Zur Verringerung („mitigation“) gehört es, die Energieeffizienz zu erhöhen und fossile Energie durch erneuerbare Energien zu ersetzen.

4. Anhaltende Zunahme des Transports mit negativen Folgen für Klima, Energie- und Flächenverbrauch sowie für die Verkehrssicherheit: Notwendigkeit einer Entkoppelung von Wirtschaftsentwicklung und Verkehrsnachfrage

Der Anstieg der Luxemburger CO₂-Emissionen ist größtenteils auf die Steigerung der Emissionen im Verkehrssektor zurückzuführen (2,59 Mio. t in 1990 – 3,87 Mio. t in 1998 – 7,15 Mio. t in 2005). Im Zeitraum 1985-2004 betrug das Wirtschaftswachstum in Luxemburg durchschnittlich 5 %, wobei es für das Jahr 2006 bei 6 % lag. Damit nimmt Luxemburg weiterhin eine Spitzenposition im europäischen Vergleich ein. Dieses anhaltende Wirtschaftswachstum, welches einem jährlichen Anstieg der Arbeitsplätze um ungefähr 10.000 Einheiten gleichkommt, stellt sowohl die nationale, regionale und lokale Landesentwicklungsplanung (s. Abschnitt 2, Flächennutzung) als auch die Verkehrsplanung vor bedeutende Herausforderungen. Aus der monozentrischen Aufteilung der Arbeitsplätze resultiert ein starkes Verkehrsaufkommen zwischen dem urbanen und dem ländlichen Raum.

Die neu geschaffenen Arbeitsplätze werden mehrheitlich und weiter zunehmend von Grenzgängern belegt, deren Anzahl mit einem jährlichen Wachstum von knapp 9.000 Einheiten im Jahr 2007 einen vorläufigen Höhepunkt erreicht hat. Diese Entwicklung, die zu Beginn der 90er Jahre ihren Anfang hatte, hat sich in den letzten Jahren zusehends verstärkt und hat zu mittlerweile 140.000 Grenzgängern geführt. Ihre täglichen Fahrten zwischen Arbeitsplatz und Wohnsitz bestehen größtenteils aus direkten IV-Fahrten (85 %), und die durchschnittliche Länge der vom Grenzgänger im Pkw zurückgelegten Fahrten beträgt 43 km, das Dreifache der Länge des vom durchschnittlichen Einwohner zurückgelegten Weges. Auch deshalb ist das Verkehrsaufkommen im Personennahverkehr von 1999 bis 2002 von 4 Mrd. auf 5,25 Mrd. Personenkilometer gestiegen.

Bedingt durch den hohen Lebensstandard, die Lage im Herzen eines der am dichtesten besiedelten Gebiete Europas und den regen Austausch mit den Nachbarländern verfügt Luxemburg über eine überdurchschnittliche Intensität im Bereich des Personentransports. Der Motorisierungsgrad der Bevölkerung ist zwischen 1990 und 2006 von 220.000 auf 376.000 Kraftfahrzeuge angewachsen und stellt damit den höchsten in Europa (EU25) dar. Im Vergleich dazu stellt der Modal-Split-Anteil des öffentlichen Verkehrs bei inländischen Fahrten 16 % dar, was einen gesamten (national und grenzüberschreitend) Modal Split von 12 % im Referenzjahr 2002 ergibt. Diese Entwicklung zeigt, dass das wirtschaftliche Wachstum in Luxemburg eng mit dem Zuwachs des Verkehrsaufkommens verbunden ist. Die Entkoppelung von Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung (einschließlich Grenzgänger) einerseits und Verkehrslasten andererseits stellt eine große Herausforderung für die Nachhaltigkeit Luxemburgs dar. Eine Lösung wird vom Ausbau einer umweltgerechten Transportinfrastruktur sowie einer effizienten landesplanerischen Entwicklung abhängen.

Schätzungsweise 75 % des in Luxemburg verkauften Treibstoffs werden exportiert. Die im Ausland entstehenden Emissionen des Treibstoffexports weisen eine besondere Dynamik auf. Sie machten 1990 knapp 15 % und im Jahre 2004 bereits rund 41 % der Luxemburg insgesamt zugerechneten Emissionen aus; in der Referenzprognose (ohne weitere Maßnahmen) wird dieser Anteil bis 2012 auf 46 % steigen. Der Faktor Tanktourismus – der für die Gesamtbilanz entscheidend ist – kann nur reduziert werden, wenn die Preise denen der Nachbarländer angeglichen werden. Dies wird jedoch erhebliche finanzielle Einbußen für Luxemburg mit sich bringen und kann deshalb nur schrittweise umgesetzt werden.

Fortschritte sind in Bezug auf die Verkehrssicherheit zu registrieren. Waren im Jahr 2001 69 Verkehrstote zu beklagen, ist 2007 diese Zahl auf 41 gesunken.

Eine Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Verkehrsnachfrage ist die Kernaufgabe des Klimaschutzes in Luxemburg. Sie ist zudem nicht nur ökologisch, sondern auch sozial notwendig. Das Ziel ist eine Reduzierung von Verkehrsschäden, von Abgasemissionen über Flächenverbrauch für Inf-

rastruktur bis hin zur Verringerung der Zahl der Unfallopfer und Lärmschutz für die Bürger/innen. Dazu dient auch die Ausrichtung der Stadtentwicklung am bestehenden und künftigen Angebot der öffentlichen Verkehrsmittel. Weitere Beiträge bieten die (auch räumliche) Diversifizierung der Wirtschaft und die weiter verbesserte Abstimmung von Industrie- und Wirtschaftsstrukturpolitik, Siedlungs- und Verkehrspolitik in der Großregion.

5. Prekarisierung der Bevölkerung

Der auf dem Europäischen Rat von Laeken im Dezember 2001 angenommene Indikator „Armutsgefährdungsquote“ ist ein wesentlicher Bestandteil der ergebnisorientierten Überwachung der Fortschritte der Mitgliedstaaten bei der Verwirklichung der gemeinsamen Ziele im Bereich Sozialschutz und soziale Eingliederung. Die Armutsgefährdungsquote wird definiert als Anteil von Personen mit einem verfügbaren Haushalts-Äquivalenzeinkommen unterhalb der Schwelle für Armutsgefährdung, die mit 60 % des verfügbaren nationalen medianen Äquivalenzeinkommens angesetzt ist¹⁰. Aus den letzten diesbezüglich für Luxemburg verfügbaren Daten¹¹ ergibt sich folgendes Bild:

Der nationale Schwellenwert für Armutsgefährdung lag im Jahr 2008 bei 1.546 EUR/monatlich für einen Einpersonenhaushalt und bei 3.246 EUR/monatlich für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren;

- der armutsgefährdete Bevölkerungsanteil betrug 2008 insgesamt 13,4 %;
- zu den Haushaltstypen, die dem Armutsrisiko in besonderem Maße ausgesetzt sind, gehören:
 - Einpersonenhaushalte (Alter unter 64): 17 % ;

¹⁰ Da ein diesen Schwellenwert unterschreitendes Einkommen weder als notwendige noch als hinreichende Voraussetzung für Armut gilt, wird im Titel hier der Begriff „Prekarität“ benutzt.

¹¹ Quelle: STATEC, Rapport 'Travail et Cohésion sociale 2009', veröffentlicht im Oktober 2009 http://www.statistiques.public.lu/fr/publications/series/cahier-sEconomiques/2009/109_cohesion_sociale/109_cohesion_sociale.pdf

- zwei Erwachsene mit drei oder mehr abhängigen Kindern: 25 %;
- Alleinerziehende mit einem oder mehreren abhängigen Kindern: 44 %.¹²

Laut STATEC erlauben die statistischen Irrtumsmargen bei der Messung der Armutsgefährdungsquoten keine statistisch gestützte Bewertung der Entwicklung zwischen 2007 (13,5 %) und 2008 (13,4 %) ¹³. Da zu den Voraussetzungen einer nachhaltigen Entwicklung jedoch das Wohlergehen aller Gesellschaftsmitglieder gehört, muss die Armutsgefährdungsquote an sich Anlass zu entgegenwirkendem politischen Handeln sein.

Ziel ist es, Vollbeschäftigung in Luxemburg zu sichern, Prekarisierung zu vermeiden bzw. zu vermindern, und zur Sicherung eines menschenwürdigen Lebens den Zugang zu Sozialschutz sowie dessen Gerechtigkeit und Wirksamkeit zu garantieren. Dieser Anspruch gilt für Männer und Frauen, für Heranwachsende, Erwachsene und Ältere in gleicher Weise. Er ist nicht mit einer Verpflichtung zu lebenslanger Erwerbsarbeit zu verwechseln, oder mit einer Arbeitslosenquote von null Prozent. So muss allen Arbeitssuchenden die Möglichkeit gegeben werden, die Art von Arbeit zu finden, die sie suchen. Dies setzt eine diversifizierte Wirtschaft voraus, die für unterschiedliche Begabungen und Qualifikationen geeignete Arbeitsplätze anbietet.

¹² Hinweis: Die Aussagefähigkeit der angegebenen Werte ist durch die sehr geringen statistischen Stichproben beeinträchtigt.

¹³ Die Irrtumsmargen sind (12,438 , 14,498) bzw. (12,360 , 14,438). Quelle: vgl. Fußnote 11

6. Gefährdung des Zusammenhalts der Gesellschaft (soziale Kohäsion)

Angesichts einer besonders durch Zuwanderung wachsenden Bevölkerung und der Überalterung der einheimischen Bevölkerung wird das Großherzogtum Luxemburg in Zukunft weiter auf

Tausende nicht-einheimische Arbeitskräfte zurückgreifen müssen, um seine blühende Wirtschaft und einen in Europa außergewöhnlichen Lebensstandard aufrechtzuerhalten. In den letz-

ten Jahren hat die Zahl der Arbeitsplätze um rund 3 % jährlich zugenommen. Die neu geschaffenen Arbeitsplätze sind vor allem hoch qualifizierte Jobs. Bedingt durch den hohen Zuwachs an Arbeitsplätzen vermag der Luxemburger Arbeitsmarkt nicht mehr genügend qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen; sie werden von qualifizierten Pendlern besetzt.

Eine Aufgabe einer nachhaltigen Sozial- und Bildungspolitik ist es, diese Diskrepanzen näher zu analysieren und einerseits wo möglich durch geeignete Aus- und Fortbildungsmaßnahmen die Arbeitsplatzchancen der einheimischen Bevölkerung zu verbessern. Andererseits ist es Aufgabe einer nachhaltigen Wirtschaftsstrukturpolitik, dazu beizutragen, dass durch die wirtschaftliche Diversifizierung das Spektrum verfügbarer Arbeitsplätze so breit ist, dass Einwohner unterschiedlichster Begabung einen angemessenen Arbeitsplatz finden können.

Finanzen

Gleichzeitig ergibt sich eine spezifisch luxemburgische Finanzsituation: Da die ausländischen Arbeitskräfte dort ausgebildet worden sind und meist das Pensionsalter noch nicht erreicht haben, zahlen sie heute netto erhebliche Summen in die sozialen Sicherungssysteme, da sie kaum Ausbildungs- und Pensionskosten verursachen. Das wird sich aber in der Zukunft ändern: Zum einen werden dann Pensionen fällig, und für die nach Luxemburg zugezogenen Personen werden Infrastrukturen und Bildungseinrichtungen für ihre Kinder benötigt. Für Grenzgänger/innen fallen dann erhebliche Folgekosten durch insbesondere ins Ausland transferierte Pensionsansprüche an, die nicht als kaufkräftige Nachfrage der Luxemburger Wirtschaft zu Gute kommen.

Ältere

Ab 2020 wird die Alterung der Bevölkerung die Ausgaben des Pensionssystems kräftig ansteigen lassen. Die Reserven im Pensionsfonds, die heute bei über 25 % des BIP liegen, werden bis 2020 auf 40 % des BIP ansteigen, um dann aufgrund der kontinuierlich ansteigenden Ausgabenlast um 2035 dahinzuschmelzen.¹⁴ Die Langzeitarbeitslosigkeit (35 % der gemeldeten Arbeitslosen sind länger als 12 Monate als arbeitslos gemeldet) ist einerseits durch einen hohen Anteil an Personen mit begrenztem Erziehungsniveau (40 %), andererseits durch einen hohen Anteil von älteren Arbeitsuchenden (annähernd 57 %) gekennzeichnet (Quelle: Ministère du Travail, rapport d'activités 2007). Ein Großteil dieser älteren Arbeitsuchenden weist eine begrenzte Arbeitsfähigkeit auf, so dass für sie die Wiedereingliederung auf dem offenen Arbeitsmarkt im Augenblick als sehr langsam oder gar unmöglich einzustufen ist.

Jugendliche

Die soziale Kohäsion kann auch durch Schwierigkeiten im Bereich der Jugendbeschäftigung gefährdet werden. Zwischen Januar 2007 und Januar 2008 hat sich die Zahl der Jugendlichen, die beim Arbeitsamt (ADEM) eingeschrieben waren, positiv entwickelt: Sie ist von 2209 auf 1874 Personen zurückgegangen, also um 335 Einheiten. Dennoch bestehen gewisse Herausforderungen im Bereich der Jugendbeschäftigungspolitik, da auf dem Luxemburger Arbeitsmarkt eine strukturelle Arbeitslosigkeit herrscht, welche unter anderem auf eine mangelhafte Anpassung der Qualifikationen der Arbeitnehmer an die Anforderungen der Arbeitgeber zurückzuführen ist. So belegen die Statistiken, dass 56 % der neu geschaffenen Arbeitsplätze einen Bildungsgrad BAC+ erfordern. Jedoch hat mehr als die Hälfte der beim Arbeitsamt eingeschriebenen Personen nur eine Grundschulausbildung aufzuweisen, und diejenigen Arbeitsuchenden, welche eine Hochschulausbildung begonnen haben, sind in den meisten Fällen Studienabbrecher.

Bevölkerung

Die heutige Situation stellt sich folgendermaßen dar: Bei einer Gesamtzahl von 476.000 Einwohnern ist der Anteil der ansässigen Ausländer auf über 41 % gewachsen, Tendenz steigend. In der Hauptstadt leben mittlerweile über 62 % Ausländer; während der Bürostunden sinkt der Anteil der Luxemburger, bedingt durch den hohen Anteil der Pendler, auf unter 30 %.

Die Situation des Luxemburger Arbeitsmarkts, bedingt durch den genannten hohen Anteil der Pendler und im Land ansässiger Ausländer, ist wohl in diesem Ausmaß einzigartig in Europa. Insgesamt gibt es in Luxemburg 348.000 Arbeitsplätze¹⁵. Davon werden allein 43 % durch Grenzgänger aus Frankreich, Belgien und Deutschland besetzt, sowie 26 % von den im Land ansässigen Nicht-Luxemburgern. Lediglich 31 % der Arbeitsplätze werden durch Luxemburger besetzt. Der Arbeitsmarkt übersteigt also in erheblichem Maße die in Luxemburg zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte.

Betrachtet man nur die Arbeitskräfte in der Privatwirtschaft, dann sinkt der Anteil der Luxemburger von 31 % in der Gesamtwirtschaft auf 20 % in der Privatwirtschaft, da der öffentliche Dienst mehrheitlich zu 90 % durch Luxemburger besetzt ist. Nichtsdestotrotz arbeiten etwa 66 % der Luxemburger in der Privatwirtschaft.

Die Auswirkungen dieser atypischen Situation und der spezifischen Herausforderungen, die sich davon ableiten, haben erhebliche Auswirkungen auf die Bewertung der Nachhaltigkeitsstrategie in Luxemburg.

¹⁴ Bilan technique de la période de couverture 1999-2005, IGSS

¹⁵ Source : Statec, données Emploi et chômage. Emploi total intérieur du mois de mars 2008.

Kohäsion

Mittlerweile wird in der Politik und der spezialisierten Literatur vor der Entwicklung von Parallelgesellschaften gewarnt. Dabei fällt insbesondere die relativ homogene Gruppe der Portugiesen ins Auge, die mit 73.700 Personen die größte ausländische Bevölkerungsgruppe ausmachen. Doch es sind auch die Einheimischen, die Gefahr laufen, in Familie und geschützten Berufen den Kontakt mit dem realen Land zu verlieren. Das Ergebnis des EU-Verfassungsreferendums sowie eine Reihe von Umfragen und Studien haben in den letzten Jahren gezeigt, dass in der Luxemburger Gesellschaft Tendenzen zu einem „repli identitaire“ bestehen.

Am Beispiel des sehr hohen Anteils ausländischer Kinder an den Schulen (mit starken regionalen Unterschieden!) (neben der Situation auf dem Arbeitsmarkt, im Kulturleben oder in

den Geschäften) wird sichtbar, dass Luxemburg nicht mehr auf die üblichen Integrationsabläufe setzen kann, da diese von der Existenz einer Mehrheitsgesellschaft ausgehen, in die Minderheiten idealtypisch integriert werden. Dieses Szenario ist im Falle Luxemburgs nur noch schwer vorstellbar.

Für ein nachhaltiges Luxemburg wird es überlebenswichtig sein, das Zusammenleben zwischen Ausländern und Einheimischen positiv zu befördern, die Integration der nicht-luxemburgischen Mitbürger voranzutreiben, den Kindern eine gemeinsame Identität zu vermitteln und die Entwicklung von Parallelgesellschaften zu verhindern. Grenzgänger müssen als dauerhafter Bestandteil des Luxemburger Modells anerkannt und in soziale Prozesse und Strukturen integriert werden, ohne die Anreize aufzuheben, nach Luxemburg umzuziehen.

7. Gefährdung der öffentlichen Gesundheit, Entwicklung von „Wohlstandskrankheiten“

Wenn im Verlaufe des 20. Jahrhunderts durch die Verbesserung der allgemeinen Lebens-, Wohn- und Arbeitsbedingungen der Bevölkerung durch ein besseres Ausbildungsniveau, sowie der bedeutenden Entwicklungen im diagnostischen und therapeutischen Bereich, viele der ursprünglichen Krankheiten bezwungen werden konnten, so hat die moderne Entwicklung der Gesellschaft eine ganze Reihe von neuen Krankheitsfaktoren mit sich gebracht, die heute maßgeblich den Gesundheitszustand der Gesellschaft beeinflussen.

Übergewicht, inaktive Lebensweisen, Stress, zunehmende Verkehrsdichte sowie Umweltbelastungen sind einige der Faktoren, die heute unsere Gesundheit gefährden.

Laut Statistiken der OECD im Jahr 2007 sind 25,6 % (bzw. 18,8 %) der Frauen und 41,5 % (bzw. 20,9 %) der Männer übergewichtig (bzw. adipös). Eine weitere Studie zeigt, dass bei Jugendlichen die Jungen eher übergewichtig sind als die Mädchen: In der Primärschule sind 15 % der Mädchen und 20 % der Jungen betroffen. Dieser Anteil steigt im Sekundarunterricht auf 16 % bzw. 21 % (Quelle: OCDE Health data 2008).

Auch der Alkoholkonsum spielt eine entscheidende Rolle in der Gesundheitsentwicklung. Im Jahr 2005 wurden 11,75 l Alkohol pro Kopf getrunken (Quelle: WHO/Europe/European HFA Database July 2010). Auch bei den Jugendlichen ist der Alkoholkonsum ein besorgniserregendes Phänomen in Luxemburg (5 % der 14- bis 15-Jährigen und 13,9 % der 16- bis 18-Jährigen sagen aus, regelmäßig Alkohol zu trinken ($\geq 10x$ in den letzten 30 Tagen / HBSC / Health Behaviour in School Aged Children 2006/2007).

44,7 % der unter 30-Jährigen, 35,0 % der 30- bis 59-Jährigen und 18,4 % der über 60-Jährigen gehen einer sportlichen Betätigung nach. 26 % der Jugendlichen betätigen sich bis zu einer Stunde täglich (35 % der Jungen und 18 % der Mädchen) (Quelle: Gesundheit, motorische Leistungsfähigkeit und körperlich-sportliche Aktivität von Kindern und Jugendlichen in Luxemburg, Universität Karlsruhe, Gesundheitsministerium, 2006).

Durch eine ungesunde Lebensweise treten immer öfter die so genannten Zivilisationskrankheiten (Herz- und Gefäßkrankheiten) auf. Im Jahr 2007 lag die diesbezügliche Sterberate bei 290,42 pro 100.000 Einwohner, und somit waren Zivilisationskrankheiten die häufigste Todesursache in Luxemburg. Besonders Herzinfarkte und zerebro-vaskuläre Krankheiten breiten sich aus. So gab es 2007 222 Todesfälle durch akuten Myokardinfarkt und 183 Todesfälle bedingt durch zerebro-vaskuläre Blutungen oder Infarkte, Tendenz steigend (Quelle: Statistiken über die Todesursachen in Luxemburg für das Jahr 2007, Gesundheitsministerium). Auch Diabetes Typ 2 ist die Folge von schlechter Ernährung und ungenügender Bewegung. Es ist schwierig, die Verbreitung der Krankheit zu stoppen. So wurden im Jahr 2005 18.307 Menschen, also ungefähr 4,1 % der Bevölkerung Luxemburgs, wegen Diabetes behandelt. Im Vergleich mit 2004 bedeutet dies eine Steigerung um 5,3 %. Besonders betroffen sind die 65- bis 74-Jährigen (13,8 %) (Quelle: Le Diabète au Luxembourg, Etat de la situation à partir de données médico-administratives, CRP-Santé, UCM und Ministère de la Santé, 2008).

Die Unfallhäufigkeit am Arbeitsplatz bleibt trotz diverser Bemühungen immer noch hoch. In den letzten 5 Jahren waren

im Durchschnitt täglich 90 Arbeitsunfälle zu verzeichnen sowie 1 tödlicher Unfall alle 15 Tage. Auffallend ist, dass seit 10 Jahren ein Viertel aller Unfälle Wegunfälle sind (Association d'Assurances contre les Accidents, statistiques officielles).

In Luxemburg werden relativ wenige Berufskrankheiten anerkannt – ungefähr 20 Fälle pro Jahr während den letzten 10 Jahren. An erster Stelle handelt es sich um Schwerhörigkeit durch Lärmbelastung am Arbeitsplatz, an zweiter Stelle folgen staubbedingte Lungenerkrankungen, an dritter Stelle Muskel- und Sehnenscheidenentzündungen durch eine Kombination von Stress und sich monoton wiederholenden Arbeitsvorgängen. Bei den tödlichen Arbeitserkrankungen handelt es sich um asbestbedingte Erkrankungen der Atemwege (Association d'Assurances contre les Accidents, statistiques officielles).

Die psychosozialen Risiken infolge von sozio-ökonomischen Prozessen kommen in den letzten Jahren immer stärker auf. So ergeben die letzten Daten für Luxemburg, dass mehr als 20 % der Arbeitnehmer über Stress klagen, 9 bis 13 % der Beschäftigten sind moralischem Druck und Mobbing ausgesetzt (Fondation de Dublin: Fondation Européenne pour l'Amélioration des Conditions de Travail et de Vie, résultats 4e enquête).

Das Risiko von Belastungen durch chemische Schadstoffe, durch Schimmelpilzwachstum oder durch elektromagnetische Felder nimmt aufgrund der immer dichter werdenden Gebäudehüllen und des daraus resultierenden verminderten Luftaustausches (Lüftung) kontinuierlich zu. Dabei steht einerseits der Wohnbereich, aber andererseits auch der Arbeitsbereich im Vordergrund.

So ergeben die statistischen Auswertungen für Luxemburg im Bereich des Arbeitsplatzes physische Risiken in 90 % der Betriebe. In etwa 50 % der Betriebe bestehen erhöhte Unfallrisiken und Risiken von Berufskrankheiten. In 20 % der Betriebe sind die Mitarbeiter chemischen Risiken ausgesetzt, die zu Hautkrankheiten oder Atemwegsbeschwerden führen können

(Inventaire Postes à Risques, Code du Travail art. L.326-4 (3), campagne 1/1/2006-31/12/2008 publié 2009).

Schließlich muss auch die Qualität der Außenluft (Industrie, Landwirtschaft – Pestizide und Düngemittel beziehungsweise Transport) als möglicher Belastungsfaktor der Atemluft in Erwägung gezogen werden.

Das Lebensqualitätsziel für Luxemburg ist die Förderung der physischen, psychischen, sozialen und ökologischen Gesundheit und ein besserer Schutz vor Gesundheitsgefährdungen. Die Verbindung zwischen der Lebensweise sowie den Lebensbedingungen und der Gesundheit ist eindeutig bewiesen. Diese Multifaktorialität der Gesundheit erfordert die Berücksichtigung gesundheitlicher Konsequenzen in vielen verschiedenen politischen Domänen sowie eine verstärkte interdisziplinäre und kohärente Vorgehensweise. In den nächsten Jahren werden Bereiche wie Ernährung und körperliche Betätigung, gesunde Umwelt, psychische Gesundheit, Tabak- und Alkoholkonsum zu den Prioritäten gehören. Eine gesunde Lebensweise umfasst außerdem die Lebensqualität und die Umgebungsqualität im Bereich des Wohnens und des Arbeitens. Geschlechtsspezifische, sozio-ökonomische, sozio-kulturelle sowie bildungsspezifische Aspekte müssen in sämtlichen Bereichen einer nachhaltigen Gesundheitspolitik berücksichtigt werden.

Das Lebensqualitätsziel für Luxemburg ist die Förderung der physischen und psychischen Gesundheit und ein besserer Schutz vor Gesundheitsgefährdungen. Die Verbindung zwischen der Lebensweise und der Gesundheit muss kaum mehr bewiesen werden, und ein Gegensteuern dieses Trends kann vor allem in den Bereichen der Ernährung und der körperlichen Betätigung erfolgen.

Die geschlechtsspezifischen und sozio-ökonomischen Aspekte bei Ernährung und körperlicher Betätigung müssen dabei beachtet werden.

8. Alterung der Gesellschaft mit Folgen für Sozialstruktur, Arbeitsmarkt und die Sozialschutzsysteme

Eine Schwäche des luxemburgischen Arbeitsmarktes ist die relativ niedrige Beschäftigungsrate von älteren Arbeitnehmern. Die Beschäftigungspolitik hat demnach als Ziel die Vollbeschäftigung, und dies unter anderem in Bezug auf eine erweiterte Beschäftigungsrate der älteren Personen zu gewährleisten.

Nach den letzten verfügbaren Daten¹⁶ liegt die durchschnittliche Erwerbsquote der Menschen von 15 bis 64 Jahre bei 63,6 %, das heißt auf demselben Niveau wie im Jahre 2005. Diese Stagnierung kann sowohl bei den nationalen Arbeitnehmern (60,9 % im Jahre 2005 und 2006) als auch bei den im Ausland wohnhaften Arbeitnehmern (67,2 % in den zwei

¹⁶ Studie über die Arbeitskräfte von 2006 - STATEC

letzten Jahren) beobachtet werden. Die Beschäftigungsquote der Arbeitnehmer zwischen 55 und 64 Jahren stieg im Jahre 2006 auf 33,2 % der Gesamtbevölkerung in dieser Altersklasse, wovon 28,2 % Staatsangehörige sind und 42,9 % Ausländer (Männer 38,7 % und Frauen 27,8 %).

Was das Pensionssystem des privaten Sektors (*régime général de pension*) angeht, liegt das Pensionseintrittsalter in Frührente bei 60,6 Jahren für Frauen und bei 62,8 Jahren für Männer. Diese Werte sind bei Invaliditätsrenten beträchtlich niedriger: 49,9 Jahre bei Frauen und 51,3 Jahre bei Männern¹⁷.

Die älteren Menschen spielen heutzutage eine wichtige wirtschaftliche Rolle als Arbeitnehmer, Konsumenten und Steuerzahler (incl. für tragfähige Sozialschutz- und Rentensysteme). Die Erwerbsquote der älteren Arbeitnehmer sollte auch erhöht werden, weil diese ihren Erfahrungsschatz in den Arbeitsmarkt mit einbringen und es nützlich ist, in altersgemischten Teams zu arbeiten, in denen sowohl die spezifischen Qualitäten der Jüngeren wie jene der Älteren zur Geltung kommen. Die Übertragung von Wissen zwischen den Generationen ist

für Produktivität und Wachstum von größter Bedeutung, um ein Umfeld zu fördern, in dem die Fertigkeiten und das Wissen der älteren Arbeitnehmer geschätzt werden – aus wirtschaftlichen, aber auch aus sozialen Gründen.

Luxemburg steht mit seiner alternden Bevölkerung und einer relativ niedrigen Zahl von älteren Arbeitskräften vor einer großen Herausforderung, da dies die langfristige Finanzierung angemessener Renten für die wachsende Zahl der Rentenbezieher gefährdet. Ein kontinuierliches Ansteigen des Eintrittsalters in das Berufsleben seit den 80er Jahren, gekoppelt mit einer stetigen Abnahme des Renteneintrittsalters, führt langfristig zu einer Verringerung der Lebensarbeitszeit. Die Steigerung der Zahl älterer Arbeitnehmer könnte sich daher positiv auf alle Politiken und auf alle Generationen auswirken und als grundlegende Voraussetzung angesehen werden für das Streben nach mehr und besseren Arbeitsplätzen sowie größerem sozialem Zusammenhalt (Renten-, Geschlechter- und Generationengerechtigkeit).

Lebensqualitätsziel: Beschäftigung der älteren Arbeitnehmer, Zugang zu Sozialschutz sowie dessen Gerechtigkeit und Wirksamkeit.

¹⁷ Rapport général sur la sécurité sociale, IGSS; 2006

9. Gefahr von Wirtschaftskrisen durch hohe Volatilität internationaler (Finanz-)Märkte

International

Die Krise der Weltfinanzwirtschaft 2008/09 hat gezeigt, wie sehr diese Branche, die in summa rund die Hälfte des BIP des Landes erwirtschaftet, von internationalen Trends und Krisen abhängig ist.

Der Ausbruch der Finanzkrise in 2008/2009 hat viele Regierungen dazu geführt, massiv mit öffentlichen Geldern einzugreifen, um die nationalen Finanz- und Bankensysteme zu stabilisieren. Diese Maßnahmen, welche notwendig waren, um kurzfristig weitere negative Konsequenzen der Finanzkrise zu verhindern, müssen jedoch durch Strukturreformen ergänzt werden. Diese Reformen sollten als allgemeine Zielsetzung die Unterbindung von zukünftigen Finanzkrisen haben. Eine bessere Regulierung der Finanzmärkte und deren Akteure und Produkte soll zu mehr Stabilität und Effizienz des Finanzsystems führen: mehr Stabilität durch Verhinderung von exzessivem Risikoverhalten und Systemrisiken, und mehr Effizienz durch Vermeidung von übermäßigen Spekulationsblasen, die Ausdruck einer suboptimalen Allokation der Ressourcen sind. Der Erfolg dieser Reformen hängt maßgeblich von ihrem internationalen Charakter ab: Sie müssen deshalb auf Ebene der G-20-Gruppe geführt werden; die EU muss in diesem Kon-

text eine aktive Rolle spielen, neben ihrer eigenen Reformagenda, die sie systematisch weiterführen soll.

Das finanzpolitische Qualitätsziel in den internationalen und europäischen Verhandlungen ist es, dazu beizutragen, dass die Stabilität und Effizienz des internationalen Finanzsystems wiederhergestellt wird.

Die Finanzkrise hat sich sehr schnell auf die Realwirtschaft ausgedehnt. Nach der Stabilisierung der Finanz- und Bankensysteme mussten die Regierungen deshalb intervenieren, um die Wirtschaftsaktivitäten und die Beschäftigung mit antizyklischer Haushaltspolitik zu unterstützen. In diesem Kontext hat die EU einen koordinierten Konjunkturplan Ende 2008 beschlossen.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat schlussendlich dazu geführt, dass die Haushaltslage der Staaten, insbesondere in der Eurozone, sich durch hohe Defizite und schnell steigende öffentliche Verschuldung sehr schnell verschlechtert hat. Die Existenz und Risiken von Liquiditätsproblemen verschiedener Länder in der Eurozone haben dazu geführt, dass die Mitgliedstaaten der Eurozone beschlossen haben, ein Garantiesystem aufzustellen, um den eventuell betroffenen Ländern die notwendige befristete finanzielle Unterstützung zur Verfügung zu stellen. Das Ziel dieser Maßnahmen war die Gewährleistung

der Stabilität der Währungsunion.

Das sich hieraus ergebende finanzpolitische Qualitätsziel in den europäischen Verhandlungen ist es, dazu beizutragen, dass die notwendigen Reformen im Bereich europäischer Koordinierung, Überwachung und Verbesserung der nationalen Haushaltspolitiken beschlossen und durchgeführt werden, auch um Hinblick auf eine Verbesserung des Funktionierens der Wirtschaftsunion.

In Luxemburg

Luxemburg ist in dieser Zeit dem globalen Trend gefolgt: zuerst die Finanzkrise, dann die Wirtschaftskrise, schlussendlich die Verschlechterung der öffentlichen Finanzen.

In der Finanzkrise musste die Regierung eingreifen, um das Bankensystem zu stabilisieren. Die definitiven Kosten dieser Interventionen können zu diesem Zeitpunkt noch nicht errechnet werden. Allgemein hat dieses Krisenmanagement ermöglicht, größere negative Konsequenzen für Luxemburg zu verhindern. Die Krise hat jedoch gezeigt, dass Luxemburg ein sehr starkes Interesse an gut regulierten Finanzmärkten hat, insbesondere im Bereich der grenzüberschreitenden Bankentätigkeiten im europäischen Binnenmarkt.

Das finanzpolitische Qualitätsziel besteht darin, europäische Lösungen im Bereich von Prävention und Lösung von Bankenrisiken im Binnenmarkt zu suchen.

Inzwischen hat sich die Finanzkrise auch auf die Realwirtschaft ausgedehnt. Dies ist eine logische Konsequenz, da die Finanzinstitute das Öl im Getriebe der wirtschaftlichen Entwicklung sind. Um diesem Ausdehnen der Krise entgegenzuwirken, hat die Luxemburger Regierung eine Reihe von Maßnahmen vorgesehen, die sich hauptsächlich auf zwei Schwerpunkte konzentrieren: das Erhalten der Kaufkraft bei den Konsumenten und die Arbeitsbeschaffung für ansässige kleine und mittelständische Betriebe.

Mittel- und langfristig sind die gesamten Konsequenzen der Krise noch nicht zu erkennen. Man kann jedoch stark annehmen, dass die Krise eine negative Auswirkung auf das Wachstumspotenzial der Wirtschaft Luxemburgs für die nächsten Jahre haben wird, das sich von 4,5 % auf 2-3 % womöglich reduziert hat. Die Krise hat zu einer strukturell höheren Arbeitslosigkeit und einem Verlust an Produktivität der Produktionsfaktoren, unter anderem der Arbeit, geführt. Zusätzlich kann man davon ausgehen, dass die eingeleiteten Reformprozesse im Finanzsektor auf internationaler und europäischer Ebene dazu führen können, dass dieser Sektor zukünftig weniger zum Wachstum in Luxemburg beitragen wird. Dieser Umstand ist umso wichtiger, weil der Finanzsektor einen wichtigen Anteil der Wirtschaft darstellt mit 32 % der Wertschöpfung, 22 % der Lohnempfänger und 31 % der Steuereinnahmen.

Dieser Umstand, gestärkt durch die Struktur einer kleinen, spezialisierten Volkswirtschaft, macht, dass die staatlichen Einnahmen einer sehr hohen Volatilität ausgesetzt sind. Die Abhängigkeit von dieser Volatilität könnte mit einer konsequenten Diversifizierung der Wirtschaftsaktivitäten vermindert werden. Dazu zählen einerseits die interne Differenzierung der Finanzbranche am Standort Luxemburg sowie andererseits die Diversifizierung der Wirtschaft durch die selektive Stärkung weiterer Branchen, wobei die sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitskriterien gleichwertig berücksichtigt werden sollen.

Hintergrund: Wirtschaftliche Diversifizierung Luxemburgs

Nach der Überspezialisierung in der Metallverarbeitung ist Luxemburg jetzt mit einer übermäßigen Spezialisierung im Finanzsektor konfrontiert. Auch angesichts der Tatsache, dass ein Wirtschaftszweig von europaweit konkurrenzfähiger Größe in Luxemburg zwingend exportorientiert ist, und dieser durch den (viel) größeren Zielmarkt (im Vergleich zum Binnenmarkt) einen gewichtigen Teil des BIP darstellen wird, scheint die gegenwärtige Dominanz des Finanzsektors exzessiv zu sein. Im Laufe der zwei letzten Jahrzehnte ist dieser zum vorherrschenden Wirtschaftszweig Luxemburgs geworden. Ein Rückgang des Diversifizierungsgrades der gesamten Ökonomie während der letzten Jahrzehnte ist feststellbar. Im Jahre 2007 betrug der Anteil der Finanzdienstleistungen ungefähr ein Drittel des gesamten erwirtschafteten Mehrwerts¹⁸. Dieser Diversifizierungsgrad wird mit Hilfe des „Entropie-Koeffizienten“ gemessen. Eine wissenschaftliche Studie¹⁹ kommt zum Ergebnis, dass dieser in Luxemburg eine negative Entwicklung aufzeigt. Der Rückgang der Diversifizierung erklärt sich größtenteils durch den Aufwärtstrend im Finanzsektor, auch wenn der Diversifizierungsgrad innerhalb des Produktionssektors steigend ist und ohne dass die Gesamtaktivität der anderen Sektoren rückläufig wäre. Der „Entropie-Koeffizient“²⁰ ist auch Bestandteil des „Wettbewerbsfähigkeits-Dashboard“, das jährlich vom „Observatoire de la Compétitivité“ aktualisiert wird. Für das Jahr 2007 wies dieser Indikator für Luxemburg einen Wert von 1,36 auf. Im europäischen Vergleich scheint Luxemburg die am geringsten diversifizierte Wirtschaftsstruktur unter den 27 Mitgliedstaaten zu haben. Im Schnitt errechnet sich ein Wert von 1,59 für die EU27, und unsere Nachbarländer zeigen allesamt einen höheren Wert als Luxemburg auf (DE 1,52; FR 1,56; BE 1,55).

¹⁸ Le Luxembourg en chiffres 2008, STATEC, septembre 2008

¹⁹ An analysis of the sectoral diversification of a small open economy: the case of Luxembourg, Luisito Bertinelli, Eric Strobl in "Bilan compétitivité 2007", Observatoire de la Compétitivité, Ministère de l'Economie et du Commerce extérieur (<http://www.odc.public.lu/>)

²⁰ Ministère de l'Economie et du Commerce extérieur, Bilan Compétitivité 2008 – Plus de compétitivité pour plus de pouvoir d'achat, in Perspectives de politique économique n°11, Luxembourg, Oktober 2008, S. 107

Bei einer solchen Wirtschaftsstrukturpolitik kommt Luxemburg zugute, dass es eine hohe Innovationsrate aufweist (Summary Innovation Index zwischen USA und UK), jedoch eine weit höhere wirtschaftliche Dynamik hat als alle anderen Länder dieser Kategorie – und das bei weit unterdurchschnittlichen Innovationsausgaben (1,29 % des Umsatzes, EU-Durchschnitt 2,15 %). Ursache ist die Fähigkeit zu nicht-technischen Innovationen gerade der kleinen und mittleren Unternehmen in Luxemburg (mit 74 % Innovatoren mit weitem Abstand europäischer Spitzenreiter, EU Durchschnitt 49 %), eine Fähigkeit, die gerade für eine nachhaltige Wirtschaft von besonderer Bedeutung sein wird.²¹

Das ökonomische Qualitätsziel für Luxemburg besteht darin, die Wirtschaft krisensicherer zu machen und die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Dazu verfolgt die Luxemburger Wirtschaftspolitik als eines ihrer Hauptziele die Absicht, ein optimales Gleichgewicht zwischen einer hinreichenden Größe der einzelnen Branchen und einer ausreichenden wirtschaftlichen Diversifizierung zu erreichen.

Branchengröße und wirtschaftliche Spezialisierung führen

²¹ European Innovation Scoreboard 2006

zu Skalen- und Lerneffekten und damit zu erhöhter Wettbewerbsfähigkeit, während die Diversifizierung, der Abbau der Abhängigkeit von einer spezifischen Branche, die volkswirtschaftlichen Auswirkungen sektorieller Krisen abmildern soll und eine Absicherung der staatlichen Einnahmen gegenüber der hohen Volatilität darstellt, die sich aus der Spezialisierung ergibt.

Die Wirtschaftsförderung setzt deshalb auf eine multi-sektorielle Spezialisierung, was einen Selektionsprozess, das Setzen von Schwerpunkten und eine klare Arbeitsteilung innerhalb des so definierten Rahmens voraussetzt.

Dieser bedarf einer Integration z. B. von Wirtschafts- und Forschungspolitik mit der Regionalplanung sowie der kontinuierlichen und sorgfältigen Abstimmung zwischen den Ressorts (Finanzen, Wirtschaft, Mittelstand und Tourismus, Kommunikation, Landwirtschaft) und mit den wirtschaftlichen Akteuren, Firmen, Kammern und Gewerkschaften.

Eine krisensichere Wirtschaft benötigt außerdem Versorgungssicherheit mit den notwendigen Produktionsfaktoren (Arbeitskräfte, Ressourcen einschließlich Energieträger, Investitionsmittel) und die dazu erforderlichen Infrastrukturen.

10. Risiko des Verlusts staatlicher Handlungsfähigkeit durch mangelnde finanzielle Ressourcen

Bei Entscheidungen über die angemessene und effektive Wahrnehmung grundlegender sozialstaatlicher Aufgaben (bedürfnisgerechter Sozialschutz, Sicherung von Renten-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung, Entwicklungshilfe usw.) und um im Rahmen der staatlichen Zukunftsvorsorge handlungsfähig zu sein, z. B. durch zukunftsversorgende Investitionen, insbesondere Infrastrukturen im Sozial- und Umweltbereich (z. B. Kindergärten, Schulen, Forschung, Wasser- und Transportinfrastrukturen), spielen die öffentlichen Finanzen betreffende Erwägungen eine maßgebliche Rolle.

Die Handlungsfähigkeit kann nur bewahrt werden, wenn der Haushalt kurzfristig über den Wirtschaftszyklus ausgeglichen bleibt und längerfristig die notwendigen Überschüsse produziert um die implizite Verschuldung durch die zukünftig im Bezug auf die alternde Bevölkerung steigenden Ausgaben in Kauf zu nehmen. Eine niedrige Staatsverschuldung ist zur gleichen Zeit wichtig für ein kleines Land wie Luxemburg, um das AAA-Rating seiner Staatsschuld zu behalten, was die beste Strategie ist, damit die Handlungsfähigkeit nicht übermäßig von den Finanzmärkten beeinträchtigt wird.

Die Krise hat jedoch eine substantielle Verschlechterung der öffentlichen Finanzen bewirkt. Von einem Überschuss von 2,9 % des BIP im Jahr 2008 hat der konsolidierte Haushalt ein Defizit von -0,7 % des BIP im Jahr 2009 gekannt; dieses Defizit wird voraussichtlich im Jahr 2010 bei -2,8 % des BIP liegen, was eine Verschlechterung von 5 % über zwei Jahre bedeutet.

In derselben Zeit hat sich die öffentliche Staatsverschuldung mehr als verdoppelt, von 6 % des BIP vor der Krise auf 14 % Ende 2009. Dieses Niveau ist momentan noch eines der niedrigsten in Europa. Doch die Dynamik der Staatsverschuldung hängt nicht von den Defiziten des konsolidierten Haushalts nach Maastricht-Kriterien ab, sondern es sind die Defizite des Zentralstaates, welche die Finanzierungsbedürfnisse des Staates bestimmen, und folgerichtig die Höhe der Aufnahme von neuen Schulden in Abwesenheit von Reserven. In Anbetracht der Tatsache, dass die Sozialversicherungen noch Überschüsse produzieren, fallen die Defizite des Zentralstaates viel höher aus als die konsolidierten Defizite: Im Jahr 2008 vor der Krise gab es bereits ein Defizit von -0,2 % des BIP, im Jahr 2009 von -2,7 % des BIP, und das Defizit für 2010 wird bei -4,6 % liegen.

Die Ausgangsposition für nachhaltige öffentliche Finanzen hat sich deshalb allgemein verschlechtert:

- Kurz- und mittelfristig werden das schwächere Wachstumspotenzial und verschiedene Risiken über Einnahmen aus Nischenpolitiken einen negativen Impakt auf die Einnahmen haben. Dies wird dazu führen, dass die hohe und dynamische Ausgabenstruktur in den nächsten Jahren nicht vollständig finanziert werden kann, was zur kontinuierlichen Verschuldung führen wird;
- diese mittelfristige negative Entwicklung wird als Konsequenz haben, dass Luxemburg weniger gut aufgestellt sein wird, wenn es darum geht, die steigenden Kosten durch die alternde Bevölkerung zu meistern.

Bisher verhalten die geringe Staatsverschuldung sowie substantielle Finanzreserven im Bereich des Sozialwesens Luxemburg zu vorteilhaften Ausgangsbedingungen, um die ökonomischen und haushaltsmäßigen Herausforderungen

der Zukunft anzugehen. Dennoch ist eine Zusatzbelastung für die langfristige finanzielle Absicherung durch das Ansteigen der öffentlichen Ausgaben im Bereich des Sozialwesens unbestreitbar, und aktuelle Berechnungen zeigen auf, dass in Bezug auf eine alternde Bevölkerung die sozialbedingten Aufwendungen von 19,5 % des BIP in der Zeitspanne 2004-2010 auf mehr als 27 % im Zeitraum 2040-2050 anwachsen werden.²²

Das Qualitätsziel besteht darin, die Zukunftsfähigkeit der Finanzen zu sichern. Kern der strategischen mittel- und langfristigen Zielsetzungen ist eine langfristig positive Haushaltslage. Diese soll erreicht werden unter Berücksichtigung der Festigung des sozialen Zusammenhalts in der Gesellschaft und der Wahrung der ökonomischen und institutionellen Rahmenbedingungen zugunsten langfristigen Wirtschaftswachstums und Wohlstandes.

22 9ième actualisation du programme de stabilité et de croissance du Grand-Duché de Luxembourg, octobre 2007

11. Starke Einkommensunterschiede zwischen Nord und Süd, ungleicher Fortschritt in Sachen Armutsbekämpfung trotz Teilerfolgen

In der globalisierten Welt von heute macht es keinen Sinn, nachhaltige Entwicklung allein in Luxemburg zu fördern. Die Globalisierung, die gemeinhin als Chance angesehen wird, um die nachhaltige Entwicklung zu fördern, verteilt ihre Früchte ungleichmäßig, und weite Teile der heutigen Welt stehen als Verlierer dieses Prozesses da; dies sowohl vom wirtschaftlichen, vom sozialen als auch vom umweltpolitischen Standpunkt aus.

Um diesen Tendenzen entgegenzuwirken, hat die internationale Staatengemeinschaft sich auf dem UN-Millenniumsgipfel im Jahre 2000 dazu verpflichtet, die Armut weltweit bis 2015 um die Hälfte zu vermindern und in diesem Zeitraum die UN-Millenniumsziele zu erreichen. Der „Halbzeitbericht“ im Jahr 2007 fällt gemischt aus. Wenn auch in verschiedenen Ländern und in verschiedenen Bereichen Fortschritte hin zu den UN-Millenniumszielen festgestellt werden konnten, so wird es vor allem für den afrikanischen Kontinent immer schwieriger, die festgesteckten Ziele im vorgesehenen Zeitraum zu erreichen.

Es besteht also verstärkter Handlungsbedarf, sich der Herausforderungen anzunehmen, die sich im Bereich der UN-Millenniumsziele in den sieben verbleibenden Jahren stellen, und somit die weltweite Entwicklung im Sinne der Nachhaltigkeit und der globalen Sicherheit zu fördern. In der Tat wird

oft vergessen, dass Entwicklung und globale Sicherheit Hand in Hand gehen und dass die Ausrottung der absoluten Armut und die Schaffung von Perspektiven für die Bevölkerung der Entwicklungsländer die besten Mittel zur Wahrung der internationalen Stabilität sowie zur Eindämmung der illegalen Migration sind.

Deshalb hat die luxemburgische Regierung sich bei der Rio-Konferenz in 1992 als Ausdruck ihrer internationalen Solidarität dazu verpflichtet, ihre Entwicklungshilfemittel auf 0,7 % des Bruttosozialprodukts anzuheben. Dieses Ziel wurde im Jahre 2000 erreicht.

Es steht im Einklang mit der Erkenntnis, dass die globalen Bedrohungen für die nachhaltige Entwicklung oft miteinander verbunden sind und dass es nicht möglich sein wird, nachhaltige Entwicklung zu erreichen, wenn verschiedene Teile der Welt in absoluter Armut, Krieg und Gewalt sowie mit der Bedrohung ihres natürlichen Umfeldes leben müssen. Um diesen an sich schon lebensunwürdigen Zuständen entgegenzuwirken, aber auch um gegen die davon ausgehende Bedrohung der nachhaltigen Entwicklung entgegenzuwirken, hat die luxemburgische Regierung entschieden, signifikante finanzielle Verpflichtungen einzugehen.

Dabei geht es nicht nur darum, die verfügbaren Mittel aufzustocken, sondern auch um die gezielt-nachhaltige Gestaltung der Entwicklung im Sinne der MDGs. Dazu ist sicherzustellen, dass die Mittel diejenigen erreichen, denen sie zugeordnet waren, und nicht unterwegs „versickern“ oder für andere Zwecke missbraucht werden (Waffenkäufe wie auch Waffenverkäufe aller Art sind zu ächten).

Das Qualitätsziel im Bereich internationale Zusammenarbeit besteht darin, wirksame Beiträge zur Beseitigung der Armut weltweit, und zur Förderung einer global nachhaltigen

Entwicklung zu leisten. Dazu haben die verschiedenen aufeinander folgenden Regierungen das 0,7 %-Ziel nicht nur weiter unterstützt, sondern darüber hinaus hat die gegenwärtige Regierung in ihrem Programm 2009 beschlossen, die Entwicklungshilfemittel in den kommenden Jahren bei 1 % des BIP festzuschreiben (ohne dabei das 2009 erzielte Gesamtvolumen zu unterschreiten) und die Effizienz, die Qualität sowie die Kohärenz der eingesetzten Mittel im europäischen und weiterem internationalen Umfeld zu fördern.

12. Herausforderungen des Bildungssystems bei der Qualifizierung und in der Nachhaltigkeitserziehung

Bildung ist ein Schlüsselfaktor einer jeden Nachhaltigkeitspolitik: Das Bildungssystem muss sich der doppelten Herausforderung stellen, sowohl ein möglichst hohes Bildungs- und Qualifikationsniveau zu gewährleisten als auch Inhalte, Kom-

petenzen und Werte zu vermitteln, die Kultur-, Identitäts- und Geschichtsbewusstsein vermitteln und vorwärtsschauend jeden Einzelnen befähigen, Nachhaltigkeitsfragen erfolgreich anzugehen.

12.1. RISIKO DER ENTWICKLUNG VON GRUPPEN, DIE AUFGRUND MANGELNDER BILDUNG WEDER AKTIVE STAATSBÜRGER NOCH ERFOLGREICHE ARBEITNEHMER ODER SELBSTÄNDIGE WERDEN, UND DAMIT FÜR DIE SOZIALE KOHÄSION

Die Schulabbrecherquote, die noch 2003-2004 bei über 17 % lag, konnte in den letzten Jahren durch gezielte Maßnahmen auf 11,2 % (2007-2008) gesenkt werden. In Anbetracht der steigenden Arbeitslosenzahlen in Luxemburg sowie der Tatsache, dass der Luxemburger Arbeitsmarkt unqualifizierte Arbeitskräfte nicht mehr einzugliedern vermag, bleibt die Stabilisierung bzw. weitere Senkung dieser Quote eine Priorität der nationalen Bildungspolitik. Zudem gilt es, eine höhere Anzahl von Schülern zu einem Schulabschluss der höheren Sekundarstufe (Sekundarstufe II) zu bringen. Nach nationalen Berechnungen lag die Abschlussquote im öffentlichen Unterrichtswesen seit 2008-2009 bei 82,2 %. Betrachtet man die Berechnungen der Eurostat, die auf der „Labour Force Survey“ gründen, so lag die Abschlussquote der 20- bis 24-Jährigen im Jahr 2008 bei rund 72,8 %. Der Unterschied zwischen diesen beiden Ergebnissen erklärt sich dadurch, dass die Labour Force Survey die Gesamtbevölkerung der betreffenden Alterskategorie berücksichtigt, d. h. im Falle Luxemburgs also einen

nicht unerheblichen Anteil an Einwohnern, die nicht die Luxemburger Schule besucht haben. Zudem weist die Abschlussquote Unterschiede zwischen den Geschlechtern auf.

Der Anteil der Erwachsenen, die an einer Fortbildungsmaßnahme teilnehmen, lag 2008 mit 8,5 % unter dem Zielwert der Lissabon-Strategie (12,5 %).

Die schulischen Resultate sind zu sehr durch die soziale Herkunft und die Muttersprache geprägt. Die Schwierigkeit der Schule, diese Ungleichheiten zu kompensieren, ist umso gravierender, als die Schülerbevölkerung sich aus einem hohen Anteil von Kindern aus bildungsschwachen Familien und mehr als 40 % von Schülern nicht-Luxemburger Herkunft zusammensetzt. Die vielfache Sprachkompetenz ist kulturell wie wirtschaftlich ein Vorteil und muss erhalten bleiben. Gelebte Sprachkompetenz könnte durch gegenseitiges besseres Kennenlernen, z. B. durch Schulaustausch in der Großregion, nachhaltig gefördert werden.

Gleichzeitig gilt es zu verhindern, dass im dreisprachigen Schulsystem Luxemburgs eine Sprache zum Hindernis für das Erlangen einer Berufsqualifikation wird.

Die aktuelle Anzahl derer, die nach dem Schulabschluss weiterstudieren, reicht nicht aus, um die Nachfrage des Arbeitsmarktes zu decken. Im Interesse des nationalen Arbeitsmarktes, der Wettbewerbsfähigkeit und der Beteiligung an unserer demokratischen Gesellschaft gilt es nicht nur, die Anzahl der frühzeitigen Schulabgänger zu verringern, sondern auch allgemein das Bildungsniveau aller anzuheben. Dies ist die nachhaltigste Antwort auf die Herausforderungen, vor denen jeder Einzelne in Luxemburg wie auch das Land als solches steht.

Der Umgang mit der Heterogenität der Schüler bleibt die größte Herausforderung der Luxemburger Schule. Die Verbesserung des Schulerfolgs und die Anhebung des Bildungsniveaus hängen maßgebend von den Möglichkeiten der Schule ab, die bestehenden Ungleichheiten zu kompensieren. Die Ziele der Chancengerechtigkeit und der Anhebung des

Bildungsniveaus auf sämtlichen Schulebenen miteinander zu vereinbaren heißt, jeden einzelnen Schüler entsprechend seinen Fähigkeiten auf ein höchstmögliches Qualifikationsniveau zu bringen. Bildung hat deshalb eine zentrale Funktion in Bezug auf die Lebensqualität: Sie leistet einen wesentlichen Beitrag zur gesellschaftlichen Teilhabe, Persönlichkeitsentwicklung und Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit.

Das Qualitätsziel in diesem Bereich besteht darin, das Bildungs- und Qualifikationsniveau flächendeckend anzuheben: auf Ebene des Abiturs, des technischen Abiturs, der Technikerausbildung, der Berufsausbildung und der Erwachsenenbildung. Ziel der Schule ist es einerseits, durch Unterstützung der leistungsschwachen Schüler den schulischen Misserfolg zu verringern und einen höheren Anteil von Schülern zu einem Schulabschluss zu bringen. Gleichzeitig muss die Schule leistungsstarke Schüler verstärkt fördern und so einen größeren Anteil von Schülern darauf vorbereiten, ein Hochschulstudium zu absolvieren.

12.2.BILDUNG FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Nachhaltige Entwicklung ist ein gesamtgesellschaftlicher Wandlungsprozess. Angesichts der grundlegenden Herausforderungen einer nachhaltigen Entwicklung bedarf es einerseits der Kompetenzen und des Fachwissens über komplexe Zusammenhänge, andererseits einer Veränderung von Einstellungen und Verhaltensweisen. Vernetztes und fächerübergreifendes Lernen, Denken und Handeln sind unabdingbar, um die junge Generation zu befähigen, Nachhaltigkeitsfragen anzugehen und auf ein lebenslanges Lernen vorzubereiten. Somit kommt bei der Förderung einer dauerhaft tragfähigen Entwicklung der Bildung eine zentrale Rolle zu.

Um die Wichtigkeit der Bildung in der Nachhaltigkeitspolitik zu unterstreichen, haben die Vereinten Nationen 2002 die Jahre 2005 – 2014 zur Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgerufen. Die globale Vision der Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ist es, allen Menschen Bildungschancen zu eröffnen, die es ermöglichen, sich Wissen und Werte anzueignen sowie Verhaltensweisen und Lebensstile zu erlernen, die für eine lebenswerte Zukunft und eine positive gesellschaftliche Veränderung erforderlich sind. Alle Mitgliedsländer sind aufgerufen, den Gedanken der nachhaltigen Entwicklung in den jeweiligen Bildungssystemen zu verankern.

Diese Verpflichtung gilt auch für Luxemburg. Ziel ist die Erarbeitung eines integrativen Bildungskonzeptes im Rahmen der Nationalen Strategie für Bildung für nachhaltige Entwicklung. Diese Strategie, die 2009 von einem interministeriellen Komitee erarbeitet wurde, knüpft an bestehende Projekte, Curricula und Initiativen im Luxemburger Schulwesen an und soll

diese unter Beteiligung der interessierten Akteure bewusst weiterentwickeln.

Durch einen interdisziplinären und ganzheitlichen Ansatz sollen im Rahmen der Nachhaltigkeitsbildung drei wesentliche Ziele erreicht werden:

- **Die Stärkung des Verständnisses der Zusammenhänge zwischen den einzelnen Dimensionen (Ökologie, Soziales, Wirtschaft) der nachhaltigen Entwicklung. Kernthemen sind etwa Umweltbildung, Friedenspädagogik, Konsumerziehung, Gesundheitserziehung, Entwicklungszusammenarbeit, Multikulturalität usw.;**
- **der Aufbau handlungsbezogener Kompetenzen, d. h. die Befähigung jedes Einzelnen, die globalen Auswirkungen des eigenen Handelns zu erkennen und die Verantwortung für eine nachhaltige Zukunft zu übernehmen. Dazu gehören z. B. vorausschauendes Denken und Handeln, interdisziplinäres Arbeiten, Partizipation an Entscheidungsprozessen usw.;**
- **die Vermittlung von Werten und Förderung von Einstellungen und Verhaltensstrukturen (Dialogbereitschaft, Solidarität, Respekt usw.), die für die aktive Gestaltung einer ökologisch verträglichen, sozial gerechten und wirtschaftlich leistungsfähigen Gesellschaft unabdingbar sind.**

13. Ungleiche Lebenschancen und Lebensqualität für Frauen und Männer

Nachhaltige Entwicklung bedingt (auch) gezielte Gesellschaftspolitik im Sinne der Einbeziehung der gesamten Bevölkerung. Unverzichtbar sind daher die Bestandsaufnahme und der Vergleich der Lebensrealitäten von Frauen und Männern innerhalb des Landes. Sie sind in mehrfachem Sinne das Zielpublikum der nachhaltigen Entwicklung. Ihr Lebensstandard soll gesichert werden und ihre Lebensqualität erhalten bleiben. Sie sind aber auch Akteure und Akteurinnen der nachhaltigen Entwicklung des Landes. Sie sind (neben den Arbeitnehmern aus den Grenzgebieten der Nachbarländer) ein Teil des bestehenden sowie des zukünftigen Arbeitspotentials, und von ihnen hängen zum anderen die demografische wie auch die wirtschaftliche Entwicklung des Landes ab. Folgende Bereiche zeigen die ungleichen Lebensrealitäten von Frauen und Männern:

Politik: 4 Frauen und 11 Männer bilden die Regierung. In der Abgeordnetenversammlung sind 12 Frauen und 48 Männer. Der Staatsrat zählt 6 Frauen und 15 Männer. In den 116 Gemeinden finden wir 12 Bürgermeisterinnen. Das Ungleichgewicht in der Repräsentation der Bevölkerung in Bezug auf das Geschlecht ist deutlich sichtbar in der heutigen demokratischen Staatsstruktur.

Privatleben: Nur 23 % der Arbeitnehmer, die Elternurlaub beanspruchen, sind Männer, während Frauen zu 96 % den ersten und zu 77 % den zweiten Elternurlaub in Anspruch nehmen. Zwischen 32 und 36 % der Frauen arbeitet Teilzeit gegenüber 3 bis 7 % der Männer. Von den Männern, die den Elternurlaub in Anspruch nehmen, sind ungefähr ein Drittel Arbeitnehmer aus der Großregion. Eine Veränderung der Geschlechterrollen in Richtung gleichberechtigte Partnerschaft im Privatleben ist im Ansatz sichtbar, benötigt jedoch ein Umdenken in der Gesellschaft und auch in der Wirtschaft. Beide sind mitverantwortlich für eine kinderfreundliche Gesellschaft und für die Lösung des Demografieproblems.

Wirtschaft: Die bisherigen Maßnahmen reichen nicht aus, um die Chancengleichheit der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt sicherzustellen. 54,6 % der Frauen und 72,6 % der Männer sind berufstätig. Zwar hat es Fortschritte gegeben, doch ist das „modernisierte Ernährermodell“ mit Vollzeit-Erwerbstätigkeit des Mannes und keiner oder Teilzeittätigkeit der Frau weit verbreitet geblieben. Dieses Modell führt zu lang andauernden Benachteiligungen der Frauen hinsichtlich Einkommen, sozialer Sicherung und Karrierechancen; der Aufstieg in Führungspositionen ist für Frauen ungleich schwieriger als für Männer und wird ihnen noch weitgehend verwehrt. Als Folge dieser Situation sind in den Verwaltungsräten der Unternehmen nur 16 % Frauen vertreten. In Unternehmen mit mehr

als 15 Personen sind nur 24 % Frauen in der Direktion. Was die **Lohnungleichheiten** betrifft, kann man einen Unterschied von etwa 14 % feststellen. So beträgt der durchschnittliche monatliche Bruttolohn männlicher Arbeitnehmer 3.939 EUR gegenüber 3.168 EUR für weibliche Arbeitnehmer. 23 % der Frauen verdienen weniger als 2.000 EUR pro Monat; dieser Prozentsatz erreicht bei den Männern nur 10 %.²³ Der Lohnunterschied hat sich in den letzten 10 Jahren kaum verringert. Auch was die **Arbeitslosigkeit** betrifft, bleiben Frauen benachteiligt. Zwischen 25 und 54 Jahren ist das Risiko, arbeitslos zu werden, bei gleichen Bedingungen (Alter, Nationalität, Alter bei Einwanderung und Studienniveau) zweimal höher für die Frauen als für die Männer.²⁴ Obschon die Erwerbsquote der Frauen kontinuierlich zunimmt, ist das Ziel der Lissabon-Strategie, eine Quote von 60 % (überwacht durch den entsprechenden EU-Strukturindikator), bis 2010 nicht mehr erreichbar. Nicht außer Acht zu lassen ist auch der Umstand, dass Arbeitnehmerinnen durch ihre Abgaben zu dem Fortbestand der Versicherungssysteme beitragen und ihre eigene Altersversorgung sichern. Zu verfolgen ist die negative Auswirkung der Teilzeitarbeit auf die Rentenansprüche der Frauen und die im Falle einer Scheidung oftmals nachfolgende Abhängigkeit von staatlichen sozialen Absicherungen. Gleichzeitig unterliegen Frauen in der Gesellschaft weiterhin dem traditionellen Rollenbild der für Erziehung, Versorgung und Pflege zuständigen Person.

Die gleichberechtigte Teilnahme von Frauen und Männern in der Politik und in der Wirtschaft sowie ein gleichberechtigtes Zusammenleben tragen nicht nur zur Verbesserung der gesellschaftlichen Strukturen bei. Familienverantwortung gilt unter Führungskräften inzwischen als harter Standortfaktor, und die Balance von Familienleben und Arbeitswelt, d. h. die Teilnahme des gesamten menschlichen Potentials an der Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft, als Schlüsselfaktor nachhaltiger Entwicklung.²⁵

Gleichzeitig muss im Sinne einer nachhaltigen Gesellschaft die Nicht-Erwerbsarbeit sichtbar gemacht und berücksichtigt werden. Ohne die als Reproduktionsarbeit bezeichnete Erziehungs-, Haushalts- und Pflegearbeit, die überwiegend von Frauen und unentgeltlich geleistet wird, kann unsere Gesellschaft nicht funktionieren. Im Sinne einer geschlechterge-

²³ Marché du travail : Egalité hommes-femmes, mythe ou réalité ? Cahier économique du STATEC N° 105.

²⁴ idem

²⁵ S. Brandl (2007). Arbeitswelt und Nachhaltigkeit – Perspektiven für das 21. Jahrhundert. WISO 30(3): 34-48

rechten Gesellschaft gilt es gleichzeitig, die Verteilung dieser Arbeiten zwischen Männern und Frauen zu hinterfragen.

Die Gleichstellung von Männern und Frauen durch „Gender mainstreaming“ ist ein übergreifendes Qualitätsziel des gesamten Nachhaltigkeitsplans. Jede Maßnahme muss auf ihre eventuell unterschiedliche Auswirkung auf Frauen und Männer untersucht werden, um eine negative Auswirkung auf ein Geschlecht zu verhindern. Die Zuhilfenahme von Maßnahmen wie dem „Gender budgeting“ tragen dazu bei, Unterschiede deutlich und quantifizierbar zu machen

und sie damit auch zu bekämpfen.

In der gesellschaftlichen Wahrnehmung ist ein Abbau der Geschlechterrollen-Klischees zu fördern und so ein besseres Verständnis für die Gleichwertigkeit der Geschlechter zu unterstützen, das eine unterschiedliche, frei gewählte Lebensführung für alle Männer und Frauen erleichtert, z. B. in Form einer höheren Beteiligung der Männer an der Haushaltsführung und in Pflege- und Versorgungsberufen, sowie eine Stärkung von Qualifikation, Erwerbsbeteiligung (Lissabon-Ziel) und Unternehmerinnengeist bei Frauen.

14. Defizite an kohärenter Governance

Kohärenz bezieht sich hier sowohl auf die horizontale, also interministerielle Koordination als auch auf die vertikale zwischen Staat und Kommunen sowie mit den Grenzregionen, einschließlich der Zielabstimmung zwischen den Ressorts und der Gestaltung wie Umsetzung europäischer Politik. Governance weist darauf hin, dass es nicht nur um Abstimmungsprozesse innerhalb der Regierung, sondern auch zwischen Regierung und Zivilgesellschaft geht.

Während solche Abstimmungsprozesse punktuell gut funktionieren, ist dies übergreifend nicht der Fall. In manchen Bereichen funktioniert die Abstimmung beispielhaft; so ist Luxemburg ein Paradebeispiel für die Umsetzung der Lissabon-Strategie, einschließlich Monitoring und Berichterstattung. In anderen Bereichen, wie bei der Nachhaltigkeitsstrategie, lagen in der Vergangenheit Kohärenz, Überwachung und Berichterstattung deutlich unter dem europäischen Standard.

Infolge einer zunehmend bürokratischen Abgrenzung von Zuständigkeitsbereichen bleibt trotz vieler Arbeitsgruppen und Stellungnahmen in der interministeriellen Koordination die Einbindung de facto begrenzt. Nicht-nachhaltige Trends bestehen in der Abschottung von Zuständigkeiten und der Formalisierung von Verwaltungsabläufen. Dies führt zur Gefahr von Doppelarbeit oder sich gegenseitig konterkarierender Initiativen. Die Chance, in einer vergleichsweise kleinen Verwaltung durch „kurze Dienstwege“ und informellen Austausch pragmatische und unbürokratische Lösungen zu finden, wird nicht hinreichend genutzt.

Die Kooperation mit der Zivilgesellschaft kann – zumindest in Teilbereichen – noch verbessert werden, insbesondere durch frühzeitige Einbindung in Prozesse der Politikentwicklung. Zur Verankerung der Nachhaltigkeit in der Gesellschaft wird auch die verstärkte Einbeziehung von Parlament und Nachhaltigkeitsrat beitragen.

Die Kohärenz der Politik von Staat und Kommunen sowie die Abstimmung der Kommunen untereinander sind nicht

zufriedenstellend (dies betrifft Ziele, Instrumente und Mitteleinsatz); hier überschneiden sich politische und persönliche Interessen, formale Zuständigkeiten und informelle Blockadepotenziale und bilden ein Hindernis für effizientes und kohärentes politisches Handeln. Statt kreativer Einzelmaßnahmen ist eine umfassende Reform der Gemeindefinanzen vorzuziehen.

Für die Umsetzung nachhaltiger Entwicklung negativ sind ein Kompetenz- und ein Politikdefizit: Politisch fehlen bisher klare Prioritäten (ist Nachhaltigkeit wirklich übergeordnet oder wird sie zur Zusatzpolitik?). Während mit der CIDD eine spezielle Governance-Struktur innerhalb der Administration existiert, die die Konsistenz von Zielen und Maßnahmen herstellen kann, fehlt eine institutionalisierte Koordination (nicht notwendigerweise ein Gremium, aber ein fester Koordinationsprozess), der die politisch-gesellschaftlichen Aspekte zusammenbringt, z. B. ein regelmäßiger Abstimmungsprozess der betroffenen Mitglieder des Regierungsrats.

Administrativ fehlt „Capacity building“, also die Vermittlung des Konzepts Nachhaltigkeit und der sich daraus ergebenden Querschnittsansätze, die durch Verwaltungsabläufe umgesetzt werden müssen, die weniger zuständigkeits- und mehr problemorientiert sind. Politikevaluationen und Berichterstattungen der Einzelressorts zur Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung haben sich in anderen Ländern als Mittel erwiesen, gegen derartige Defizite anzugehen.

Aufgrund der engen Vernetzung Luxemburgs mit den grenznahen Regionen in Belgien, Deutschland und Frankreich kann sich eine längerfristig orientierte Governance nicht nur auf die interne Koordination und interne Entscheidungsprozesse beschränken. Besonders in den strategisch relevanten Bereichen der Landesentwicklung sind Wege zu finden, um durch eine gestärkte Zusammenarbeit mit den Grenzregionen und angepasste Planungsprozesse grenzüberschreitender Natur, nachhaltigere Entwicklungsoptionen und Lösungen zu identifizieren und umzusetzen und so eine bessere Verteilung der

Vor- und Nachteile der jeweiligen Entwicklungsszenarien der Grenzümgebungen herzustellen.

Das Qualitätsziel in diesem Bereich ist eine kohärente „Governance“, einschließlich Koordination, Kommunikation, Partizipation und Transparenz.

Innerhalb der staatlichen Strukturen ist das Ziel eine bessere Abstimmung zwischen den Ministerien (Beteiligung aller problemrelevanten Ministerien, Abstimmung der Maßnahmen), um eine Integration wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Belange zu erreichen (Vermeidung von

Doppelarbeit und sich gegenseitig konterkarierender Initiativen, Berücksichtigung unvorhergesehener Nebenwirkungen durch frühzeitige Folgenabschätzung („Integrated assessment“), Suche nach Synergien).

Ein zweites Ziel ist die optimale Aufteilung der Kompetenzen zwischen Gemeinden und Staat, die eine effiziente und kohärente Umsetzung von Regelungen gewährleistet und in diesem Rahmen ein Höchstmaß lokaler Autonomie ermöglicht und die interkommunale/ regionale Kooperation fördert.

Krisenbewältigung durch Nachhaltigkeit

Das „Luxemburger Modell“ ist über die letzten Jahrzehnte hinweg außerordentlich erfolgreich gewesen. Attraktive Steuersätze, eine ausgebaute Infrastruktur und die Fähigkeit, schneller als andere europaweit geltende Regelungen effektiv in die Praxis umzusetzen, haben Investoren angezogen, insbesondere aus dem Finanzsektor, und diese wiederum haben für Arbeitsplätze und Steuereinnahmen gesorgt. Sogar die Folgen der Stahlkrise konnten so relativ schnell kompensiert werden. Luxemburg ist eine der einkommensreichsten, wenn nicht sogar die einkommensreichste Nation Europas²⁶.

Andererseits führt gerade der Erfolg zu Problemen: Neue Firmen benötigen neue, hochqualifizierte Mitarbeiter/innen, die sie nicht immer unter der ansässigen Bevölkerung finden. So steigt die Anzahl der Grenzgänger und der Zuwanderer, ohne dass die Arbeitslosigkeit der Einheimischen sich entscheidend verringert hätte. Gleichzeitig führt die steigende Zahl der Grenzgänger zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen mit all seinen negativen Nebenfolgen, während die hohe Zahl der Zuwanderer insofern Integrationsprobleme schafft, als sie den Rückgriff auf traditionelle Ansätze (große Mehrheit integriert kleine Minderheit) unmöglich macht: Die Luxemburger drohen eine Minderheit im eigenen Land zu werden. Die Dominanz der Finanzbranche in der Luxemburger Wirtschaft macht diese zu einem wesentlichen Pfeiler des Modells, in Krisenzeiten aber auch zu einem Risikofaktor.

Das hohe Wirtschaftswachstum im „Luxemburger Modell“ ist die Grundlage eines weitreichenden Sozialschutzes – trotz aller Sparmaßnahmen (auch und gerade nach der Krise) ist Luxemburg ein Sozialabbau wie in anderen Staaten der EU bisher erspart geblieben. Diese Art des Wirtschaftswachstums wird – so es denn wiederhergestellt werden kann – zur Lösung einiger Umweltprobleme beitragen können (z. B. Abwasserreinigung), die Lösung anderer Umweltprobleme jedoch erschweren (erhöhter Ressourcenverbrauch, mangelndes Ressourcenbewusstsein und mangelnder Willen zum Sparen natürlicher Ressourcen, CO₂-Emissionen). Nicht jede Art von Wirtschaftswachstum löst also die Probleme, es bedarf qualitativer Kriterien. Wir brauchen mehr denn je eine Wirtschaftsentwicklung, die die genannten Probleme löst, also nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sozial wie ökologisch nachhaltig ist. Es gilt auch in und nach der Konjunkturkrise, problemlösende Wirtschaftsentwicklung und Ökologie intelligent zu verknüpfen.

Diese Einsicht ist inzwischen international verbreitet: Zahlreiche Staaten Europas und noch stärker Asiens haben erhebliche Teile ihrer Stimuli in der Wirtschaftskrise auf ökologische Ziele ausgerichtet (Stichwort „Green New Deal“), und die EU hat mit der Lissabon-Nachfolgestrategie „Europa 2020“ Klima- und Umweltverträglichkeit, Beschäftigung und sozialen Zusammenhalt zu Kriterien der angestrebten nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung gemacht. Auch die OECD will nicht mehr einfach undifferenziert Wachstum, sondern „Green Growth“; das wird wohl auch eines der zentralen Themen der Rio+20-Konferenz im Jahre 2012 werden. Es geht also international um ein neues Wachstumsmodell, das die Grenzen des Umweltraums respektiert und die Wohlfahrt sichert. Es muss gleichzeitig ein permanenter Versuch sein, die Nachhaltigkeit der Finanzen und damit die Sicherheit der Sozialsysteme langfristig zu sichern.

Wie kann ein solches Modell aussehen, und wie wird sein Erfolg gemessen? Zunächst bedarf es der Überwindung des Ge-

²⁶ Luxemburger haben beispielsweise, in Kaufkraftstandards ausgedrückt, das höchste nationale bedarfsgewichtete mediane Nettoäquivalenzeinkommen und auch das höchste „BIP pro Kopf“ Europas. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Wirtschaftsleistung auch von den Grenzgängern erbracht wird, statistisch aber auf die Einwohner umgelegt wird. Weil der Indikator „BIP pro Kopf“, der auf europäischer Ebene oft in diesem Zusammenhang benutzt wird, diese Spezifität Luxemburgs nicht berücksichtigt, ist der Indikator „RNB par habitant“ Bestandteil des Wettbewerbsfähigkeits-Dashboard des Observatoire de la Compétitivité des Wirtschaftsministeriums. In diesem Fall berücksichtigt dieser Indikator besser den Impact der Grenzgänger auf die luxemburgische Wirtschaftsleistung. Siehe auch Ministère de l’Economie et du Commerce extérieur, Bilan Compétitivité 2006 – En route vers Lisbonne, Luxembourg, 2006, Seite 35. <http://www.odc.public.lu/publications/perspectives/index.html> und http://www.odc.public.lu/actualites/2006/07/12_ind_rich/index.html

geneinandern unterschiedlicher Politikfelder, d. h. einer kohärenten Politik. Eine solche integrative Politikgestaltung – wie in den europäischen Leitprinzipien der nachhaltigen Entwicklung festgehalten²⁷ – hat als Ziel eine integrierte Betrachtung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Interessen, so dass diese miteinander in Konkordanz stehen und sich gegenseitig aufwerten. In diesem Sinne gilt es eine Wirtschafts- und Finanzpolitik zu betreiben, die die Umsetzung der Klima- und Energieziele einen deutlichen Schritt voranbringt.

In diesem Sinne gibt das vom EU-Rat im Dezember 2008 vereinbarte Klimapaket ein entscheidendes Signal, dass der Klimaschutz in der globalen Finanz- bzw. Wirtschaftskrise nicht etwa hintanstellen darf, sondern kurz- wie mittelfristig – richtig genutzt – als Impuls zur Belebung der Konjunktur und zur Stabilisierung der Wirtschaft beitragen kann. Klimaschutz stimuliert Investitionen und schafft Einkommen; er zerstört netto keine Arbeitsplätze, sondern schafft neue.

Das Volumen des globalen Marktes von Umwelttechnologien und deren dazugehöriger Dienste sind von einer Größenordnung von 1.000 Mrd. Euro. Innerhalb der Europäischen Union stellen diese Aktivitäten momentan mehr als 260 Mrd. Euro dar, das sind 2,2 % des BIP und 3,5 Mio. Arbeitsplätze. Eine Studie des deutschen Bundesumweltministeriums hält fest, dass dort weitere 500.000 Arbeitsplätze entstehen können, wenn Regierung und Wirtschaft ernsthaft eine CO₂-Reduktion von 40 % gegenüber 1990 anstreben.

Durch Maßnahmen, wie sie auch Luxemburg in seinem Plan für nachhaltige Entwicklung festhält, z. B.

- Gebäudesanierung,
- Unterstützung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien,
- Anreize zum Ökodesign von Produkten,
- Förderung von Bio-Landwirtschaft, und
- Förderung von Umwelttechnologien

wird es nicht nur möglich sein, Ziele im Bereich Energieeffizienz und Klimaschutz zu erreichen, sondern es werden auch Arbeitsplätze und Einkommen geschaffen, insbesondere im Bereich der kleinen und mittelständischen Betriebe.

Es ist an der Zeit, aufzuhören, Krisen einzeln zu betrachten und sie sektoriell bekämpfen zu wollen. Die Klima- und Biodiversitätskrise, gefolgt erst von der Ölpreis- und dann von der Finanzkrise und anschließend von der globalen Wirtschaftskrise, hat Politik und die Gesellschaft vor zusätzliche, heute in ihren Auswirkungen noch nicht abzuschätzende Herausforderungen gestellt. Die Krisen in Umwelt und Wirtschaftswelt und

sozialer Welt müssen gemeinsam bekämpft werden. Die Klimakrise wird nicht verschwinden, nur weil entschieden wird, zuerst die Finanz- oder die Wirtschaftskrise zu bekämpfen. Sie wird andauern und sich verschlimmern mit steigenden Kosten für die Gesellschaft, mit wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen (laut Stern-Bericht werden die Kosten der Klimakrise bei Nicht-Handeln um 5 % bis 20 % höher sein als jene Investitionen, die heute zu ihrer Bekämpfung zu tätigen sind). Die Gelegenheit, eine globale Lösung zu suchen, die darauf abzielt, die genannten Krisen zusammen zu bekämpfen, muss genutzt werden, auch und gerade nach dem Scheitern der Klimakonferenz von Kopenhagen. Die Fakten zu ignorieren und diese Gelegenheit zu versäumen, würde eine Verschärfung aller kommenden Krisen als Konsequenz haben.

Jedes Land, auch Luxemburg, muss hier seinen Beitrag leisten – und eine intelligente Umsetzung dieses Imperativs hat positive Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft. Luxemburg kann seine Fähigkeit zur kohärenten Politikumsetzung – anders als in der Vergangenheit – hier in die Waagschale werfen.

Eine solche umfassende Nachhaltigkeitspolitik hat notwendigerweise mehrere komplementäre Komponenten: Sie erfordert zum einen die sozial-ökologische Gestaltung der bestehenden Wirtschaft und ihrer Branchen, sei es durch Steigerung der Ressourceneffizienz, durch technische oder organisatorische Innovationen. Ein zweites Element ist die Entwicklung neuer Branchen, die öko-effiziente Dienstleistungen anbieten oder die innovative Technologien für die nachhaltige Gestaltung der Wirtschaft entwickeln und vertreiben und dabei Arbeitsplätze und Einkommen schaffen, insbesondere im Bereich der kleinen und mittelständischen Betriebe. Das Volumen des globalen Marktes von Umwelttechnologien und deren dazugehöriger Dienste sind von einer Größenordnung von 1.000 Mrd. Euro. Innerhalb der Europäischen Union stellen diese Aktivitäten momentan mehr als 260 Mrd. Euro dar, das sind 2,2 % des BIP und 3,5 Mio. Arbeitsplätze. Eine Studie des Bundesumweltministeriums hält fest, dass in Deutschland weitere 500.000 Arbeitsplätze entstehen, wenn Regierung und Wirtschaft ernsthaft eine CO₂-Reduktion von 40 % gegenüber 1990 anstreben. Ein drittes Element ist die Förderung nachhaltiger Konsummuster der privaten und öffentlichen Endverbraucher.

Zusammen sollen derartige Strategien es ermöglichen, den Klimawandel wie international vereinbart auf 2° zu begrenzen und dazu bis Mitte des Jahrhunderts aus der Nutzung fossiler Energieträger weitgehend auszusteigen, den Verbrauch an Rohstoffen dramatisch zu reduzieren – die wissenschaftliche Literatur nennt Faktor fünf (v. Weizsäcker), zehn (Schmidt-Bleek) oder 20 als Ziel (WBCSD). All diese Strategien sind Bestandteil des Luxemburger Plans für nachhaltige Entwicklung (PNDD).

Wie aber misst man den Fortschritt hin zu einer nachhaltigen

²⁷ Leitprinzipien der nachhaltigen Entwicklung. Europäischer Rat 16./17.Juni 2005 – Schlussfolgerungen des Vorsitzes. Rat der Europäischen Union 102551/05

Wirtschaft, also Wirtschaftswachstum im Sinne der Nachhaltigkeit? Spätestens seit der EU-Konferenz „Beyond GDP“ ist klar, dass das Bruttoinlandsprodukt zwar alle am Markt getätigten wirtschaftlichen Aktivitäten eines Landes abbildet, aber nicht zwischen positiven, die Wohlfahrt steigernden, und negativen Aktivitäten unterscheiden kann, wie z. B. ökologische und soziale Reparaturkosten. Deshalb hat der französische Präsident Sarkozy eine Kommission unter Beteiligung zahlreicher Wirtschafts-Nobelpreisträger beauftragt, neue Maße für den Erfolg des Wirtschaftens zu entwickeln. Diese schlägt eine Vielzahl von Maßeinheiten, die negative von positiven Entwicklungen trennen, und einen speziellen Satz von Indikatoren für langfristig nachhaltige Entwicklung vor.

Mit diesen aktuellen Entwicklungen (die auch in Luxemburg angewandt werden könnten) ist klar, dass es zu einfach ist, nur das Wachstum des BIP als Indikator wirtschaftlichen Erfolgs zu nehmen. Im Gegenteil, es ist sogar nicht ausgeschlossen, dass Wohlfahrtsentwicklung und BIP sich gegenläufig bewegen, dass das BIP also völlig falsche Signale liefert. Gerade im Zusammenhang mit den neuen Wohlfahrtsmaßen ist es deshalb überfällig, die Frage nach dem Wirtschafts- und Wachstumsmodell der Zukunft zu stellen und einen gesellschaftlichen Diskurs zu initiieren, der einen nationalen Konsens über die Frage herstellt: „Wie sieht das Luxemburger Modell 2.0 aus?“

TEIL 2: DER WEG ZUM ZIEL: WIE DIE LEBENSQUALITÄT FÜR LUXEMBURG GESICHERT WIRD

Ziele der Lebensqualität, die so genannten Qualitätsziele, sind ein Kompass, der zeigt, wohin die Entwicklung unseres Landes gehen soll. Einen Kompass zu haben ist wichtig, um nicht die Richtung zu verlieren, reicht aber nicht aus. Deshalb wird als zweites eine Landkarte gebraucht: Damit kann man seine Route planen und festlegen, welchen Weg man bis wann zurückgelegt haben will. So eine Landkarte bilden die in diesem Teil beschriebenen Handlungsziele, die konkret zeigen, was bis wann erreicht sein soll.

Hat man die Route, kann die eigentliche Planung der Wanderung beginnen: Welche Schritte sollen getan werden, um die Ziele auf der Karte zu erreichen? Das sind die Politikmaßnahmen, die für ausgewählte Handlungsziele in diesem Kapitel aufgezeigt werden²⁸. Ausgewählte Handlungsziele aus zwei Gründen: Zum einen sind viele relevante Maßnahmen schon in anderen Politikprogrammen der Luxemburger Regierung festgelegt, würden hier also nur aufgelistet, ohne dass dahinter zusätzliche Handlungen stünden. In diesen Fällen ist ein Verweis auf bestehende Politiken angemessener und vermeidet den falschen Eindruck, dass bisher nichts geschehen sei und jetzt neue Anstrengungen unternommen würden. Zum anderen handelt es sich auch um eine Frage der Prioritätensetzung: Wenn man nicht alles gleichzeitig verfolgen kann, muss man sich um die dringlichsten Probleme sofort kümmern und um die anderen dann, wenn die ersten gelöst oder zumindest entschärft sind.

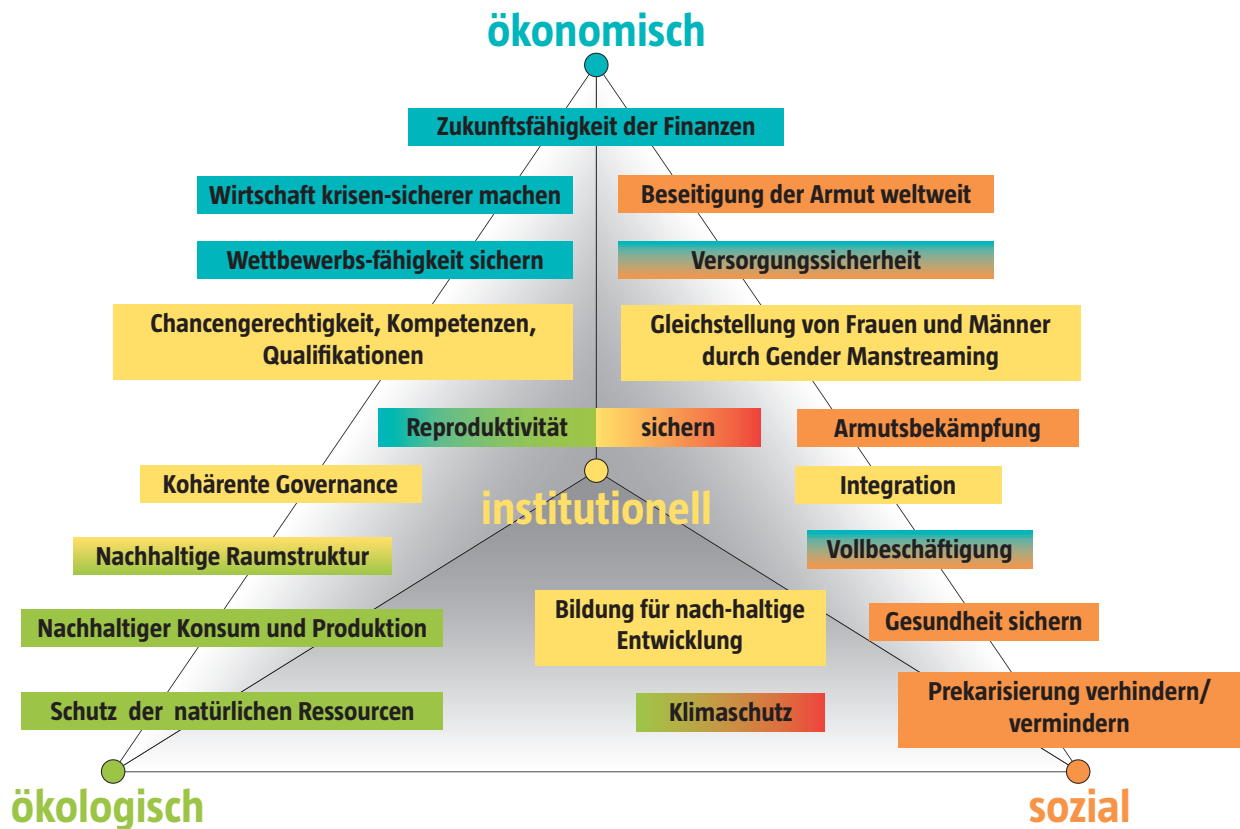
Der nachfolgende Text greift die in Teil 1 genannten Ziele für Umwelt- und Lebensqualität wieder auf und stellt sie in einen europäischen Zusammenhang, indem die entsprechenden Auszüge aus dem Beschluss des Rates der EU zu den Leitprinzipien der nachhaltigen Entwicklung den einzelnen Abschnitten vorangestellt werden. Die Übereinstimmung nationaler und europäischer Ziele ist in doppelter Hinsicht wichtig: Zum einen ist Luxemburg wie alle 27 EU-Mitgliedstaaten gehalten, die Nachhaltigkeitsstrategie der EU in nationale Politik umzusetzen, und dies geschieht zum größten Teil durch die Luxemburger Nachhaltigkeitsstrategie. Zum zweiten sind manche Ziele der Luxemburger Strategie im Alleingang nur unvollständig zu erreichen; die Übereinstimmung mit europäischen Zielen erleichtert die gemeinsame Umsetzung zusammen mit den Nachbarstaaten.

Die hier getroffene Zusammenstellung ist auch die Grundlage für die Überprüfung von Umsetzung und Zielerreichung: Für jede Maßnahme kann festgestellt werden, ob sie auch wirklich ergriffen wurde, und das Erreichen oder Nicht-Erreichen eines Handlungsziels sagt aus, ob die ergriffenen Maßnahmen effektiv waren, ob sie über das Ziel hinausgeschossen sind oder vielleicht noch nicht ausreichend waren. Der Vergleich von Herausforderungen, Qualitäts- und Handlungszielen sowie Maßnahmen, so wie er auf der Basis dieses Teils möglich ist, bietet auch eine wichtige Informationsgrundlage für künftige Politikentscheidungen, für Nachbesserungen und nicht zuletzt für die Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie nach dem Jahre 2013. Die Grafik illustriert die Qualitätsziele und ihren Zusammenhang.

Trotz aller Schwierigkeiten, die die Modellbildung für ein kleines und in die internationale Wirtschaft eingebundenes Land wie Luxemburg macht, wäre es interessant, Szenarien zu entwickeln, die auf unterschiedlichen Wegen anstreben, die hier definierten Qualitätsziele für Luxemburg zu erreichen, und die Sozial- und Umweltpolitik als produktive Faktoren für den Standort Luxemburg würdigen. Als Langfristperspektiven könnten sie entstehende Engpässe frühzeitig aufzeigen und so rechtzeitige Warnungen geben.

Als Informationsgrundlage für die politische Diskussion könnten solche Szenarien eine Brücke zwischen Realpolitik und Perspektivdiskussion darstellen, die die Frage behandeln: „Wie könnte ein zukunftsfähiges Luxemburger Modell aussehen?“

²⁸ Maßnahmen werden im nächsten Arbeitsschritt ergänzt



HANDLUNGSZIELE UND MASSNAHMEN²⁹

I. UMWELT

Bewahrung der Fähigkeit der Erde, das Leben in all seiner Vielfalt zu beherbergen, Achtung der Grenzen ihrer natürlichen Ressourcen und Gewährleistung eines hohen Maßes an Umweltschutz und an Verbesserung der Umweltqualität; Vermeidung und Verringerung der Umweltverschmutzung sowie Förderung nachhaltiger Produktions- und Konsummuster, um Wirtschaftswachstum und Umweltbeeinträchtigungen voneinander zu entkoppeln.³⁰

(QZ 1) Natürliche Ressourcen: Schutz der biologischen Vielfalt, Erhaltung und nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen

Schutz der Umwelt, Erhalt bzw. die Verbesserung der Qualität des natürlichen Umfelds, Schutz von Luft, Gewässern und Landschaft und Sicherung des Bodens

Bestehende Politik-Initiativen:

Plan national Protection de la Nature

Plan sectoriel « Préservation des grands ensembles paysagers et forestiers »

Plan national de gestion des déchets

Plan d'action « Amélioration de la qualité de l'air pour la ville de Luxembourg et ses environs »

Plan national de mise en œuvre de la Convention de Stockholm relative aux polluants organiques persistants

Programme Forestier National

Plan de développement rural du G.-D. de Luxembourg

Plan de gestion de district hydrographique

Biologische Vielfalt

1. Stopp des Verlustes an biologischer Vielfalt in Luxemburg, Degradierung von Ökosystemdienstleistungen beenden, mit der Restaurierung beginnen, Vorsorgeorientierung realisieren

- a. Umsetzung von Maßnahmen, u. a. Weiterentwicklung der Agrarumweltprogramme (insbesondere der Landschaftspflegeprämie) mit dem Ziel, den Erhalt und die Schaffung von ökologisch wertvollen Flächen und Landschaftsstrukturelementen zu sichern (vgl. den Plan für ländliche Entwicklung)
- b. Einführung einer Ausgleichsregelung auf der Basis eines Ökokontos und Flächenpools
- c. Wiederherstellung und Schutz der biologischen Durchgängigkeit der Landschaften (biologische Korridore, u. a. zur Vernetzung der Natura-2000-Gebiete) und an den prioritären fischrelevanten Gewässern
- d. Schaffung einer permanenten wissenschaftlichen Instanz („Cellule de compétence“) im Zusammenspiel mit bestehenden Institutionen, im Bereich Biodiversität und Naturschutz mit Schwerpunkt Monitoring und Artenschutz, die regelmäßig – z. B. alle 5 Jahre – die Funktionalität des Netzes und seines Managements sowie Erreichung der Schutzziele prüft bzw. Verbesserungsbedarf feststellt
- e. Landesweit flächendeckende Naturschutzsyndikate gewährleisten
- f. Vollendung der Reform des Jagdgesetzes
- g. Substantielle Speisung des Umweltfonds und Abänderung des Basisgesetzes im Hinblick auf die Förderung von geziel-

²⁹ Handlungsziele (Was soll erreicht werden?) sind mit 1, 2, 3... numeriert. Die dazugehörigen Maßnahmen (Wie soll es erreicht werden?) sind mit a, b, c... aufgeführt.

³⁰ Leitprinzipien der nachhaltigen Entwicklung. Europäischer Rat 16./17.Juni 2005 – Schlussfolgerungen des Vorsitzes. Rat der Europäischen Union 102551/05

- ten Natur- und Artenschutzmaßnahmen und Programmen
- h. Prüfung der Möglichkeit wirksamen Naturschutzes durch ökonomische Instrumente, insbesondere Zahlung für Ökosystemdienstleistungen (PES-Systeme)
 - i. Schaffung von zwei Biodiversitäts-Reservaten (eines in einer Wald-, das andere in einer Landwirtschaftszone), die den Schutzvorschriften entsprechend IUCN Klasse I bis II unterliegen und die Migration von Fauna und Flora erlauben
- 2. Gewährung eines auch langfristig guten Erhaltungszustandes der zu schützenden Lebensräume und Arten durch regelmäßiges Aktualisieren des Natura-2000-Netzes und seines Managements unter Berücksichtigung des Klimawandels**
- a. Verstärktes Aufkaufen von Naturschutzflächen durch die öffentliche Hand
 - b. Fertigstellen des Natura-2000-Netzes und zielorientiertes Management der Natura-2000-Gebiete
 - c. Verbesserung der Beratung der Landwirte und Ausweitung von Förderprogrammen und sonstigen Anreizen für ein verbessertes Management der Natura-2000-Gebiete
- 3. Entwicklung von gemeinsamen Maßnahmen mit Unternehmen zum Erhalt der biologischen Vielfalt**
- a. Unterstützung von Firmen, um ihre Aktivitäten auf deren Auswirkungen auf die biologische Vielfalt zu untersuchen
 - b. Zusammenarbeit mit den Wirtschaftskammern zum Abschluss freiwilliger Vereinbarungen zur Integration des Schutzes der Artenvielfalt sowie der nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen in ihre Geschäftstätigkeit

Ressourceneffizienz

- 4. Verbesserung der Ressourceneffizienz unter Nutzung und Förderung der Luxemburger Forschung zur Einsparung von Energie, zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und der Exporte sowie zur wirtschaftlichen Vorsorge für die Zeit nach Ende des billigen Öls (im Sinne des „Faktor 4“-Konzepts, d. h. einer langfristigen Verdopplung der verteilbaren Wohlstands bei gleichzeitiger Halbierung des Ressourcenverbrauchs)³¹**
- a. Gemäß dem Nationalen Aktionsplan für Erneuerbare Energien fossile Energie durch erneuerbare Energien ersetzen, 11 % bis 2020; Überwindung der Hindernisse, die den Ausbau der erneuerbaren Energien in unserem Lande verzögern
 - b. Gebäudesanierung für öffentliche Gebäude gemäß den jährlichen Sanierungsplänen der „Administration des Bâtiments Publics“, weitere Förderung der privaten Sanierung mit Reform der Bestimmungen im Jahr 2010
 - c. Realisierung der Demonstrationsprojekte von Plusenergiehäusern
 - d. Ressourceneffizienz-Kriterien einschließlich Recyclingmaterialanteile bei der Vergabe von Subventionen, z. B. bei steuerlichen oder sonstigen kostenwirksamen Erleichterungen zur Förderung der Ansiedlung von Betrieben in Luxemburg
 - e. Konsequente Anwendung des Kostendeckungsprinzips für Wasserdienstleistungen, wie von der OECD vorgeschlagen (Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung) durch eine staatliche Wasserentnahmegebühr (taxe de prélèvement) und eine Abwasserabgabegebühr (taxe de rejet des eaux usées)
 - f. Lineare Tarife für Wasserverbrauch, Sondertarife für Agrar- und große Industriebetriebe einführen
 - g. Berücksichtigung der auf Energie erhobenen Steuern im Rahmen einer nachhaltigen Steuerreform – Überprüfung, Revision und Erhöhung – wann immer notwendig – von Umweltsteuern und –abgaben, insbesondere auf Transport und Energie³²
- 5. Handhabung der Abfallströme gemäß der Abfallhierarchie, wobei die Abfallvermeidung als oberstes Ziel angestrebt werden sollte. Die Abfallverwertung soll hohen qualitativen Materialansprüchen gerecht werden. Die Abfallbehandlung soll nach den Prinzipien der Entsorgungsautarkie und der räumlichen Nähe erfolgen.**
- a. Sicherstellung der größtmöglichen Wiederverwertungsquote durch qualitativ hochwertige, sortenreine Abfallfraktionen mittels selektiver Sammelsysteme

³¹ Regierungsbeschluss vom 26. November 2010: Der Regierungsrat verpflichtet sich, Maßnahmen zu ergreifen die eine Verbesserung der Ressourceneffizienz ermöglichen. Die Verwirklichung eines „PIB vert“, wie in der Regierungserklärung von Juli 2009 festgehalten, soll ein Monitoring ermöglichen, um die Materialflüsse, einschließlich Energiequellen, in einem Produktionsablauf zu evaluieren.

³² Regierungsbeschluss vom 26. November 2010: Der Regierungsrat bestätigt die Notwendigkeit, über einen verstärkten Rückgriff auf eine ökologische Besteuerung nachzudenken, unterstreicht jedoch, dass die Umsetzung in Etappen erfolgen muss und der Beanspruchung öffentlicher Finanzen sowie der wirtschaftlichen Attraktivität Luxemburgs adäquat Rechnung tragen muss. Die Vorgehensweise soll im Rahmen des „Groupe de pilotage“ des Prozesses „Partenariat pour l'Environnement et le Climat“ erfolgen.

- b. Förderung der Nutzung von Größenvorteilen in der Abfallwirtschaft durch abgestimmte Sammel-, Sortier- und Verwertungsmethoden, u. a. durch Errichtung eines Recyclingzentrums für jeweils 10.000 – 15.000 Einwohner
- c. Analyse der Notwendigkeit zur Schaffung einer Wirtschaftlichen Interessenvereinigung (Groupement d'intérêt économique) zur Nutzung von Holzabfall als Energieträger
- d. Konsequenterer Umsetzung der Abfallwirtschaftspläne, Bereitstellung der erforderlichen Finanzmittel
- e. Sanierung – soweit wie möglich – gefährlicher Altlasten, die im Kataster für Altlasten genannt sind
- f. Landesweite Abstimmung der Entsorgungskosten nach Verursacher- und Kostendeckungsprinzip
- g. Erstellung einer nationalen Stoffstrombilanz (material flow accounting)

Ressourcenmanagement

6. Nachhaltige Bewirtschaftung aller Waldflächen

- a. Ausweisung nicht-standortgerechter Bestände im Rahmen der Forsteinrichtung
- b. Regelmäßige Erhebung des Gesundheitszustandes der Wälder und der Nachhaltigkeit ihrer Nutzung

7. Umwandlung von nicht-standortgerechten Beständen in den öffentlichen und privaten Wäldern

- a. Abschluss der Standortkartierung in allen öffentlichen Wäldern
- b. Projekte zur Überführung von artenarmen und gleichaltrigen Laubholzwäldern in stufige Mischwälder: 3.500 ha in öffentlichen Wäldern
- c. Absenkung des Anteils von Fichte und Douglasie in gleichaltrigen Reinbeständen in den öffentlichen Wäldern von z. Z. 11 % auf 8 % in öffentlichen Wäldern
- d. Beratung und finanzielle Unterstützung von Privatwald-Besitzern im Sinne der oben genannten Maßnahmen

8. Bodenverbrauch stabilisieren und auf 1 ha/pro Tag oder weniger reduzieren (siehe auch „nachhaltige Entwicklung der Raumstruktur“, QZ 3)

- a. Einführung einer Flächenversiegelungsabgabe auf Grundstücke
- b. Bodenschutzgesetz verabschieden im Vorgriff auf eine EU-Bodenschutzrichtlinie
- c. Sanierung von kontaminierten Standorten

9. Erreichen einer guten Qualität der unterirdischen und oberirdischen Gewässer im Sinne der Definition in der Wasser-Rahmenrichtlinie bis 2015, bzw. 2021 und 2027 durch Senkung der punktuellen und diffusen Schadstoffeinträge in Gewässer

- a. Verbesserte Regenwasserbewirtschaftung in Siedlungsgebieten; Errichtung von Auffangbecken, um bei starkem Regen die Einleitung nicht behandelten Oberflächenwassers zu verhindern
- b. Errichten aller Neubaugebiete im Trennsystem
- c. Anschluss aller Haushalte an Kläranlagen, angemessene Abwasserbehandlung aller Siedlungen
- d. Ausweitung und Optimierung der Beratung bezüglich des Oberflächen- und Grundwasserschutzes
- e. Anpassung bzw. Einschränkung des Einsatzes von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln auf Flächen, die bereits überhöhte Konzentrationen im Grundwasser aufweisen, als besonders gefährdet gelten und/oder als Trinkwasserressource dienen
- f. Schaffung von Trinkwasserschutzzonen
- g. Klimaanpassungsplan für die Wasserwirtschaft (siehe auch „Partenariat pour l'Environnement et le Climat“)

Umweltqualität

10. Verbesserung der Struktur und Habitate an allen Fließgewässern

- a. Verbesserung der Gewässerstruktur und der Gewässerentwicklungsfähigkeit (GEF) auf die GEF-Klasse II (gut)

11. Erreichen und Sicherung eines hochwertigen Standards der Luftqualität in Luxemburg

- a. Umsetzung des Nationalen Programms für eine progressive Reduzierung der atmosphärischen Schadstoffemissionen
- b. Größtmögliche Absenkung der Emissionen von NO_x mit dem Zielwert 11 kt bis 2010 durch wirksame Reduzierungsmaßnahmen insbesondere in den Bereichen Energie und Verkehr

- c. Absenkung der Emissionen von SO₂ auf 4 kt bis 2010
- d. Absenkung der Emissionen von flüchtigen organischen Verbindungen auf 9 kt bis 2010
- e. Absenkung der Emissionen von NH₃ auf 7 kt bis 2010
- f. Einhalten der Feinstaub-Grenzwerte
- g. Erstellung eines Regionalplans zur Verringerung von Stärke und Häufigkeit der Belastungen durch bodennahes Ozon
- h. Umsetzung einer Verordnung zur Regelung von Feuerungsanlagen, welche mit Festbrennstoffen (Kohle, Holz usw.) betrieben werden

12. Einhaltung aller europäischen Luftqualitätsgrenzwerte auf dem Gebiet der Stadt Luxemburg

- a. Erstellung und Umsetzung eines Luftqualitätsplans für den Großraum der Stadt Luxemburg
- b. Siehe Verkehrspolitik/Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Verkehr

Umweltinformation

13. Verbesserte Bereitstellung und Verbreitung von Umweltinformationen und die fristgerechte Umsetzung nationaler Regelungen, um die Einhaltung internationaler Verpflichtungen zeitnah prüfen zu können

(QZ 4) Klimaschutz: Begrenzung der Wirkungen von Klimaveränderungen und ihrer Kosten für Gesellschaft und Umwelt („mitigation and adaptation“)

Ziel ist ein eigener Beitrag zur Begrenzung der Klimaänderung auf 2°C durch Reduktion der Treibhausgasemissionen sowie eine Begrenzung ihrer Wirkungen auf Gesellschaft und Umwelt („mitigation and adaptation“) und deren Kosten. Das Zwei-Grad-Ziel verlangt, in der Phase von 2010 bis 2050 eine kumulierte Weltemissionsmenge von etwa 750 Mrd. t CO₂ nicht zu überschreiten. Bis dahin müssen die wohlhabenden Staaten ihre Gesamtemissionen auf rd. 10 % des heutigen Niveaus verringern. Zur Verringerung („mitigation“) gehört es, die Energieeffizienz zu erhöhen und fossile Energie durch erneuerbare Energien zu ersetzen. Da die laut IPCC zulässigen Emissionen pro Kopf der Weltbevölkerung im Durchschnitt nur 2,7 t CO₂ pro Jahr betragen, sind auch Schwellenländer von der Notwendigkeit von Emissionsreduktionen betroffen. Angesichts der Unsicherheiten über den Erfolg technischer Neutralisierung der CO₂-Emissionen (CCS) geht es nach dem Vorsorgegrundsatz letztlich um den weitgehenden Ausstieg aus der fossilen Energie bis Mitte des Jahrhunderts. Dazu sind weltweite Vereinbarungen erforderlich. Im EU-Verbund wird auch Luxemburg einen Beitrag übernehmen müssen, der historischer Emissionsverursachung und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit entspricht.

Bestehende Politik-Initiativen:

Die Lissabon-2-Strategie (2005-2010) betont die Begrenzung der CO₂-Emissionen als ein wesentliches Ziel. Dem entsprechen der Klimaschutz- und der Energieeffizienz-Aktionsplan Luxemburgs.³³

Plan d'Action en vue de la réduction des émissions de CO₂

Deuxième Plan National d'Allocation de quotas de gaz à effet de serre

LUXRES-Studie zur Bestimmung der Potenziale und Ausarbeitung von Strategien zur verstärkten Nutzung von erneuerbaren Energien in Luxemburg

Energieinstitut Vorarlberg: Strukturen zur Beratung, Information und Weiterbildung im Bereich Energieeffizienz und erneuerbare Energien

Règlement grand-ducal du 21 décembre 2007 instituant un régime d'aides pour des personnes physiques en ce qui concerne la promotion de l'utilisation rationnelle de l'énergie et la mise en valeur des énergies renouvelables

Règlement grand-ducal modifié du 30 novembre 2007 concernant la performance énergétique des bâtiments d'habitation

Règlement grand-ducal modifié du 22 novembre 1995 concernant l'isolation thermique des immeubles

Règlement grand-ducal du 5 décembre 2007 concernant l'octroi d'une aide financière aux personnes physiques pour la promotion des voitures à personnes à faibles émissions de CO₂

Loi du 22 décembre 2006 promouvant le maintien dans l'emploi et définissant des mesures spéciales en matière de sécurité

³³ http://www.eco.public.lu/documentation/rapports/Erster_Nationaler_Energieeffizienzaktionsplan_Luxemburg_-_Final.pdf

sociale et de politique de l'environnement et portant e.a.

- réforme de la taxe sur les véhicules routiers ;

- introduction d'une contribution changement climatique sur les carburants et modifiant la loi modifiée du 23 décembre 2004 établissant un système d'échange de quotas d'émission de gaz à effet de serre ; créant un fonds de financement des mécanismes de Kyoto ; et modifiant l'article 13bis de la loi modifiée du 10 juin 1999 relative aux établissements classés ;

- établissement de la participation du Grand-Duché du Luxembourg aux Fonds carbone de la Banque Mondiale et de la Banque Européenne pour la Reconstruction et le Développement

Schaffung einer nationalen Struktur zur Beratung, Information und Ausbildung im Bereich der erneuerbaren Energien und der effizienten Energienutzung im Rahmen der Aktivitäten der luxemburgischen Energieagentur

9ème programme de construction d'ensembles, projets pilotes en matière de logements subventionnés

.....

Emissionsminderung

14. Reduzierung der Treibhausgasemissionen (Basis: 2005) um mindestens 20 % bis 2020, Verfolgung des in Kopenhagen bekräftigten Ziels, die Erderwärmung auf 2°C zu begrenzen, Vorbereitung der Nach-Kyoto-Phase der Klimapolitik (weitere Maßnahmen siehe auch die Ergebnisse des „Partenariat pour l'Environnement et le Climat“)

- a. Umsetzung des Nationalen Programms für eine progressive Reduzierung der atmosphärischen Schadstoffemissionen
- b. Monitoring der bereits durchgeführten Reform der nationalen Energieberatungsstrukturen sowie gegebenenfalls Optimierung dieser Strukturen
- c. Reform des Finanzierungskonzepts des Kompensationsmechanismus für KWK und erneuerbare Energien im Strombereich
- d. Substantielle Speisung des Klimaschutzfonds (gemäß den Ergebnissen des „Partenariat pour l'Environnement et le Climat“)
- e. Klimaverträglichkeitsprüfung als Teil des „Integrated Sustainability Assessment“ aller relevanten Investitionen und gesetzlichen Initiativen
- f. Subventionen für Elektroautos bei nachgewiesener lebenszyklusweiter Einsparung an CO₂-Emissionen sowie unter Berücksichtigung des Beitrags der Elektromobilität zur Erreichung der Luxemburger Ziele im Bereich der erneuerbaren Energien
- g. Unterstützung einer europäischen CO₂-Abgabe sowie Analyse einer internationalen Besteuerungssystematik für Kerosin

Energieeinsparung

15. Steigerung der Energieeffizienz mit einer Einsparung von mindestens 9 % bis 2016

- a. Anpassung der freiwilligen Vereinbarungen an die Energieeffizienzziele
- b. Konsequente Umsetzung der Maßnahmen des Energieeffizienz-Aktionsplans Luxemburg
- c. Schaffung eines neuen Finanzierungsmodells (Energiespar-Contracting) für Einspar-Investitionen im Energiebereich
- d. Förderung des Kaufs für energieeffiziente Haushaltsprodukte

16. Senkung des Gesamtenergieverbrauchs

- a. Unterstützung der energetischen Sanierung der Altbauten mit dem Ziel einer wesentlichen Verbesserung bis hin zum Niedrigenergiehaus-Standard
- b. Einführung eines verbindlichen Niedrigenergiehaus-Standards für Neubauten
- c. Vorreiterrolle des Staates: Sanierung staatlicher Gebäude nach einer Prioritätenliste
- d. Gezielt erneuerbare Energien in öffentlichen Gebäuden einsetzen
- e. Minimum Niedrigenergiehaus-Standard als Kriterium für staatliche Beihilfen beim subventionierten Wohnungsbau (Neubauten)
- f. Staatliche Neubauten mit dem Anspruch auf Passiv- bzw. Niedrigenergiehaus-Standard
- g. Wärme-Kraft-Kopplungsanlagen mit Einspeisung durch erneuerbare Energien

Substitution

- 17. Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien am Gesamtverbrauch auf mindestens 11 % bis 2020 entsprechend den EU Vorgaben (20 % bis 2020) gemäß dem Nationalen Aktionsplan für erneuerbare Energien (näheres siehe die Ergebnisse des „Partenariat pour l'Environnement et le Climat“)**
- a. Analyse der Fördermaßnahmen im Strom-, Wärme und Transportbereich sowie
 - b. Aufstellen von Pilotprojekten zur Energie-Autarkie von Siedlungen

Senken

- 18. Ausschöpfung der Senken-Kapazitäten für Treibhausgase**
- a. Analyse des luxemburgischen Landwirtschaftspotentials, um zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes und zur nachhaltigen Entwicklung beizutragen, und Umsetzung eines diesbezüglichen Aktionsplans
 - b. Erstellung von Forstmanagementprogrammen zur Waldverjüngung mit dem Ziel der nachhaltigen Holznutzung und der CO₂-Fixierung

Klimaanpassungsplan

- 19. Einen effektiven Plan zur Koordination der Aktivitäten zur Anpassung an unvermeidliche Klimawandelfolgen erstellen**
- a. Grundsätze und Kriterien für eine Priorisierung von Handlungserfordernissen erarbeiten
 - b. Mechanismen für eine langfristige Finanzierbarkeit von Anpassungsprogrammen schaffen
 - c. Einen Fahrplan für das weitere Vorgehen sowie die Weiterentwicklung der Klimaschutzstrategie vorgeben
 - d. Die Vorteile eines konsequenten Klimaschutzes auch für die Reduktion konventioneller Luftschadstoffe erkennen und nutzen

II. SOZIALE WELT

Förderung einer demokratischen, gesunden, sicheren und gerechten Gesellschaft, die sich auf soziale Integration und Zusammenhalt stützt, die Grundrechte und die kulturelle Vielfalt achtet, die Gleichstellung von Männern und Frauen gewährleistet und Diskriminierung jeglicher Art bekämpft.³⁴

(QZ 3) Nachhaltige Entwicklung der Raumstruktur, nachhaltiges Bauen, Wohnen und Arbeiten

Eine verantwortungsvolle Raumnutzung, um eine steigende Lebensqualität der Bevölkerung zu erreichen, die Wirtschaftskreisläufe zu stärken und kurze Wege zwischen Wohnen, Arbeit, Freizeit und Nahversorgung auszurichten, Erholungsräume zu sichern, Ressourcenschutz und umweltverträgliche Mobilität zu fördern und eine hohe soziale wie ökologische Qualität des Wohnumfeldes zu sichern, die Teilhabe an Kultur und Kommunikation zu ermöglichen und die regionalen Identitäten zu stärken

Bestehende Politik-Initiativen:

„Programme Directeur d'Aménagement du Territoire“

Integratives Verkehrs- und Landesentwicklungskonzept (2004)

Weitere Instrumente und Projekte:

Plan sectoriel „Préservation des Grands Ensembles Paysagers et Forestiers“

Plan Sectoriel Logement, Pacte Logement, Themenhefte und Ausstellung „Qualitätskriterien im Wohnungsbau“, Wohnungsbedarfsprognose 2001-2021

9ème programme de construction d'ensembles, projets pilotes en matière de logements subventionnés

Instrument des „Plan directeur sectoriel“ aus dem Landesplanungsgesetz zur horizontalen Koordinierung; Instrument des PAG/PAP aus dem Gesetz des „Aménagement communal et du développement urbain“; Interkommunale Planungsprozesse in IVL-Vertiefungsbereichen (z. B. Nordstad)

Modellprojekte Nachhaltiges Bauen, Gebäudepass, Beratung Info'Logement, ökologische Bauberatung, „Gréng Hausnummer“,...

Planung

20. Sicherstellen einer nachhaltigen und integrativen Raumentwicklung durch verstärkte Koordination der Raumordnung auf der Grundlage des Programme Directeur und des IVL

- Vertiefung der Koordination der Raumentwicklung auf regionaler Ebene im Rahmen von zwei Pilotprojekten zur Regionalplanung in einer ländlichen und einer städtischen Region bis 2016/2017
- Festlegen (bis 2012) und Umsetzen einer rechtsverbindlichen Landesplanung mittels einer koordinierten Fertigstellung und Verabschiedung der Plans Sectoriels „Landschaft“, „Wohnen“, „Aktivitätszonen“ und „Verkehr“
- Eine bessere Kombination der den Gemeinden genehmigten finanziellen Unterstützung mit den Raumplanungskriterien, wie vom IVL vorgeschlagen

21. Erneuerung der kommunalen Flächennutzungspläne sowie Ausrichtung der neuen Generation der kommunalen Flächennutzungspläne an den Grundsätzen einer nachhaltigen Landesentwicklung

- Erneuerung der kommunalen Flächennutzungspläne bis 2015
- Sicherstellung einer kontinuierlichen Beratung der Gemeinden im Hinblick auf eine fristgerechte Fertigstellung der Flächennutzungspläne

³⁴ Leitprinzipien der nachhaltigen Entwicklung. Europäischer Rat 16./17. Juni 2005 – Schlussfolgerungen des Vorsitzes. Rat der Europäischen Union 102551/05

22. Minimierung der Neuausweisung von Bauland bis 2021 vor allem durch entsprechende Verdichtungsmaßnahmen im Bestand

- a. Erhöhte Förderung von bodensparenden Bauformen von Einfamilienhäusern und verdichtete Bauformen von Eigenheimen (Plan Sectoriel Logement)
- b. In Wohnvorrangsgemeinden sind vorrangig bestehende Baulandreserven in geeigneter Lage zu aktivieren und zu nutzen. Nur bei weitgehender Ausschöpfung bestehender Entwicklungsreserven ist in Wohnvorrangsgemeinden eine Erweiterung des Perimeters denkbar (Plan Sectoriel Logement)
- c. Keine Erweiterung des Bauperimeters in komplementären Wohnvorrangsgemeinden, es sei die Überarbeitung des „Plan sectoriel Logement“ führt zu anderen Ergebnissen (Plan Sectoriel Logement)
- d. Erhebung einer jährlichen kommunalen Sonderabgabe bei nicht bewohnten Wohngebäuden oder bei nicht bebauten Grundstücken im Gemeindegebiet (Pacte Logement)
- e. Finanzielle Unterstützung jener Gemeinden (IVL und CDA), deren neue Wohnungsbauprojekte folgenden Kriterien entsprechen (Pacte Logement):
 - Zonen in einer angemessen großen Gesamtfläche,
 - Vereinfachter Zugang zum öffentlichen Transport,
 - harmonische Entwicklung angepasst zur direkten Nachbarschaft,
 - Anstreben einer Baudichte von mindestens 25 Wohneinheiten pro Hektar

23. Reduzierung von Verkehrsschäden: Flächenverbrauch

- a. Förderung des ÖPNV, welcher im Vergleich zum MIV eine höhere Transportkapazität pro Flächeneinheit und somit einen geringeren Flächenverbrauch hat
- b. Verringerung des Flächenverbrauchs des ruhenden Verkehrs (Parken) durch Einführung eines landesweiten Parkraummanagements in Einklang mit der Qualität der Anbindung an den ÖPNV

24. Verbesserte Abstimmung von Industrie- und Wirtschaftsstrukturpolitik, Siedlungs- und Verkehrspolitik in der Großregion

- a. Frühzeitige Information, Konsultierung und Abstimmung bis hin zu einer gemeinsamen Planung. Dies gilt auch für die Planung der grenznahen Kommunen.
- b. Progressive Hinführung der Großregion zu einer Grenzüberschreitenden Polyzentrischen Metropolregion (GPMR)
- c. Gemeinsame Gestaltung der grenzüberschreitenden Agglomerationen, besonders das Gebiet Alzette-Belval
- d. Schaffung einer abgestimmten Verkehrsplanung, die sowohl die Infrastrukturen als auch die Fahrplangestaltung und die Information betrifft
- e. Schaffung eines Verkehrsverbundes der Großregion

Monitoring

25. Aufbau eines integrativen Monitoring-Systems zur kontinuierlichen Beobachtung und Evaluierung der räumlichen Entwicklung Luxemburgs

- a. Erstellung eines Berichtes zur Raumentwicklung in einem 5–Jahres-Rhythmus
- b. Jährliche Zwischenberichte zu spezifischen thematischen, raumrelevanten Schwerpunkten und kurzfristigen Entwicklungen (Zeithorizont 2012/2013 für den zweiten Bericht zur Raumentwicklung)
- c. Sicherung einer regelmäßigen Datenpflege
- d. Präzisierung der relevanten Indikatoren bis 2011
- e. Koordination dieses allgemeinen Monitoring-Systems mit dem spezifischen Monitoring zur Umsetzung der sektoriellen Pläne

(QZ 7 und 8) Prekarisierung vermeiden/vermindern, Zugang zu Gerechtigkeit und Wirksamkeit des Sozialschutzes (Sicherung eines menschenwürdigen Lebens)

Allen Männern und Frauen ein menschenwürdiges Leben und die Teilhabe an der Gesellschaft sichern und so den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft erhalten. Allgemeines Ziel ist es, Lebensqualität durch autonome Existenzsicherung zu erhöhen,

das Verunsicherungsgefühl zu überwinden und den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft zu erhalten. Dies gilt für Männer und Frauen, für Heranwachsende, Erwachsene und Ältere in gleicher Weise. Soweit die Zukunftsvorsorge für spätere Generationen den gegenwärtig Lebenden Beschränkungen auferlegt, sollen diese nach dem Verursacherprinzip ausgestaltet werden (Anreizproblematik), soweit durch Solidarmaßnahmen gesichert ist, dass dadurch niemand an der Befriedigung seiner Grundbedürfnisse gehindert wird.

Bestehende Politik-Initiativen:

Die bis 2010 für die EU verbindliche Lissabon-Strategie fordert als Vorsorge gegen die Prekarisierung und zur Förderung der sozialen Kohäsion die vollständige Beteiligung an der Informationsgesellschaft (IG9).

Der im Rahmen der europäischen offenen Koordinierungsmethode (OKM) im Bereich Sozialschutz und soziale Eingliederung erstellte Nationale Strategiebericht über Sozialschutz und soziale Eingliederung 2008-2010, dessen Maßnahmen abzielen auf: Sicherung des Wohlbefindens der Kinder, Förderung der Teilhabe von Jugendlichen und älteren Arbeitnehmern am Arbeitsmarkt, Modernisierung der Sozialhilfe, Erleichterung des Zugangs zu Wohnraum, Sicherung eines angemessenen und tragfähigen Rentensystems, Sicherung einer zugänglichen, hochwertigen und nachhaltigen Gesundheitsversorgung und Langzeitpflege.

Soziale Unterstützung gefährdeter Personen durch die Umsetzung eines modernisierten Sozialhilfegesetzes („Loi du 18 décembre 2009 organisant l'aide sociale“) mit dem Ziel, Betroffenen eine individuelle – materielle, finanzielle oder soziale – Hilfestellung zu bieten und sie somit in die Autonomie zurückzuführen

Pilotprojekt „Agence Immobilière Sociale“ – Pacte Logement

Soziale Sicherheit

26. Die gegenwärtigen (und zukünftigen) Sozialleistungen müssen einen angemessenen Lebens- und Wohnungsstandard für die Bezieher/innen, insbesondere für Kinder und die Rentner/innen dieser und der nächsten Generationen sichern.

- a. Weiterführung des Projektes „Agence Immobilière Sociale“ (AIS) mit finanzieller Unterstützung durch den Staat (Min. Logement und Min. Famille & Solidarité)
- b. Ausarbeitung eines neuen Gesetzes hinsichtlich der Förderung eines nachhaltigen Wohnungswesens, welches u. a. den Kriterien einer nachhaltigen Entwicklung Rechnung tragen wird (mit einem diesbezüglichen Gesetzesvorentwurf ist bis Ende 2010 zu rechnen)
- c. Pflicht für Teilbebauungspläne (PAP) mit einer Bruttogrundfläche von mind. 1 ha, einem Anteil von 10 % der Nettogrundfläche oder 10 % der dort gebauten Wohnungen für erschwingliche Wohnungen zu reservieren (Pacte Logement)
- d. Keine Rente soll weniger als 90 % des sozialen Mindesteinkommens betragen.

27. Die Versorgungssicherheit mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs (inklusive Zugang zu Wohnraum) sowie der Zugang zu qualitativ hochwertigen öffentlichen und privaten Dienstleistungen in allen Bereichen des Alltagslebens sind für alle Haushalte, Geschlechter, Alters-, Bildungs- und Einkommensgruppen sicherzustellen.

- a. Soziale Unterstützung gefährdeter Personen durch die Umsetzung eines modernisierten Sozialhilfegesetzes („Loi du 18 décembre 2009 organisant l'aide sociale“) mit dem Ziel, Betroffenen eine individuelle – materielle, finanzielle oder soziale – Hilfestellung zu bieten und sie somit in die Autonomie zurückzuführen³⁵
- b. Adäquates Pensionsniveau garantieren
- c. Armut bei Pensionsempfängern vermeiden

28. Ausbau der Betreuungsstrukturen für Kinder mit dem Ziel, den Eltern den Einstieg oder Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zu unterstützen und zu fördern

- a. Erhöhung der Zahl der Betreuungsstrukturen

29. Verbesserung der Verfügbarkeit der Empfänger des garantierten Mindesteinkommens für die Arbeitswelt

- a. Sensibilisierung der Empfänger des garantierten Mindesteinkommens zur Benutzung des „Chèques-service accueil“

³⁵ (Das Gesetz tritt am 1. Januar 2011 in Kraft. Es bietet eine Erleichterung des Zugangs der gefährdeten Personen zu den 30 zukünftigen Sozialämtern und ein Recht auf soziale Unterstützung)

- 30. Unterstützung der Empfänger des garantierten Mindesteinkommens (empowerment) im Hinblick auf verbesserte Einstiegs- oder Wiedereinstiegschancen in den Arbeitsmarkt**
 - a. Erhöhung der Aktivierungsrate im Rahmen des garantierten Mindesteinkommens
- 31. Entwicklung eines Aktionsplans für die Jugend**
 - a. Konzertierte Aktion der jeweils verantwortlichen Akteure und Akteurinnen
- 32. Verhinderung von Armutsgefährdung trotz Vollzeiterwerbsarbeit**
 - a. Regelmäßige Anpassung des „salaire social minimum“
- 33. Nachhaltige Unterstützung armutsgefährdeter Familien und Einzelpersonen bei deren sozialen Eingliederung durch das Verfügbarmachen angemessenen, preiswerten Wohnraums**
 - a. Sensibilisierung von Wohnungseigentümern zwecks Vermietung (eines Teils) ihrer Wohnungen an die „Agence Immobilière Sociale“ (AIS)
 - b. Einführung einer „Allocation de logement“ sowohl für Mieter als auch Eigentümer, um Personen, welche bspw. durch höhere Gewalt ihren finanziellen Verpflichtungen als Hausbesitzer gegenüber ihrem Kreditinstitut, bzw. als Mieter gegenüber ihrem Vermieter nicht nachkommen können, eine zeitlich begrenzte finanzielle Unterstützung zukommen zu lassen.

(QZ 10) Gesundheit sichern, mehr Lebensqualität durch Förderung der physischen und psychischen Gesundheit, besserer Schutz vor Gesundheitsgefährdungen

Gesundheit ist ein Zustand des körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur das Fehlen von Krankheit und Gebrechen. Sie ist ein fundamentales Menschenrecht, und die Chancengleichheit für Gesundheit muss ein beständiges Bestreben sein. Die Gesundheit ist ein wichtiger Faktor für die individuelle, soziale und wirtschaftliche Entwicklung eines jeden Einzelnen und der Gesellschaft im Allgemeinen.

Ziele der nationalen Gesundheitspolitik:

Im Bereich Prävention und Gesundheitsförderung strebt die Gesundheitspolitik Luxemburgs danach, die Ziele der Gesundheitsstrategie der Weltgesundheitsorganisation zu erreichen, so wie im Dokument „Gesundheit für alle im 21. Jahrhundert“ festgelegt. Die Gesundheit ist definiert als ein Zustand des körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur als das Fehlen von Krankheit und Gebrechen. Sie ist ein fundamentales Menschenrecht, und die Chancengleichheit für Gesundheit muss ein beständiges Bestreben sein. Die Gesundheit ist ein wichtiger Faktor für die individuelle, soziale und wirtschaftliche Entwicklung eines jeden Einzelnen und der Gesellschaft im Allgemeinen.

Dabei ist die Gesundheit nicht als isoliert stehender Faktor zu betrachten, der als solches gefördert werden soll und kann. Vielmehr ist die Gesundheit disziplinübergreifend zu betrachten und ist letztendlich das Ergebnis zahlreicher Initiativen in sämtlichen Gebieten, sei im Bereich des Arbeitens (Schadstoffe am Arbeitsplatz, Arbeitsunfälle), des Wohnens (Innenraumqualität), des Transports (Schadstoffbelastung der Außenluft), der Erziehung (Innenraumqualität und Sicherheit der Schulgebäude), der Landwirtschaft (Pestizide, Düngemittel), der Umwelt (Außenluftqualität), des Wohnungsbaus (gesundes Wohnen durch baubiologisches Bauen) usw. Demzufolge ist eine erfolgreiche Gesundheitspolitik letztendlich eine Politik der „Health in all Policies“. Den geschlechtsspezifischen, sozio-ökonomischen, sozio-kulturellen sowie bildungsspezifischen Aspekten muss dabei Rechnung getragen werden.

Bestehende Politik-Initiativen

Im Rahmen des Nationalen Gesundheitsplans, initiiert im Jahre 2005, arbeitet man unter anderem an der Vernetzung diverser Sektoren der Gesellschaft auf lokaler wie auch auf nationaler Ebene, damit in den jeweiligen Bereichen bei politischen Entscheidungen auch deren Konsequenzen auf die Gesundheit in Betracht gezogen werden und in kohärenter und nachhaltiger Art und Weise gesundheitsfördernde Entscheidungen getroffen bzw. potentielle gesundheitsschädliche Konsequenzen vermieden werden können.

Der Gesundheitsplan beruht auf der Erkenntnis, dass die Gesundheit nicht nur von persönlichen oder genetischen Faktoren abhängt, sondern maßgeblich von politischen, sozialen, wirtschaftlichen und umweltbedingten Faktoren bestimmt wird. Auch der

Geschlechteraspekt muss grundlegend Berücksichtigung finden.

Wohnungsbedarfsprognose 2001-2021, Pacte Logement

.....

Da die Gesundheit durch die Entscheidungen in allen anderen Bereichen maßgeblich beeinflusst wird, können erfolgversprechende Handlungsziele im Bereich der Gesundheit nur selten im Alleingang umgesetzt werden, sondern hängen vielmehr von der Kohärenz zwischen verschiedenen politischen Ressorts ab. Die WHO und die EU sprechen von „Health in all Policies“ und rufen die Regierungen auf, in diesem Sinne nachhaltige Programme für die kommenden Jahre zu entwickeln. In den kommenden Jahren sollten und müssen diese Handlungsziele demnach disziplinübergreifend in Vernetzung mit allen anderen beteiligten Ansprechpartnern erfolgen.

- Die Gesundheit der Bevölkerung während der gesamten Lebensspanne schützen und fördern;
- die Inzidenz der wichtigsten Krankheiten und Verletzungen sowie die Risiken, die sie verursachen können, reduzieren;
- die gesunde Wahl für alle einfacher machen: „Make the healthy choice the easy choice“.

Lebensweise

34. Gegensteuern des Trends zu Gesundheitsgefährdungen durch die Lebensweise (unter Berücksichtigung geschlechtsspezifischer und sozio-ökonomischer Aspekte) vor allem in den Bereichen der Ernährung und der körperlichen Betätigung

- a. Konsequente Unterstützung lokaler Aktivitäten im Bereich der Gesundheitsförderung
- b. Sensibilisierung für eine ausgewogene Ernährung
- c. Verstärkung und consequente Umsetzung nationaler Programme und Aktionspläne im Bereich der Gesundheitsförderung, beispielsweise des Programms „Gesond iessen, méi bewegen“
- d. Erarbeitung eines interministeriellen nationalen „Plan Alcool“ zur Reduzierung des exzessiven Alkoholkonsums in der Bevölkerung und so zur Reduzierung von alkoholbedingten Gesundheitsschäden, Krankheiten, Straßen- und Arbeitsunfällen, u. a. durch Erschwerung des Zugangs zu alkoholischen Getränken, Einschränkungen im Werbungsbereich, Verbot des Alkoholverkaufs an Jugendliche unter 16 Jahren, Anhebung der Steuer auf hochprozentigem Alkohol
- e. Förderung der regelmäßigen Bewegung im Schul- und Arbeitsalltag
- f. Einschränkungen im Werbungsbereich

35. Die gesunde Wahl einfacher machen: „Make the healthy choice the easy choice“

- a. Verbesserung der Benutzerfreundlichkeit und der Innenausstattung von Schulrestaurants in enger Zusammenarbeit mit den Schülern
- b. Flächendeckendes Angebot an ausgewogenen Mahlzeiten und dementsprechende Sensibilisierung für eine ausgewogene Ernährung
- c. Freie Zugangsmöglichkeit für alle Bevölkerungsschichten zu allen öffentlichen Sportinfrastrukturen
- d. Förderung der regelmäßigen Bewegung im Schul- und Arbeitsalltag
- e. Konsequente Unterstützung lokaler Aktivitäten im Bereich der Gesundheitsförderung

36. Die Gesundheit der Bevölkerung während der gesamten Lebensspanne schützen und fördern

- a. Erstellung eines elektronischen Erfassungssystems in den Notfallambulanzen des Landes zur statistischen und epidemiologischen Evaluierung aller Unfälle
- b. Kein Alkoholverkauf an Jugendliche unter 16 Jahren (siehe Punkt 34.d.)
- c. Anhebung der Alkoholsteuer (insbesondere bei hochprozentigem Alkohol) (siehe Punkt 34.d.)

37. Förderung einer gesundheitsdienlichen Umwelt

- a. Information und Prävention zur Förderung der Minimierung von Schadstoffbelastung im Wohnbereich durch
- b. Förderung der Integration baubiologischer Prinzipien während der Ausbildung in den Berufssparten der Baubranche sowie der Bauplaner

- c. Maßnahmen zur Reduzierung von Schimmelpilzbelastungen im Wohnbereich insbesondere im Zusammenhang mit Wärmedämmmaßnahmen im Rahmen der Energiespardirektive
- d. Überprüfung der Schadstoffbelastungen in öffentlichen Gebäuden in Zusammenhang mit Kindern und Jugendlichen (Kindertagesstätten, Schulen, Sportstätten usw.)
- e. Maßnahmen zur Reduzierung von Pestiziden und Insektiziden in Wohngebieten
- f. Maßnahmen zur Minimierung von Schadstoffen in bzw. zum verantwortungsvollen Umgang mit Konsumgütern
- g. Umsetzung und Überwachung internationaler Konventionen (POP-Stockholm-Konvention; REACH) in Bezug auf gesundheitsschädigende Chemikalien, insbesondere persistente, toxische und bio-akkumulierende Schadstoffe
- h. Überarbeitung der Bestimmungen von 1994 betreffend der Mindestentfernungen zu Hochspannungsleitungen und anderen Verursachern von niederfrequenten elektromagnetischen Wechselfeldern
- i. Systematische Einbindung der gesundheitlichen Aspekte in Planungs- und Genehmigungsprozesse betreffend gesundheitlich relevanter Projekte
- j. Exposition gegenüber Dioxinen und Furanen sowie das Niveau der Absorption bei der Bevölkerung im Stahlbecken prüfen und die Exposition verringern

38. Schutzmaßnahmen gegenüber Passivrauchen, Erweiterung der Aktionen zur Reduzierung des Tabakkonsums

- a. Konsequente Umsetzung des "Plan Tabac" zur Reduzierung des Tabakkonsums, Schutzmaßnahmen gegenüber Passivrauchen, insbesondere für Kinder und Schwangere

39. Förderung der rationalen Benutzung von Antibiotika und Psychopharmaka

Krankheiten und Verletzungen

40. Die Inzidenz der wichtigsten Krankheiten und Verletzungen sowie die Risiken, die sie verursachen können, reduzieren

- a. Entwicklung eines gemeinsamen adaptativen interministeriellen Aktionsplans Prävention gegen Unfälle, der Arbeits-, aber insbesondere auch der Haus- und Freizeitunfälle

41. Prävention gegen Unfälle, der Arbeits-, aber insbesondere auch der Haus- und Freizeitunfälle

- a. siehe Punkt 40. a.
- b. Umsetzung der Reform von 2009 bezüglich der Unfallversicherung mit Schwerpunkt Unfallverhütung
- c. Reduzierung des Verletzungsrisikos und der physischen Risiken durch eine adäquate Aufklärung bezüglich der richtigen Handhabung beim Heben schwerer Lasten sowie des Risikos von Stürzen und Abrutschen aus großer Höhe
- d. Maßnahmen zur Vermeidung von Lärmexpositionen am Arbeitsplatz
- e. Förderung der Sicherheitsbeauftragten in den Betrieben
- f. Enge Zusammenarbeit der zuständigen Verwaltungen mit den Sozialpartnern
- g. Verbesserung der Ausbildung der Arbeitnehmer beim Eintritt in den Betrieb, im Falle von Verletzungen oder im Umgang mit neuen Arbeitsmaschinen oder neuen Arbeitstechnologien
- h. Bessere Ausbildung des Managements und Integration von Prinzipien des Arbeits- und Gesundheitsschutzes während der universitären Studien von Managern
- i. Ausbau und Dokumentation des Risikoinventars für sämtliche in Luxemburg angesiedelte Betriebe
- j. Förderung der Sicherheitskultur der Betriebe
- k. Unterstützung der europäischen Initiativen bezüglich psychosozialer und chemischer Risiken
- l. Maßnahmen zur Begrenzung der Wegeunfälle

42. Reduzierung der Zahl der Straßenverkehrstoten und -verletzten gegenüber dem Jahr 2010 bis 2020 (die Konkretisierung dieser Punkte ist abhängig von dem auf europäischer Ebene z. Z. in Ausarbeitung befindlichen 4. Aktionsplan betreffend die Verkehrssicherheit)

- a. Ausbau des öffentlichen Transports
- b. Fortführung der Unterstützung für die sog. Nightbusse (privat und öffentlich)

- c. Einführung einer Weiterbildung für Berufskraftwagen- und -busfahrer noch 2010
- d. Kontinuierliche Bekämpfung von Drogen- und/oder Alkoholeinfluss am Steuer
- e. Verstärkung des Schutzes der schwächeren Verkehrsteilnehmer/innen

43. Reduzierung von Verkehrsschäden: Lärmschutz für die Bürger/innen

- a. Umsetzung der nationalen Lärmschutz-Aktionspläne

44. Reduzierung von Verkehrsschäden: Abgasemissionen, z. B. durch Anwendung des Verursacherprinzips („Principe pollueur-payeur“) auf den MIV

- a. Begünstigung von Pkw mit niedrigem Kraftstoffverbrauch und geringen CO₂-Emissionen mittels staatlichen Beihilfen bei der Anschaffung von umweltschonenden Fahrzeugen
- b. Eine erhöhte Steuerabgabe auf Fahrzeuge mit hohen Abgasemissionen, insbesondere CO₂
- c. Ausbau des Anteils des inländischen und grenzüberschreitenden ÖPNV am Gesamtverkehr, der eine deutlich geringere Schadstoffemission pro Fahrgast als der MIV aufweist

Weiteres

45. Verstärkung der interdisziplinären Bestrebungen zur Erstellung und Durchführung eines interministeriellen Programms nach Beispiel des „Health and Environment Plan“ und des „CEHAPE/Children’s Environment and Health Action Plan for Europe 2010-2016“

- a. Aufstellung eines Aktionsplans „Umwelt und Gesundheit“ mit fünf thematischen Schwerpunkten zum Schutz der öffentlichen Gesundheit durch:
 - Verbesserung des Zugangs zu einer sicheren Wasserver- und Abwasserentsorgung (RPG 1³⁶)
 - Reduzierung von Adipositas und Verletzungen durch Schaffung einer sicheren Umwelt und durch mehr Bewegung und gesunde Ernährung (RPG 2);
 - Krankheitsprävention durch Verbesserung der Außen- und Innenraumluft (RPG 3)
 - Prävention von Erkrankungen aufgrund chemischer, biologischer und physikalischer Umwelteinflüsse (RPG 4)
 - Einbindung der gesundheitlichen Folgen durch den Klimawandel oder durch endokrin wirksame und bio-akkumulierende Chemikalien, Nanopartikel sowie neuartige Technologien sowie andererseits nichtübertragbare Krankheiten durch ungünstige Umwelt-, Arbeits- und Lebensbedingungen

46. Festhalten an einem freien Zugang zu qualitativ hoher gesundheitlicher Betreuung für alle

- a. Patienten in den Mittelpunkt der Gesundheitsversorgung stellen
- b. Primäre Pflege für die Patienten attraktiver gestalten
- c. Medizinische Kompetenzzentren entwickeln
- d. Entwicklung von koordinierten und integrierten Versorgungsangeboten

47. Erweiterung der präventiven und gesundheitsfördernden Angebote für alle

- a. Förderung der psychischen Gesundheit der Bevölkerung (Vervollständigung der Reform der Psychiatrie, Umsetzung der Reform der psychischen Gesundheit bei Kindern und Jugendlichen)
- b. Patientenrechte und Patientensicherheit
- c. Gesundheitsreform zur nachhaltigen Absicherung unseres Gesundheitssystems
- d. Freier Zugang zu qualitativ hoher gesundheitlicher Betreuung für alle durch solidarische Finanzierung des Gesundheitssystems
- e. Erweiterung der präventiven und gesundheitsfördernden Angebote für alle
- f. Gewährleistung einer komplementären und koordinierten Vorangehensweise zwischen der geriatrischen Rehabilitation im Krankenhaus und den langfristigen Hilfe- und Pflegeleistungen durch die Leistungsträger im Bereich Hilfe und Pflege

³⁶ Regional Priority Goal, siehe „CEHAPE Children Environment & Health Action Plan for Europe“ (WHO)

Demografischer Wandel

48. Wohnungsbau, um dem Bevölkerungszuwachs (vgl. Wohnungsbedarfsprognose 2001-2021) gerecht zu werden

- a. 101 (Stand August 2010) Gemeinden, davon 21 IVL-Gemeinden und 16 zentrale Orte (CDA) haben sich in der Konvention „Pacte Logement“ dazu verpflichtet, in einem Zeitrahmen von 10 Jahren ihre Bevölkerung um 15 % zu steigern.

49. Barrierefreiheit und Zugänglichkeit des öffentlichen Raums und von Dienstleistungen für behinderte und ältere (für alle) Personen sichern. Barrierefreiheit wird gesichert durch die gesellschaftspolitische Verantwortung, die die Herstellung der baulichen, verkehrlichen und organisatorischen Zugänglichkeit von öffentlichen Räumen und Dienstleistungen gewährleistet. Sie schließt den Abbau von Barrieren in den Bereichen Information und Kommunikation ein. Unter Berücksichtigung der Anforderungen für Barrierefreiheit bzw. Zugänglichkeit für alle sollen Bebauungskonzepte und -pläne so gestaltet werden, dass möglichst alle sich autonom und sicher bewegen können.

- a. Einhaltung der Bestimmungen der großherzoglichen Verordnung vom 23. November 2001 « Règlement grand-ducal du 23 novembre 2001 portant exécution des articles 1 et 2 de la loi du 29 mars 2001 portant sur l'accessibilité des lieux ouverts au public »
- b. Konzipierung von Dienstleistungen im Sinne des « Design for All », d. h. dass sie den Bedürfnissen möglichst vieler Bürger/-innen gerecht werden

(QZ 2) Nachhaltiger Konsum – progressive Einführung von nachhaltigen Konsum- und Produktionsmustern

Besondere Aufmerksamkeit verdienen in diesem Sinne die Anpassung der Ernährungsgewohnheiten sowie die Ausrichtung der Landwirtschaft an Nachhaltigkeitskriterien

Bestehende Politik-Initiativen:

Nachhaltiger Konsum ist Teil der Lissabon-2-Strategie; Grundlage für eine Informationskampagne zu nachhaltigem Konsum

Loi du 30 juin 2003 relative aux marchés publics

Cross-Compliance der Gemeinsamen Agrarpolitik

Programme de développement rural du G.-D. de Luxembourg

Plan d'action pour la promotion de l'agriculture biologique

9ème programme de construction d'ensembles, projets pilotes en matière de logements subventionnés

„Gréng Hausnummer“

Wirtschaft

50. Unterstützung von Projekten, die auf die Einführung guter CSR-Praktiken durch Unternehmen hinzielen

- a. Erstellung eines „nachhaltigen Verhaltenskodex“ für Betriebe, um ein nachhaltiges, umwelt- und sozialorientiertes Wirtschaften zu unterstützen
- b. Integration von CSR-Kriterien in von der Regierung in Zusammenarbeit mit Föderationen, Gewerkschaften und/oder Umweltverbänden vergebene Auszeichnungen
- c. Finanzielle Unterstützung bei Beratung durch Umweltberater und Umstellung auf umweltbewusste Produktion (dies ist im Rahmen der bestehenden Gesetze möglich)
- d. Unternehmen anhalten, über ihre nichtfinanziellen Ergebnisse genau so ausführlich zu berichten wie über ihre finanziellen
- e. Verpflichtung der Wirtschaftsprüfer, die Einhaltung rechtlich vorgeschriebener und freiwillig eingegangener Nachhaltigkeitsziele mitzubewerten

51. Anreize zum nachhaltigen Produktdesign

- a. Prüfung eines internationalen Luxemburger Preises für nachhaltiges Design, zu vergeben in Kooperation mit europäischen Design-Organisationen

- b. Integration von Kriterien für nachhaltige Produktgestaltung in die Innovationsauszeichnungen der verschiedenen Sektoren (Prix de l'innovation dans l'artisanat, de l'industrie oder auch Rubans du développement durable)

Staatskonsum

52. Vollständige Umstellung der öffentlichen Beschaffung von Staat und Gemeinden im Sinne eines sozial-ökologischen öffentlichen Beschaffungswesens

- a. Bestimmung von Nachhaltigkeitskriterien im Beschaffungs- und Auftragswesen, Einführung von Kriterien im Rahmen des „Green public procurement“
- b. Berücksichtigung sozialer Aspekte im öffentlichen Vergaberecht; Erstellung von Musterklauseln für verschiedene Anwendungsfelder sozialer und solidarwirtschaftlicher Kriterien wie z. B. Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen, Beschäftigung einer gewissen Anzahl an Menschen mit Behinderung
- c. Erstellung einer Positivliste mit Best-Practice-Beispielen nachhaltiger Beschaffung
- d. Umstieg der öffentlichen Behörden auf zertifizierten „grünen“ Strom
- e. Rückgriff auf zertifiziertes Holz (FSC, PEFC) in der öffentlichen Beschaffung
- f. Standardisierte Ausschreibung, um den staatlichen Fuhrpark so umweltschonend wie möglich auszurichten
- g. Schaffung und Förderung einer nationalen Umweltbuchhaltung

53. Vorreiterrolle des Staates im Bereich Energieeffizienz und erneuerbare Energien (siehe auch die Ergebnisse des Partnersriats für Umwelt und Klima)

- a. Sanierungsprogramm staatlicher Gebäude nach einer Prioritätenliste
- b. Gezielt erneuerbare Energien bei öffentlichen Gebäuden einsetzen
- c. Staatliche Neubauten mit Anspruch auf Passiv- und Niedrigenergiehaus-Standard
- d. Minimum Niedrigenergiehaus-Standard als Kriterium für staatliche Beihilfen beim subventionierten Wohnungsbau (Neubauten) (siehe Punkt 16.e., Seite 54)

54. Entwicklung von Zukunftsszenarien und Modellen, um die Fortschritte auf dem Weg einer nachhaltigen Politik messen zu können und die treffendsten Politiken hinsichtlich der Produktionsmethoden und Konsumverhalten formulieren zu können (siehe auch „Wirtschaft krisensicherer machen“)

- a. Im Rahmen eines interministeriellen Arbeitskreises ein Programm zur Verbreiterung der nationalen Wissensbasis über die Klimafolgen in Luxemburg starten (Modelle, Prognosen, Szenarien)
- b. (Fort-)Entwicklung der integrierten ökonomisch-ökologischen und sozialen Modellierung für Luxemburg
- c. Regelmäßige Aktualisierung der Datengrundlage

Haushaltskonsum

55. Förderung des nachhaltigen Konsums der Haushalte, Reduktion des Energie-, Material-, Flächen- und Benzinverbrauchs (siehe auch die Handlungsziele zur Umwelt sowie die Ergebnisse des Partnersriats)

- a. Erstellung eines nationalen Aktionsplans für nachhaltigen Konsum
- b. Ständige Aktualisierung und Verbreitung einer Positivliste von nachhaltigen Produkten
- c. Staatliche Vergünstigungen bei der Altersvorsorge für nachhaltige Geldanlagen
- d. Verpflichtung für Anlageberater, die Kunden über die Nachhaltigkeit der Produkte aufzuklären, dazu Fortbildung der Berater anbieten
- e. Nachhaltiger Konsum als schulisches Lernziel
- f. Fortentwicklung der „Gréng Hausnummer“ durch Einführung einer Zertifizierung für nachhaltige Wohngebäude auf der Basis von Kriterien und „Öko-Punkten“ wie durch den Plan Sectoriel Logement vorgesehen, z. B. „klima:aktiv“, Wohnwert-Barometer, Gebäudeausweis, DGNB
- g. Reduktion der Pkw-Nutzung durch Förderung des nicht-motorisierten Verkehrs im Nahbereich und einen verbesserten Schienenverkehr auf längeren Strecken

56. Steigerung des Anteils des Konsums von Produkten aus ökologischer und regionaler Landwirtschaft, regionaler Produktion und fairem Handel, insbesondere im Lebensmittelsektor

- a. Erstellen einer koordinierten Marketingstrategie mit dem Ziel einer verstärkten Sensibilisierung der Verbraucher gegenüber Nachhaltigkeitskriterien in Bezug auf Lebensmittel

57. Förderung des Kaufs energieeffizienter Haushaltsprodukte

- a. Ständige Aktualisierung und Verbreitung einer Positivliste von nachhaltigen Produkten

Ernährung und Landwirtschaft

58. Aktive Politik für eine ausgeglichene, flächen- und ressourcenbewusste Ernährung, Förderung der nähräumlichen Versorgung, Sensibilisierung von Produzenten und Handel für disproportionalen Transportaufwand

- a. Stärkung der regionalen Vertriebsnetze für regional produzierte Produkte
- b. Unterstützung von „Food Miles“, d. h. Kennzeichnung des Transportaufwands für Produkt und Verpackung von Lebensmitteln in einer Weise, dass nicht durch den methodischen Aufwand kleine und lokale Produzenten benachteiligt werden
- c. Aufbau von Lastenheften, Lieferketten und Netzwerken für die Versorgung von Großküchen, Restaurants, Kantinen und Einzelhandel, basierend auf Regionalität, Saisonalität und Nachhaltigkeitskriterien („Food-miles“, Herkunft, nachhaltige Produktionsmethoden usw.)

59. Ausrichtung der gesamten Landwirtschaft auf Nachhaltigkeit, allgemeine Einführung der integrierten Landbewirtschaftung³⁷

- a. Förderung der Information und der Beratung der Landwirte im Bereich extensiver Landwirtschaft und im Bereich Naturschutz bzw. Pflege von Strukturelementen
- b. Unterstützung von Forschungs- und Beratungsprojekten mit dem Ziel, die Nutzung der lokalen Ressourcen nachhaltig effizienter zu gestalten (z. B. Grünland-Management) und somit die Abhängigkeit von Futtermittelimporten zu reduzieren bzw. den Energieaufwand in der Produktion zu verringern
- c. Ausarbeitung von in der Praxis anwendbaren Inputbilanzen (z. B. Nährstoffbilanzen) und Weiterentwicklung der Statistiken über Pflanzenschutzinsatz als Indikatoren zur ökologischen Bewertung der landwirtschaftlichen Produktion, aufbauend auf bestehendem Zahlenmaterial, d. h. ohne neuen bürokratischen Aufwand
- d. Förderung von landwirtschaftlichen Beratungsplänen für individuelle Betriebe auf freiwilliger Basis, die u. a. das Management von Produktionsmitteln, Wasser, Agrar- und Naturflächen beinhalten sowie ein Monitoring der Einhaltung von obligatorischen und freiwilligen Auflagen im Bereich Natur- und Tierschutz u. ä. ermöglichen (z. B. Agro-Check der Landwirtschaftskammer)

60. 10 % Flächenanteil des biologischen Landbaus bis 2020

- a. Verstärkte Förderung von Bio-Landwirtschaft durch Umsetzung des Aktionsplans zur Förderung der biologischen Landwirtschaft
- b. Einkaufsprioritäten der öffentlichen Beschaffung

61. Landwirtschaft ohne Gentechnik: Verzicht auf den Anbau genetisch veränderter Kulturpflanzen

- a. Unterstützung und Erhaltung von GVO-freien Zonen nach dem Vorsorgeprinzip
- b. Unterstützung der Initiativen unter « Luxembourg et Grande Région territoires sans OGM »

³⁷ Das Konzept der integrierten Landbewirtschaftung zielt auf die Berücksichtigung der Standorteigenschaften und beinhaltet die folgenden Elemente: integrierte Pflanzenproduktion (u. a. Düngung nach zeitlichem und quantitativem Bedarf, Pflanzenschutz nach dem wirtschaftlichen Schadschwellenprinzip), Biolandwirtschaft, Extensivierung, Erhalt und Pflege von ökologisch wertvollen Flächen sowie von Strukturelementen. Ziel ist, diese auf der betrieblichen und regionalen Ebene zu kombinieren, um einen optimalen Kompromiss zwischen Ökologie und Ökonomie zu erreichen.

III. WIRTSCHAFTSWELT

Selbst in Umwelt- und Klimakrise, Wirtschafts- und Finanzkrise darf Wachstum nur unter Berücksichtigung seiner ökologischen und sozialen Zukunftswirkungen maximiert werden, unter Beachtung des Vorsorgeprinzips. Das Wachstum des BIP ist zu begrenzen, wenn es keinen Befund dafür gibt, dass die Zielwerte zumutbarer Flächen-, Umwelt- und Klimabelastung, insbesondere die für das Zwei-Grad-Ziel erforderlichen nationalen CO₂-Minderungsziele, durch Einsparung, Substitution oder Effizienzgewinne eingehalten werden können.

Vollbeschäftigung

Allen Arbeitsuchenden muss die Möglichkeit gegeben werden, die Art von Arbeit zu finden, die sie suchen. Ziel ist der Erhalt der vollen Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmer bis zum gesetzlichen Pensionsalter durch geeignete Gestaltung der Arbeitsplätze über die Erwerbsbiografie hinweg, bei Leistungsarrangements, die es ermöglichen, länger motiviert und gesund erwerbstätig bleiben zu können.

Bestehende Politik-Initiativen:

Die Lissabon-Strategie nennt als wesentliche Bestandteile einer Vollbeschäftigungs-Strategie die Unterstützung von Innovation und Forschung, Steigerung der Produktivität und Sicherung der sozialen Kohäsion, u. a. durch Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit („employability“), in Luxemburg umgesetzt als Schaffung der notwendigen Qualifikationen und Fähigkeiten für arbeitssuchende Einwohner.

Die Lissabon-2-Strategie behandelt die Alterung der Bevölkerung ebenfalls als eine zentrale Herausforderung, mit Schwerpunkt auf der langfristigen Stabilität der Pensionssysteme. Zweites Ziel ist die Erhöhung der Beschäftigungsquote Älterer durch unterschiedliche Maßnahmen.

Zum Sozialschutz siehe auch den « Rapport de stratégie nationale sur la protection sociale et sur l'inclusion sociale, 2008 » Studie der IGSS über die „Incapacité de travail“

62. Arbeitsplatzsicherung durch öffentliche Investitionen in Krisenzeiten

- a. Niveau der öffentlichen Investitionen aufrechterhalten und in Krisenzeiten verstärken, vor allem für Arbeiten, die von kleinen und mittelständischen Betrieben ausgeführt werden

63. Minimierung der qualifikationsabhängigen Arbeitslosigkeit

- a. Förderung qualifizierender Berufsabschlüsse
- b. Förderung eines Arbeitsplatzangebots für unterschiedliche Qualifikationen durch die multisektorielle Spezialisierung der Wirtschaft (siehe „Wirtschaft krisensicherer machen“)

64. Minimierung der Langzeitarbeitslosigkeit

- a. Unterstützung der Empfänger des garantierten Mindesteinkommens (empowerment) im Hinblick auf verbesserte Einstiegs- oder Wiedereinstiegschancen in den Arbeitsmarkt
- b. Beschleunigung der Prozeduren bezüglich der externen und internen Neueingliederung der Arbeitnehmer/innen; Förderung der professionellen Eingliederung der Arbeitnehmer/innen
- c. Neuorganisation und Modernisierung der Arbeitsverwaltung ADEM zur Erhöhung ihrer Effizienz, mittelfristig verwaltungstechnische Reform mit höheren Ressourcen
- d. Konzertierung (siehe Kohärenz der Politik/Institutionen)
- e. Aufstellen eines Maßnahmenkatalogs, der auf die Besonderheiten von Risikogruppen eingeht (Eielfernfamilien, Minderheiten, behinderte und obdachlose Personen)

65. Förderung neuer Modelle der Mischarbeit im Sinne einer besseren Vereinbarkeit verschiedener Arbeits- und Einkommensformen wie z. B. Erwerbsarbeit, Eigenarbeit, Versorgungsarbeit und Gemeinschaftsarbeit

Beschäftigung der älteren Arbeitnehmer (QZ 6)

66. Beschäftigungspolitik für ältere Arbeitnehmer/innen mit dem Ziel einer Änderung des Verhaltens von Arbeitnehmer/innen und Arbeitgeber/innen zur Verbesserung der Teilhabe Älterer am Arbeitsmarkt

- a. Anpassung der rechtlichen und insbesondere der effektiven Lebensarbeitszeit an die Entwicklung der Lebenserwartung
- b. Förderung neuer Gleichgewichtsformen zwischen Privat- und Berufsleben, die es erlauben, Berufs- und Familienleben besser zu vereinbaren („work-life-balance“)
- c. Umformulierung der Mechanismen des Ausscheidens aus dem Erwerbsleben
- d. Gesetzlichen Rahmen schaffen zur Förderung der Fähigkeit der Arbeitnehmer, länger zu arbeiten
- e. Förderung der sozialen Verantwortung (der CSR) mit Beiträgen von Arbeitgebern, Gewerkschaften und Staat zur Korrektur des „Defizitmodells“ älterer Arbeitnehmer/innen, u. a. durch lebenslanges Lernen und Fortbildungsangebote (travail des séniors)
- f. Schaffung einer Möglichkeit zur Auszeichnung von Unternehmen, die besondere Anstrengungen zur Einstellung älterer Arbeitnehmer geleistet haben
- g. Weiterführung der Diskussion mit den Sozialpartnern hinsichtlich einer Reform des Vorruhestandsregimes
- h. Revision der Bestimmungen im Bereich Anti-Kumulierung zwischen Gehalt und Pension
- i. Erhöhung des Anteils der erwerbstätigen Frauen und Männern zwischen 20 und 64 Jahren, einschließlich der älteren Arbeitnehmer/innen auf 75 %, im Rahmen des „Plan national de réforme du Luxembourg“ als nationale Umsetzung der europäischen Strategie EU2020

Erwerbsquoten

67. Verbesserung der Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt auf 60 % Frauenerwerbsquote und Beseitigung des Lohnunterschiedes

- a. Die Zielsetzung 60 % Frauenerwerbsquote verfolgen, u. a. durch Erhöhung des Angebots an Kinderbetreuungsplätzen zur Verbesserung der Vereinbarkeitsproblematik von Familie und Beruf entsprechend den EU-Zielen
- b. Erhöhung des Anteils der erwerbstätigen Frauen und Männer zwischen 20 und 64 Jahren auf 75 % im Rahmen des „Plan national de réforme du Luxembourg“ als nationale Umsetzung der europäischen Strategie EU2020

68. Mehr Beschäftigung von Migranten

- a. Erhöhung des Anteils der erwerbstätigen Frauen und Männer zwischen 20 und 64 Jahren auf 75 %, insbesondere durch eine größere Beteiligung der Migranten, im Rahmen des „Plan national de réforme du Luxembourg“ als nationale Umsetzung der europäischen Strategie EU2020

Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit / Vollbeschäftigung für Schulabgänger (QZ 6)

69. Verbesserte Vermittlung von arbeitslosen Jugendlichen und Betreuung der von der Schule abgehenden Jugendlichen durch die Arbeitsverwaltung

- a. Förderung einer effizienteren Berufsorientierung
- b. Konzertierung (siehe Kohärenz der Politik/Institutionen)
- c. Verlängerung der Maßnahmen « contrat d'appui-emploi » (CAE), « contrat d'initiation à l'emploi » (CIE) und « contrat d'initiation à l'emploi – expérience pratique » (CIE-EP)³⁸

70. Verbesserung der schulischen Berufsorientierung

- a. Reorganisation der Unterstufe des technischen Sekundarunterrichts (7e-9e), Einrichtung eines „Parcours d'orientation“, in dem die Schüler aufgrund eines differenzierten Kompetenzprofils in die jeweilige Ausbildung der Oberstufe orientiert werden

³⁸ CAE: contrat d'appui-emploi, mesure créée à atténuer les effets de la crise économique sur l'emploi des jeunes, destiné à des promoteurs étatiques ou communaux (remplaçant l'ancien contrat d'auxiliaire temporaire CAT), CIE : contrat d'initiation à l'emploi, mesure créée à atténuer les effets de la crise économique sur l'emploi des jeunes, destiné à des promoteurs du secteur privé (remplaçant l'ancien stage d'insertion, CIE-EP : contrat d'initiation à l'emploi – expérience pratique (réservé aux jeunes diplômés).

- b. Einrichtung eines zentralen Berufs- und Orientierungszentrums für Schüler, in dem sämtliche mit der Orientierung beauftragten Stellen (Adem, CPOS, BIZ usw.) zusammengeführt werden

71. Systematische Betreuung jener Jugendlichen, welche die Schule ohne Qualifikationen verlassen

- a. Individuelle Beratung, Unterstützung und Begleitung der Jugendlichen mit dem Ziel einer reellen Einstellungschance (Job Coaching)
- b. Verstärkung der Maßnahmen zur Erleichterung des Übergangs zwischen Schule und Arbeitsleben des „Service volontaire d'orientation“ (S.V.O.), der es jungen Schulabbrechern ermöglicht, an öffentlichen Projekten in den Bereichen Umwelt, Kultur oder Soziales teilzunehmen, mit dem Schwerpunkt, die berufliche und soziale Integration zu fördern. Regelmäßige Sensibilisierungsaktivitäten zu den Themen Ausbildung und Arbeit mit den Jugendhäusern und Aufbau von Begleitmaßnahmen von gefährdeten Jugendlichen
- c. Einrichtung einer Schule der 2. Chance (vgl. Seite 20)

(QZ 11) Wirtschaft krisensicherer machen, Wettbewerbsfähigkeit sichern, wirtschaftliche Diversifizierung

Ziel ist eine stabile, auf mehreren Säulen ruhende wettbewerbsfähige Ökonomie, die auf den vorhandenen Potenzialen des Landes und seiner Regionen aufbaut. Dafür gilt es Versorgungssicherheit zu gewährleisten, d. h. die Wirtschaft mit den notwendigen Produktionsfaktoren (Arbeitskräfte, Ressourcen einschließlich Energieträger, Investitionsmittel) und den dazu erforderlichen Infrastrukturen zu versorgen, und zu Investitionen in Luxemburg zu ermutigen. Dann ergibt sich ein Wachstum, das nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sozial und ökologisch nachhaltig ist: Da nicht jede Art von Wirtschaftswachstum die Probleme löst, bedarf es qualitativer Kriterien, um wirtschaftliche Entwicklung innerhalb der Tragfähigkeit des Ökosystems sicherzustellen, und dazu wiederum bedarf es einer Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltbeeinträchtigungen.

.....
Bestehende Politik-Initiativen:

Die Lissabon-2-Strategie fordert die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, u. a. durch Förderung aller Innovationen; die Nachhaltigkeitsstrategie erklärt die Förderung nachhaltigkeitsorientierter Innovationen zum Ziel.

Plan d'action Logistics

Plan d'action Health Technologies

Diversifizierung in Bezug auf ICT und Telekommunikation, Ausbau der Infrastruktur (Luxconnect, Terralink) und der Dienstleistungen (Luxtrust)

.....

Mittel- und langfristige

Multisektorielle Spezialisierung, so dass ein optimales Gleichgewicht zwischen einer hinreichenden Größe der einzelnen Branchen und einer ausreichenden wirtschaftlichen Diversifizierung erzielt wird und die Wirtschaft für unterschiedliche Begabungen und Qualifikationen geeignete Arbeitsplätze anbietet. Die multisektorielle Spezialisierung setzt einen Selektionsprozess, das Setzen von Schwerpunkten und eine klare Arbeitsteilung innerhalb des so definierten Rahmens voraus.

72. Förderung einer internen Differenzierung der Finanzbranche am Standort Luxemburg. Finanzstandort zum Motor einer nachhaltigen Entwicklung umgestalten

- a. Entwicklung und Förderung nachhaltiger Geldanlageprodukte durch Information, Aufklärung und Bewusstseinsbildung
- b. Gestaltung von Investmentfonds, damit sie zum Übergang zu einer „low carbon“-Wirtschaft beitragen können
- c. Ausbau der Aktivitäten von Investmentfonds im Bereich „Mikrofinanz“ und „inklusive Finanzsektoren“
- d. Ausbau der Aktivitäten von Investmentfonds im Bereich „islamische Finanz“
- e. Entwicklung neuer Aktivitäten im Bereich „Sustainable Responsible Investment“ (SRI)
- f. Entwicklung neuer Aktivitäten im Bereich „Philanthropie“

- 73. Diversifizierung der Wirtschaft (auch räumlich) durch selektive Stärkung weiterer Branchen unter gleichwertiger Berücksichtigung der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitskriterien**
- a. Förderung von Investitionen (inklusive Ausbildung) sowie Forschung und Entwicklung (FuE) in den Bereichen Breitband-technologie, IT, Logistik, Gesundheits- und Umwelttechnologien
 - b. Förderung der Solidarwirtschaft als transversales, nachhaltiges Wirtschaftskonzept
 - c. Weitere Finanzierung /Ausbau der Universität
 - d. Unterstützung bei der Ansiedlung von FuE, die mit den Schwerpunkten der multisektoriellen Spezialisierung korrespondiert
 - e. Ermutigung ortsansässiger Firmen zur Durchführung ihrer FuE in Luxemburg
 - f. Über das Staatsbudget jährlich 1 % des BIP in Forschung und Entwicklung investieren, um das Ziel von 2,6 % des BIP (laut Conseil de Gouvernement) insgesamt für Forschungs- und Entwicklungsausgaben (privat und öffentlich) in 2020 zu erreichen durch gleichzeitige Ermutigung der Wirtschaft, ihre FuE-Ausgaben in Luxemburg ebenfalls zu erhöhen
 - g. Stärkung bzw. Sicherung der Kaufkraft der Bürger/innen, besonders in Krisenzeiten
- 74. Im Rahmen der multisektoriellen Diversifizierung Ausbau und die Förderung von Luxemburg als Standort für Umwelttechnologie-Betriebe und Umweltdienstleister**
- a. Schnelle Umsetzung in nationales Recht der neuen Bestimmungen der „Energy-label“- und „Eco-design“-Richtlinien
 - b. Förderung der Markteinführung von Produkten, die die neu aufgelegte und zukünftige „Eco-design“- und „Energy-label“-Richtlinien befolgen
 - c. Weiterentwicklung des Clusters von Umwelttechnologie-Betrieben („Eco-Dev“)
 - d. Weitreichende Begleitung der Umwelttechnologie-Betriebe bei Niederlassung und Investitionen
 - e. Förderung der Einführung von Umwelttechnologien in den Betrieben im Allgemeinen
 - f. Schaffung eines öffentlichen Fonds zur Unterstützung der Entwicklung und Markteinführung von neuen Umwelt- und Energietechnologien
- 75. Vermeidung der Produktion toxischer Abfälle**
- a. Konsequente Umsetzung des nationalen Abfallwirtschaftsplans, insbesondere bezüglich der internen Abfallwirtschaftspläne der Betriebe
 - b. Weiterführung und Förderung der Initiative „SuperDrecksKëscht fir Betriber“
- 76. Reduktion der Anfälligkeit der Wirtschaft für Schwankungen der Ressourcenpreise (einschließlich Energie)**
- 77. Entwicklung von Szenarien als Hilfestellung für Entscheidungsträger (siehe auch die Ergebnisse des Partnersriats für Umwelt und Klima)**
- a. Erstellung mehrerer alternativer Zukunftsszenarien für Luxemburg (extrapolativ) von Fortführung des Luxemburger Modells bis zur Postwachstums-Ökonomie und Krisenszenarien von Peak Oil

(QZ 12) Zukunftsfähigkeit der Finanzen

Ein Ziel der Nachhaltigkeitspolitik im Bereich der öffentlichen Finanzen wird es sein, eine Politik der öffentlichen Finanzen so zu gestalten, dass die Haushaltspolitik in Zukunft über die notwendigen Spielräume verfügen wird, um einen effizienten, finanzstarken Sozialstaat gewährleisten zu können. Das Ziel einer solchen Politik muss u. a. darin bestehen,

- *kurzfristig einen ausgeglichenen Haushalt über den ganzen Wirtschaftszyklus zu erreichen;*
- *längerfristig die notwendigen Überschüsse zu produzieren, um die implizite Verschuldung durch die in Zukunft steigenden Ausgaben bedingt durch das Altern der Bevölkerung zu finanzieren;*
- *die Staatsverschuldung auf geringem Niveau zu halten;*
- *soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Solidarität unter allen Schichten der Bevölkerung zu stärken, u. a. durch besser angepasste Ausgabenstrukturen;*

- Aufwendungen für Erhaltung und Verbesserung der nationalen Kapitalbestände zu finanzieren und
- den ökologischen Umbau voranzutreiben,
- ohne damit verbundene Finanzierungslasten einseitig den Einkommensschwachen und den künftigen Generationen aufzubürden.

Bestehende Politik-Initiativen:

Die zwei Hauptziele der Lissabon-2-Strategie zur Zukunftsfähigkeit der Finanzen (2005-2010) sind Inflationsbekämpfung und ein ausgewogener Haushalt

78. Verbesserung von Stabilität und Effizienz der Finanzmärkte u. a. durch

- a. Erhöhung der Transparenz auf den Kapitalmärkten: kommenden Gesetzesvorschlag der Kommission zu Transparenz und Sicherheit beim Handel mit Derivaten unterstützen; Unterstützung der Kommission für einen raschen Vorschlag zur Regulierung der Leerverkäufe von Finanzinstrumenten; Unterstützung von EU-Vorschlägen im Bereich der Regulierung von Rating-Agenturen
- b. Europäische Lösungen im Bereich von Prävention und Auflösung von Bankenrisiken im Binnenmarkt: Verhandlungen zum neuen europäischen Finanzaufsichtssystem abschließen; Zusammenarbeit der nationalen Finanzaufsichtsbehörden in diesem neuen europäischen Finanzaufsichtssystem fördern; Unterstützung für einen Europäischen Bankenrisikofonds oder ein europäisches Netzwerk von nationalen Fonds

79. Angemessene Regulierung und Überwachung aller Finanzmärkte, Finanzprodukte und Finanzmarktteilnehmer: Kein Finanzprodukt darf sich mehr der Regulierung entziehen können

- a. Verhandlungen über das EU-Gesetz über Hedgefonds und andere alternative Investmentfonds abschließen und so schnell wie möglich in nationales Gesetz umsetzen

80. Reformen im Bereich europäischer Koordinierung, Überwachung und Verbesserung der nationalen Haushaltspolitiken im Hinblick auf eine Verbesserung des Funktionierens der Wirtschaftsunion

- a. Umsetzung des „Europäischen Semesters“
- b. Unterstützung der Überwachung von makroökonomischen Ungleichgewichten und Konkurrenzdefiziten, insbesondere in der Eurozone

81. Mechanismen für eine langfristige Finanzierbarkeit von Anpassungsprogrammen schaffen

82. Langfristig wieder einen Haushalt mit den notwendigen Überschüssen für die Finanzierung der steigenden Ausgaben bedingt durch das Altern der Bevölkerung sicherstellen

83. Langfristige Absicherung des Staatshaushalts durch einen verbesserten Haushaltsrahmen, eine verbesserte Kontrolle der öffentlichen Ausgaben, u. a. durch höhere Qualität und Effizienz, eine Reduktion der Abhängigkeit von unbeständigen und/oder stark schwankenden Einnahmen mittels wirtschaftlicher Diversifizierung, insbesondere durch die Verhinderung einer Ausweitung des Tanktourismus

- a. Erstellung einer Studie über einen virtuellen Ausstieg aus dem Tanktourismus

84. Eine höhere Steuerbelastung sowohl für die Wirtschaft als auch für die Bürger vermeiden

85. Absicherung der Zukunftsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme

- a. Aufrechterhaltung der Prinzipien der tripartiten Finanzierung
- b. Gewährleistung der gerechten Aufteilung zwischen dem verfügbaren Einkommen der Beschäftigten der Rentner
- c. Kohärente mehrjährige Planung der Krankenhausinfrastrukturen
- d. Sicherstellung einer transparenten und auf vergleichbaren Kriterien basierender Finanzierung der Aktivität der verschiedenen Krankenhäuser
- e. Förderung der Praxis der Substitution bei Arzneimitteln
- f. Harmonisierung des Funktionierens der Krankenhaus- und der privaten Laboratorien

86. Investitionen in Projekte und Strukturen zur Förderung eines nachhaltigen Luxemburgs

- a. Bei Einführung und Abänderung von Subventionen und Steuern: Überprüfung unter ökonomischen, sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitskriterien
- b. Abbau nicht-nachhaltiger Subventionen
- c. Studie zur Klärung der Umsetzungsprobleme einer nachhaltigen Steuerreform sowie deren Konsequenzen

87. Finanzstandort Luxemburg profilieren

- a. Einrichtung einer Europäischen Rating-Agentur mit Expertise für öffentliche Finanzen und für transparente Bewertungen auf EU-Ebene vorantreiben, Luxemburg als idealen Standort anbieten
- b. Expertise für effektive, aber friktionsfreie Regulierung bereitstellen und anbieten

(QZ 5) Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Verkehrsnachfrage

Gezielte Förderung des Umweltverbundes, konsequenter Ausbau des öffentlichen Transports durch die Umsetzung eines mehrstufigen Konzeptes für ein modernes, leistungsfähiges und den Zielsetzungen entsprechendes Transportsystem

Bestehende Politik-Initiativen:

„Mobil 2020 – Mobilitéé déi beweegt“: Integriertes Mobilitätskonzept, dessen Prioritätensetzung vor allem eine deutliche Verbesserung des schienengebundenen Angebots anstrebt:

- Politische Zielsetzung einer modalen Verteilung von 25 % für den öffentlichen Transport bis zum Horizont 2020;
- Verbesserung des schienengebundenen Angebots durch den Bau mehrerer Neubaustrecken bzw. den Ausbau bestehender Eisenbahnstrecken sowie die Einführung einer Straßenbahn in der Stadt Luxemburg und die Schaffung von Peripheriebahnhöfen;
- Politisches Ziel eines modalen Anteils von 25 % für die sanfte Mobilität bis zum Horizont 2020 durch die Ausarbeitung eines Aktionsplans zur Förderung der sanften Mobilität;
- Förderung der öffentlichen Verkehrsmittel und aller, alternativ zum Pkw nutzbaren Fortbewegungsmittel sowie Verbesserung der Qualität der öffentlichen Verkehrsmittel und des Fahrgastkomforts durch die Einrichtung einer Mobilitätszentrale;

Plan directeur sectoriel Transports;

Verbesserung der Attraktivität des Güterverkehrs auf der Schiene und Förderung des Eisenbahngüterverkehrs durch die Gründung der CFL Cargo, die Einrichtung des Güterverkehrszentrums Bettembourg und die Inbetriebnahme des Terminals für die Schienenautobahn Bettembourg - Perpignan;

Begrenzung der umweltbelastenden Schadstoffe des Verkehrsaufkommens durch eine stärkere Förderung von schadstoffarmen Fahrzeugen mittels einer entsprechenden Reform der Autosteuer sowie einer Subvention von schadstoffarmen Fahrzeugen mit dem Ziel der Steigerung der Attraktivität nachhaltiger Verkehrsmittel;

Plan d'action national pour la mobilité douce ;

Communauté des Transports („Verkéiersverbond“)

Förderung des Transportes, insbesondere von Massengütern, auf dem Wasserweg durch die Moselkommission, und Beteiligung Luxemburgs an der Verbesserung der Schleuseninfrastrukturen auf der deutschen Mosel.

Verkehrsvermeidung

88. Reduzierung der Transportintensität der Luxemburger Wirtschaft

- a. Förderung des Schwerpunkts Logistik im Rahmen der multisektoriellen Spezialisierung zur Minimierung des Verkehrsaufwands

89. Verkürzung der Wege im Berufsverkehr

- a. Förderung der Ansiedlung von Unternehmen und Arbeitnehmer/innen in Luxemburg
- b. Förderung eines entsprechenden Standort- und Wohnungswechsels

Ausbau des öffentlichen Transports

90. Erhöhung der Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel durch eine quantitative und qualitative Verbesserung des Angebots mit dem Ziel, bis 2020 eine modale Verteilung von 25 % zugunsten des öffentlichen Verkehrs im Personentransport zu erreichen

- a. Erstellung eines Aktionsplanes „Grenzüberschreitende Mobilität“ (F-L: 2009, B-L: 2012, D-L: 2013)
- b. Bau einer Tram mit den dazugehörigen Peripheriebahnhöfen bis 2017 (diese wird neben der Reduzierung der IV-Fahrten zusätzlich eine Reduzierung der Busfahrten bewirken, welche sich positiv auf die Luftqualität in der Stadt auswirkt)
- c. Kontinuierlicher Ausbau des Schienennetzes
- d. Kontinuierliche Umsetzung von Busspuren
- e. Studie zur Umsetzbarkeit eines Rufbusdienstes für eher schwach besiedelte Regionen, wo das Angebot an öffentlichen Transportmitteln nicht flächendeckend ausgebaut ist
- f. Landesweites Parkraummanagement: Einführung eines restriktiven Parkraummanagements im Südwesten der Agglomeration der Stadt Luxemburg
- g. Flächendeckende P&R-Plätze

91. Den Anteil der Schiene am Güterverkehr ausbauen, Lkw-Verkehr vermindern

- a. Kontinuierliche quantitative und qualitative Verbesserung des Angebots an Dienstleistungen und Logistik im Schienengüterverkehr
- b. Investitionen in Schienenverkehr im Vergleich zum Straßenverkehr erhöhen

Nachhaltige Mobilität

92. Umweltbelastung durch Verkehr verringern

- a. Gesamt-Energieverbrauch sowie Emissionen von Treibhausgasen, Feinstaub, Ozonvorläufersubstanzen, Lärmbelastung und Flächenverbrauch reduzieren (quantitative Ziele siehe „Umweltqualität“)
- b. Vorbildfunktion der öffentlichen Beschaffung bei Kraftfahrzeugen mit geringem Verbrauch und geringsten Emissionen

93. Verminderung des Lkw-Verkehrs durch eine konsequente Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Binnenschifffahrt

- a. Vermehrte Nutzung sowie Ausbau des Erdöllagers im Hafen Mertert und Förderung des trimodalen Umschlagplatzes im Hafen Mertert

94. Konsequente und zügige Umsetzung des Aktionsplans zur Förderung der sanften Mobilität (nicht-motorisierter Verkehr) als wesentlicher Beitrag zur Bildung effizienter Mobilitätsketten

- a. Auf nationaler Ebene im Rahmen des „Plan sectoriel transports“ und der Aktualisierung des Gesetzes vom 6. Juli 1999 bezüglich des Nationalen Radwegenetzes
- b. Auf kommunaler Ebene im Rahmen der Änderung des modifizierten Gesetzes vom 19. Juli 2004 betreffend die kommunale Raumplanung und die städtische Entwicklung

95. Geschlechtergerechte Ausgestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und der sanften Mobilität

- a. Studie zur Gestaltung des aktuellen Angebots im öffentlichen Transport nach dem Prinzip des „Gender mainstreaming“

96. Anteil der Biokraftstoffe am Kraftstoffverbrauch gemäß dem Nationalen Aktionsplan für erneuerbare Energien auf 10 % im Jahre 2020 steigern

IV. GESAMTGESELLSCHAFTLICHE ZIELE

Bildung

Förderung von Verhaltensänderungen und Vermittlung von Schlüsselkompetenzen zur Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung, Beitrag zu einem stärkeren Zusammenhalt und Wohlergehen, Vermittlung von Kompetenzen als Investition in Sozialkapital, Gewährleistung der Chancengerechtigkeit und der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere benachteiligter Gruppen, Vermittlung von Kompetenzen zur Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit und Zugang zu hochwertigen Arbeitsplätzen als Schlüsselfaktor in Bezug auf die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit.³⁹

Flächendeckende Anhebung des Bildungs- und Qualifikationsniveaus (QZ 15)

Bildung hat neben ihrer ökonomischen vor allem eine soziale und gesellschaftspolitische Bedeutung. Ziel der Bildungspolitik ist die erfolgreiche Vermittlung von Wissen, Kompetenzen und Werten an alle Schüler, Studenten und Fortbildungsteilnehmer, die diese für ein erfülltes Privat- und Berufsleben und eine erfolgreiche Integration in die Gesellschaft brauchen. Dies erfordert eine Vernetzung und die Zusammenarbeit der Akteure im Bildungsbereich.

Bestehende Politik-Initiativen

Vorbereitung und Einleitung des kompetenzorientierten Unterrichts: Definition der zu erreichenden Kompetenzen, Anpassung der Schulprogramme und der Evaluationsinstrumente

Erarbeitung und Einleitung einer kohärenten Reform des Sprachenunterrichts an Luxemburger Schulen: umfassende Bestandsaufnahme der Sprachensituation und des Sprachenunterrichts (Rapport national en vue de l'élaboration du profil des politiques linguistiques éducatives), Erarbeitung eines Sprachenprofils durch Experten des Europarats (Profil de la politique linguistique éducative au Luxembourg) und Erstellung eines nationalen Aktionsplans (Plan d'action pour le réajustement de l'enseignement des langues)

Erarbeitung und Umsetzung neuer, innovativer schulischer Angebote im Primär- und Postprimärschulbereich (Neie Lycée, Bac international, Schengen-Lycée, Eis Schoul, eBac)

Modernisierung der Schulstrukturen zur besseren Anpassung an die Bedürfnisse der Schüler und an die Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft (Projet de loi portant organisation de l'enseignement fondamental und Projet de loi portant réforme de la formation professionnelle)

*Entwicklung und Umsetzung eines Maßnahmenpakets zur Senkung des schulischen Misserfolgs und der Schulabbrecherquote
Öffnung aller Studienprogramme für Teilzeitstudenten und Verbesserung der Kontakte zwischen Universität und Schulen*

Erwachsenenbildung

97. Erhöhung des Qualifikationsniveaus

- a. Förderung der Nutzung und des Erfolgs auf dem zweiten Bildungsweg

98. Bildung für nachhaltige Entwicklung und politische Bildung in der Erwachsenenbildung ermöglichen und propagieren

- a. Aufbau handlungsbezogener Kompetenzen, z. B. für vorausschauendes Denken und Handeln, interdisziplinäres Arbeiten, Partizipation an Entscheidungsprozessen usw.

99. Beteiligung am lebenslangen Lernen erhöhen

³⁹ Leitprinzipien der nachhaltigen Entwicklung. Europäischer Rat 16./17. Juni 2005 – Schlussfolgerungen des Vorsitzes. Rat der Europäischen Union 102551/05

- a. Erarbeitung einer Nationalen Strategie für lebenslanges Lernen
- b. Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung der Weiterbildungsangebote
- c. Erweiterung des Fernunterrichtsangebots
- d. Konsumentenbildung/-beratung im Bereich „nachhaltiger Konsum“

100. Durchlässigkeit zwischen Erwerbs- und Nicht-Erwerbsarbeit erhöhen (Mischarbeit)

- a. Anerkennung von im Rahmen zivilgesellschaftlicher Aktivitäten gewonnener Qualifikationen im Erwerbsleben und umgekehrt

Qualifizierende Schulpolitik

Als Schlüsselfaktor der Nachhaltigkeit muss sich die Bildungspolitik der Herausforderung stellen, das Bildungs- und Qualifikationsniveau durchgängig anzuheben und den schulischen Misserfolg, insbesondere die Anzahl Jugendlicher ohne Berufs- und Schulausbildung, dauerhaft zu senken. Dies setzt eine bestmögliche Förderung aller Schüler, der leistungsstarken sowie der leistungsschwachen, voraus und soll durch die Umsetzung eines einheitlichen, kompetenzorientierten Bildungskonzepts sowie durch gezielte Maßnahmen auf sämtlichen Schulebenen – von der Vorschule bis zur Weiterbildung – erreicht werden.

101. Anhebung des Bildungs- und Qualifikationsniveaus auf Ebene des Abiturs, des technischen Abiturs, der Technikerausbildung, der Berufsausbildung und Beteiligung an Erwachsenenbildung

- a. Ausweitung des kompetenzorientierten Unterrichts auf sämtliche Ebenen und Fächer der verschiedenen Schulformen
- b. Einführung einer differenzierten, kompetenzorientierten Bewertung in sämtlichen Schulzweigen
- c. Einführung einer auf Kompetenzprofilen gründenden Orientierung an den Übergangstellen der Schullaufbahn (Grundschule-Sekundarschule, 9e-10e im technischen Sekundarunterricht)

102. Erhöhung der Abschlussquote (Sekundarstufe II) im öffentlichen Unterrichtswesen auf 85 %

- a. Definition der in den Abschlussklassen (1re ES und 13e EST) zu erreichenden Kompetenzsockel
- b. Einrichtung eines progressiven Spezialisierungsgangs (parcours de spécialisation) mit größerer Wahlmöglichkeit der Fächer
- c. Förderung des fächerübergreifenden Lernens und autonomer Lernstrategien

103. Bekämpfung der schulischen Misserfolgs und dauerhafte Senkung des Anteils der Schulabbrecher auf unter 10 %

- a. Siehe Abschnitt Orientierung
- b. Verstärkte und individualisierte Betreuung der Schüler in der Unterstufe des Sekundar- und technischen Sekundarunterrichts (Tutorat usw.)
- c. Gründung einer Schule der 2. Chance (école de la 2e chance), in der den 16-bis 24-jährigen Schülern, die im herkömmlichen Schulsystem nicht mehr weiterkommen, durch gezielte Unterstützung und sozialpädagogische Betreuung zu einem Schulabschluss verholfen wird
- d. Ausweitung der schulischen und außerschulischen Betreuungsmöglichkeiten

104. Entwicklung der schulischen Laufbahn von Jugendlichen gemäß ihren individuellen Kompetenzen und Neigungen

- a. Verbesserung der schulischen Berufsorientierung
- b. Diversifizierung des Berufswahlspektrums

105. Gezielte Maßnahmen zur breiteren Förderung frühkindlicher Entwicklung und Bildung im 1. Schulzyklus (éducation précoce et préscolaire) (Kompetenzentwicklung, Gesundheitscheck usw.)

Hochschulpolitik

106. Weitere Verbesserung der Kontakte zwischen Schulen und der Universität

- a. Aufbau einer „Kinderuni“
- b. Verstärkte Kooperation mit den Sekundarschulen durch die Durchführung gemeinsamer Projekte

107. Erhöhung des Anteils der Hochschulstudenten unter den Luxemburger Schulabsolventen

- a. Siehe Punkt 102 unter „qualifizierende Schulpolitik“
- b. Verstärkung der Information zu Hochschulfragen als gemeinsames Projekt aller beteiligten Ministerien (Hochschule und Forschung, Erziehung und Berufsausbildung, Arbeit)
- c. Konsolidierung der staatlichen Beihilfen für Hochschulstudenten

(QZ 16) Bildung für nachhaltige Entwicklung

Ziel ist eine Bewusstseinsbildung und Vermittlung von Wissen, Werten und Kompetenzen sowie Förderung von Einstellungen und Verhaltensstrukturen (Dialogbereitschaft, Solidarität, Respekt, usw.), die es den Bürgern ermöglichen sollen, sich an der Gestaltung einer ökologisch verträglichen, sozial gerechten und wirtschaftlich leistungsfähigen Gesellschaft zu beteiligen. Dazu gehört die Befähigung jeder/s Einzelnen zum globalen und interdisziplinären Denken, um die globalen Auswirkungen des eigenen Handelns zu erkennen und die Verantwortung für eine nachhaltige Zukunft zu übernehmen. Dazu gehört insbesondere die Umsetzung der nationalen Strategie für Bildung zur nachhaltigen Entwicklung in allen Bereichen der schulischen und außerschulischen Bildung unter Einbeziehung aller interessierten Akteure.

Bestehende Politik-Initiativen

Bestandsaufnahme und Analyse der bisherigen Praxis und der Perspektiven der Bildung für nachhaltige Entwicklung im Sekundar- schulbereich (offizielle Lehrpläne des postprimären Unterrichts, Implementierung der Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung auf der Verwaltungsebene der Schulen, Erhebung der Schülerinteressen, -einstellungen und Kompetenzen angesichts der Herausfor- derungen einer nachhaltigen Entwicklung) im Rahmen eines Forschungsprojektes der Universität Luxemburg.

Bestandsaufnahme der Erfahrungswerte aus Aktivitäten im Bereich der „Education au développement“ unter Leitung der Abtei- lung „Entwicklungszusammenarbeit“ des Außenministeriums aufgrund des Gesetzes vom 6. Januar 1996 über Entwicklungszu- sammenarbeit. Überarbeitung des Aktionsfeldes und Anpassung der Arbeitsbeziehungen und -strukturen im Sinne der Erfassung eines breiteren Zielpublikums, d. h. vor allem der Schüler und Studenten, sowie des Lehrpersonals.

Einsetzen eines interministeriellen Komitees zur Erarbeitung einer Nationalen Strategie für Bildung für nachhaltige Entwicklung mit Vertretern des Bildungs-, Familien- und Umweltministeriums sowie der Abteilung „Entwicklungszusammenarbeit“ des Außen- ministeriums und der Universität Luxemburg

*Erarbeitung einer Strategie für nachhaltige Entwicklung an der Universität Luxemburg
„Gréng Hausnummer“*

108. Jedem Schüler und Universitätsabsolventen sollen Fähigkeiten mit auf den Weg gegeben werden, komplexe Zusam- menhänge zwischen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen, Konsumverhalten, Umweltverhalten, Gesund- heitsbelastungen, Knappheiten usw. zu erkennen und anzuerkennen, sich zukünftiger Herausforderungen bewusst zu werden, Respekt vor der natürlichen Umwelt zu entwickeln und eigenverantwortlich zu handeln. Kernthemen sind etwa Umweltbildung, Friedenspädagogik, Konsumerziehung, Gesundheitserziehung, Entwicklungszusammenarbeit, Multikulturalität usw.

- a. Vernetztes und fächerübergreifendes Lernen durch einen interdisziplinären und ganzheitlichen Ansatz zur Stärkung des Verständnisses der Zusammenhänge zwischen den einzelnen Dimensionen (Ökologie, Soziales, Wirtschaft) der nach- haltigen Entwicklung. Kernthemen sind etwa Umweltbildung, Friedenspädagogik, Konsumerziehung, Gesundheitser- ziehung, Entwicklungszusammenarbeit, Multikulturalität usw.
- b. Festlegung von Kernkompetenzen und Kernthemen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung einschließlich entspre- chender Bildungsstandards
- c. Schaffung einer Auszeichnung „nachhaltige Schule“
- d. Sensibilisierungskampagne zur nachhaltigen Entwicklung durchführen
- e. Verankerung der Bildung für nachhaltige Entwicklung auf der informellen Ebene (Horte, Jugendpolitik, Zusammenar- beit mit NROen)
- f. Verbesserte Koordination zwischen den verschiedenen Akteuren

109. Sensibilisierung und Information auf dem Gebiet Wohnung und nachhaltige Siedlungsweise

- a. Einführung einer Zertifizierung für den nachhaltigen Wohnungsbau auf Basis von „Öko-Punkten“ wie durch den Plan Sectoriel Logement vorgesehen, siehe Punkt 55f. Seite 69, „Fortentwicklung der Grünen Hausnummer...“

110. Sensibilisierung und Information auf dem Gebiet gesunder und nachhaltiger Ernährung und nachhaltigen Konsums

- a. Weiterführung und Ausbau des Programms „Gesond iessen, méi beweegen“

111. Förderung der Aus- und Weiterbildung relevanter Akteure des Bildungswesens im Bereich „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (capacity building)

- a. Überarbeitung und Ergänzung der existierenden schulischen Curricula im Hinblick auf die Einbeziehung der Bildung für nachhaltige Entwicklung
- b. Verankerung der Bildung für nachhaltige Entwicklung in die Aus- und Weiterbildung u. a. von Lehrer/innen der verschiedenen Schulstufen und Erzieher/innen
- c. Angebot von Multiplikatoren-Lehrgängen

112. Bildung für nachhaltige Entwicklung und politische Bildung im außerschulischen Bereich integrieren

- a. Erstellung eines Maßnahmenkataloges mit Beschreibung der Ziele, Handlungsfelder, Entwicklungsschritte und Akteure sowie der Überprüfungskriterien

113. Fortschreitende Integration bestehender Initiativen und „guter Praxis“ der Bildung für nachhaltige Entwicklung in die Schulentwicklung und weitere Entwicklung der Universität

- a. Einrichtung eines Kompetenzzentrums der Bildung für nachhaltige Entwicklung zur gezielten Förderung und Evaluation von Initiativen und Projekten im schulischen und außerschulischen Bereich
- b. Erstellen von nachhaltigkeitsbezogenen Qualitätskriterien im Rahmen der Schulentwicklung und des Schul-Monitoring

(QZ 17) Gleichstellung von Frauen und Männern

Im Vertrag der Europäischen Union verpflichten sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, die Gleichstellung von Frauen und Männern umzusetzen (Artikel 2) und die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern zu beseitigen (Artikel 3 Absatz 2).

Die Gleichstellung von Männern und Frauen, ihre gleichberechtigte Teilnahme in Politik und Wirtschaft sowie ein gleichberechtigtes Zusammenleben durch „Gender mainstreaming“ ist ein übergreifendes Qualitätsziel des gesamten Nachhaltigkeitsplans. Jede Maßnahme muss auf ihre eventuell unterschiedliche Auswirkung auf Frauen und Männer untersucht und gegebenenfalls adjustiert werden, um eine negative Auswirkung auf ein Geschlecht zu verhindern.

In der gesellschaftlichen Wahrnehmung ist ein Abbau der Geschlechterrollen-Klischees zu fördern und so und ein besseres Verständnis für die Gleichwertigkeit der Geschlechter zu unterstützen, das eine unterschiedliche, frei gewählte Lebensführung für alle Männer und Frauen erleichtert, z. B. in Form einer höheren Beteiligung der Männer an der Haushaltsführung und an Pflege- und Versorgungsberufen sowie eine Stärkung von Qualifikation, Erwerbsbeteiligung (Lissabon-Ziel) und Unternehmerrinnengeist bei Frauen. Der bestehende Aktionsplan für die Gleichstellung von Frauen und Männern soll unter Einbindung der Hierarchie und deren Verantwortung für die Umsetzung der fachspezifischen Maßnahmen weitergeführt und entwickelt werden.

Bestehende Politik-Initiativen:

„Gender mainstreaming“ ist von der EU-Kommission als Querschnittsaufgabe anerkannt, die in allen Bereichen der Politik durchgesetzt werden soll. Die Lissabon-2-Strategie fordert zum Thema Geschlechtergerechtigkeit ein „Lebenszykluskonzept der Erwerbsarbeit“; die Umsetzung in Luxemburg konzentriert sich auf das Angebot von Kinderbetreuung außerhalb der Schulzeiten.

Der Nationale Aktionsplan für die Gleichstellung von Frauen und Männern (NAP) trat durch Regierungsbeschluss am 17. Februar 2006 in Kraft. Die Regierung verpflichtete sich zu folgenden strukturellen Maßnahmen: Einführung von „Gender mainstreaming“ in allen Politikbereichen, Aufschlüsselung aller Daten nach Geschlecht, Schaffung von Gender-Kompetenzzellen in den einzelnen Ministerien, Verstärkung des interministeriellen Ausschusses als Koordinationsstelle des NAP, verpflichtende Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen zum Thema „Gender“ für das Personal des öffentlichen Dienstes.

Der nationale Aktionsplan für die Gleichstellung von Frauen und Männern ist Bestandteil der Umsetzung des Übereinkommens zur

Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau (UNO).

Die in dem NAP eingeschriebenen Maßnahmen der einzelnen Ministerien sind im Zeitraum 2009 -2014 durchzuführen. www.mega.etat.lu

114. Chancengleichheit im Erwerbsleben und Lohngleichheit von Frauen und Männern, Überwindung des Lohnunterschieds

- a. Einführung von „Gender mainstreaming“ in alle Politikbereiche (jede Maßnahme muss auf ihre eventuell unterschiedliche Auswirkung auf Frauen und Männer untersucht werden, um eine negative Auswirkung auf ein Geschlecht zu verhindern)
- b. Konziertierte Aktion der jeweils verantwortlichen Ministerien: Arbeitsministerium, Wirtschaftsministerium, Bildungsministerium, Familienministerium und Gleichstellungsministerium sowie der Sozialpartner
- c. Kontinuierliche Vergleichsanalyse der Rentenabsicherung von Frauen und Männern
- d. Verstärkung des interministeriellen Ausschusses durch Einführung von Gender-Kompetenzzellen in allen Ministerien
- e. Aufschlüsselung aller das Leben und Verhalten der Einwohnerinnen und Einwohner beschreibenden Indikatoren nach Geschlecht

115. Nicht-Erwerbsarbeit sichtbar machen und berücksichtigen

- a. Berücksichtigung der Nicht-Erwerbsarbeit in der nationalen Buchhaltung (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, VGR)
- b. Erhebung der Zeitverwendung mittels repräsentativer Zeitkonten sowie Erfragung von wahrgenommenen Defiziten
- c. Aufschlüsselung der Daten nach Geschlecht

116. Förderung einer höheren Beteiligung der Männer an der Haushaltsführung

- a. Sensibilisierungskampagne zu einer erhöhten Beteiligung von Frauen an Entscheidungsprozessen (sowohl in der Gesellschaft als auch im Berufsleben und in der Politik) u. a. durch einen Appell an die Verantwortung der Männer bei der Familienbetreuung und der Haushaltsführung

117. Höhere Anteile von Männern in Pflege- und Versorgungsberufen fördern

- a. Weiterführung und Entwicklung der Initiative „Boys' and Girls' Day“

118. Stärkung von Unternehmerinnengeist und -kompetenzen bei Frauen

- a. Einführung von „Gender mainstreaming“ in alle Politikbereiche (jede Maßnahme muss auf ihre eventuell unterschiedliche Auswirkung auf Frauen und Männer untersucht werden, um eine negative Auswirkung auf ein Geschlecht zu verhindern)
- b. Verstärkung des interministeriellen Ausschusses durch Einführung von Gender-Kompetenzzellen in allen Ministerien

(QZ 18) Kohärenz der Politik und integrative Politikgestaltung

Erkennung und Gewichtung der allgemeinen Erwartungen der Gesellschaft durch die politische Ebene und die Umsetzung der auf politischer Ebene bestimmten Prioritäten auf der Verwaltungsebene („Good governance“). Governance weist darauf hin, dass es nicht nur um Abstimmungsprozesse innerhalb der Regierung, sondern auch zwischen Regierung und Zivilgesellschaft geht. Die Regierung beauftragt die Ministerien und die Verwaltungen, die Good governance inhaltlich umzusetzen.

Kohärenz bezieht sich hier sowohl auf die horizontale, also interministerielle Koordination, als auch auf die vertikale zwischen Staat und Kommunen und die Ausweitung auf die Großregion. Kohärenz beinhaltet Koordination, Kommunikation, Partizipation und Transparenz.

Bestehende Politik-Initiativen

Nationaler Aktionsplan für die Gleichstellung von Frauen und Männern – Einführung des „Gender mainstreaming“ als Aufgabe aller Ministerien

Plan national de développement durable 1999

IVL

Ausarbeitung der Projekte zu den sektoriellen Plänen (Landschaft, Transport, Wohnen und Gewerbe)

Nationaler Strategiebericht über Sozialschutz und soziale Eingliederung 2008

Leader-Initiative zur Förderung der Entwicklung in ländlichen Gebieten

Entwicklung der Naturparke Obersauer und Our wie auch das Projekt des Naturparks Müllerthal

Gewässerpartnerschaften für die Flüsse Obersauer, Attert und Our

Rapport national présenté conformément au paragraphe 15a) de l'annexe à la résolution 5/1 du Conseil des Droits de l'Homme

Koordinierung zwischen dem Bericht des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau (CEDAW) und den Empfehlungen des CEDAW-Komitees an die Regierung in der Kommission der Kooperation zur Entwicklungshilfe (Koordinierung zwischen Ministerium für Chancengleichheit und Außenministerium, Kooperationsdirektion)

.....

119. Berücksichtigung des Nachhaltigkeitsprinzips in seinen drei gleichgestellten, sich gegenseitig ergänzenden und bestimmenden Aspekten („Whole of Government Approach“) und der Qualitätsziele nachhaltiger Entwicklung in allen Politikbereichen

- a. Einführung von „Integrated Sustainability Assessment“ in Form einer „fiche d’impact“ für besonders relevante Gesetzgebungs- und Verwaltungsakte hinsichtlich ihrer Auswirkung auf eine nachhaltige Entwicklung
- b. Schulung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des öffentlichen Dienstes in „Good governance“, um systematisches themenübergreifendes Denken und Handeln zu entwickeln (Mainstreaming) durch das INAP
- c. „Best practices“ von Koordinierung hervorheben
- d. Weiterentwicklung der Instrumente (u. a. Modellierung und Statistiken), um die langfristigen Auswirkungen der eingeführten Politiken und Aktionen besser zu vergegenwärtigen („Evidence based policy making“)

120. Komparative Vorteile Luxemburgs ausformulieren und nutzen (hohe Lebensqualität, zentrale Lage in Westeuropa, überschaubares geografisches und politisches Feld, kurze verwaltungstechnische und politische Entscheidungsprozesse, gute ICT-Bedingungen, Mehrsprachigkeit und Multikulturalismus, internationales Umfeld u. a.)

- a. Betonung und Bekanntmachung der komparativen Vorteile Luxemburgs und seiner Lebensqualität als Teil einer kohärenten Außendarstellung, z. B. durch bessere Koordination und Nutzung von bestehenden Initiativen (Luxembourg for Business, Finance, ICT, Logistics usw.)

Institutionen

121. Koordinierung der „Good governance“ in allen übergreifenden Themen auf höchster hierarchischer Ebene (Pré-Conseil de Gouvernement). Nachhaltigkeitsstrategie bedarf einer mitschreitenden Erfolgskontrolle und eines neuen Governance-Konzepts

- a. Einführung von „Integrated Sustainability Assessment“ in Form einer „fiche d’impact“ für besonders relevante Gesetzgebungs- und Verwaltungsakte hinsichtlich ihrer Auswirkung auf eine nachhaltige Entwicklung
- b. Einführung der Mainstreaming-Methode und des Qualitätsmanagements am Beispiel „Gender mainstreaming“

122. Bessere Abstimmung der Planungsprozesse, Abstimmung zwischen den Ministerien (Beteiligung aller problemrelevanten Ministerien, Abstimmung der Maßnahmen), um eine Integration wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Belange zu erreichen (Vermeidung von Doppelarbeit und sich gegenseitig konterkarierender Initiativen)

- a. Schulung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des öffentlichen Dienstes in „Good governance“, um systematisches themenübergreifendes Denken und Handeln zu entwickeln (Mainstreaming) durch das INAP
- b. Analyse des Regierungsprogramms mit dem Ziel der Identifizierung seiner sozialen, ökologischen und ökonomischen Folgewirkungen sowie der sektoriellen Überschneidungsflächen (analog der EU-Kommission)
- c. Einführung in nationale und internationale Zusammenhänge und Vereinbarungen (Menschenrechte u. a.)
- d. Schulung der Politikverantwortlichen und des Gemeindepersonals (analog der Schulung der Mitarbeiter/innen des öffentlichen Dienstes) durch das INAP
- e. Konzentrierte Herangehensweise der zuständigen Ministerien: Arbeitsministerium, Wirtschaftsministerium, Bildungsministerium, Familienministerium und Gleichstellungsministerium, besonders zu den Themen Schul- und Berufswahl, berufliche Entwicklung, Weiterbildung, Lohngleichheit, Karriere, Kinderbetreuung und Unternehmensgründung

- 123. Umfassende Einbeziehung des Parlaments (auch gemäß dem neuen EU-Vertrag) in die Vorbereitung von Entscheidungen auf EU-Ebene**
- 124. Frühestmögliche Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Beratung zu den politischen Entscheidungen besonders auf EU-Ebene, in Rat und Parlament**
- 125. Stärkung des Conseil supérieur pour le développement durable als Vertreterorgan der Zivilgesellschaft**
 - a. Einrichtung eines arbeitsfähigen Sekretariats / einer Geschäftsstelle
 - b. Ausstattung mit einem Budget, das auch das Aufgreifen von Problemen in Eigeninitiative erlaubt

Nachhaltige Entwicklung in den Gemeinden

- 126. Verbesserung der Handlungsfähigkeit der Gemeinden durch eine Neugliederung der Gemeindeflandschaft**
 - a. Kontinuierliche Förderung und Umsetzung von freiwilligen Gemeindefusionen zum Aufbau effizienterer Gemeinden
 - b. Ausarbeitung – in Zusammenarbeit mit den Gemeinden – von Regionalplänen sowie parallele Reflexion über eine eventuelle Reform der Gemeindefinanzen
- 127. Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit**
 - a. In städtischen Räumen durch Verabschiedung des Rahmengesetzes zur Communauté urbaine mit konkretem Aufbau einer ersten Communauté in der Nordstad
 - b. Optimale Aufteilung der Kompetenzen zwischen Gemeinden und Staat, die Effizienz und Kohärenz in der Umsetzung von Regelungen wie in der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung gewährleistet und in diesem Rahmen ein Höchstmaß lokaler Autonomie, aber auch Rechenschaft ermöglicht und die interkommunale/regionale Kooperation fördert
 - c. Koordination der Behandlung und Entsorgung von Krankenhaus- und ähnlichen Abfällen, zusammen mit Trägern und Fachbetrieben in Luxemburg und der Großregion
 - d. Nutzung von Größenvorteilen in der Abfallwirtschaft durch abgestimmte Sammel-, Sortier- und Verwertungsmethoden fördern (siehe Punkt 5.b., Seite 50)
 - e. Zusammenarbeit von Regierung und Gemeinden bei der Erstellung gemeinsamer, kommunale Grenzen überschreitender Projekte und Programme zu Naturschutz und Wiederherstellung von Landschafts- und Naturräumen
- 128. Finanz- und Kompetenzreform**
 - a. Stärkung der interkommunalen Kooperation für das Bereitstellen öffentlicher Güter (Nicht-Exklusivität und/oder Nicht-Rivalität)
 - b. Finanzielle Unterstützung und Entscheidungskompetenzen für die nationale Ebene, wo wirtschaftliche Interessen im Spiel sind (siehe Wickrange, Livange, Cloche d'Or usw.)
- 129. Initiierung bzw. Redynamisierung von lokalen Agenda-21-Prozessen in den Gemeinden**
 - a. Entwicklung eines Aktionsplans „Förderung bürgerschaftliches Engagement – Engagement citoyen dans la société“
- 130. Ausrichtung der Stadtentwicklung am bestehenden und künftigen Angebot der öffentlichen Verkehrsmittel**
 - a. Regelung der Flächennutzung und des Parkraums in Einklang mit der Qualität der Anbindung an den ÖPNV
- 131. Standortgerechte Nutzung der Böden und Reduzierung der Bodenversiegelung**
- 132. Schaffung eines Instrumentariums zur Umsetzung einer zukunftsfähigen, kommunalen Energiepolitik (siehe auch „Partenariat pour l'Environnement et le Climat“)**
 - a. Bauplanung
 - b. Lastenhefte für klimaverträgliche Anschaffung
 - c. Verweis auf „Partenariat pour l'Environnement et le Climat“
- 133. Funktionelle Mischung der urbanen Grundfunktionen in Kombination mit einer sozialen Durchmischung durch ein ausreichendes Angebot von nachhaltig gestaltetem Wohnraum in verschiedenen Preisklassen und unterschiedlichen Wohnformen**

- a. Im Rahmen eines Erbpacht- oder Bodennutzungsrechtes kann die Gemeinde in den Genuss einer staatlichen Förderung von 50 % des Erwerbspreises einer Fläche kommen (Pacte Logement)
- b. Siehe Punkt 26c., Seite 59 zur Pflicht für Teilbebauungspläne (PAP) mit einer Bruttogrundfläche von mind. 1 ha, einen Anteil von 10 % der Nettogrundfläche oder 10 % der dort gebauten Wohnungen für erschwingliche Wohnungen zu reservieren (Pacte Logement)

134. Konzept der Großregion mit Leben füllen

- a. Veranstaltung von sektoriellen Sitzungen der Minister bzw. der politischen Verantwortlichen der Großregion auf regelmäßiger Basis
- b. Sektorielle bzw. gemeindeübergreifende sowie kommunale Planung in der Grenzregion grenzüberschreitend gestalten

135. Klimapakt mit den Gemeinden

- a. Maßnahmen siehe Ergebnisse des Partnersziels „Umwelt und Klima“

(QZ 9) Integration der nicht-luxemburgischen Mitbürger und der Grenzgänger

Das Zusammenleben zwischen Ausländern und Einheimischen positiv befördern, die Integration der nicht-luxemburgischen Mitbürger vorantreiben, den Kindern eine gemeinsame Identität vermitteln und die Entwicklung von Parallelgesellschaften verhindern

Bestehende Politik-Initiativen:

Eine Integrationsmaßnahme, die im Rahmen der Lissabon-2-Strategie eingeführt wurde, sind Partizipationsmöglichkeiten für ansässige Ausländer durch die Möglichkeit doppelter Staatsbürgerschaft, jedoch nur auf Basis der Gegenseitigkeit und nach Einhaltung strikter Kriterien.

Doppelte Staatsbürgerschaft

Veranstaltung „Journée des Frontaliers“

Aktives Wahlrecht für EU-Bürger und Angehörige von Drittstaaten auf kommunaler Ebene

Förderung von nationalen Integrationsprojekten in Kofinanzierung mit der EU

136. Förderung der Integration der Ausländer

- a. Einführung und Umsetzung einer proaktiven Integrationspolitik, in welcher sich der Ausländer dazu bereit erklärt, dauerhaft am Gesellschaftsleben des Großherzogtums Luxemburgs teilzunehmen, welches ihm gegenüber auf sozialer, ökonomischer, politischer und kultureller Ebene alle Maßnahmen ergreift, um die soziale Kohäsion zu fördern
- b. Erstellen eines mehrjährigen nationalen Aktionsplans zur Förderung der Integration und zur Bekämpfung von Diskriminierungen
- c. Einführung des Aufnahme- und Integrationsvertrags (contrat d'accueil et d'intégration), Angebot eines solchen Vertrags zwischen dem Staat und dem Ausländer an alle europäischen und nicht-europäischen ausländischen Mitbürger, die sich legal und für dauerhafte Zeit auf dem Gebiet des Großherzogtums aufhalten wollen
- d. Auswertung der getroffenen Integrationsmaßnahmen in den Bereichen Bildung (Sprach-, Bürgerrechts- und Orientierungskurse) und Weiterbildung bezüglich ihrer Wirksamkeit
- e. Beobachtung von Migrationsbewegungen
- f. Information und Sensibilisierung auf dem Gebiet der Bekämpfung von Diskriminierungen
- g. Förderung von Schulungen im Bereich des interkulturellen Dialogs und der Diversität
- h. Aufbau des virtuellen Schalters (« guichet unique ») für Bürger in deutscher Sprache

137. Interesse der Ausländer für die politischen Prozesse des Landes wecken und sie motivieren, ihre De-facto-Marginalisierung in diesem Bereich zu überwinden

- a. Erstellen eines mehrjährigen nationalen Aktionsplans zur Förderung der Integration und zur Bekämpfung von Diskriminierungen

- b. Weiterführung und Entwicklung der nationalen Integrationskonferenz
- c. Förderung einer proaktiven Integrationskonferenz auf lokaler Ebene
- d. Verbesserung der Teilhabe der nicht-luxemburgischen Mitbürger an den gesellschaftlichen und politischen Prozessen

138. Grenzgänger müssen als dauerhafter Bestandteil des Luxemburger Modells anerkannt und in soziale Prozesse und Strukturen integriert werden, ohne die Anreize aufzuheben nach Luxemburg umzuziehen.

139. Anerkennung der Grenzgänger verbessern und fördern

Äußere Dimension: INTERNATIONALE VERANTWORTUNG

Anstöße zur Schaffung demokratischer Einrichtungen weltweit auf der Grundlage von Frieden, Sicherheit und Freiheit und Verteidigung der Stabilität dieser Einrichtungen. Aktive Förderung der nachhaltigen Entwicklung in der ganzen Welt und Gewährleistung, dass die innen- und außenpolitischen Maßnahmen mit der globalen nachhaltigen Entwicklung und mit den eingegangenen internationalen Verpflichtungen im Einklang stehen.⁴⁰

Beiträge zur Beseitigung der Armut weltweit (QZ 13)

Die Entwicklungshilfemittel in den kommenden Jahren aufstocken und die Effizienz, die Qualität sowie die Kohärenz der eingesetzten Mittel im europäischen und weiteren internationalen Umfeld fördern. Von den jetzt Lebenden ist auch ein „Opfer“ zu erbringen, um denen, die gegenwärtig außerhalb Luxemburgs unter oder an der Armutsgrenze leben, eine faire und solidarische Entwicklungschance zu bieten.

Bestehende Politik-Initiativen

Die luxemburgische Entwicklungszusammenarbeit hat im Jahre 2000 das UN-Ziel erreicht, welches vorsieht, dass die industrialisierten Länder Entwicklungshilfemittel in Höhe von 0,7 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) zur Verfügung stellen. Diese finanzielle Verpflichtung wurde Jahr für Jahr aufgestockt, um im Jahre 2008 voraussichtlich 0,9 % des Bruttonationaleinkommens zu erreichen.

Die luxemburgische Entwicklungszusammenarbeit arbeitet vorrangig in zehn Zielländern und hat mit den Regierungen dieser Länder mehrjährige Programme unterzeichnet, die auf den nationalen Armutsbekämpfungsstrategien dieser Länder gründen und in einem partnerschaftlichen Vorgehen zwischen den Regierungen Luxemburgs und des jeweiligen Partnerlandes ausgearbeitet wurden. Eine Abstimmung mit den andern Geberländern erfolgte ebenfalls in diesem Rahmen, um zu vermeiden, dass verschiedene Aspekte der nationalen Armutsbekämpfungsstrategien überfinanziert werden und für andere Prioritäten keine Geldmittel zur Verfügung stehen.

Zusätzlich zur bilateralen Entwicklungszusammenarbeit unterstützt Luxemburg Programme multilateraler Partner, die die bilaterale Zusammenarbeit ergänzen, sowie Programme und Projekte luxemburgischer Nichtregierungsorganisationen.

Die Programme und Projekte der luxemburgischen Entwicklungszusammenarbeit konzentrieren sich auf die sozialen Sektoren (Bildung, Gesundheit, integrierte ländliche Entwicklung mit den Schwerpunkten Wasser und Abwasserreinigung) und tragen in ihrer Umsetzung den horizontalen Prioritäten der Gleichstellung von Mann und Frau, der „Good governance“ sowie der Umwelt Rechnung. Das Ziel dieser Projekte ist vorrangig die Armutsbekämpfung sowie die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsperspektiven vor Ort, um der Bevölkerung in den Partnerländern eine Zukunft in ihrem Land zu ermöglichen.

140. Fortschritte bei der Erfüllung der Verpflichtungen im Hinblick auf international vereinbarte Ziele und Vorgaben, insbesondere jene, die in der Millenniumserklärung enthalten sind, und jene, die sich aus dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung von 2002 (Johannesburg), dem Konsens von Monterrey zur Entwicklungsfinanzierung, der Entwicklungsagenda von Doha, der Pariser Erklärung zur Wirksamkeit der Entwicklungshilfe sowie der Accra Agenda for Action ergeben

- a. Ausarbeitung eines nationalen Aktionsplans zur Umsetzung der Pariser Erklärung zur Wirksamkeit der Entwicklungshilfe sowie der Accra Agenda for Action
- b. Monitoring der Ziele und Vorgaben im Comité interministériel de la coopération, sowie zum Anlass der jährlichen Commissions de partenariat mit den Partnerländern der Luxemburger Entwicklungshilfe

141. Aufstockung der Entwicklungshilfe bis auf 1 % des Bruttonationaleinkommens in den kommenden Jahren

- a. Progressive, jährliche Haushaltsvorschläge zum Niveau der öffentlichen Entwicklungshilfe bis zum Ziel 1 % des Bruttonationaleinkommens

⁴⁰ Leitprinzipien der nachhaltigen Entwicklung. Europäischer Rat 16./17. Juni 2005 – Schlussfolgerungen des Vorsitzes. Rat der Europäischen Union 102551/05

142. Unterstützung des „fairen Handels“

- a. Verankerung von „Fair-Trade“-Produkten in den Lastenheften zur nachhaltigen Beschaffung der öffentlichen Hand

Förderung einer globalen nachhaltigen Entwicklung (QZ 14)

Durch seine innen- und außenpolitischen Maßnahmen, seine Entwicklungskooperation, durch seine Handelsbeziehungen und durch die Förderung privater Engagements (Bürger/innen und Wirtschaft) wird Luxemburg seinen Beitrag zu einer globalen nachhaltigen Entwicklung leisten, im Einklang mit den eingegangenen internationalen Verpflichtungen.

.....
Bestehende Politik-Initiativen

Rio Declaration

Johannesburg Plan of Action
.....

143. Beitrag zur Verbesserung der globalen Umweltpolitik, insbesondere im Kontext der Maßnahmen im Anschluss an die Ergebnisse des Weltgipfels von 2002

- a. Unterstützung der Aufwertung des UN-Umweltprogramms im Sinne einer UN-Organisation (UNEO)

144. Maßnahmen zur Stärkung der multilateralen Umweltübereinkommen / globale Umweltgovernance

- a. Unterstützung der Aufwertung des UN-Umweltprogramms im Sinne einer UN-Organisation (UNEO)

145. „Good governance“ und Prioritisierung öffentlicher Investitionsprogramme im Sinn einer nachhaltigen Entwicklung

- a. Stärkung des politischen Dialogs mit Entscheidungsträgern aus den Partnerländern der Entwicklungszusammenarbeit, um diese Themen zu erläutern

146. Verbreitung der Anwendung der Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung in den Betrieben

- a. Konsequente Förderung von Corporate Social Responsibility
- b. Unterstützung der UN-Initiativen „Principles for Responsible Investment“ und „Growing Inclusive Markets“

147. Leistung eines Beitrags zur erheblichen Senkung der weltweiten Verlustrate bei der biologischen Vielfalt

- a. Rückgriff auf zertifiziertes Holz (FSC, PEFC) in der öffentlichen Beschaffung (siehe nachhaltiger Konsum/Staatskonsum)
- b. Einführung strikter Nachhaltigkeitskriterien bezüglich der Mindestbeimischung von Biokraftstoffen zu Benzin und Dieselmotorkraftstoff, um zu verhindern, dass der Anbau von Biokraftstoffen zur Vernichtung von natürlichen Lebensräumen und Verringerung der Biodiversität durch Erschließung neuer Anbauflächen beiträgt
- c. Integration von Erhalt und Nutzung der Biodiversität in die nationale Entwicklungspolitik als Schlüsselemente für nachhaltige Entwicklung. Dies gilt nicht nur für den Umweltsektor, sondern auch für andere Bereiche wie z. B. Forst- und Landwirtschaft, Gesundheit oder Tourismus.
- d. Beiträge zum Schutz der tropischen Wälder
- e. Erweiterte Kooperation im Rahmen der internationalen Wasserkommissionen (z. B. gegenseitige Evaluation von Managementplänen und Aktionsprogrammen)

148. Klimaschutz und Anpassung

- a. Unterstützung der Partnerländer bei der Begrenzung bzw. Reduzierung ihrer Treibhausgasemissionen
- b. Förderung der Anpassung an den Klimawandel im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit

TEIL 3: MONITORING: VERTRAUEN IST GUT, KONTROLLE IST BESSER

Jeder nationale Nachhaltigkeitsplan braucht, um glaubwürdig und politisch wirksam zu sein, ein Monitoring-System, das seine Erfolge misst, mangelnde Erfolge frühzeitig erkennen hilft und es so erlaubt, Maßnahmen zu modifizieren; um den Zielen soweit als möglich genüge zu tun.

Ein solches Monitoring findet auf verschiedenen Ebenen statt und bedient sich unterschiedlicher Indikatoren:

- Auf der Ebene der Maßnahmen wird festgestellt, ob die im Plan vorgesehenen Maßnahmen ergriffen worden sind. Dies kann am besten anhand von binären oder Nominalindikatoren (ja/nein) erfolgen.
- Bezüglich der Handlungsziele ist das Monitoring ebenfalls vergleichsweise einfach, soweit diese mit quantifizierten Zielen und Zeitplänen versehen sind. Hier erfolgt das Monitoring mit Kardinalindikatoren, die quantitativ festhalten, wie groß der Fortschritt in Richtung der im PNDD enthaltenen Ziele ist. Dies gibt die Möglichkeit, Nachbesserungen durchzuführen, also je nach Ergebnis des Monitorings bestehende Maßnahmen zu lockern oder zu verschärfen.
- Die Qualitätsziele waren Mittel, um die Qualität des Lebens in Luxemburg langfristig auf einem hohen Stand zu sichern und wo möglich und notwendig zu verbessern. Da überwiegend qualitativ formuliert, sind zur Nachverfolgung ihrer Entwicklung vor allem Ordinalindikatoren (gut, ..., schlecht) geeignet.

Dieses dreistufige Monitoring beantwortet somit die entscheidenden drei Fragen:

- Sind die geplanten Maßnahmen ergriffen worden?
- Waren sie wirksam?
- Waren es die richtigen Maßnahmen?

Bei der Auswahl der Indikatoren ist darauf zu achten, dass sie einerseits aussagefähig sind, aber andererseits ohne übergroßen Aufwand berechnet werden können; internationale Vergleichbarkeit ist nicht notwendig; aber hilfreich.

Die Struktur des PNDD erlaubt es, diesen Anforderungen sehr gut gerecht zu werden:

- Die Nominalindikatoren beziehen sich direkt auf die explizit im Plan genannten Maßnahmen;
- die Kardinalindikatoren sind überwiegend ebenso direkt aus den Zielen des PNDD abgeleitet und werden von der Verwaltung bereits erhoben;
- die Ordinalindikatoren können, da sich die Strukturierung des Plans an die EU-Ebene anlehnt, zu erheblichen Teilen auf Basis der Nachhaltigkeits- und Strukturindikatoren der EU erstellt werden, für die Statec im Rahmen der allgemeinen Berichtspflichten Luxemburgs die Daten zusammenstellt. Der Zusatzaufwand für das Monitoring wird sich deshalb in Grenzen halten.

Schlussendlich sollte auch beachtet werden, dass durch dieses Monitoring für den nationalen Nachhaltigkeitsplan keine Redundanz mit dem Indikatorensystem des im Rahmen der Lissabon-Strategie ausgearbeiteten Wettbewerbsfähigkeits-Dashboard⁴¹ des Observatoire de la Compétitivité entsteht. Die Nachhaltigkeitsindikatoren können das Bestehende, wenn nötig, sinnvoll er-

⁴¹ Siehe das Wettbewerbsfähigkeits-Dashboard des Observatoire de la Compétitivité

Fontagné L., La compétitivité du Luxembourg – une paille dans l’acier, Luxembourg, novembre 2004

Ministère de l’Economie et du Commerce extérieur, Bilan Compétitivité, Luxembourg, 2006-2008

<http://www.odc.public.lu/publications/perspectives/index.html>

gänzen und sollen auch mit dem assessment-grid kompatibel sein. Letzteres ist Bestandteil des nationalen Reformprogramms⁴², das von den EU-Mitgliedstaaten jährlich der Europäischen Kommission zugeschickt wird im Hinblick auf den Frühjahrsgipfel des Europäischen Rates. Inhaltsverzeichnis Ein nachhaltiges Luxemburg

für mehr Lebensqualität TEIL 1: WELCHE TENDENZEN STEHEN EINEM NACHHALTIGEN LUXEMBURG ENTGEGEN? Für die Identifikation der nicht-nachhaltigen Tendenzen in Luxemburg wurde als Ausgangspunkt eine ähnliche Analyse der EU genutzt, die Teil der Vorarbeiten zur Überprüfung der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung war. Diese wurde durch die CIDD (Commission interdépartementale de développement durable) auf ihre Aussagekraft für Luxemburg überprüft und anhand der Arbeiten, Diskussionen und Schlussfolgerungen der CIDD teils gekürzt, teils ergänzt, um aktuelle Entwicklungen zu berücksichtigen und spezifisch für Luxemburg nicht-nachhaltige Entwicklungen zu identifizieren.

⁴² Plan national pour l'innovation et le plein emploi, Luxemburg, 2008, Seite 62

Siehe http://ec.europa.eu/growthandjobs/index_en.htm; <http://www.odc.public.lu/publications/pnr/index.html>

STICHWORTVERZEICHNIS

A

AAA-Rating		Allocation de logement	42
Staatsschuld	22	Ältere	17, 19, 46
Abfall	11	altersgemischte Teams	20
Altlasten	35	Altersvorsorge	47
Altlasten- und Verdachtsflächen	10	Alzette-Belval	40
Bauschutt	12	Amphibien	8
elektrische Abfälle	12	Anlageberater	47
elektronische Abfälle	12	Anpassungsprogramme	53
Entsorgungsautarkie	34	Anti-Kumulierung	
Entsorgungskosten	35	Gehalt, Pension	50
gefährlicher Abfall	11	Arbeitnehmer/innen	
Hausmüll	11, 12	ältere Arbeitnehmer	19
Holzabfall	35	Ansiedlung	54
Kostendeckungsprinzip	35	Beschäftigungsfähigkeit	49
Krankenhausabfälle	62	Defizitmodell	50
nicht gefährlicher Abfall	11	Lebensarbeitszeit	50
Recyclingzentrum	35	(Neu)Eingliederung	49
Sammelsysteme	34	Arbeitsamt	17
toxische Abfälle	52	Arbeitsbeschaffung	
Verpackungsabfall	12	KMU	21
Abfallbehandlung	34	Arbeitskräfte	17
Abfallbeseitigung	11	ältere Arbeitskräfte	20
Abfallfraktionen	34	Arbeitslose	17
Abfallhierarchie	34	Arbeitslosenversicherung	22
Abfallproduktion	11	Arbeitslosigkeit	17, 21, 28, 49
Abfallvermeidung	11, 34	Jugendarbeitslosigkeit	50
Abfallverwertung	11, 34	Arbeitsmarkt	17, 19, 24, 26
Abfallwirtschaft	11, 35, 62	Ältere	50
Abfallwirtschaftsplan	12, 52	Nachfrage	25
Abfallwirtschaftspläne	35	Risikogruppen	49
Abwasser	9	Wiedereingliederung	17
Abwasserentsorgung	45	(Wieder)Einstieg	41, 49
Abwasserreinigung	9, 28	Arbeitsmaschinen	44
Accra Agenda for Action	65	Arbeitsplatz	
ADEM	49, 51	Lärmbelastung	19
<i>Siehe</i> Arbeitsverwaltung		Lärmexposition	44
Administration des Bâtiments Publics	34	Unfallhäufigkeit	18
Agence Immobilière Sociale	41, 42	Arbeitsplatzangebot	49
Agrarumweltprogramme	33	Arbeitsplatzchancen	17
Aktionsplan für die Gleichstellung von Frauen und Männern	59	Arbeitsplätze	13, 15, 17, 20, 28, 29
Aktionsplan für die Jugend	42	Arbeitsplatzsicherung	49
Aktionsplan für erneuerbare Energien	55	Arbeitspotential	26
Aktionsplan für nachhaltigen Konsum	47	Arbeitsschutz	44
Aktionsplans „Förderung bürgerschaftliches Engagement	62	Arbeitstechnologien	44
Aktionsplans „Umwelt und Gesundheit“	45	Arbeitsteilung	22, 27
aktives Wahlrecht	63	Arbeitsuchende	16, 17, 49
Aktivitätszonen	13	Arbeitsverwaltung	49
Alkoholkonsum	18, 19, 43	Arbeitswelt	26
Alkoholsteuer	43	Armut	23
Alleinerziehende	16	Ausrottung	23
		Beseitigung	65
		Armutsbekämpfung	23, 65
		Armutsgefährdung	16, 42

Irrtumsmargen	16	Bevölkerung	17
Schwellenwert	16	alternde Bevölkerung	20, 22, 23
Armutsgefährdungsquote	16	Überalterung	16
Definition	16	Zuwanderung	16
Artenvielfalt. <i>Siehe</i> biologische Vielfalt		Bevölkerungsentwicklung	15
Arzneimittel	53	Bevölkerungszuwachs	46
Antibiotika	44	Bewegung	18, 45
Psychopharmaka	44	Beyond GDP	30
assessment-grid	68	Bildung	24, 56
Association d'Assurances contre les Accidents	19	Abitur	25, 57
Association of British Insurers	14	Abschlussquote	24, 57
Atemluft	19	autonome Lernstrategien	57
Auftragswesen	47	Beihilfen	58
Ausländer	17, 63	Berufsabschlüsse	49
Aufnahme- und Integrationsvertrag	63	Berufsausbildung	57
Integrationsprojekte	63	Bürgerrechtskurse	63
Marginalisierung	63	Curricula	59
Außenluft	19	Erwachsenenbildung	25, 56, 57
Außenraumluft	45	fächerübergreifendes Lernen	57, 58
		Fernunterricht	57
		frühkindliche Bildung	57
		frühkindliche Entwicklung	57
		handlungsbezogene Kompetenzen	25, 56
		Hochschulstudenten	58
		Kinderuni	57
		kompetenzorientierte Bewertung	57
		kompetenzorientierter Unterricht	56, 57
		kompetenzorientiertes Bildungskonzept	57
		Kompetenzsockel	57
		lebenslanges Lernen	25, 50, 56
		Orientierung	57
		Orientierungskurse	63
		Parcours d'orientation	50
		politische Bildung	56, 59
		Qualifikationsniveau	56, 57
		qualifizierende Schulpolitik	57
		Schlüsselkompetenzen	56
		Schulabbrecher	56, 57
		Schulabbrecherquote	24
		Schulabschluss	24, 25
		Schulaustausch	24
		Schule der 2. Chance	51, 57
		Schulentwicklung	59
		Schulerfolg	25
		schulische Angebote	56
		schulische Resultate	24
		schulischer Misserfolg	25, 56, 57
		Schul-Monitoring	59
		Schulstrukturen	56
		Schulsystem	25
		Schulwesen	25
		Spezialisierungsgang	57
		Sprachenunterricht	56
		Sprachkurse	63
		Studienabbrecher	17
		Studienprogramme	56
		Technikerausbildung	25, 57
		technischer Sekundarunterricht	50
		technisches Abitur	25, 57
		Tutorat	57
B			
Bankenkrisen	53		
Bankenkrisenfonds	53		
Bankensystem	20, 21		
Barrierefreiheit	46		
Basler/ERSA	8		
Bauberatung	39		
baubiologische Prinzipien	43		
Baudichte	40		
Bauland	40		
Baulandausweisung	13		
Baulandreserven	40		
Bauperimeter	40		
Bauweise	13		
bebaute Flächen	10		
Bebauungskonzepte	46		
Bebauungspläne	46		
Behinderte	46, 47		
Berichterstattung	27		
Berufsausbildung	25		
Berufsbusfahrer	45		
Berufskraftwagenfahrer	45		
Berufsleben	50		
Eintrittsalter	20		
Berufsqualifikation	25		
Beschaffungswesen	47, 55, 66		
Best practice	47		
Positivliste	47		
Beschäftigung	28		
ältere Arbeitnehmer	20, 50		
Migranten	50		
Beschäftigungsfähigkeit	25, 56		
Beschäftigungspolitik	19		
Beschäftigungsquote	20		
Beschäftigungsrate	19		

Universität	57	Branchengröße	22
vernetztes Lernen	58	Breitbandtechnologie	52
Weiterbildung	57	Brundtland-Kommission	4
zweiter Bildungsweg	56	Bruttoinlandsprodukt	30
Bildung für nachhaltige Entwicklung	25, 56	Bruttonationaleinkommen	65
Aus- und Weiterbildung	59	Bruttosozialprodukt	23
capacity building	59	Bundesumweltministerium	29
Capacity building	27	Burden-Sharing-Vereinbarung	14
fächerübergreifendes Lernen, Denken und Handeln	25		
gute Praxis	59	C	
Kernkompetenzen	58	CAE	50
Kernthemen	58	CDA	46
Kompetenzzentrum	59	CEDAW	61
Multiplikatoren-Lehrgänge	59	Cellule de compétence	33
nationale Strategie	58	Chancengerechtigkeit	25, 56
vernetztes Lernen, Denken und Handeln	25	Chancengleichheit	26
Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“	25	Chemikalien	44
Ziel	58	bio-akkumulierende Chemikalien	45
Bildungschancen	25	endokrin wirksame Chemikalien	45
Bildungsniveau	24, 25, 56, 57	chemische Risiken	19, 44
Bildungspolitik	24, 57	chemische Schadstoffe	19
Ziel	56	chemische Umwelteinflüsse	45
bildungsschwache Familien	24	Chèques-service accueil	41
Bildungssystem	24	CIDD	27
Bildungsthemen		<i>Siehe</i> Commission interdépartementale de développement durable	
Entwicklungszusammenarbeit	58	CIE	50
Friedenspädagogik	58	CIE-EP	50
Gesundheitserziehung	58	CO ₂ -Abgabe	37
Konsumerziehung	58	CO ₂ -Äquivalent	14
Multikulturalität	58	Commission interdépartementale de développement durable	6
Umweltbildung	58	contrat d'appui-emploi	50
Biodiversität	33	contrat d'initiation à l'emploi	50
Biodiversitätskrise	29	contrat d'initiation à l'emploi – expérience pratique	50
Biodiversitäts-Reservate	34	Corporate Social Responsibility	66
Biokraftstoffe	55, 66	CPOS	51
Bio-Landwirtschaft	29	CSR-Kriterien	46
biologische Durchgängigkeit	33	CSR-Praktiken	46
biologische Korridore	33		
biologische Umwelteinflüsse	45	D	
biologische Vielfalt	8, 33, 66	Datengrundlage	47
BIP	22, 30, 49	Defizit	
BIP pro Kopf	28	konsolidiertes Defizit	22
BIZ	51	Dematerialisierung	
Blockadepotenziale	27	Produktion, Konsum	12
BNE	65	Demografieproblem	26
Boden		demografischer Wandel	46
Flächenversiegelungsabgabe	35	Dialogbereitschaft	25
Ressource	10	Dienstleistungen	
Sanierung	35	Design for All	46
standortgerechte Nutzung	10	öffentliche Dienstleistungen	41
Versiegelung	9, 13	private Dienstleistungen	41
Bodenkontamination	10	Zugänglichkeit	46
Bodenschutzgesetz	35	Diskriminierung	63
Bodenschutzrichtlinie (EU)	35		
Bodenübernutzung	13		
Bodenverbrauch	35		
Bodenversiegelung	10		

Diversität	63
Doppelarbeit	27
doppelte Staatsbürgerschaft	63
Durchschnittstemperatur	14

E

Eco-design-Richtlinie (EU)	52
Eco-Dev	52
Eigenarbeit	49
Einheimische	63
Einkommensunterschiede	23
Einpersonenhaushalt	16
Einwanderung	13
Elektroauto	37
elektromagnetische Felder	19
elektromagnetische Wechselfelder	44
Elektromobilität	37
Elternurlaub	26
Emissionen	
Abgasemissionen	16, 45
atmosphärische Schadstoffemissionen	37
CO ₂	15, 28, 36, 45
CO ₂ -Fixierung	38
Feinstaub	36, 55
Feinstaubpartikel	10
flüchtige organische Verbindungen	36
Luftschadstoffe	38
NH ₃	36
NOx	35
Ozon	36
Ozonvorläufersubstanzen	55
Senken	38
SO ₂	36
Staub	19
Stickstoffdioxide	10
Treibhausgase	14, 36, 37, 55, 66
Emissionsminderung	37
Emissionsquellen	
Schadstoffe	11
Endverbraucher	29
Energie	
erneuerbare Energien	15, 29, 34, 37, 47
Fördermaßnahmen	38
fossile Energie	15, 34
Steuern	34
Substitution	38
Energie-Autarkie	38
Energieberatung	37
Energieeffizienz	14, 29, 37, 47
Energieeffizienz-Aktionsplan	36, 37
Energienachfrage	14
Energiespar-Contracting	37
Energiespardirektive	44
Energieverbrauch	14, 37
Energieziele	29
Energy-label-Richtlinie (EU)	52

Entkoppelung	
Wirtschaftsentwicklung – Bevölkerungsentwicklung	15
Wirtschaftsentwicklung – Verkehrsnachfrage	15
Wirtschaftswachstum – Verkehrsnachfrage	16, 54
Wirtschaftswachstum – Umweltbeeinträchtigungen	14, 51
Entropie-Koeffizient	21
Entscheidungsprozesse	25
Entwicklungsagenda von Doha	65
Entwicklungschance	65
Entwicklungsfinanzierung	65
Entwicklungshilfe	22
Entwicklungshilfemittel	23, 65
Entwicklungskooperation	66
Entwicklungsländer	23
Entwicklungsszenarien	28
Entwicklungszusammenarbeit	25, 65, 66
Comité interministériel de la coopération	65
Commission de partenariat	65
Geberländer	65
Partnerländer	65
Zielländer	65
Erderwärmung	14, 37
Erdölabhängigkeit	
Transportsektor	14
Erdöllager	55
Ernährung	18, 19, 43, 45, 48
Erwerbsarbeit	49
Lebenszykluskonzept	59
Erwerbsleben	57
Ausscheiden	50
Chancengleichheit	60
Lohngleichheit	60
Erwerbsquote	19, 50
Stagnierung	19
Erziehungsarbeit	26
EU2020	50
EU-Rat	29
Europa 2020	28
europäische Politik	27
europäischer Binnenmarkt	21
Europäischer Rat	68
Laeken	16
Luxemburg	4
Europäisches Semester	53
Eurostat	24
Eurozone	20, 53
Existenzsicherung	40

F

Fachwissen	25
fairer Handel	66
Faktor-4-Konzept	34
Familienleben	26, 50
Familienverantwortung	26
Feuchtgebiete	8

Gemeinden		psychische Gesundheit	19, 45
Agenda-21-Prozesse	62	soziale Gesundheit	19
Bauplanung	62	gesundheitliche Betreuung	45
Bodennutzungsrecht	63	gesundheitsdienliche Umwelt	43
Communauté urbaine	62	Gesundheitserziehung	25
Energiepolitik	62	Gesundheitsförderung	43
Erbpachtrecht	63	Gesundheitsgefährdung	19, 43
Finanzreform	62	Gesundheitspflege	
grenznahe Kommunen	40	primäre Pflege	45
Integrationskonferenz	64	Versorgungsangebote	45
interkommunale Kooperation	28, 62	Gesundheitspolitik	19
interkommunale Zusammenarbeit	62	Ziele	42
IVL-Gemeinden	46	Gesundheitsreform	45
Klimapakt	63	Gesundheitsschutz	44
Kompetenzen	62	Gesundheitsstrategie	42
Kompetenzreform	62	Gesundheitstechnologie	52
Lastenhefte	62	Gesundheitsversorgung	45
lokale Autonomie	28, 62	getrenntes System	9
nachhaltige Entwicklung	62	Gewässer	35
Neugliederung	62	Gewässerentwicklungsfähigkeit	35
Nordstad	62	Gewässerpartnerschaft	61
regionale Kooperation	28, 62	Gewässerschutz	9
wirtschaftliche Entwicklung	62	Gewässerstruktur	35
Wohnvorranggemeinden	40	gleichberechtigte Partnerschaft	26
zentrale Orte	46	Gleichstellung von Frauen und Männern	59
Gemeinschaftsarbeit	49	Ziel	59
gemischte Netze	9	globale Sicherheit	23
Gender budgeting	27	Globalisierung	23
Gender-Kompetenzzellen	59, 60	Governance	27
Gender mainstreaming	27, 59, 60	Governance-Struktur	27
öffentlicher Dienst	59	Green Growth	28
Verkehrsmittel	55	Green New Deal	28
Generationengerechtigkeit	20	Green public procurement	47
geriatrische Rehabilitation	45	Grenzgänger	13, 15, 17, 18, 28, 63, 64
gesamtgesellschaftliche Ziele	56	grenznahe Regionen	27
Geschichtsbewusstsein	24	Grenzüberschreitende Polyzentrische Metropolregion	40
Geschlecht		Grönland	14
Gleichwertigkeit	59	Großregion	24, 40, 63
geschlechtergerechte Gesellschaft	27	grenzüberschreitende Planung	63
Geschlechtergerechtigkeit	20, 59	Growing Inclusive Markets	66
Geschlechterrollen	26	Grundwasser	
Geschlechterrollen-Klischees	27, 59	Schadstoffkonzentration	9
Gesellschaft		Grundwasserkontamination	10
Alterung	19	Grundwasserleiter	9
Gesundheitszustand	18	grüner Strom	47
Zusammenhalt	16	guichet unique	63
gesellschaftlicher Diskurs	30		
gesellschaftliche Solidarität	52	H	
gesellschaftliche Teilhabe	25	Habitat	35
Gesellschaftspolitik	26	Hafen Mertert	55
Gesundheit	19	Handlungsziele	5, 31, 67
Chancengleichheit	42	Haushalt	
Definition	42	ausgewogener Haushalt	53
Gefährdung	18		
Multifaktorialität	19		
ökologische Gesundheit	19		
physische Gesundheit	19		

Defizit	22	interministerielles Komitee	25, 58
konsolidierter Haushalt	22	International Energy Agency	14
Überschuss	22	internationale Solidarität	23
Haushalts-Äquivalenzeinkommen	16	internationale Stabilität	23
Haushaltsarbeit	26	internationale Verantwortung	4, 65
Haushaltslage	20	internationale Zusammenarbeit	24
Haushaltspolitik	21, 52, 53	intertemporale Verantwortung	4
antizyklische Haushaltspolitik	20	Investitionsprogramme	66
Haushaltsrahmen	53	Investmentfonds	51
Health and Environment Plan	45	alternative Investmentfonds	53
Health in all Policies	42, 43	Hedgefonds	53
Hilfeleistungen	45	inklusive Finanzsektoren	51
Hochschulpolitik	57	islamische Finanz	51
Hochschulstudium	25	Mikrofinanz	51
Hochspannungsleitungen	44	IPCC	36
hydraulische Belastung		<i>Siehe</i> Intergovernmental Panel on Climate Change	
Kanalsystem	9	IPCC-Bericht	14
<hr/>		Irreversibilität	
Identität	18	Strukturen	14
Identitätsbewusstsein	24	IT	52
IEA. <i>Siehe</i> International Energy Agency		IUCN	34
illegale Migration	23	IVL	60
INAP	61	<i>Siehe</i> Integratives Verkehrs- und Landesentwicklungskonzept	
Industriepolitik	40	<hr/>	
Inflationsbekämpfung	53	Jagdgesetz	33
Info'Logement	39	Johannesburg Plan of Action	66
Informationsgesellschaft	41	Journée des Frontaliers	63
Infrastrukturen	22, 28, 51	Jugendbeschäftigung	17
Innenraumluft	45	Jugendhäuser	51
Innovationen	29	Jugendliche	17
Innovationsausgaben	22	Alkoholkonsum	18
Innovationsrate	22	Begleitung	51
innovative Technologien	29	Beratung	51
Innovatoren	22	berufliche Integration	51
Institutionen	61	Berufsorientierung	50, 57
Conseil supérieur pour le développement durable	62	Berufs- und Orientierungszentrum	51
Parlament	27, 62	Berufswahlspektrum	57
Rat	62	Boys' Day	60
Rat der EU	31	Girls' Day	60
Regierungsrat	27	Job Coaching	51
Integrated assessment	28	schulische Berufsorientierung	50
Integrated Sustainability Assessment	37, 61	schulische Laufbahn	57
Integration	18	Service volontaire d'orientation	51
Integrationsabläufe	18	soziale Integration	51
Integrationskonferenz	64	S.V.O.	51
Integrationspolitik	63	Unterstützung	51
Integrationsprobleme	28	Jugendpolitik	58
integrative Politikgestaltung	29	<hr/>	
integratives Bildungskonzept	25	K	
Integratives Verkehrs- und Landesentwicklungskonzept	14, 39	Kanalsystem	9
interdisziplinäres Arbeiten	25	Kapitalbestände	53
Intergovernmental Panel on Climate Change	14	Kapitalmärkte	53
interkultureller Dialog	63	Kaufkraft	52
		Verbraucher	21

Kaufkraftstandards	28	Konsumverhalten	47
Kinder		Konzertierung	60
Betreuungsstrukturen	41	Koordination	28
CEHAPE	45	Grenzregionen	27
Gesundheitscheck	57	horizontale Koordination	27
Kompetenzentwicklung	57	interministerielle Koordination	27
Kinderbetreuung	59	Regierung – Zivilgesellschaft	27
Kinderbetreuungsplätze	50	Staat – Kommunen	27
kinderfreundliche Gesellschaft	26	vertikale Koordination	27
Kläranlagen	9, 35	Koordinationsprozess	27
Klärschlamm	9	körperliche Betätigung	19, 43
kleine und mittelständische Betriebe	21, 29, 49	Kosnum	
kleine und mittlere Unternehmen	22	Haushaltskonsum	12
Klimaänderung	14, 36	Krankenhausinfrastrukturen	53
Kosten	14	Krankheiten	44
Klimaanpassungsplan	35, 38	Adipositas	45
Klimafolgen	47	Atemwegsbeschwerden	19
Klimakonferenz von Kopenhagen	29	Berufskrankheiten	19
Klimakrise	29	Diabetes Typ 2	18
Kosten	29	Erkrankung der Atemwege	19
Klimapaket	29	Hautkrankheit	19
Klimaschutz	29, 36, 66	Herzinfarkt	18
Kosten	14	Herz- und Gefäßkrankheiten	18
Klimaschutz-Aktionsplan	36	Lungenerkrankungen	19
Klimaschutzfonds	37	Muskelentzündung	19
Klimaschutzmaßnahmen	14	Myokardinfarkt	18
Klimaschutzstrategie	38	Schwerhörigkeit	19
Klimaverträglichkeit	28	Sehnenscheidenentzündung	19
Klimaverträglichkeitsprüfung	37	Stress	18, 19
Klimawandel	14, 45	Übergewicht	18
Anpassung	66	zerebro-vaskuläre Blutung	18
Klimaziele	29	zerebro-vaskuläre Krankheiten	18
kohärente Governance	27	Zivilisationskrankheiten	18
kohärente Politik	29	Krankheitsfaktoren	18
Kohärenz	27	Krankheitsprävention	45
Kohäsion	18	Krisenbewältigung	28
kommunale Sonderabgabe	40	Krisenmanagement	21
Kommunikation	28	Kulturbewusstsein	24
Kompetenzdefizit	27	KWK	37
Kompetenzen	25	Kyoto-Protokoll	14
Gemeinden, Staat	28		
Konjunktur	29	L	
Konjunkturkrise	28	Laboratorien	53
Konjunkturplan (EU)	20	Labour Force Survey	24
Konkurrenzdefizit	53	Landesentwicklung	27
Konsens von Monterrey zur Entwicklungsfinanzierung	65	Landesentwicklungsplanung	15
Konsistenz		landesplanerische Entwicklung	15
Ziele, Maßnahmen	27	Landesplanung	39
Konsum		ländlicher Raum	14
fairer Handel	48	Landschaft	
Haushalte	47	ökologisch wertvolle Flächen	48
Haushaltskonsum	47	Strukturelemente	48
Staatskonsum	13, 47	Zerstückelung	13
Konsumerziehung	25	Landschaftspflegeprämie	33
Konsummuster	29	Landschaftsstruktur	8
		Landschaftsstrukturelemente	33

Landwirte	48	low carbon-Wirtschaft	51
Landwirtschaft	48	Luft	
Agro-Check	48	gefährliche Stoffe	10
Beratungsprojekte	48	Luftqualität	35
Bio-Landwirtschaft	48	Ressource	10
biologischer Landbau	48	Schadstoffe	10
Dauergrünland	13	Schadstoffemissionen	35
Düngung	48	Luftaustausch	19
Energieaufwand	48	Luftqualität	10
extensive Landwirtschaft	48	Luftqualitätsplan	36
Extensivierung	48	Luxembourg for Business	61
Förderprogramme	34	Luxembourg for Finance	61
Forschungsprojekte	48	Luxembourg for ICT	61
Futtermittelimporte	48	Luxembourg for Logistics	61
Gemeinsame Agrarpolitik	46	Luxembourg Vision	5
genetisch veränderte Kulturpflanzen	48	Luxemburger Modell	18, 28, 31, 52
Gentechnik	48	Luxemburger Modell 2.0	30
Gewässerschutz	9		
Grünland-Management	48	M	
GVO	48		
Inputbilanzen	48	Maastricht-Kriterien	22
integrierte Landbewirtschaftung	48	Mainstreaming-Methode	61
integrierte Pflanzenproduktion	48	makroökonomische Ungleichgewichte	53
Nährstoffbilanzen	48	Männer	26
Naturschutz	48	Berufstätigkeit	26
Pflanzenschutz	48	Bruttolohn	26
Pflanzenschutzinsatz	48	Familienbetreuung	60
Produktionsmittel	48	Haushaltsführung	27, 59, 60
standortangepasste Landwirtschaft	9	Lebensrealität	26
landwirtschaftliche Nutzfläche	13	Pflegeberufe	27, 59, 60
Landwirtschaftskammer	48	Versorgungsberufe	27, 59, 60
Langzeitarbeitslose	47	Vollzeit-Erwerbstätigkeit	26
Langzeitarbeitslosigkeit	17, 49	Maßeinheiten	30
Lärmschutz	16	Material	
Leader-Initiative	61	Ressource	11
Lebensarbeitszeit	20	stoffliche Verwertung	11
Lebensbedingungen	19	Materialeffizienz	11
Lebenschancen	26	MDG. <i>Siehe</i> UN-Millenniumsziele	
Lebenserwartung	50	Medikamentenrückstände	9
Lebensführung	27, 59	medizinische Kompetenzzentren	45
Lebensmittel	48	Meeresspiegel	14
Lebensqualität	4, 19, 25, 26, 31	Mehrheitsgesellschaft	18
Lebensräume	34, 66	menschenwürdiges Leben	16
Lebensstandard	15, 16, 26, 41	menschliche Entwicklung	4
Lebensstil	25	Metallverarbeitung	21
lebensunwürdige Zustände	23	Migration	
Lebensweise	18, 19, 43	Fauna, Flora	34
Leitprinzipien der nachhaltigen Entwicklung (EU)	29, 31, 33	Migrationsbewegungen	63
Liquiditätsprobleme	20	Millenniumserklärung (UNO)	65
Lissabon-2-Strategie	46, 49, 51, 53, 59	Minderheiten	18
Lissabon-2-Strategie	36	Mischarbeit	49, 57
Lissabon-Nachfolgestrategie	28	mitigation and adaptation	15
Lissabon-Strategie	24, 26, 27, 41, 49, 67	Mobbing	19
Lissabon-Ziel	27	Modellbildung	31
Logistik	52, 54	Modellierung	47
Lohnungleichheit	26	modernisiertes Ernährermodell	26

Monitoring	
Kardinalindikatoren	67
Nominalindikatoren	67
Ordinalindikatoren	67
Monitoring-System	67
moralischer Druck	19
Moselkommission	54
Multikulturalität	25
Muttersprache	24

N

nachhaltige Entwicklung	4
Definition (Brundtland-Kommission)	4
globale nachhaltige Entwicklung	66
Indikatoren	30
Raumstruktur	14
Sensibilisierungskampagne	58
Strategie	58
Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung	65
nachhaltige Ernährung	59
nachhaltige Geldanlagen	47
nachhaltige Gesellschaft	26
nachhaltige Landesentwicklung	39
nachhaltige Mobilität	55
nachhaltige Produkte	47
nachhaltiger Konsum	46, 57, 59
Haushalte	13
Konsumentenberatung	57
Konsumentenbildung	57
Lernziel	47
nachhaltiger Verhaltenskodex	46
nachhaltiger Wohnungsbau	59
nachhaltiges Bauen	39
nachhaltige Schule	58
nachhaltiges Design	46
nachhaltige Siedlungsweise	59
nachhaltiges Wohnungswesen	41
nachhaltige Wirtschaft	30
nachhaltige Wirtschaftsentwicklung	28
Nachhaltigkeit	
Konsum, Produktion	12
Whole of Government Approach	61
Nachhaltigkeitsbildung	25
Nachhaltigkeitserziehung	24
Nachhaltigkeitsindikatoren (EU)	67
Nachhaltigkeitskriterien	21, 54, 66
Nachhaltigkeitspolitik	29
Nachhaltigkeitsprinzip	61
Nachhaltigkeitsrat	27
Nachhaltigkeitsstrategie	27, 51, 61
Erfolgskontrolle	61
EU	31
Governance-Konzept	61
Luxemburg	31
Nachhaltigkeitsziele	46

Nährstoffe	9
Nanopartikel	45
NAP	59
nationale Buchhaltung	60
Nationaler Aktionsplan für die Gleichstellung von Frauen und Männern	59, 60
Nationaler Aktionsplan für erneuerbare Energien	34, 38
Nationaler Gesundheitsplan	42
Nationaler Plan für eine nachhaltige Entwicklung	4
Nationaler Strategiebericht über Sozialschutz und soziale Eingliederung	41
Nationale Strategie für Bildung für nachhaltige Entwicklung	25
Natura-2000-Gebiete	34
Natura-2000-Netzes	34
natürliche Ressourcen	4
Naturparke	61
Naturschutz	33
Naturschutzflächen	34
Naturschutzsyndikate	33
Nettoäquivalenzeinkommen	28
nicht bebaute Flächen	10
Nicht-Erwerbsarbeit	26, 57, 60
Nicht-Exklusivität	62
nicht-luxemburgische Mitbürger	63
nicht-nachhaltige Tendenzen	6
Nichtregierungsorganisationen	65
Nicht-Rivalität	62
nicht-technische Innovationen	22
Nischenpolitik	23
NROen	58

O

Observatoire de la Compétitivité	21, 28, 67
Obstwiesen	8
OECD	18, 28, 34
offene Koordinierungsmethode	41
öffentliche Finanzen	21, 22, 23, 52
öffentliche Gelder	20
öffentliche Gesundheit	18
öffentliche Investitionen	49
öffentlicher Dienst	17
öffentlicher Raum	
Zugänglichkeit	46
öffentliches Unterrichtswesen	24
öffentliche Verschuldung	20
öko-effiziente Dienstleistungen	29
Ökokonto	33
ökologische Besteuerung	34
ökologische Grenzen	4
ökologische Reparaturkosten	30
ökologischer Umbau	53
Ökosystemdienstleistungen	33, 34
Ökosysteme	

Tragfähigkeit	14
ökosystemische Leistungen	9
Ölpreiskrise	29

P

Pacte Logement	41, 43, 46, 63
Parallelgesellschaften	18, 63
Pariser Erklärung zur Wirksamkeit der Entwicklungshilfe	65
Partenariat für Klima und Umwelt	15
Partizipation	28
Passivrauchen	44
Patientenrechte	45
Patientensicherheit	45
PEFC	47, 66
Pendler	17
Pension	
Frührente	20
Invaliditätsrente	20
Pensionsansprüche	17
Pensionseintrittsalter	20
Pensionsfonds	17
Pensionssystem	17
privater Sektor	20
Persönlichkeitsentwicklung	25
Perspektivdiskussion	31
PES-Systeme	34
Pestizide	9
Pflegearbeit	26
Pflegeleistungen	45
Pflegeversicherung	22
Philanthropie	51
physikalische Umwelteinflüsse	45
physische Risiken	19, 44
PIB vert	34
Plan Alcool	43
Plan für ländliche Entwicklung	33
Plan für nachhaltige Entwicklung	29
Plan Tabac	44
Planungsprozesse	27
Politik	
Evidence based policy making	61
Good governance	60, 61, 65, 66
integrative Politikgestaltung	60
Kohärenz	60
Mainstreaming	61
Planungsprozesse	61
Regierungsprogramm	61
Politikdefizit	27
Politikentwicklung	27
Politikevaluation	27
Politikmaßnahmen	31
Politikprogramme	31
Politikumsetzung	29
POP-Stockholm-Konvention	44

Portugiesen	18
Prekarisierung	16, 40
Principles for Responsible Investment	66
Privatleben	50
Privatwirtschaft	
Arbeitskräfte	17
Prix de l'innovation	47
Produktdesign	46
Produkte	
energieeffiziente Haushaltsprodukte	48
Fair-Trade-Produkte	13, 66
„Fair-Trade“-Produkten	66
Food Miles	48
Haushaltsprodukte	37
Nachhaltigkeitskriterien	48
Ökodesign	29
Positivliste	47, 48
Regionalität	48
regional produzierte Produkte	48
Saisonalität	48
Versorgung	48
Produktgestaltung	47
Produktion	
regionale Produktion	48
umweltbewusste Produktion	46
Produktionsfaktoren	22, 51
Produktionsmethoden	47
Produktionssektor	21
Produktivität	
Produktionsfaktoren	21
Psychiatrie	45
psychosoziale Risiken	19, 44

Q

Qualifikationsniveau	56
Qualifikation	17
Qualifikationsniveau	24, 25
Qualifizierung	24
Qualitätsziele	5, 31, 67
Querschnittsansätze	27

R

Rahmenrichtlinie (EU)	10
Rating-Agenturen	54
Raumentwicklung	14, 39, 40
Monitoring-System	40
Raumnutzung	39
Raumordnung	39
Raumstruktur	39
REACH	44
Realpolitik	31
Realwirtschaft	20, 21
Recyclingmaterial	34
Recyclingzentrum	35

Referenzjahr 2002	15	frühzeitige Schulabgänger	25
Referenzperiode 2008-2012	14	Schülerbevölkerung	24
Referenzprognose	15	Schüler/innen	
Reformprogramm	68	Betreuung	57
Regenerationsfähigkeit		leistungsschwache Schüler	25
Natur	4	leistungsstarke Schüler	25
Regenüberlaufbecken	9	Schulrestaurant	43
Regenwasserbewirtschaftung	35	sektorielle Krisen	22
Regionalentwicklung	14	Sekundarstufe II	24
Regionalpläne	62	Selbstversorgungsgrad	13
Regionalplanung	22, 39	Selbstverwirklichung	4
Rente	20, 41	Sicherheitsbeauftragte	44
Rentenabsicherung	60	Sicherheitskultur	44
Rentenbezieher	20	Siedlungskonzentration	14
Rentengerechtigkeit	20	Siedlungspolitik	40
Rentenversicherung	22	Skaleneffekte	22
repli identitaire	18	Solidarwirtschaft	52
Reproduktionsarbeit	26	Sozialabbau	28
Reptilien	8	Sozialämter	41
Respekt	25	soziale Eingliederung	16, 42
Ressourcenallokation	20	soziale Gerechtigkeit	52
Ressourcenbewusstsein	28	soziale Herkunft	24
Ressourceneffizienz	29, 34	soziale Kohäsion	16, 17, 24
Ressourcenmanagement	35	soziale Nachhaltigkeit	
Ressourcenpreise	52	Dienstleistungen	13
Ressourcenverbrauch	28	soziale Reparaturkosten	30
Restaurierung	33	sozialer Zusammenhalt	4, 20, 23, 28
Rio+20-Konferenz (2012)	28	soziale Sicherheit	41
Rio Declaration	66	soziale Sicherungssysteme	17, 53
Rio-Konferenz	23	soziales Mindesteinkommen	41
Risikofaktor	28	soziale Unterstützung	41
Risikoinventar	44	soziale Welt	39
Risikoverhalten	20	Sozialhilfegesetz	41
RNB par habitant	28	Sozialkapital	56
Rubans du développement durable	47	Sozialleistungen	41
		sozial-ökologische Innovationen	4
		sozial-ökologische Nachhaltigkeit	13
		Sozialpartner	44, 60
		Sozialpolitik	31
		Sozialschutz	16, 20, 22, 28, 40
		Sozialschutzsysteme	19
		Sozialstaat	52
		sozialstaatliche Aufgaben	22
		Sozialstruktur	19
		Sozialsysteme	28
		Sozialversicherung	22
		Sozialverträglichkeit	
		Produkte, Prozesse	12
		Sozialwesen	23
		Finanzreserven	23
		öffentliche Ausgaben	23
		sozio-ökonomische Prozesse	19
		Spurmaßnahmen	28
		Spekulationsblasen	20
S			
salaire social minimum	42		
Säugetiere	8		
Schadschwellenprinzip	48		
Schadstoffbelastung	43		
Schadstoffe			
Asbest	19		
bio-akkumulierende Schadstoffe	44		
Dioxine	44		
Furane	44		
Insektizide	44		
Konsumgüter	44		
persistente Schadstoffe	44		
Pestizide	10, 44		
Schimmelpilz	19, 44		
Schwermetalle	9		
toxische Schadstoffe	44		
Schulabgänger			

Sportinfrastrukturen	43	Benzin	66
sportliche Betätigung	18	Diesel	66
Sprachkompetenz	24	Kerosin	37
SRI	51	Treibstoffexport	15
Staat		Trennsystem	35
Ausgabenstruktur	23	Trinkwasserressource	35
Einnahmen	23	Trinkwasserschutzberatung	9
Finanzierungsbedürfnisse	22	Trinkwasserschutzzonen	35
Handlungsfähigkeit	22	tripartite Finanzierung	53
Haushalt	22	Trockenrasen	8
Reserven	22		
Verschuldung	22, 23	U	
staatliche Einnahmen	22		
staatliche Zukunftsvorsorge	22	Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau (UNO)	60, 61
Staatshaushalt	53	Umgebungsqualität	19
Staatsverschuldung	22, 52	Umstrukturierung	
Stadtentwicklung	16, 62	Stahlindustrie	14
Stahlbecken	44	Umwelt	33
Stahlkrise	28	gesunde Umwelt	19
Standortfaktor	26	Umweltabgaben	34
Standort Luxemburg	31	Umweltbelastungen	18
komparative Vorteile	61	Umweltberater	46
Mehrsprachigkeit	61	Umweltbildung	25
Multikulturalismus	61	Umweltbuchhaltung	47
Statec	67	Umweltdienstleister	52
Sterberate	18	Umweltfonds	33
Stern-Bericht	14, 29	Umweltgovernance	66
Steuerbelastung	53	Umweltinformation	36
Steuereinnahmen	28	Umweltpolitik	31
Steuern	54	globale Umweltpolitik	66
Steuerreform	54	Umweltprobleme	28
Steuersätze	28	Umweltprogramm (UNO)	66
Stimuli	28	Umweltqualität	31, 35
Stoffkreislauf	11	Umweltraum	28
Stoffstrombilanz	35	Umweltsteuern	34
Strategie für nachhaltige Entwicklung (EU)	4	Umwelttechnologie	29, 52
Strukturindikatoren (EU)	67	Umwelttechnologie-Betriebe	52
Strukturindikator (EU)	26	Umweltübereinkommen	66
Strukturreformen	20	Umwelt- und Energietechnologien	
Subventionen	54	Fonds	52
Summary Innovation Index	22	Umweltverträglichkeit	28
SuperDrecksKëscht fir Betriber	52	Produkte, Prozesse	12
Sustainable Responsible Investment	51	Umweltverwaltung	
Synergien	28	Messung	10
		UNEO	66
T		Unfälle	
Tabakkonsum	19, 44	Arbeitsunfälle	19, 44
Tanktourismus	15, 53	Evaluierung	43
Teilbebauungspläne	41, 63	Freizeitunfälle	44
tierische Nahrungsmittel	13	Hausunfälle	44
Todesursache	18	Prävention	44
Transparenz	28	tödliche Unfälle	19
Treibhausgaskonzentration	14	Wegeunfälle	44
Treibstoff	15	Wegunfälle	19
		Unfallrisiken	19

Unfallverhütung	44
Unfallversicherung	44
Universität Luxemburg	52
UN-Millenniumsgipfel	23
UN-Millenniumsziele	23
Halbzeitbericht	23
Unternehmen	
Ansiedlung	54
CSR	50
soziale Verantwortung	50

V

Verfassungsreferendum (EU)	18
Vergaberecht	47
Verhaltenskodex	
Einwohner	13
Verhaltensstrukturen	25
Verhaltensweisen	25
Verkehr	
Aktionsplan „Grenzüberschreitende Mobilität“	55
Autosteuer	54
Berufsverkehr	54
Binnenschifffahrt	55
Busfahrten	55
Busspuren	55
CFL Cargo	54
Eisenbahngüterverkehr	54
Eisenbahnstrecken	54
Energieverbrauch	55
Flächenverbrauch	40, 55
Fuhrpark	47
Güterverkehr	55
Güterverkehrszentrum	54
Individualverkehr	14
Lärmbelastung	55
Lärmschutz	45
Lkw-Verkehr	55
MIV	40, 45
Mobilitätskette	55
Mobilitätskonzept	54
Mobilitätszentrale	54
modale Verteilung	54
Modal Split	15
Modal-Split-Anteil	15
nicht-motorisierter Verkehr	47, 55
Nightbusse	44
öffentlicher Personennahverkehr	55
öffentlicher Transport	44, 54, 55
öffentlicher Verkehr	15
ÖPNV	40, 45, 55, 62
ÖV	14
Parkraum	62
Parkraummanagement	40, 55
Peripheriebahnhöfe	54, 55
Personennahverkehr	15
Personentransport	15
Pkw	45
P&R-Plätze	55

Radwegenetz	55
ruhender Verkehr	40
sanfte Mobilität	54, 55
Schadstoffe	54
Schienengüterverkehr	55
Schiennetz	55
Schienenverkehr	47, 55
Schleuseninfrastrukturen	54
Steuerabgabe	45
Straßenverkehr	55
Straßenverkehrsstöte	44
Straßenverkehrsverletzte	44
Transportinfrastruktur	15
Transportinfrastrukturen	10
Transportsystem	54
trimodaler Umschlagplatz	55
Umweltbelastung	55
Umweltverbund	54
Wasserweg	54
Verkehrsaufkommen	15, 28
Verkehrsdichte	18
Verkehrsinfrastrukturen	14
Verkehrslasten	15
Verkehrsmittel	
IV-Fahrten	15, 55
Motorisierungsgrad	15
nachhaltige Verkehrsmittel	54
öffentliche Transportmittel	55
öffentliche Verkehrsmittel	16, 54, 55
Rufbus	55
Schienenautobahn	54
Straßenbahn	54
Tram	55
Verkehrsnachfrage	54
Verkehrsplanung	15
Verkehrspolitik	40
Verkehrsschäden	16, 40, 45
Verkehrssektor	15
Verkehrssicherheit	16, 44
Verkehrsteilnehmer/innen	45
Verkehrsstöte	16
Verkehrsverbund	40, 54
Verkehrsvermeidung	54
Verletzungen	44
Verletzungsrisiko	44
Versicherungssysteme	26
Versorgungsarbeit	49
Versorgungssicherheit	22, 41, 51
Verursacherprinzip	35, 45
Verwaltungsabläufe	27
VGR	60
virtueller Schalter	63
Vögel	8
Volatilität	22
(Finanz-)Markt	20
staatliche Einnahmen	21
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung	60

Vollbeschäftigung	16, 19, 49	Wasserschutzmaßnahmen	9
Schulabgänger	50	Wasserversorgung	45
vorausschauendes Denken und Handeln	25	Wasserwirtschaft	10
Vorruhestandsregime	50	WBCSD	29
Vorsorgegrundsatz	36	Weltfinanzwirtschaft	
Vorsorgeorientierung	33	Krise	20
Vorsorgeprinzip	48, 49	Weltgesundheitsorganisation	42
W		Werte	25
Wachstumsmodell	28, 30	West-Antarktis	14
Wachstumsrate		Wettbewerbsfähigkeit	22, 25, 51, 56
bebaute Flächen	10	Wettbewerbsfähigkeits-Dashboard	21, 28, 67
Währungsunion (EU)	21	Wirtschaft	
Wald		Arbeitsteilung	51
Douglasie	35	Diversifizierung	4, 16, 21, 51, 53
Fichte	35	Diversifizierungsgrad	21
Forsteinrichtung	35	multisektorielle Diversifizierung	52
geschädigte Bäume	9	multi-sektorielle Spezialisierung	22
Gesundheitszustand	8, 35	multisektorielle Spezialisierung	49, 51, 54
Kahlschlagflächen	8	Peak Oil	52
Laubholzwald	35	Postwachstums-Ökonomie	52
Laubwald	8	sozial-ökologische Gestaltung	29
Mischwald	35	Stabilisierung	29
nachhaltige Bewirtschaftung	8, 35	Transportintensität	54
Nadelwald	8	Wachstumspotenzial	21, 23
nicht-standortgerechte Bestände	35	Zukunftsszenarien	52
öffentlicher Wald	8, 35	wirtschaftliche Diversifizierung	22
privater Wald	35	wirtschaftliche Dynamik	22
Privatwald	8	wirtschaftliche Entwicklung	21
Privatwald-Besitzer	35	Wirtschaftliche Interessenvereinigung	35
Schadmerkmale	9	wirtschaftlicher Erfolg	30
Standortkartierung	35	wirtschaftlicher Strukturwandel	13
tropische Wälder	66	wirtschaftlicher Wohlstand	4
Waldfläche	8	wirtschaftliche Spezialisierung	22
Wald naturnahe Bewirtschaftung	8	wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit	14
Wärmedämmung	44	Wirtschaftsentwicklung	15
Wärme-Kraft-Kopplungsanlagen	37	Wirtschaftsförderung	22
Wasser		Wirtschaftskammern	34
Abwasserabgabegebühr	34	Wirtschaftskrise	20, 21, 28, 29
Abwasserentsorgung	34	Wirtschaftsleistung	28
diffuse Belastung	9	Wirtschaftsministerium	28
diffuse Verschmutzung	9	Wirtschaftsmodell	30
Fließgewässer	35	Wirtschafts-Nobelpreisträger	30
Grundwasser	9	Wirtschaftspolitik	22, 29
Kostendeckungsprinzip	34	Wirtschaftsprüfer	46
Oberflächenwasser	9	Wirtschaftsstruktur	21
Quellwasser	9	Wirtschaftsstrukturpolitik	17, 40
Rahmenrichtlinie (EU)	9, 35	Wirtschaftsunion (EU)	21, 53
Ressource	9	Wirtschaftswachstum	13, 15, 28, 51, 54
Schadstoffe	35	qualitative Kriterien	28
Tarife	34	Wirtschaftswelt	49
Trinkwasser	9	Wirtschaftszyklus	22, 52
Trinkwasserversorgung	34	Wissen	25
Wasserentnahmegebühr	34	Wohlfahrt	28
Wasserkommissionen	66	Wohlfahrtsentwicklung	30
Wasserkörper	9	Wohlfahrtsmaße	30
Wasserqualität	9		

Wohlstandskrankheiten	18
Wohnbaupreise	13
Wohnfläche	
Einfamilienhäuser	12
Mehrfamilienhäuser	12
Wohnraum	42, 62
Zugang	41
Wohnsitz	13
Wohnungsbau	37, 46, 47
Wohnungsbedarfsprognose	39, 43, 46
Wohnungsstandard	41
work-life-balance	50
World Energy Outlook	14

Z

Zeitkonten	60
Zentralstaat	22
zertifiziertes Holz	47, 66
Zielabstimmung	27
Zivilgesellschaft	27, 62
zukünftige Generationen	4
zukunftsfähige Wirtschaft	4
Zusammenleben	
Ausländer - Einheimische	18
Zuständigkeiten	27
Abschottung	27
Zuwanderer	28
Zwei-Grad-Ziel	36

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

Abkürzung	Bedeutung	Deutsche Übersetzung
AAA	Bewertung einer Rating-Agentur	
Abb.	Abbildung	
ADEM	Administration de l'Emploi	Arbeitsverwaltung
AIS	Agence immobilière sociale	Soziale Immobilienagentur
BAC+	Schulischer Abschluss nach Sekundarschule	
BE	Belgien	
BIP	Bruttoinlandsprodukt	
BIP pro Kopf	Bruttoinlandsprodukt pro Kopf	
BIZ	Berufsinformations-Zentrum (Centre d'information professionnelle)	
BNE	Bruttonationaleinkommen	
BSP	Bruttosozialprodukt	
bzw.	beziehungsweise	
C	Celsius	
ca.	circa	
CAE	Contrat d'appui-emploi	Arbeitsplatz-Fördervertrag
CCS	Carbon dioxide capture and storage	CO ₂ -Abscheidung und -Speicherung (CCS)
CDA	Centre de développement et d'attraction	Entwicklungs- und Schwerpunktzentrum
CEDAW	Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women	Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau (CEDAW)
CEHAPE	Children's Environment and Health Action Plan for Europe 2010-2016	Umwelt- und Gesundheitsaktionsplan für Kinder (CEHAPE)
cf.	confer	vergleiche (vgl.)
CFL	Société des Chemins de fer luxembourgeois	Luxemburgische Staatsbahn-Gesellschaft (CFL)
CIDD	Commission interdépartementale de développement durable	Abteilungsübergreifende Kommission für Nachhaltigkeit (CIDD)
CIE	Contrat d'initiation à l'emploi	Arbeitsplatz-Einführungsvertrag
CI-EP	Contrat d'initiation à l'emploi – Expérience pratique	Arbeitsplatz-Einführungsvertrag – Praktische Berufserfahrung
CO₂	Kohlendioxid	
CPOS	Centre de psychologie et d'orientation scolaire	Zentrum für Schulpsychologie und schulische Beratung (CPOS)
CRP	Centre de Recherche Public	Öffentliches Forschungszentrum (CRP)
CSR	Corporate social responsibility	Soziale Verantwortung der Unternehmen (SVU)
DE	Deutschland	
DGNB	Deutsche Gesellschaft für nachhaltiges Bauen	
Eco-Dev	Cluster von Umweltechnologie-Betrieben	
ERSA	Name eines Planungsbüros	
ES	Enseignement secondaire	Sekundarschulunterricht
EST	Enseignement secondaire technique	fachbezogener Sekundarschulunterricht
EU	Europäische Union	
EU2020	Wachstumsstrategie der EU für das kommende Jahrzehnt	

Abkürzung	Bedeutung	Deutsche Übersetzung
EU25	Europäische Union der 25 Mitgliedstaaten	
EU27	Europäische Union der 27 Mitgliedstaaten	
EUR	Euro	
Eurostat	Direction générale de la Commission européenne chargée de l'information statistique à l'échelle communautaire	Generaldirektion der Europäischen Kommission für statistische Informationen auf Gemeinschaftsebene (Eurostat)
F&E FuE	Forschung und Entwicklung	
FR	Frankreich	
FSC	Forest Stewardship Council	Forest Stewardship Council (FSC)
G.-D.	Grand-Duché	Großherzogtum
G-20	Group of Twenty Finance Ministers and Central Bank Governors	Gruppe der 20 Finanzminister und Zentralbankpräsidenten (G-20)
GDP	Gross domestic product	Bruttoinlandsprodukt (BIP)
GEF	Gewässerentwicklungsfähigkeit	
GIE	Groupement d'intérêt économique	Wirtschaftliche Interessengemeinschaft
GPMR	grenzüberschreitende polyzentrische Metropolregion	
GVO	genetisch veränderter Organismus (GVO)	
ha	Hektar	
HBSC	Health Behaviour in School Aged Children	Gesundheitsverhalten von Schulkindern (HBSC)
HFA	Health for all	Gesundheit für alle (HFA)
i.S.	im Sinne	
ICT	Information and communication technologies	Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)
IEA	International Energy Agency	Internationale Energie-Agentur (IEA)
IG	Informationsgesellschaft	
IGSS	Inspection générale de la sécurité sociale	Aufsichtsbehörde für die soziale Sicherheit (IGSS)
INAP	Institut national d'Administration Publique	Nationales Institut für öffentliche Verwaltung (INAP)
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change	Zwischenstaatliche Gruppe für Klimaveränderungen (IPCC)
IT	Informationstechnologie	
IUCN	International Union for Conservation of Nature and Natural Resources World Conservation Union	Internationale Union zur Erhaltung der Natur und der natürlichen Hilfsquellen (IUCN) Welt-Naturschutz-Union (IUCN)
IV	Individualverkehr	
IVL	Integratives Verkehrs- und Landesentwicklungskonzept	
kg	Kilogramm	
km²	Quadratkilometer	
kt	Kilotonne (1.000 t)	
KWK	Kraft-Wärme-Kopplung	
Lkw	Lastkraftwagen	
LUXRES	Luxembourg Renewable Energy Sources	Erneuerbare Energiequellen Luxemburg (LUXRES)

Abkürzung	Bedeutung	Deutsche Übersetzung
m ³	Kubikmeter	
MDG	Millenium Development Goal	Millenniums-Entwicklungsziel
µg	Mikrogramm (1/1.000.000 g)	
µg/m ³	Mikrogramm pro Kubikmeter	
Mio.	Million	
MIV	motorisierter Individualverkehr	
Mrd.	Milliarde	
NH ₃	Ammoniak	
NAP	Nationaler Aktionsplan für die Gleichstellung von Frauen und Männern	
NO ₂	Stickstoffdioxid	
NO _x	Stickstoffoxide	
NRO	Nichtregierungsorganisation nichtstaatliche Organisation	
OECD	Organization for Economic Co-operation and Development	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)
OGM	organisme génétiquement modifié	genetisch veränderter Organismus (GVO)
OKM	offene Koordinierungsmethode	
ÖPNV	öffentlicher Personennahverkehr	
ÖV	öffentlicher Verkehr	
P&R	Park and Ride	Park and Ride (P&R)
PAG	Plan d'aménagement général	Bauleitplan
PAP	Plan d'aménagement particulier	Teilbebauungsplan
PEFC	Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes	Programm zur Unterstützung der Forstzertifizierungsprogramme (PEFC)
PES	Payment for Ecosystem Services	Zahlung für Ökosystem-Leistungen (PES)
Pkw	Personenkraftwagen	
PM ₁₀	Feinstaubpartikel	
PNDD	Plan National pour un Développement Durable	Nationaler Plan für eine nachhaltige Entwicklung (PNDD)
POP	Persistent organic pollutants	langlebiger organischer Schadstoff
QZ	Qualitätsziel	
REACH	Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals	Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH)
RNB	revenu national brut	Bruttonationaleinkommen (BNE)
RNB par habitant	revenu national brut par habitant	Bruttonationaleinkommen (BNE) je Einwohner
RPG	Regional Priority Goal (CEHAPE Children Environment & Health Action Plan for Europe – WHO)	regionales Vorrangziel (RPG)
SO ₂	Schwefeldioxid	
SRI	Sustainable responsible investment	nachhaltig verantwortliches Investieren (SRI)
STATEC	Institut national de la Statistique et des Études économiques du Grand-Duché de Luxembourg	Zentralamt für Statistik und Wirtschaftsforschung des Großherzogtums Luxemburg (STATEC)
SVO	Service volontaire d'orientation	freiwilliger Orientierungsdienst
t	Tonne (1.000 kg)	
u. a.	unter anderem	

Abkürzung	Bedeutung	Deutsche Übersetzung
UCM	Union des Caisses de Maladie	
UK	United Kingdom	Vereinigtes Königreich (VK) Großbritannien (GB)
UN	United Nations	Vereinte Nationen (VN)
UNEO	United Nations Environment Organisation	VN-Umweltorganisation (UNEO)
UNO	United Nations Organisation	Vereinte Nationen (VN)
USA	Vereinigte Staaten von Amerika	
vgl.	vergleiche	
WBCSD	World Business Council for Sustainable Development	Weltwirtschaftsrat für nachhaltige Entwicklung (WBCSD)
WHO	World Health Organization	Weltgesundheitsorganisation (WHO)
WISO	Zeitschrift des Instituts für Sozial- und Wirtschaftsfragen (Linz, Österreich)	
z. B.	zum Beispiel	
z. Z.	zur Zeit	

Zusatz zum „Plan national pour un développement durable“

LUXEMBOURG VISION

Überarbeitete Fassung nach Diskussion bei der CIDD am 17. Juli 2007
Dr. Joachim H. Spangenberg und das Team des Ministère de l'Environnement
Köln/Luxemburg, den 25. Juli 2007

Luxembourg Vision

EINLEITUNG

Das Arbeitspapier „Luxembourg Vision“ hat zum Ziel, die grundlegenden Herausforderungen einer nachhaltigen Entwicklung Luxemburgs zu thematisieren und die Zusammenhänge, eventuellen Zielkonflikte und den Abstimmungsbedarf zwischen den Lösungskonzepten für diese Herausforderungen aufzuzeigen.

Die Vision beruht auf der Nachhaltigkeitsdefinition der Kommission für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen, die 1987 eine nachhaltige Entwicklung als eine Entwicklung definierte, welche die Bedürfnisse der heutigen Generation befriedigt, ohne damit die Fähigkeit künftiger Generationen zu beeinträchtigen, deren eigene Bedürfnisse zu befriedigen. Als zentrale Kernelemente jeder Nachhaltigkeitsstrategie benennt die sogenannte Brundtland-Kommission die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse (insbesondere der Armen) und die Anerkennung der Grenzen, die Natur, Gesellschaft und Technik dem Wirtschaften setzen.

Die folgende Beschreibung, gewonnen aus Diskussionen in der CIDD (Commission interdépartementale du développement durable), Einzelgesprächen mit den Mitgliedern und der Diskussion mit den gesellschaftlichen Gruppen zeigt ein weitgehend kohärentes und operationalisierbares Leitbild, identifiziert aber auch potenzielle und akute Konflikte sowie zusätzlichen Abstimmungsbedarf. Lexikalische Querverweise zeigen, dass die Politikintegration in dieser Synthese bereits weit gediehen ist.

Die 18 hier behandelten Herausforderungen sind teils „Luxemburg-spezifische“ Bereiche, teils globale Problemfelder einer nachhaltigen Entwicklung. Sie bilden sogenannte Qualitätsziele¹, die längerfristig für eine nachhaltige Entwicklung in Luxemburg unverzichtbar sind. Sie illustrieren die Herausforderungen und wie es zu ihrer Lösung und damit einer nachhaltigen Entwicklung Luxemburgs kommen kann.

Beispielhafte Herausforderungen sind ohne Zweifel die Integration der nicht-luxemburgischen Einwohner sowie auch der „Grenzgänger“, wie auch das Zusammenspiel von hohen Wachstumsraten mit Umwelt-/Natur- und Landschaftsverträglichkeit auf der begrenzten Fläche Luxemburgs.

Die Vision für die zukunftsfähige Entwicklung Luxemburgs ist mehrdimensional. Sie will einen attraktiven Standort Luxemburg mit hoher Lebensqualität, einer stabilen Wirtschaft, soliden Finanzen, hohen Sozial- und Umweltstandards und einer spezifischen Identität.

Ein wesentliches Kennzeichen der Luxemburger Identität ist der soziale Zusammenhalt, die Integration zahlreicher in Luxemburg lebender Ausländer/innen und der Grenzpendler/innen sowie die Anstrengungen für Chancengleichheit und gegen Segregation. Dieses Verantwortungsgefühl prägt auch die internationale Zusammenarbeit Luxemburgs.

Hinzu kommen der Respekt vor den regionalen Spezifitäten des Landes und die Verankerung in einer vielfältigen Landschaft und Natur, die es – bei aller wirtschaftlichen Dynamik – zu schützen und zu entwickeln gilt.

Dies soll durch einen effizienten, unbürokratisch arbeitenden Staat in Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft erfolgen – alle haben einen Beitrag zu leisten. Luxemburg hat in zahlreichen Feldern viel versprechende Ansätze vorzuweisen, aber noch fehlt eine kohärente Strategie.

Das vorliegende Arbeitspapier bildet den Rahmen für den partizipativen Prozess, der zu einer kohärenten Strategie führen soll.

In einer ersten Phase sollen die hier vorgeschlagenen Qualitätsziele/Herausforderungen diskutiert, ergänzt, modifiziert und, wenn möglich, validiert werden. Dem dient eine Diskussion mit dem Nachhaltigkeitsrat, die erneute Konsultation der gesellschaftlichen Gruppen und als Abschluss ein Rundtischgespräch unter Leitung des Umweltministers (September/Oktober 2008).

Dieser unterbreitet dann bis Ende des Jahres dem Regierungsrat ein erstes Strategiepapier auf der Grundlage der zurückbehaltenen Qualitätsziele einschließlich der Änderungen aus dem Konsultationsprozess. Es bildet eine gemeinsame Vision, ein Zukunftsbild für ein nachhaltiges Luxemburg.

Aufbauend auf dieser Vision wird die Strategie dann im Frühjahr 2008 durch einen operativen Teil mit klaren mittelfristigen

¹ Qualitätsziele sind meist mittel- bis langfristig angelegt, und ihre Umsetzung ist das Ergebnis einer aus vielen Einzelmaßnahmen bestehenden Gesamtpolitik.

Handlungszielen² ergänzt und konkretisiert. Diese werden durch kurzfristige Maßnahmen umgesetzt und ihre Erfolge durch Monitoring und eine auf Indikatoren gestützte Berichterstattung transparent dokumentiert.

Bis spätestens Ende 2008 soll dann der nationale Plan für eine nachhaltige Entwicklung Luxemburgs, nach Einbeziehung aller konsultativen Prozesse, von der Regierung angenommen werden.

Dr. Joachim H. Spangenberg und Claude Origer

Köln/Luxemburg, den 23. Juli 2007

² Als Handlungsziele gelten diejenigen Ergebnisse, die durch die jeweilige Maßnahme oder ein Bündel von Maßnahmen erreicht werden sollen. Sie sind in der Regel kurz- bis mittelfristig angelegt und meist quantifizierbar.



INHALT

1.	Zukunftsfähigkeit der Finanzen	6
2.	Wirtschaft krisensicher machen	6
3.	Wettbewerbsfähigkeit sichern	8
4.	Versorgungssicherheit	10
5.	Armutsbekämpfung	11
6.	Gesundheit sichern	12
7.	Prekarisierung vermeiden / vermindern	12
8.	Vollbeschäftigung	13
9.	Beseitigung der Armut weltweit	15
10.	Reproduktivität sichern	16
11.	Integration	17
12.	Chancengerechtigkeit, Kompetenzen, Qualifikationen	18
13.	Bildung für nachhaltige Entwicklung	19
14.	Gleichstellung von Frauen und Männern durch Gender mainstreaming	19
15.	Nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion	21
16.	Kohärente Governance	22
17.	Nachhaltige Raumstruktur	23
18.	Schutz der natürlichen Ressourcen	24
19.	Klimaschutz	26

1. ZUKUNFTSFÄHIGKEIT DER FINANZEN

Die Zukunftsfähigkeit der Finanzen ist, wie z. B. der soziale Zusammenhalt auch, eines der Kriterien, das sich von vielen anderen Punkten der *Luxembourg Vision* unterscheidet, insofern es sich nicht um ein in Zukunft zu erreichendes Ziel handelt, sondern um eine Rahmenbedingung, die im Prozess der Entwicklung hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft ständig zu beachten ist.

Die Ausgeglichenheit der Finanzen muss langfristig gesichert sein, damit wichtige Aufgaben des Sozialstaats wahrgenommen werden können. Bei Entscheidungen über die angemessene und effektive Wahrnehmung grundlegender sozialstaatlicher Aufgaben (bedürfnisgerechter Sozialschutz, Sicherung von Renten-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung zur Verhinderung von Prekarisierung, Entwicklungshilfe usw.) und um im Rahmen der staatlichen Zukunftsvorsorge handlungsfähig zu sein, z. B. durch zukunftsversorgende Investitionen, insbesondere die Infrastruktur im Sozial- und Umweltbereich (z. B. Kindergärten, Schulen, Forschung, Wasser- und Transportinfrastrukturen) spielen die öffentliche Finanzen betreffenden Erwägungen eine maßgebliche Rolle. Dabei sollen kurz- und mittelfristig die Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspakts eingehalten werden (Erreichen des mittelfristigen Haushaltsziels, Neuverschuldung unter 3 %, geringe öffentliche Schulden) und langfristig Reserven für Krisenzeiten aufgebaut werden. Die erforderliche dauerhafte und stabile Sicherung der Einnahmenseite (Luxemburg als attraktiver Standort im europäischen Wettbewerb) beschränkt die kurz- und mittelfristigen Handlungsmöglichkeiten: Der Ausstieg aus dem Tanktourismus ist nur schrittweise möglich, ebenso die Verlagerung der Steuerlast von Arbeit auf Umweltnutzung. Diese ist zudem in ihrer Reichweite begrenzt, weil infolge der hohen Anzahl an Grenzpendlern deren Konsum und Umweltnutzung zu erheblichen Teilen im Ausland anfallen, der Anteil der direkten Steuern an den Staatseinnahmen vergleichsweise hoch ist und eine solche Umstellung zu einer Verengung der Steuerbasis führen würde (und einen Anreiz zum Pendeln darstellte). Notwendig ist auf jeden Fall eine kostendeckende Bepreisung von Trink- und Abwasser und anderer öffentlicher Dienstleistungen (soweit nicht nach dem Sozialstaatsprinzip andere Verteilungskriterien im Vordergrund stehen).

Neben der Sicherung der Einnahmen kann die Zukunftsfähigkeit der Finanzen durch effizientes Wirtschaften gesichert werden, so dass mit den vorhandenen Mitteln möglichst viel bewirkt werden kann. Dazu gehören eine klare Prioritätensetzung der Politik und ihre effektive Umsetzung in Ausgabenschwerpunkte sowie die Verbesserung von Effektivität und Effizienz öffentlicher Investitionen. Ein Mittel zu diesem Zweck sind eine bessere horizontale und vertikale Politikintegration (→ kohärente Governance) und das Monitoring der durch öffentliche Mittel bewirkten Effekte, was einerseits eine Erfolgskontrolle ermöglicht und zum anderen hilft, politische Ziele in der Budgetgestaltung umzusetzen. Dazu dienen die EU-Nachhaltigkeits- und Strukturindikatoren, ihre Modifizierung bzw. Ergänzung entsprechend der nationalen Spezifika sowie mittelfristig auch ein Gender budgeting zur Umsetzung der europäischen und nationalen Ziele der → Gleichstellungspolitik bzw. des „Gender mainstreaming“.

Zielkonflikte:

Keine grundsätzlichen Konflikte.

Abstimmungsbedarf für eine kohärente Politik:

Vorstellungen über die Geschwindigkeit der Umsetzung einzelner Teilziele.

Sozial-, Raum- und Umweltverträglichkeitsprüfungen für die verschiedenen Strategien der finanziellen Absicherung.

2. WIRTSCHAFT KRISENSICHER MACHEN

Zukunftsfähige Finanzen können nur erreicht werden, wenn die staatlichen Einnahmen nicht nur hinreichend hoch, sondern auch stabil sind. Eine notwendige, aber nicht hinreichende Maßnahme ist eine antizyklische Haushaltspolitik, die jedoch aufgrund der relativen Größe Luxemburgs und der Eingebundenheit in den europäischen Binnenmarkt nur eine begrenzte Reichweite hat. Zur Absicherung gegen konjunkturelle und spekulative Schwankungen ist es deshalb zusätzlich notwendig, eine übermäßig starke Abhängigkeit durch eine Strategie der gezielten, auf vorhandenen Stärken aufbauenden Diversifizierung der Wirtschaft zu reduzieren. Dazu zählt einerseits die interne Differenzierung der Finanzbranche am Standort Luxemburg, die **in summa** rund die Hälfte des BIP des Landes erwirtschaftet, sowie andererseits die Differenzierung der Luxemburger Wirtschaft durch die selektive Stärkung weiterer Branchen.

Die langfristige Vision für die Luxemburger Wirtschaft ist die einer stabilen, auf mehreren Säulen ruhenden → wettbewerbsfähigen Ökonomie, die auf den vorhandenen Potenzialen des Landes und seiner Regionen aufbaut (multi-sektorielle Spezialisierung). Das gilt für Automobil-Zulieferer, Material (Stahl, Glas), Kunststoffindustrie und Logistik; für letztere kommt es darauf an, nicht in erster Linie Transporte durch Luxemburg – über Flughafen, Bahn und Autobahn – zu organisieren, sondern einen höheren Teil der Wertschöpfung im Lande zu behalten und Organisationsdienstleistungen anzubieten (angesichts der bestehenden Verkehrsbelastung sollten nicht-verkehrsintensive Ansiedlungen bevorzugt berücksichtigt werden). Darüber hinaus werden Gesundheits- und Umwelttechnologien mit Unterstützung des Wirtschaftsministeriums angesiedelt oder unterstützt; das Kommunikationsministerium fördert Telekommunikation und eCommerce, die zudem Synergien mit den übrigen Branchen aufweisen.

Die Voraussetzungen für eine solche Entwicklung werden durch → Bildungs-, Forschungs-, Sozial-, Gleichstellungs-, Finanz- und Wirtschaftspolitik geschaffen, durch die Einrichtung von Cluster-spezifischen Industrieparks und die Ansiedlung der entsprechenden Forschungseinrichtungen in unmittelbarer Nähe der Produzenten, durch lebenslange Fortbildungsmöglichkeiten für Männer und Frauen sowie durch die Bereitstellung von Wohnraum, Verkehrsanschlüssen und Ver- und Entsorgungsnetzen. Dies erfordert eine Integration der Wirtschaftsplanung und ihrer Anreize (z. B. Beihilfen, fiskalische Maßnahmen) mit der Raumplanung auf Landes-, Regional- und Gemeindeebene, sowie die Abstimmung der angebotenen Berufsausbildungen bzw. → Qualifikationen mit dem erwarteten zukünftigen Bedarf.

Ein diversifiziertes Arbeitsplatzangebot hilft auch, geeignete hochwertige Arbeitsplätze für Bürger/innen mit unterschiedlichen Begabungen und darauf aufbauenden Qualifikationen bereitzustellen, und auf die Cluster abgestimmte Bildungsangebote können dazu beitragen, den Mangel an Fachkräften durch stärkere Einbeziehung von Frauen zu mildern (was auch das Pendlerproblem mildern würde). Neue Ansiedlungen sind auf effiziente nationale wie internationale Verkehrsverbindungen angewiesen; ein Ausbau des Schienenverkehrs ist hier vordringlich.

Weitere Elemente einer Diversifizierung der Wirtschaft ergeben sich im ländlichen Raum durch Diversifizierung in der Landwirtschaft, die über Regional-, Spezial- und Bioprodukte für die Versorgung der Großregion und die Integration z. B. von Tourismus (z. B. durch naturnahe Erholungsangebote) die Wertschöpfung verbessern und somit den öffentlichen Zuschussbedarf langfristig abbauen kann. Die Entwicklung der Klein- und Mittelbetriebe (KMU) im gesamten Land unterstützt das Mittelstandsministerium; KMU sind in Luxemburg wie in der gesamten EU ein wesentlicher Pfeiler der Wirtschaftsstruktur und des Arbeitsmarktes; ihre Förderung ist auch Teil der Umsetzung europäischer Politiken (u. a. Lissabon-Strategie). Eine Förderung des Unternehmer/innengeistes (gestützt durch Beratungs-, Bildungs- und Kreditprogramme) erleichtert den Schritt in die Selbstständigkeit. Da Frauen sich meist in anderen Branchen als Männer selbstständig machen, bedeutet die spezielle Förderung von Unternehmensgründungen durch Frauen einen Beitrag zur Diversifizierung auf der Mikroebene.

Zielkonflikte:

Die zur Zeit dominierende Finanzwirtschaft ist eine der am wenigsten ressourcenintensiven Branchen (bezogen auf ihre Operationen vor Ort und lebenszyklusweit³); eine Diversifizierung würde deshalb unmittelbar zu einem höheren Ressourcenkonsum (Energie, Wasser, Material, Fläche) führen, wenn sie nicht mit entsprechenden Gegenmaßnahmen flankiert wird (die wiederum kostenträchtig sein können, was – wenn die Kosten nicht vom Staat übernommen werden – die Ansiedlung selbst gefährden kann). Kostenübernahme stellt gleichzeitig einen potenziellen Konflikt mit der Nachhaltigkeit der Finanzen dar. So soll im Rahmen des Übergangs zu einem Modell → nachhaltigen Konsumierens und Produzierens sowie mittel- und langfristig die Energieintensität der Wirtschaft sinken – das erfordert bei Diversifizierung Kompensationsmaßnahmen z. B. in den Sektoren Verkehr, Haushalte und produzierendes Gewerbe.

Die Grundwasservorräte in Luxemburg sind begrenzt; sie werden bereits bis an die Grenze ihrer Kapazitäten genutzt, und die Nutzungspotenziale werden infolge des Klimawandels in den nächsten Jahrzehnten eher abnehmen. Diversifizierung kann zu steigendem Wasserverbrauch führen, wenn nicht von vornherein sowohl durch Auflagen (wie geschlossene Wasserkreisläufe) und durch Kompensationsmaßnahmen (Effizienz, Substitution) beim privaten und öffentlichen Konsum sowie durch eine mittels geeigneten Instrumenten geförderte Reduzierung der Grundwasserbelastung durch die Landwirtschaft ein Ausgleich geschaffen wird. Ein steigender Wasserverbrauch beinhaltet ebenfalls einen steigenden Abwasseranfall; ebenso ist eine steigende Schmutzfracht im Abwasser durch Diversifizierung denkbar. Größere Investitionen im Abwasserreinigungsbereich sind demzufolge erforderlich, um weiterhin einen hinreichenden Schutz unserer Gewässer zu gewährleisten.

³ Die durch sie induzierten Ressourcenumsätze in Produktion und Konsum sind dagegen kaum zu quantifizieren.

Abstimmungsbedarf für eine kohärente Politik:

Die vorhandenen Freiflächen in Luxemburg sind begrenzt, insbesondere für die Ansiedlung größerer Cluster, für deren Erfolg jedoch – zumindest in der Anfangsphase – die räumliche Nähe ausschlaggebend ist. Diese Ansiedlungen brauchen auch Ver- und Entsorgung sowie Verkehrsanbindung (wo möglich Umweltverbund), Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen, Information und Kultur usw. Insofern ist eine Abstimmung mit der Raumplanung auf Landes-, Regional- und Gemeindeebene sowie mit der Verkehrsplanung mit den Diversifizierungszielen eine wichtige Voraussetzung für ökonomischen Erfolg, soziale Akzeptanz und ökologische Unschädlichkeit (→ kohärente Governance).

Einer der wichtigen „soft factors“ und Voraussetzung für eine erfolgreiche Clusterbildung ist das Vorhandensein geeigneter → Qualifikationen (Grenzpendler sind auch in Zukunft für Luxemburg unverzichtbar, tragen aber durch die Verortung eines erheblichen Teils ihrer sozialen Netze am Wohnort weniger zur Clusterbildung bei). Umso wichtiger ist es, das lokale Arbeitskräftepotenzial qualitativ hochwertig auszubilden und auf die Arbeitswelt vorzubereiten, so dass es die Chancen nutzen kann, die eine starke Luxemburger Wirtschaft bietet (die neben den Einwohner/innen Luxemburgs auch weiterhin auf Zuwanderer und Grenzpendler/innen angewiesen sein wird). Um in den Ausbildungsgängen in Luxemburg die → „Qualifikationen der Zukunft“ zu vermitteln, also das Ausbildungsangebot mit dem zukünftigen Bedarf abzustimmen, gilt es, der Entwicklung der regionalen Arbeitsmärkte entsprechende Ausbildungen frühzeitig zu erarbeiten und anzubieten sowie die notwendigen Kompetenzen zu vermitteln. Dabei besteht allerdings das Risiko, Ausbildungsgänge anzubieten und zu fördern, die zu Clustern gehören, deren Ansiedlung scheitert, sich verzögert oder nicht die gewünschte Größe und Dynamik erreicht, so dass die Ausgebildeten letztlich ohne Arbeitsplatz dastehen. Will man dies vermeiden, so ist eine regelmäßige Absprache der an der Wirtschaftsförderung beteiligten Ministerien mit dem Bildungsministerium (Schule, Hochschule, Forschung) notwendig. Neben den Fachkompetenzen muss die Schule vor allem Schlüsselkompetenzen vermitteln, die als Grundlage des lebenslangen Lernens dienen und die Anpassungsfähigkeit der Ausgebildeten verbessern.

Die Förderung von Telekommunikation und eCommerce durch das Kommunikationsministerium sollte in die Nachhaltigkeitsstrategie eingebunden sein, denn sie eröffnet – je nach Ausgestaltung – auch Chancen, die → Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, → Vollbeschäftigung zu fördern, → Prekarisierung zu vermeiden, die → Versorgungssicherheit zu stärken sowie → Integration und → Chancengerechtigkeit zu stützen. Andererseits stellt sie Anforderungen an → Bildung, Forschung und Raumordnung.

3. WETTBEWERBSFÄHIGKEIT SICHERN

Die Wirtschaftsförderung setzt auf eine multi-sektorielle Spezialisierung, was einen Selektionsprozess, das Setzen von Schwerpunkten und eine klare Arbeitsteilung innerhalb des so definierten Rahmens voraussetzt. Dieser bedarf einer kontinuierlichen und sorgfältigen Abstimmung zwischen den Ressorts (Finanzen, Wirtschaft, Mittelstand und Tourismus, Kommunikation, Landwirtschaft) und mit den wirtschaftlichen Akteuren, Firmen, Kammern und Gewerkschaften.

Alle bestehenden und geplanten Branchen, Finanzen, Automobilzulieferer, Material, Kunststoffindustrie und Logistik sowie insbesondere der neue Schwerpunkt Gesundheitstechnik und der zukünftige Schwerpunkt Umwelttechnik, aber auch Telekommunikation, Medien und eCommerce sowie die Wirtschaft der nicht-urbanen Bereiche (Landwirtschaft, Tourismus, Handwerk, KMU) sind darauf angewiesen, sich im (internationalen) Wettbewerb zu behaupten.

Ihre Ansiedlung und Stabilisierung erfordern Steuersätze und Sozialabgaben, die durch die Besonderheiten des Standorts gerechtfertigt sind. Zu diesen gehören die Bereitstellung geeigneter Infrastrukturen und die Ausnutzung bzw. der Ausbau von vorhandenen oder potenziellen Standortvorteilen, so z. B.

- ein Gesellschaftsmodell, das auf Gerechtigkeit und sozialen Zusammenhalt zielt, durch → Vollbeschäftigung, → Chancengleichheit und soziale Institutionen (Einrichtungen wie Kindergärten, Dienstleistungen, Mindesteinkommen zur → Verhinderung von Prekarisierung, Agrarsicherungsfonds usw.) die Flexibilität der Arbeitnehmer/innen erhöht und die Attraktivität für ausländische Fachkräfte auch durch ein für Zuwanderer/innen und Pendler/innen offenes soziales Sicherheitssystem garantiert, in Zusammenarbeit der Sozialpartner;
- ein unbürokratisches, aber verlässliches und kooperatives institutionelles System, bürgernah, mit direkten Kontakten, kurzen Wegen, Transparenz, adäquaten gesetzlichen Rahmenbedingungen auch für Ansiedlung und Wirtschaftstätigkeit, insbesondere in Steuersachen, einem an der Arbeitsqualität orientierten Arbeits- und anspruchsvollen Umweltrecht;

- eine gesunde Natur, die Freizeit- und Erholungswert hat („weiche Standortfaktoren“) und die Lebensqualität verbessert, aber auch eine Grundlage für die Naturschutz- und Tourismuswirtschaft bildet;
- eine ausgewogene räumliche Organisation auf der Grundlage multifunktionaler zentraler Orte, einer komplementären Entwicklung zwischen der international renommierten Stadt Luxemburg mit ihrem vielfältigen kulturellen Angebot, der aufzuwertenden Stadtregion im Süden und der zu entwickelnden „Nordstad“ als Ausgleichszentrum sowie attraktiven ländlichen Räumen, deren Eigenart, Vielfalt und Identität erhalten bleiben (→ nachhaltige Raumstruktur);
- entsprechend qualifizierte Arbeitskräfte und eine auf die Bedürfnisse der modernen Gesellschaft und Wirtschaft ausgerichtete Kompetenzentwicklung von Männern und Frauen (Bildungswesen und lebenslanges Lernen);
- exzellente Forschungseinrichtungen entsprechender Fachrichtungen (Besetzung von Kompetenznischen der Zukunft, langfristiger Kompetenzaufbau, z. B. zur Kostensenkung durch Förderung hoher Arbeits- und Ressourcenproduktivität: energie- und ressourceneffiziente Produktions- und Nutzungstechniken);
- die technische Infrastruktur einschließlich Verkehr (Individualverkehr und Umweltverbund), bestehend aus den für die einpendelnden und für die Wirtschaft unverzichtbaren außerhalb Luxemburgs wohnenden Arbeitnehmer/innen (→ Versorgungssicherheit), der Sicherung der innerstaatlichen Erreichbarkeit (→ Raumqualität) sowie der effizienten Anbindung Luxemburgs an internationale Verkehrsadern (Straße und Schiene nach Belgien, Frankreich und Deutschland), Kommunikation sowie Ver- und Entsorgung;
- eine vorteilhafte Situation der persönlichen Sicherheit mit im internationalen Vergleich niedrigen Kriminalitätsraten und wenig Gewaltverbrechen – man kann sich in Luxemburg weit angstfreier bewegen als andernorts.

Gerade die letztgenannten Bedingungen, aber auch die „weichen Standortfaktoren“ tragen dazu bei, dass einmal etablierte Betriebe ortsfest bleiben und nicht zu (vordergründig) günstigeren Produktionsstandorten abwandern (das Risiko der Abwanderung ist bei Kleinbetrieben und personenbezogenen Dienstleistungen am geringsten). Die Förderung des Initiativegeistes von Männern und Frauen sowie die umfassende Nutzung ihrer Qualifikationen in der Wirtschaft, und dazu die Erleichterung des Wechsels von Erwerbs- zu Versorgungsarbeit und zurück, tragen zur Wettbewerbsfähigkeit bei.

Generell kann der Standort Luxemburg nicht auf den Kostenwettbewerb setzen, da ein allgemeiner Konsens besteht, dass das Niveau von Lebensstandard und Sozialleistungen gehalten werden soll. Jetzige und zukünftige Branchen müssen deshalb auf einen Qualitätswettbewerb setzen und mit ihren Produkten auf das Hochpreissegment zielen – das erfordert eine Qualitätsorientierung in allen Bereichen von Landwirtschaft bis zur Technikentwicklung, und die Unterstützung durch spezialisierte Spitzenforschung von Logistik bis Gesundheitstechnik und Biodiversität. Dies wiederum erzeugt den Bedarf nach ausreichenden akademischen Ausbildungskapazitäten und Fortbildungsmöglichkeiten.

Zielkonflikte:

Vgl. → Wirtschaft krisensicher machen, potenzielle Zielkonflikte zwischen Ressourcenkonsum und selektiver Spezialisierung. Keine zusätzlichen Konflikte, außer die Orientierung Wettbewerbsfähigkeit wird genutzt, um nationale Sozial- oder Umweltstandards in Frage zu stellen.

Abstimmungsbedarf für eine kohärente Politik:

Siehe → Wirtschaft krisensicher machen. Insbesondere Sozial-, Raum- und Umweltverträglichkeit bedürfen aufeinander abgestimmter Politiken. Die nationalen Sozial- oder Umweltstandards sollten an den Qualitätszielen für Luxemburg ausgerichtet sein (→ Schutz der natürlichen Ressourcen; → Prekarisierung verhindern/vermindern), aber in ihrer Umsetzung keine Kostenbelastung darstellen, die die Exportfähigkeit gegenüber dem nahen Ausland unterminiert.

Entwicklungszusammenarbeit schließt Erschließung neuer Märkte nicht aus, wird aber unter Beachtung des Prinzips der „untied aid“ nicht zielführend in diesem Sinne konzipiert und betrieben. Luxemburger Unternehmen werden zur Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen für Waren- und Dienstleistungsankauf im Rahmen der luxemburgischen Entwicklungszusammenarbeit ermutigt, müssen sich allerdings, wie ausländische Unternehmen auch, dem Wettbewerb stellen. Im umgekehrten Sinne ist es natürlich auch nur möglich, eine anspruchsvolle Entwicklungszusammenarbeit umzusetzen, wenn die wirtschaftliche Situation des Landes diese zulässt.

4. VERSORGUNGSSICHERHEIT

Versorgungssicherheit umfasst die Versorgung der Individuen und der Haushalte wie die Versorgung der Wirtschaft; sie wird indirekt gefördert durch Einsatz und Verwendung öffentlicher Haushaltsmittel:

Versorgungssicherheit der Wirtschaft

- Versorgungssicherheit der Wirtschaft mit den notwendigen Produktionsfaktoren (Arbeitskräfte, Ressourcen einschließlich Energieträger, Investitionsmittel). Dies wird erleichtert, wenn der → Schutz der natürlichen Ressourcen durch Energie- und Materialnutzungseffizienz, neue Technologien und auf Grundlage dieser Einsparungen durch die Nutzung von Substituten (erneuerbare Energien einschl. Biomasse in ökologisch vertretbaren Grenzen, Recyclingmaterialien) in neuen → Produktions- und Konsummustern verändert wird, auch durch die rapide Verbreitung umweltgerechter und öko-effizienter Technologien. Angebotsseitig ist die Versorgungssicherheit für Energie (zuverlässige Versorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen) ein Standortfaktor für energieintensive Industrien.
- Die „Versorgung“ mit Arbeitskräften erfordert über die Bildungsangebote für Einwohner/innen und Zuwanderer (→ Bildung für nachhaltige Entwicklung) hinaus geeignete, leistungsfähige und zuverlässige Transportmittel (z. B. die Bahn) sowie die Gewährleistung der Sicherheit auf den Straßen und im gesamten Umweltverbund, für Einwohner/innen wie für Grenzpendler/innen.
- In der Wirtschaft dient auch die Risikovermeidung (z. B. in den Bereichen Umgang mit Chemikalien und neue Technologien) zur Sicherung der langfristigen Versorgung.

Versorgungssicherheit der Bürger/innen

Die Versorgungssicherheit der Bürger/innen umfasst alle Bereiche des Alltagslebens und ist Voraussetzung dafür, seinen weiteren Lebensweg selbstständig planen zu können, also zur Verhinderung von Prekarisierung (→Prekarisierung vermeiden/vermindern). Das ist von besonderer Wichtigkeit, damit auch die heranwachsende Generation in die luxemburgische Gesellschaft und ihr Wertesystem integriert werden kann (→ Integration).

- Versorgungssicherheit umfasst z. B. den Zugang zu qualitativ hochwertigen öffentlichen und privaten Dienstleistungen mit qualifiziertem Personal in den Bereichen Transport, Gesundheit und langfristig Pflege zu erschwinglichen Kosten, zu Erholungsmöglichkeiten und Naturerlebnissen (dafür müssen Naturräume geschützt und der Verlust an biologischer Vielfalt beendet werden), zu ausreichender Trinkwasservers- und Abwasserentsorgung, Strom, Heizung, Kleidung, gesunden, hochwertigen (auf Nachfrage auch GVO-freien) Lebensmitteln zu unabhängig von der momentanen Einkommenssituation bezahlbaren Preisen.
- Auf der Einkommenseite sind das existenzsichernde Mindesteinkommen (das sogenannte „revenu minimum garanti“ (RMG)), die Pensionen, die einen angemessenen Lebens- und Wohnungsstandard für die Rentner/innen dieser und der nächsten Generationen sichern, und auch die gegenwärtigen [und zukünftigen] Sozialleistungen, die den besonderen Bedürfnissen (einschließlich dem nach geeignetem hochwertigen Wohnraum) von älteren und behinderten Menschen ausreichend Rechnung tragen (z. B. der „revenu pour personnes gravement handicapées“, das „complément pour l'accueil gérontologique“ usw.) zu nennen.

Versorgungssicherheit durch vernünftigen Umgang mit Ressourcen bedeutet Risikovermeidung durch geänderte → Produktions- und Konsummuster, die wiederum durch → Erziehung und Bewusstseinsbildung („Verbraucher/innen-Empowerment“) befördert werden müssen.

Auch in Luxemburg zeigt sich das „Wohlstandsdilemma“: Gut verdienende Konsument/inn/en sind es nicht gewohnt, sparen zu müssen, und sehen bei vorhandenen finanziellen Spielräumen auch Einschränkungen des Konsums aufgrund anderer als ökonomischer Faktoren nicht leicht ein (→ Bildung).

Teil der Erziehung ist auch die Ausbildung der Fähigkeit zur Selbstversorgung bei Jungen und Mädchen.

Zielkonflikte:

Bei frühzeitiger Abstimmung keine. Sonst potenzielle Konflikte zwischen einem hohen Niveau der Versorgungssicherheit und dem Ziel der Reduktion des Ressourcenkonsums (è nachhaltiger Konsum, è Schutz der natürlichen Ressourcen, è Klimaschutz)

Abstimmungsbedarf für eine kohärente Politik:

Raumplanung, Bildungspolitik, Umweltpolitik, Wohnungsbaupolitik

5. ARMUTSBEKÄMPFUNG

„Armutsbekämpfung“ bezieht sich auf die Überwindung von relativer Armut in Luxemburg, dem reichsten Land Europas, was wiederum hohe Standards für die Armutsschwelle in Luxemburg setzt; zum Beitrag Luxemburgs zur Bekämpfung der absoluten Armut international (ein wichtiger Bestandteil von Nachhaltigkeit, operationalisiert durch die UN Millennium Goals) siehe „Beseitigung der Armut weltweit“.

Zur Verhinderung der Gefahr relativer Armut gehören

- die → Versorgungssicherheit mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs (einschließlich der Grundbedürfnisse nach Ernährung, Kleidung, Zugang zu Wohnraum usw.) zu unabhängig von der momentanen Einkommenssituation bezahlbaren Preisen sowie die Unterstützung z. B. von Schulspeisungen;
- der Zugang zu Dienstleistungen von allgemeinem sozialen oder wirtschaftlichen Interesse;
- die Sicherung eines würdigen Lebens im Alter mit einem Transfereinkommen, das die aktive Teilnahme am sozialen und kulturellen öffentlichen Leben ermöglicht und so bei Männern und Frauen → Prekarisierung verhindert.

Insbesondere der intergenerationelle Armutstransfer muss durch die genannten Maßnahmen überwunden werden, um die Herausbildung einer den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdenden festen Schicht von Armen/Unterprivilegierten zu verhindern, die durch eine nicht-nachhaltige Sozialisation aus dem Wertesystem der Gesellschaft herauszufallen droht. Landwirtschaftliche Einkommen lagen in den in Luxemburg traditionell bevorzugten Familienbetrieben oft an der Armutsschwelle. Neue Verarbeitungs- und Vermarktungswege für Agrarprodukte sowie neue Produkte (Biomasse, nachwachsende Rohstoffe (aber → Nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion) und der Schutz der natürlichen Ressourcen sowie Serviceleistungen können dazu beitragen, Agrareinkommen näher an die durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommen heranzuführen. Allerdings geht der nach wie vor notwendige Strukturwandel mit wachsenden Hofgrößen und der Schließung zahlreicher Familienbetriebe einher.

Die direkt in die Armutsbekämpfung eingebundenen karitativen Organisationen verdienen eine staatliche und fiskalische Anerkennung und Unterstützung, da sie im Interesse der Gesellschaft wesentliche Aufgaben für den sozialen Zusammenhalt wahrnehmen.

Armut erwerbsfähiger Menschen kann auch durch Integration in den Arbeitsmarkt (mit dem Ziel der → Vollbeschäftigung) und die daran gekoppelte Teilhabe an der Wohlstandsproduktion vermieden werden; diese sollte gezielt befördert werden.

Weitere Maßnahmen zur Verringerung der Gefahr von Armut siehe das Qualitätsziel → Prekarisierung verhindern/vermindern.

Zielkonflikte:

Begrenzung der Abgabenlast der Beschäftigten vs. Sicherung der Transferzahlungen. Hohe Sozialabgaben können durch die Steuerfinanzierung der Sozialsysteme zumindest teilweise vermieden werden.

Abstimmungsbedarf für eine kohärente Politik:

Integrierte Sozialschutzsysteme, die alle Teilaspekte verzahnen und den Einwohner/innen wie den in Luxemburg Arbeitenden die Inanspruchnahme erleichtern.

Effizientes „Mainstreaming“ der Armutsbekämpfung in allen Politikbereichen.

6. GESUNDHEIT SICHERN

Ziel der Gesundheitspolitik ist die Förderung der öffentlichen Gesundheit zu gleichen Bedingungen für alle und ein verbesserter Schutz vor Gesundheitsbedrohungen. Ein verbesserter Schutz vor Gesundheitsbedrohungen sollte durch die Entwicklung der Fähigkeiten zur koordinierten Reaktion auf diese Bedrohungen (→ kohärente Governance) angestrebt werden.

Physische und psychische Gesundheit für alle ist unerlässlich, daher müssen qualitativ hochwertige, für alle nutzbare und von allen finanzierte Gesundheitssysteme → Zukunftsfähigkeit der Finanzen aufrechterhalten werden. Es gilt Diskrepanzen im Gesundheitsbereich zu verringern, indem die allgemeineren Gesundheitsdeterminanten und geeignete Strategien zur Gesundheitsförderung und Krankheitsvorbeugung behandelt werden.

Gesundheit ist laut der WHO nicht nur die Abwesenheit von Krankheit, sondern ein umfassendes Wohlergehen. Durch u. a. Präventionsprogramme soll es zu einer Dämpfung der Zunahme von durch die Lebensweise bedingten und chronischen Krankheiten kommen, insbesondere bei sozioökonomisch benachteiligten Gruppen → Prekarisierung vermeiden / vermindern. Besondere Beachtung soll der Ausarbeitung und Umsetzung von Strategien und Maßnahmen gewidmet werden, die auf mit der Lebensweise zusammenhängende Gesundheitsdeterminanten wie Drogen, Tabakkonsum, Alkoholmissbrauch, falsche Ernährung und Bewegungsmangel sowie auf chronische Krankheiten ausgerichtet sind.

Ein weiteres Ziel einer nachhaltigen Gesundheitspolitik stellt die Verbesserung der psychischen Gesundheit und die Bekämpfung von Suizidrisiken dar. Die Gesundheitspolitik soll darauf abzielen, Strategien zu entwickeln und umzusetzen, die Frauen und Männern dabei helfen, emotionale Ausgeglichenheit zu erreichen und aufrechtzuerhalten und so ihr Wohlbefinden, ihr subjektives Empfinden von Lebensqualität sowie ihre körperliche und geistige Gesundheit zu verbessern.

Gesundheitsvorsorge heißt auch, Gefahrenquellen zu beseitigen bzw. zu verringern. Umweltbelastungen beeinträchtigen in steigendem Maße die Gesundheit von immer mehr Menschen. Bis 2020 muss es zu einer Sicherstellung der Produktion, der Handhabung und Verwendung der Chemikalien, einschließlich Schädlingsbekämpfung, kommen, die keine größere Belastung für die menschliche Gesundheit und Umwelt darstellt → Schutz der natürlichen Ressourcen. Dabei wird die rasche Annahme der Verordnung zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Schadstoffe (REACH) einen Meilenstein darstellen, wobei als Ziel angestrebt wird, besonders besorgniserregende Stoffe langfristig durch geeignete alternative Stoffe oder Technologien zu ersetzen. Eine Verbesserung der Information über Umweltverschmutzung und Gesundheitsschäden gilt es anzustreben.

Es gilt ebenfalls die wichtige Rolle der Landwirtschaft zur Sicherung der Gesundheit zu unterstreichen → Versorgungssicherheit: dies durch eine weitere Verbesserung der Vorschriften für Lebens- und Futtermittel einschließlich einer Überprüfung der Lebensmittelkennzeichnung sowie durch die Aufrechterhaltung des Einsatzes für ein hohes Niveau der Tiergesundheit und des Tierschutzes und die Ablehnung des Einsatzes gentechnisch veränderter Organismen.

7. PREKARISIERUNG VERMEIDEN / VERMINDERN

Prekarisierung ist der Verlust der Zukunftssicherheit durch Arbeits- und Lebenssituationen, die eine langfristige Planung nicht erlauben (befristete Arbeitsverträge, unsichere Einkommensentwicklung, Erosion sozialer Netze, Furcht vor möglichem sozialen Absturz, gleichgültig ob objektiv begründet oder nur subjektiv empfunden). Prekarisierung unterscheidet sich insofern von Armut, als einerseits die relative Höhe des befürchteten sozialen Absturzes und nicht nur das am Ende erreichte Niveau entscheidend ist, und andererseits durch den subjektiven Faktor. Durch diesen vergrößert sich der Kreis der Betroffenen und verschiebt sich der Zeitpunkt der Belastung in Situationen, die noch einen gesicherten Alltag darstellen. Auf diese Weise trifft Prekarisierung zunehmende Anteile auch der Mittelschichten und hoch qualifizierten Funktionsebenen (Manager, Techniker, Verwalter) in Europa. Insbesondere Frauen leben häufig in einer Situation „potenzieller Prekarisierung“ ohne Berufstätigkeit oder mit Teilzeitarbeit, aber abgesichert durch eine Familie. Bricht diese auseinander (Trennung, Scheidung, Tod des Partners), wird die Prekarisierung plötzlich aktualisiert. Deshalb ist gerade angesichts zunehmender Zahlen Alleinstehender eine nicht befristete verlässliche Sicherung durch u. a. ein existenzsicherndes Mindesteinkommen (RMG) notwendig, um das Verunsicherungsgefühl zu überwinden und den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft zu erhalten. Mittel dazu sind die langfristige Garantie der sozialen Schutzsysteme, insbesondere der individueller Pensionen für Männer und Frauen in dieser und kommenden Generationen (sichere Renten in einer Höhe, die ein würdiges Leben ermöglicht), der problemlose Zugang zu Leistungen des Sozialschutzes, ein existenzsicherndes Mindesteinkommen, der dauerhaft garantierte Zugang zu qualitativ hochwertigen

Gesundheitsdienstleistungen sowie ein Steuersystem, das Geringverdiener schont und Güter der Grundbedürfnisbefriedigung besonders gering belastet.

Diese Garantien sind jedoch nur dann wirksame Mittel gegen Prekarisierung, wenn die Glaubwürdigkeit der Garantieträger in Politik und Administration hoch ist. Dies bedarf der ständigen Bemühung und der Kommunikation.

Ebenso wie für die → Überwindung der Armut ist die Integration aller arbeitssuchenden Männer und Frauen, und insbesondere der Jugendlichen in den Arbeitsmarkt (→ Vollbeschäftigung) durch leistungsfähige aktivierende (d. h. individualisierte Unterstützung bietende) Sozialschutzsysteme ein wesentlicher Beitrag zur Vermeidung von Prekarisierung und zur Erhöhung der Lebensqualität durch autonome Existenzsicherung. Die Anhebung des Bildungsniveaus, insbesondere die Bekämpfung des schulischen Misserfolgs, ist hierfür eine wesentliche Voraussetzung, aber auch die Bereitstellung von Arbeitsplätzen für Behinderte und Unausgebildete sowie der Zugang zu adäquatem Wohnraum. Diese Unterstützungsleistungen müssen insbesondere Einwohnern aus sozial benachteiligten Gruppen (aufgrund von Sprache, Einkommen, Bildungsgrad usw.) problemlos zur Verfügung stehen, um die soziale Gleichstellung von Randgruppen und Ausländern zu gewährleisten.

Werden gleitende Übergänge zwischen Erwerbs-, Versorgungs- und Gemeinwesenarbeit ermöglicht, so steigen die Möglichkeiten, sich lebensphasenspezifisch Schwerpunkte zu setzen; ein zeitweiliger Rückzug aus der Erwerbsarbeit ist dann keine Einbahnstraße mehr. Das dämpft die Befürchtungen von Abhängigkeiten und sozialem Abstieg und trägt so zu Bekämpfung der Prekarisierung bei.

Zielkonflikte:

Finanzierbarkeit, Höhe und gerechte Verteilung der Transfers vs. Höhe der Abgaben

Abstimmungsbedarf für eine kohärente Politik:

Bildungspolitik, Sozialpolitik, Jugendpolitik, Arbeitspolitik

8. VOLLBESCHÄFTIGUNG

Ziel der Vollbeschäftigungspolitik ist es, allen Einwohnern des Landes individuell ein aktives Leben sowie eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben durch lebenslange Erwerbsmöglichkeiten für Frauen und Männer zu ermöglichen, einen persönlichen Anspruch auf soziale Leistungen zu begründen und eine Teilhabe an der Wohlstandsproduktion sicherzustellen. Die Integration in das Arbeitsleben stellt soziale Kommunikation her und trägt wesentlich zum Zusammenhalt der Gesellschaft bei.

Dieser Anspruch gilt für Männer und Frauen, für Heranwachsende, Erwachsene und Ältere in gleicher Weise. Er ist nicht mit einer Verpflichtung zu lebenslanger Erwerbsarbeit oder mit einer Arbeitslosenquote von null Prozent zu verwechseln: Es geht darum, allen Arbeitssuchenden die Möglichkeit zu geben, die Art von Arbeit zu finden, die sie suchen. Dabei kann sich der Wille zur Beteiligung an der Erwerbsarbeit über den Lebenszyklus ändern, können zeitweise andere Aktivitäten im Vordergrund stehen (z. B. Eltern- und Erziehungszeiten oder Pflegezeiten für Familienangehörige für Männer und Frauen: Wirkliche Wahlfreiheit ist entscheidend).

Vollbeschäftigung wird gefördert durch eine Nachfrage nach Arbeitskräften mit unterschiedlicher Qualifikation, die wiederum das Resultat einer Diversifizierung der Wirtschaft ist (→ Krisensichere Wirtschaft). So schafft z. B. der wirtschaftliche Strukturwandel mit neuen Verarbeitungs- und Vermarktungswegen für Agrarprodukte, aber auch neuen Produktionsmöglichkeiten (Biomasse) neue Arbeitsplätze im ländlichen Raum.

Der Nachfrage nach Arbeitskräften muss, um Vollbeschäftigung zu gewährleisten, ein entsprechendes Angebot an qualifizierten Kräften gegenüberstehen (sonst kann die Nachfrage bei steigender Arbeitslosigkeit über Pendler/innen gedeckt werden). Eine Voraussetzung dazu ist ein der Nachfrage entsprechendes Niveau der → Qualifikation; eine wesentliche Aufgabe der Bildungspolitik ist es, den Einfluss der sozialen Herkunft auf die schulischen Leistungen zu verringern, um die qualitativen Bildungsziele zu erreichen, dies u. a. durch ein umfassendes Betreuungsangebot und Abstimmung gemeinsamer pädagogischer Ziele zwischen der Schule und dem Träger des Betreuungsangebotes (Familienministerium) im Primärschulbereich (→ Integration).

Auch die Ausrichtung der angebotenen Berufsausbildungen am künftigen Bedarf des Arbeitsmarktes ist zu gewährleisten ebenso wie die Integration in den Arbeitsmarkt durch schnelle Vermittlung durch eine effiziente Arbeitsverwaltung und Sozialschutzsysteme, die eine aktivierende, individuelle Unterstützung bieten, insbesondere zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit durch Aus- und Fortbildung. Ebenfalls wichtig sind Rahmenbedingungen wie die soziale Integration und die familiäre Unterstützung. Einrichtungen, die die Verbindung von Kindern und Beruf ermöglichen, sind ein wichtiges Element einer Strategie, die die Verbindung von Flexibilität und Sicherheit („flexicurity“) auf dem Arbeitsmarkt in Einklang bringt, und sind eine der Voraussetzungen für die Vollbeschäftigung. Ein hinreichendes Angebot an Arbeitsplätzen ergibt sich, wenn die wirtschaftliche Entwicklung, die Produktivitätsentwicklung und die Arbeitszeitpolitik soviel Arbeitsbedarf erzeugen, dass die sich mit demografischem Wandel, Bildungszeiten und Lebensstilen ändernde Nachfrage nach Arbeit gedeckt wird, und zwar möglichst ohne zusätzliche Umweltbelastung und Verkehrserzeugung. Um das vorhandene Produktivpotenzial auszuschöpfen und die Qualifikationen von Männern und Frauen in gleicher Weise zu nutzen, sollten die Arbeitsangebote die Ansprüche unterschiedlicher Gruppen von Arbeitsuchenden (Voll- und Teilzeit, mit flexiblen Arbeitszeiten und Organisationsformen) ebenso berücksichtigen wie ihre unterschiedlichen Fähigkeiten (ältere/erfahrene Arbeitnehmer/innen, Jugendliche mit und ohne Qualifikation, Behinderte). Um den Übergang von der Erwerbs- in die Nichterwerbsarbeit und zurück gleitend zu gestalten und Durchlässigkeit zwischen den Arbeitsformen zu ermöglichen (keine Sackgassen zulassen), sind Fortbildungsmöglichkeiten ebenso notwendig wie die gegenseitige Anerkennung von außerhalb des Erwerbslebens erworbener Qualifikationen im Beruf (z. B. Sozialkompetenz, Kommunikationsfähigkeit usw.) und umgekehrt.

Einerseits ist Vollbeschäftigung ein wesentlicher Beitrag zur → Vermeidung von Prekarisierung und zur → Überwindung der Armut; andererseits ist nicht jeder Arbeitsplatz ein guter Arbeitsplatz: Der Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz sollte optimal sein (Verringerung der Schadstoffbelastung bei Produktion, Verarbeitung und Nutzung industrieller Güter, insbesondere Baustoffe), der Arbeitsschutz/die Arbeitsplatzsicherheit (Unfallvorsorge), die Beschäftigungssicherheit, Autonomie in der Arbeit, Gleichstellung von Männern und Frauen und Anerkennung beruflicher wie außerberuflicher Qualifikationen sowie die Mitsprache bei Festlegung der Arbeitszeiten sind wesentlich für die Arbeitszufriedenheit und damit für die Lebensqualität. Hier kann einerseits die Politik anspruchsvolle Standards setzen (und ihre Umsetzung, auch zur Vermeidung von Schwarzarbeit, kontrollieren), andererseits können Firmen sich durch weitergehende Formen von „Corporate Social Responsibility“ profilieren.

Zielkonflikte:

Wenn hohes Wirtschaftswachstum und Diversifizierung angestrebt werden, ergeben sich Konflikte mit Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung, soweit diese nicht von vornherein durch Rahmensetzung entschärft werden (z. B. Schwerpunkt auf einer Steigerung der Ressourcenproduktivität, die das Wirtschaftswachstum übersteigt, oder bevorzugte Förderung der Gründung und Ansiedlung Arbeitsplätze schaffender Klein- und Mittelbetriebe in Bereichen wie erneuerbare Energien und Ressourceneffizienz).

Hohe Sozialabgaben würden die Arbeitskräfte verteuern und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in Luxemburg unattraktiver machen, was durch die Steuerfinanzierung der Sozialsysteme zumindest teilweise vermieden werden kann.

Abstimmungsbedarf für eine kohärente Politik:

Bildungspolitik/Ausbildungsgänge, Sozial- und Familienpolitik (Bereitstellung von Infrastrukturen wie Kindergärten, Ganztagschulen, Pflegeeinrichtungen, ambulante Dienste usw.).

Um den Einfluss der sozialen Herkunft auf die schulischen Leistungen zu verringern und die qualitativen Ausbildungsziele zu erreichen, muss es über den rein schulischen Bereich hinaus ein umfassendes Betreuungsangebot und eine Bestimmung gemeinsamer pädagogischer Ziele zwischen der Schule und dem Träger des Betreuungsangebotes (Familienministerium) im Primärschulbereich (→ Integration) geben.

9. BESEITIGUNG DER ARMUT WELTWEIT

Die nachhaltige Entwicklung Luxemburgs kann nicht im luftleeren Raum geplant und durchgeführt werden. In Anbetracht der Tatsache, dass exogene Faktoren die nationale Entwicklung Luxemburgs mitbestimmen – sei es in positiver wie in negativer Hinsicht – ist es notwendig, dass die Entwicklungszusammenarbeit Luxemburgs Teil der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie ist. Die luxemburgische Entwicklungszusammenarbeit hat sich ein Qualitätsziel im Rahmen der nachhaltigen Entwicklungsstrategie Luxemburgs gesetzt, und zwar jenes der globalen Bekämpfung / Ausrottung der Armut (éradication globale de la pauvreté). „Global“ im Sinne von weltweit bezieht sich auf die Millennium Development Goals als Handlungsziele und bestimmt eine Entwicklungspolitik, die konsequent auf das von der UN vereinbarte Ziel ausgerichtet ist, bis 2015 die Anzahl der in absoluter Armut Lebenden mindestens zu halbieren. Die Armutsbekämpfung im Allgemeinen und die Umsetzung der Millennium Development Goals im Besonderen sind die Schwerpunkte der Entwicklungskooperation, mit thematischen Schwerpunkten in den Bereichen Gesundheit, Bildung und integrierte lokale Entwicklung (mit den Schwerpunkten Wasser und Hygiene).

Die Umsetzung dieser Ziele geschieht in der eigenständigen politischen Verantwortung der Entwicklungszusammenarbeit, und obwohl Teil der Außenpolitik, ist sie nicht instrumentalisiert und auch kein Instrument der Wirtschaftsförderung – wobei hier nichts gegen eine engere Kooperation sprechen würde (→ kohärente Governance). So könnten die speziellen Kompetenzen Luxemburgs auch für Zwecke der Entwicklungskooperation mobilisiert werden (denkbar wäre z. B. die Ausbildung von Finanzberater/innen, die gender-sensitiv sind). Wirtschaftlicher Nutzen ergibt sich eher indirekt durch Kontakte und die Pflege der Reputation des Standorts Luxemburg (→ Wettbewerbsfähigkeit).

Umweltaspekte werden in den Entwicklungsprojekten berücksichtigt; eine verstärkte Einbeziehung von speziellen Umweltprojekten in die Entwicklungszusammenarbeit (Erhalt des Naturkapitals als Voraussetzung von Armutsüberwindung und Entwicklung) sollte angestrebt werden, hängt jedoch auch von der Zustimmung der Partnerländer ab. Gender mainstreaming (→ Gleichstellung) ist eine transversale Aktivität in der Entwicklungspolitik, könnte aber ggf. durch ein „Gender training“ noch verbessert werden.

Der Stellenwert der Entwicklungskooperation für Luxemburg ist hoch; das zeigt sich am hohen Engagement der Zivilbevölkerung ebenso wie an der Förderung durch Einsatz und Verwendung öffentlicher Haushaltsmittel (Transfers von 1 % des BIP werden angestrebt) und der Betonung der Qualität in der Zusammenarbeit (vgl. die Paris Declaration on Aid Efficiency). Das sichert Luxemburg eine hohe internationale Sichtbarkeit, konstituiert aber auch eine Verantwortung für die Außen- und Außenwirtschaftspolitik, z. B. in den internationalen Organisationen im Rahmen der EU dafür einzutreten, den ärmsten Ländern eine Teilnahme am Welthandel unter Bedingungen zu ermöglichen, die ihre Möglichkeiten zu einer nachhaltigen Entwicklung verbessern

Zielkonflikte:

Momentan keine Zielkonflikte, aber potenziell, wenn die Lage der Finanzen die Höhe der Transfers in Frage stellen sollte. Der Versuch einer Instrumentalisierung der Entwicklungskooperation und ihrer Ausrichtung auf Wirtschaftsförderung statt auf Armutsbekämpfung ist bisher nicht aufgetreten.

Abstimmungsbedarf für eine kohärente Politik:

Die Umsetzung der luxemburgischen Entwicklungszusammenarbeit und des damit verbundenen Qualitätsziels kann nicht allein vom Ministerium für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Angelegenheiten bzw. vom Außenministerium, unabhängig von den Qualitätszielen anderer Ministerien und Verwaltungen, verwirklicht werden, auch weil die Entwicklungszusammenarbeit transversaler ist als andere Politikbereiche. In dieser Hinsicht ist es wichtig darauf zu achten, wie die luxemburgische Entwicklungszusammenarbeit mit den anderen Politikbereichen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie harmonisiert, ob in der nationalen Politik die Voraussetzungen einer erfolgreichen Zusammenarbeit geschaffen werden (→ Bildung für nachhaltige Entwicklung), ob mögliche Synergien genutzt und ebenfalls mögliche gegenseitige Beeinträchtigungen systematisch vermieden werden. Das luxemburgische Außenministerium trägt diesem Faktor Rechnung, indem eine interministerielle Arbeitsgruppe geschaffen wurde, die es den anderen Ministerien und der Verwaltung ermöglicht, an dieser Politik mitzudiskutieren.

Verbesserte Abstimmung mit der Wirtschaft könnte Kompetenzen auch für die Entwicklungskooperation bereitstellen; zugleich fördert diese Zusammenarbeit die Reputation des Standorts Luxemburg (→ Wettbewerbsfähigkeit sichern).

Die Mitsprache bei der Formulierung der Außenpolitik ist sinnvoll, aber das globale Denken sollte auch in anderen Ministerien (z. B. bei der Folgenabschätzung und Schwerpunktformulierung der eigenen Politik) und bei den gesellschaftlichen Akteuren stärker zum Tragen kommen (→ kohärente Governance).

10. REPRODUKTIVITÄT SICHERN

Reproduktivität bezieht sich auf die Selbstorganisationsfähigkeit komplexer Systeme wie Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft. Die Forderung nach Sicherung der Reproduktivität zielt einerseits darauf ab, diesen dynamischen Aspekt der Entwicklung einzufangen, und andererseits auf die Integration Bürger/innen, Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt in einem Prozess der Koevolution. Da dies ein sehr komplexer Punkt ist, werfen die einzelnen Forderungen unterschiedliche Schlaglichter auf ein zusammenhängendes Ganzes.

Individuen: Selbstverwirklichung durch Freiheit in Verantwortlichkeit ermöglichen

- Freie Wahl des Lebenswegs → Versorgungssicherheit einschließlich soziale Sicherheit, finanzielle Grundsicherung, Arbeitsmöglichkeiten, gesellschaftliche Akzeptanz unterschiedlicher Lebensstile
- Freiheit in Verantwortlichkeit: Überwindung nicht-nachhaltiger Konsummuster, Verschwendungsvermeidung
- Übergang von einer kurativen zu einer präventiven Gesundheitspflege
- Qualifizierte Bildung für alle (auch Schulabbrecher), Möglichkeiten der lebenslangen Fortbildung und Inanspruchnahme von Beratung

Gesellschaft: Schutz des sozialen Zusammenhalts durch Gerechtigkeit und Solidarität

- Förderung einer Kultur kollektiver Lernprozesse zur Anpassung an externe Entwicklungen
- Kooperative und konsensuale Lösungssuche durch diskursive Prozesse fördern, in die alle Einwohner/innen gleichberechtigt einbezogen sind
- Geschlechterrollen überwinden
- Initiativgeist bei Männern und Frauen stärken
- Vorausschauende Analyse von Entwicklungen und frühzeitige Planung, wie Luxemburg auf künftige Herausforderungen reagieren soll

Wirtschaft: zukunftsfähige Strategien entwickeln

- Förderung des Ansatzes der konsensualen Lösung von Problemen der Wirtschafts- und Sozialordnung durch konsultative Prozesse der Sozialpartner und ggf. weiterer Vertreter/innen der Zivilgesellschaft
- Sozial-ökologische Umgestaltung nicht-nachhaltiger Produktionsformen und Konsummuster
- Eine qualitative Komponente in die Messung des Wirtschaftswachstums integrieren
- Geschlechterrollen überwinden, Qualifikationen von Frauen gleich nutzen, Erfahrung in familiärer Versorgungsarbeit als Qualifikationsbestandteil anerkennen
- Stärkung des Unternehmer/innengeistes
- Generationenwechsel gezielt organisieren (in Familienbetrieben, in Industrie und Landwirtschaft, in der Politik?)

Umwelt: Regenerationsfähigkeit nutzen

- Die Selbstreinigungskraft / die Fähigkeit der Natursysteme zur Selbsterneuerung erhalten, Schutz der biologischen Vielfalt (Arten und Habitate)
- Die Umweltbelastung durch Bürger und Wirtschaft (einschließlich der negativen Wirkungen der Landwirtschaft) so verringern, dass die Selbstreinigungskräfte der Ökosysteme (z. B. der Gewässer) mit ihnen fertig werden

Zielkonflikte:

Keine grundsätzlichen Konflikte

Abstimmungsbedarf für eine kohärente Politik:

Teilaspekte in allen Bereichen

11. INTEGRATION

Der Bereich Integration spricht alle Einwohner/innen Luxemburgs an – jede/r soll ein integrierter Teil der Gesellschaft sein. Dazu gehören die wirtschaftliche und soziale Integration (→ Vollbeschäftigung, → Verhinderung der Prekarisierung, → Chancengerechtigkeit durch Qualifikation), aber auch die Frage der Immigration und ihrer positiven wie negativen Auswirkungen auf sozialen Zusammenhalt, soziale Sicherungssysteme, Rentensicherung usw. Immigration wiederum hängt in verschiedenen ihrer Aspekte mit der Entwicklungshilfe zusammen. So ist eines der Ziele der luxemburgischen Entwicklungszusammenarbeit die Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsperspektiven, um der Bevölkerung in den Partnerländern eine Zukunft in ihrem Land zu ermöglichen.

Integration lebt von der aktiven Mitwirkung – das braucht Bürger/innensinn, und die Förderung von Partizipativ- und Initiativgeist. Ein Beitrag hierzu ist eine umfassende Beteiligung der Betroffenen und der sozialen Gruppen an der lokalen und regionalen Entwicklung.

Zur Integration gehören auch Städte und Dörfer, die sozialen Ansprüchen gerecht werden, eine hohe Lebensqualität aufweisen und den sozialen Zusammenhalt stützen. Dies geschieht unter anderem durch

- allgemeinen Zugang zu Trink- und Abwasserversorgung, zu angemessenem und bezahlbarem Wohnraum,
- die Vermeidung sozialer Segregation innerhalb und zwischen den Wohnbezirken, und
- die Verbesserung des Wohnumfeldes und die Planung neuartiger Stadtstrukturen, die öffentliche Flächen mit multifunktionalen Gruppen zusammenbringen und so den Austausch zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen fördern.

Ein anderer möglicher Beitrag zur Integration ist die Ermöglichung von Mehrgenerationen-Haushalten durch die Förderung von entsprechenden Bauprojekten.

Zielkonflikte:

Integration an sich ist unbestrittenes Ziel der Luxemburger Politik, aber es werden auch Grenzen der Zuwanderung empfunden, so wenn die Luxemburger eine Minderheit im eigenen Lande werden oder die Integration Probleme aufwirft. Das selektive Abwerben von vor allem hoch qualifizierten Arbeitskräften aus Entwicklungsländern kann für die Luxemburger Wirtschaft positiv sein, aber gravierende negative Folgen für die Entwicklung dieser Länder haben.

Abstimmungsbedarf für eine kohärente Politik:

Vorstellungen über die Geschwindigkeit der Umsetzung einzelner Teilziele

Erfahrungssammlung und -austausch über Erfahrungen mit Möglichkeiten, effektiven Formen und begrenzenden Faktoren von Beteiligung und deren Umsetzung in der Praxis (Governance)

Art, Form und Umfang der politischen Beteiligung von Ausländer/inne/n bei wachsendem Anteil an Ausländer/inne/n in der Bevölkerung

12. CHANCENGERECHTIGKEIT, KOMPETENZEN, QUALIFIKATIONEN

Geeignete Qualifikationen bestimmen wesentlich über die beruflichen und persönlichen Entwicklungschancen der Einwohner. Ziel der Bildungspolitik ist die erfolgreiche Vermittlung von Wissen, Kompetenzen und Werten an alle Schüler/innen, die diese für ein erfülltes Privat- und Berufsleben und eine erfolgreiche Integration in die Gesellschaft brauchen. Besonders wichtig sind dabei einerseits die Chancengerechtigkeit unabhängig vom sozialen Hintergrund (Sprache, Sozialstatus usw.) und andererseits die Inklusion sowie die Bekämpfung schulischer Misserfolge, d. h. die Reduzierung der gegenwärtig hohen Schulabbrecherquote und der Häufigkeit von Jahrgangswiederholungen durch Fördermaßnahmen, nicht durch Senkung der Standards. Diese Ziele konstituieren die Nachhaltigkeit des Bildungssystems. Sie sind wesentliche Voraussetzungen für die → Vermeidung von Prekarisierung und die → Überwindung von Armut, insbesondere durch die Integration aller arbeitssuchenden Männer und Frauen in den Arbeitsmarkt (→ Vollbeschäftigung).

Die Ziele der Chancengerechtigkeit und der Anhebung des Bildungsniveaus auf sämtlichen Schulebenen miteinander zu vereinbaren heißt, jeden einzelnen Schüler entsprechend seiner Fähigkeiten auf ein höchstmögliches Qualifikationsniveau zu bringen. Eine Voraussetzung dafür ist, in Anbetracht der sozioökonomischen Zusammensetzung der Schülerbevölkerung, die Verringerung des Einflusses der sozialen Herkunft auf die schulischen Leistungen.

Auch die Einführung des kompetenzorientierten Unterrichts ist ein Kernbereich des Beitrags der Bildungspolitik zur nachhaltigen Entwicklung in Luxemburg. Diese Neuausrichtung zielt auf eine bessere Differenzierung und Flexibilisierung innerhalb des Schulsystems, die sämtlichen Schüler/innen zugute kommt. Der damit verbundene Erwerb von Problemlösungskompetenz bietet zudem auch eine Antwort auf die häufige Kritik, die gegenwärtig gebotenen Qualifikationen würden nicht den geforderten Ansprüchen der Arbeitswelt entsprechen. Schulische Erziehung muss somit Wissens- und Kompetenzvermittlung, Werteerziehung und Persönlichkeitsbildung, die zusammen die Kompetenz zur Erkennung, Kontextualisierung und Lösung von Problemen bilden (als Voraussetzung jeder anspruchsvollen beruflichen Tätigkeit) und die Fähigkeit zu einer eigenverantwortlichen Lebensführung umfassen.

In späteren Lebensphasen ist zudem die Förderung des lebenslangen Lernens auf allen Ebenen von Bildung und Ausbildung, für Männer und Frauen aller Altersgruppen von entscheidender Bedeutung für ein erfolgreiches Berufsleben. Dabei sollten Geschlechterrollen überwunden und die Qualifikationen von Frauen im gleichen Maß wie die von Männern genutzt werden. Geschlechtergerechtigkeit erfordert insofern neben der Chancengerechtigkeit durch formelle Institutionen (Kindergärten, Kinderhorte, Wahlfreiheit zwischen häuslicher Familienarbeit und Rückkehr in den Beruf usw.) die Änderung informeller Institutionen wie Geschlechterrollen, Berufsbilder usw. als Bedingungen der gleichberechtigten Integration in die Gesellschaft auch für zukünftige Generationen.

Die sich aus der Erstausbildung und der Weiterbildung ergebenden Qualifikationen ermöglichen auch die umfassende Beteiligung der Betroffenen und der sozialen Gruppen an der lokalen und regionalen Entwicklung. So entstehende Erfahrungen sind ihrerseits wieder Qualifikationen, die – ebenso wie Erfahrungen in familiärer Versorgungsarbeit – als Qualifikationsbestandteil im Erwerbsleben anerkannt werden sollten. Solche informellen Qualifikationsprozesse werden unterstützt durch die Förderung einer Kultur kollektiver Lernprozesse zur frühzeitigen Erkennung und Gestaltung von sowie zur Anpassung an externe Entwicklungen, die neue Herausforderungen für Luxemburg bedeuten.

Zielkonflikte:

Keine grundsätzlichen Konflikte

Abstimmungsbedarf für eine kohärente Politik:

Bildungspolitik (→ Bildung für nachhaltige Entwicklung).

13. BILDUNG FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Bei Wissensvermittlung und Werteerziehung soll gelernt werden, Knappheiten zu erkennen und anzuerkennen, sich zukünftiger Herausforderungen (Klimawandel, Wasserknappheiten, Gesundheitsbelastungen o. ä.) bewusst zu sein sowie eigene Verantwortung und Handlungsmöglichkeiten zu erkennen. Gerade in einem Land mit hohem Wohlstandsniveau ist es eine wichtige Aufgabe der Bildung, schon früh den Heranwachsenden zu vermitteln, dass es Grenzen des Konsums gibt, die sich nicht aus der verfügbaren Kaufkraft, sondern aus ethischen Prinzipien und der begrenzten Belastbarkeit der Umwelt (als Quelle und Senke) ergeben.

Ein Beispiel ist der Wasserverbrauch – sparsamer Umgang mit Wasser als Quelle ist notwendig, obwohl man sich viel mehr „leisten könnte“; dies stellt einen wesentlichen Beitrag zur Änderung der → Produktions- und Konsummuster dar. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die größtmögliche Vermeidung der Verschmutzung aller Gewässer und der Nutzung der Oberflächengewässer als Senke für Belastungen. Die Sensibilisierung für Nord-Süd-Fragen, die Entwicklung einer globalen Perspektive und das Wecken von Interesse an und Verständnis für die internationale Zusammenarbeit sollten ebenfalls Bestandteil des schulischen Bildungsauftrags sein. Globales Denken bereichert zudem die Persönlichkeit und ist Voraussetzung für die Beschäftigung in einer zunehmend global agierenden Wirtschaft (insbesondere der Finanzwirtschaft). Zur Persönlichkeitsbildung gehört auch die Verinnerlichung der Orientierung „nachhaltige Entwicklung“ als gesellschaftliche Selbstverständlichkeit sowie als Ausdruck ethischer Maximen bzw. humanistischer Werte.

Bildung für nachhaltige Entwicklung umfasst – in Luxemburg wie international – die Wissens-, Werte- und Kompetenzvermittlung, die es Schülern ermöglichen soll, sich Verhaltensweisen anzueignen, die für eine positive Veränderung in den drei Säulenbereichen (Soziales, Umwelt und Wirtschaft) erforderlich sind. Dafür schafft der kompetenzorientierte Unterricht die geeigneten Voraussetzungen einerseits durch die vermittelten (humanistischen) Werte, zum anderen durch den transversalen Ansatz der Wissensvermittlung, der eine nachhaltigkeitsgerechte Definition der zu vermittelnden Kompetenzen (z. B. die Fähigkeit, Nachhaltigkeitsprobleme zu erkennen, zu strukturieren und Lösungen bzw. Lösungsprozesse zu entwerfen) ermöglicht. Dabei ist Gender-Kompetenz als Teil der Problemlösungskompetenz zu vermitteln.

Bildung für nachhaltige Entwicklung kann zudem nicht auf Teile des Bildungssystems beschränkt bleiben, sondern das integrative Verständnis von Nachhaltigkeit muss auch in den höheren Lehranstalten (z. B. der Universität) Bestandteil der Aus- und Fortbildung sein.

Zielkonflikte:

Die geplante Bildung und Ausbildung zielt auf die Qualifikation für bestehende Arbeitsplätze, nicht auf die im Rahmen der selektiven Diversifizierung voraussichtlich entstehenden Arbeitsplätze. Dies kann sich zu einer „self-fulfilling prophecy“ entwickeln, wenn die Ansiedlung gerade deshalb misslingt, weil die notwendigen Qualifikationen vor Ort fehlen.

Abstimmungsbedarf für eine kohärente Politik:

Abstimmung der Fördermaßnahmen mit den übrigen Programmen zur Stärkung der sozialen Kohäsion, insbesondere mit → Chancengerechtigkeit durch bessere Qualifikation

14. GLEICHSTELLUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN DURCH GENDER MAINSTREAMING

Gleichstellung ist ein Qualitätsziel des gesamten Aktionsplans. Diese Querschnittsaufgabe wird mit der Einführung von Gender mainstreaming gewährleistet. Dies bedeutet, dass jede Maßnahme auf ihre eventuell unterschiedliche Auswirkung auf Frauen und Männer untersucht wird, um eine negative Auswirkung auf ein Geschlecht zu verhindern.

Diese Herangehensweise ist kohärent mit derjenigen des nationalen Aktionsplans für die Gleichstellung von Frauen und Männern. Der nationale Aktionsplan für nachhaltige Entwicklung berücksichtigt den Gleichstellungsaspekt in den meisten Qualitätszielen (→ Sicherung der Finanzen (Gender budgeting), → wettbewerbsfähige Wirtschaft, → Armutsbekämpfung, → Klimaschutz, → Schutz der natürlichen Ressourcen → usw.). Er geht durch die Integration von Gender-Aspekten nicht nur im

sozialen Bereich über den vorherigen Plan hinaus.

Die Anwendung von Gender mainstreaming setzt eine Auseinandersetzung mit den traditionellen Geschlechterrollen, das Aufbrechen von Stereotypen und Klischees sowie die Verinnerlichung des Gender mainstreaming als Teil von Persönlichkeit und Alltagskultur voraus.

Auch in der Wirtschaft setzt nachhaltige Entwicklung die gleichberechtigte Teilnahme der Frauen am Arbeitsmarkt allgemein sowie insbesondere auch in Führungspositionen voraus. Die Bestandsfähigkeit der Wirtschaft hängt zum Teil von der Qualifikation der Arbeitnehmer/innen ab. Höhere Qualifikation verlangt eine Anpassung des schulischen Angebots, die zur Diversifizierung der Ausbildung sowohl von Mädchen als auch von Jungen führen müsste und zwangsläufig besser ausgebildete Arbeitnehmer/innen heranbilden sollte (→ Bildung für nachhaltige Entwicklung). Die gleichberechtigte Teilnahme von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt sowie in Leitungspositionen in Staat und Gesellschaft setzt die Schaffung von notwendigen Infrastrukturen für Kinderbetreuung und pflegebedürftige Menschen voraus.

Gleichberechtigung bedeutet auch gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit, Chancen für Frauen in typischen „Männerberufen“ (z. B. Automechaniker, am Bau usw.) und umgekehrt (Pflege- und Versorgungsberufe) sowie gleiche Aufstiegsmöglichkeiten zu Führungspositionen für Frauen wie für Männer. Die Teilnahme der Frauen an der bezahlten Arbeit trägt zur Sicherung der Versorgungsstrukturen bei und führt zu individuellen Altersrenten; sie vermindert das Armutsrisiko.

Die Förderung des Initiativ- und Unternehmergeistes sollte frühzeitig beginnen. Eine gezielte Förderung von Unternehmensgründungen von Frauen wird zur Diversifizierung der Wirtschaft führen.

Gender-Kompetenz trägt zur Problemlösung bei, weil systematisch jede Maßnahme nach folgendem Muster analysiert wird:

- Wahrnehmung und Analyse der Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern
- Formulierung und Festlegung von konkreten und überprüfbaren Zielen
- Bestimmung der Programme, die zur Erreichung der Ziele führen sollen
- Evaluierung der Resultate an Hand von vorher bestimmten Indikatoren

Aus den oben formulierten Qualitätszielen und den vorgeschlagenen Prozessen zur Umsetzung ergeben sich die Handlungsziele:

- Gleichstellung von Frauen und Männern bis 2050 als Qualitätsziel erreichen
- Dies ist möglich, wenn auf die Methode des Gender mainstreaming zurückgegriffen wird (Langzeitprozess) – „Mainstreaming sustainable development“ und „Gender mainstreaming“ liegt dieselbe Arbeitsmethode zu Grunde (→ kohärente Governance)
- Handlungsziele im Bereich Gleichstellung der Frauen und Männer
 - Einführung des Gender budgeting (→ Zukunftsfähigkeit der Finanzen)
 - Frauenbeschäftigung / Lissabon-Ziel

Zielkonflikte:

Keine grundsätzlichen Konflikte

Abstimmungsbedarf für eine kohärente Politik:

Querschnittsthema (→ kohärente Governance).

15. NACHHALTIGER KONSUM UND NACHHALTIGE PRODUKTION

In der Debatte über nachhaltigen Konsum wird dieser weit überwiegend als umweltverträglicher Konsum verstanden (so auch in Luxemburg); eine weitere Definition fokussiert auf fair gehandelte Güter, eine dritte (die soziale Elemente der letzteren mit dem Umweltfokus der ersteren kombiniert) auf Güter aus regionaler Produktion. Ökonomische und institutionelle Nachhaltigkeit (u. a. Finanzierbarkeit von Gütern bzw. Partizipationsfähigkeit und Gerechtigkeit) spielen zwar in der Nachhaltigkeitsdiskussion allgemein eine wesentliche Rolle, aber nicht in der über nachhaltigen Konsum.

Information und Aufklärung – die heute meistgenutzten Mittel zur Förderung nachhaltigen Konsums – sind und bleiben zwar wichtig, reichen aber zur Durchsetzung anderer Konsummuster nicht aus, denn sie vernachlässigen wesentliche Zwecke des Konsums. So werden heute Konstruktion und Expression der Persönlichkeit sowie die Selbstwahrnehmung in einem zuvor nicht gekannten Ausmaß durch Produktwahl- und Konsumakte konstituiert. Produkte sind eine Projektionsfläche für individuelle und kollektive Identitäten und Visionen. Eine Kennzeichnung oder Markenentwicklung unter dem Stichwort „Nachhaltigkeit“ kann ein Angebot schnell zum Nischenprodukt machen. Deshalb ist zur Förderung des nachhaltigen Konsums ein Instrumentenmix aus Aufklärung, rechtlicher Rahmensetzung und ökonomischen Anreizen erforderlich (der auch die Entwicklung nachhaltigerer Produkte stimuliert). *Zum umweltgerechten Konsum* gehören das Prinzip der Nicht-Verschwendung (sparsamer Umgang mit begrenzten natürlichen Ressourcen wie Wasser muss selbstverständlicher Teil der Lebensweise werden) und die Verringerung des Energieverbrauchs sowie des Abfall- und Abwasseraufkommens der Haushalte. Reize bieten die Anwendung des Verursacherprinzips (Polluter Pays Principle, Internalisierung sozialer und ökologischer externer Kosten), umgesetzt z. B. durch fiskalische Anreize (z. B. höhere Autosteuern).

Regionalwirtschaftlich nimmt die Förderung/Propagierung des Konsums regionaler Produkte im Agrar- und Lebensmittelsektor eine wesentliche Stelle ein; die Argumente dafür beziehen sich auf kulturelle Werte/Identität, Ware aus extensiver, naturnaher und bodengebundener Regionalwirtschaft, Umweltschonung durch kurze Wege, hohe und nachprüfbare Qualität. Ziel ist es, das Angebot (Menge und Palette) von regionalen Produkten zu verbessern und über Diversifizierung (sanfter Tourismus im ländlichen Raum, Anbau nachwachsender Rohstoffe u. a. für den Bau, Serviceleistungen z. B. im Bereich der Landschaftspflege, Bioenergie, Obst- und Gemüsebau) die Erwerbschancen der bäuerlichen Landwirtschaft zu erhöhen.

Nachhaltigen Konsum und nachhaltige Produktion kann man auch auf die Entwicklungsländer ausdehnen, indem man Faktoren wie den Respekt des natürlichen Lebensraums der Bevölkerung dieser Länder sowie eine angebrachte Entlohnung für die Arbeit und die Produkte gewährleistet. Es ist klar, dass diese Themen nicht alleine unter ökologischen und entwicklungspolitischen Gesichtspunkten zu betrachten sind, sondern ebenfalls Fragen aufwerfen, welche im ökonomischen Bereich angesiedelt sind.

Zielkonflikte:

Ökonomische Instrumente sind zentraler Bestandteil in diesem Handlungsfeld; Preiserhöhungen können jedoch zu sozialen Härten führen, die durch ökologische Argumente nicht zu rechtfertigen sind (mangelnde soziale Nachhaltigkeit).

Nachhaltige Produktionsmuster in der Dritten Welt (d. h. soziale sowie ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit) vs. Billigimporte, die zum Lebensstandard beitragen.

Abstimmungsbedarf für eine kohärente Politik:

Produktionsstrukturen können ökonomisch nachhaltig sein, aber nicht ökologisch, oder umgekehrt, oder beides. Nachhaltige Wirtschafts- und Raumplanungspolitik muss diesen potenziellen Konflikt **ex ante** in ihren Planungen berücksichtigen und diejenigen Ansätze realisieren, die sowohl wirtschaftlichen als auch sozialen und Umweltkriterien gerecht werden.

Querschnittsthema (→ kohärente Governance).

16. KOHÄRENTE GOVERNANCE

Kohärenz bezieht sich hier sowohl auf die horizontale, also interministerielle Koordination, als auch auf die vertikale zwischen Staat und Kommunen; Governance weist darauf hin, dass es nicht nur um Abstimmungsprozesse innerhalb der Regierung, sondern auch zwischen Regierung und Zivilgesellschaft geht. Innerhalb der staatlichen Strukturen ist das Ziel eine bessere Abstimmung zwischen den Ministerien zur Vermeidung von Doppelarbeit und sich gegenseitig konterkarierenden Initiativen. Ein Zweites ist die optimale Aufteilung der Kompetenzen zwischen Gemeinden und Staat, die eine effiziente und kohärente Umsetzung von Regelungen gewährleistet und in diesem Rahmen ein Höchstmaß lokaler Autonomie ermöglicht und die interkommunale/regionale Kooperation fördert.

Aufgrund der engen Vernetzung Luxemburgs mit den grenznahen Regionen in Belgien, Deutschland und Frankreich kann sich eine längerfristig orientierte Governance nicht nur auf die interne Koordination und interne Entscheidungsprozesse beschränken. Besonders in den strategisch relevanten Bereichen der Landesentwicklung sind Wege zu finden, um durch eine gestärkte Zusammenarbeit mit den Grenzregionen und angepasste Planungsprozesse grenzüberschreitender Natur nachhaltigere Entwicklungsoptionen und Lösungen zu identifizieren und umzusetzen und so eine bessere Verteilung der Vor- und Nachteile der jeweiligen Entwicklungsszenarien der Grenzräume herzustellen.

Horizontale Ziele

- Bürokratismus ausmerzen, Orientierung auf Problemlösungen statt auf Zuständigkeiten fördern, Kooperation statt Konkurrenz, flexible und unbürokratische Lösungssuche
- Probleme mangelnder interministerieller Koordination durch bessere interministerielle Koordination in allen Phasen der Planungsverfahren überwinden. Eine solche Koordination ist immer dann notwendig, wenn andere Ministerien von der jeweiligen Entscheidung betroffen sind (Vermeidung von Doppelarbeit und inkonsistenten Planungen und Maßnahmen)
- Nachhaltigkeit konkretisieren, klare Prioritäten setzen und umsetzen, regelmäßiges Monitoring und systematische Politikfolgenevaluation, (öffentliche) Berichte über Erfolge und Misserfolge bei der Umsetzung, so Nachhaltigkeit erfahrbar machen, Lehren aus Umsetzungserfolgen und Misserfolgen ziehen und in der Weiterentwicklung der Umsetzungsstrategien berücksichtigen.
- Kapazitätsbildung für nachhaltige Entwicklung in der Verwaltung als Voraussetzung für das notwendige Mainstreaming von nachhaltiger Entwicklung (gemäß den Beschlüssen von Rio und Johannesburg).
- Synergien suchen, globale Perspektive entwickeln, Kooperation mit der Zivilgesellschaft anstreben (z. B. Wirtschaft/Entwicklungskooperation)

Vertikale Ziele

- Bessere Zusammenarbeit von Staat, Gemeinden, Syndikaten usw.; Abstimmung von gemeinsamen Zielen, koordinierter Einsatz kohärenter Mittel, transparente, inklusive Kommunikation über alle relevanten Aspekte auf Basis gemeinsam abgestimmter, sektoraler und regionaler Entwicklungspläne. So können auch Arbeitsteilungen, integrierte Programme und daraus resultierende Synergien realisiert werden (z. B. Naturparks, Erholung, Tourismus).
- Optimierung der Aufgabenteilung von Staat und Kommunen durch klar abgegrenzte, komplementäre Zuständigkeiten, die sowohl die kohärente Implementation nationaler Ziele ermöglichen als auch ein Höchstmaß an kommunaler Autonomie gewährleisten.
- Stärkung der horizontalen Kooperation der Kommunen untereinander auf lokaler, regionaler und grenzüberschreitender Ebene.

Zielkonflikte:

Keine grundsätzlichen Konflikte, aber schwierige Veränderung der Arbeitsformen.

Abstimmungsbedarf für eine kohärente Politik:

Interministerielle Aufgabenteilung auf ihre Effizienz überprüfen, ebenso die Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen Staat und Kommunen. Beispiele siehe insbesondere → nachhaltige Raumstruktur.

17. NACHHALTIGE RAUMSTRUKTUR

Die vielfältigen, simultan verfolgten Ziele des Aufbaus einer nachhaltigen Raumstruktur betreffen alle raumwirksamen Politikfelder (Umwelt, Transport, öffentliche Infrastrukturen, Wirtschaft usw.) und schlussendlich jeden Einzelnen. Die Raumplanung muss dazu unterschiedliche Interessen integrieren, von Verkehrsplanung über Flächennutzungsplanung bis zu Ver- und Entsorgungsinfrastrukturen und Umweltplanung und darüber hinaus verstärkt auch soziale Aspekte, wie zum Beispiel die Geschlechtergerechtigkeit, berücksichtigen.

Angesichts der wachsenden Bevölkerung in Luxemburg soll es im Sinne einer nachhaltigen Raumstruktur insgesamt zu einer besseren – weil auf den jeweiligen Stärken aufbauenden – Komplementarität zwischen den Entwicklungsvorhaben in den städtischen und ländlichen Räumen kommen. Zunehmend sind dabei die Verhinderung weiterer Zersiedelung, die Integration der zunehmenden Zahl an Ausländern sowie die Verhinderung sozialer Polarisierung vordringliche Ziele. Dazu gehören: ein schonender Umgang mit den natürlichen Ressourcen; effiziente Flächennutzung; Verkehrsvermeidung; Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit und der Mobilität mit öffentlichen Verkehrsmitteln, dem Fahrrad und zu Fuß sowie die Bewahrung des kulturellen und natürlichen Erbes. Dabei sind die regionalen Besonderheiten zu berücksichtigen und schonend in Wert zu setzen und gleichzeitig gute Voraussetzungen für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft und hohe Lebensqualität für die Menschen zu schaffen. Das erfordert u. a. eine Möglichkeit

zur Partizipation an Kultur für jedermann, die Verfügbarkeit von gutem und bezahlbarem Wohnraum, eine hohe soziale Qualität des Wohnumfeldes (Sicherheit, Vermeidung sozialer Segregation in und zwischen den Stadtteilen, soziale Einbindung), Medienerreichbarkeit auf höchstem technischen Niveau (Zeitung, Internet, Telefon, Handy) und eine gute Umweltqualität der Umgebung (langfristig sichergestellte Verfügbarkeit nahe gelegener Freiräume, z. B. interurbane Grüngürtel mit Eignung für Freizeitnutzung).

Das Leitbild der „dezentralen Konzentration“ beschreibt diese Tendenzen. Es strebt an, das Wachstum der Bevölkerung und der Wirtschaft in verschiedenen, komplementär zu entwickelnden Standorten zu bündeln und auf diesem Wege längerfristig Synergien im Interesse der Bevölkerung und der Wirtschaft zu schaffen. In diesen Zentren (beispielsweise die Nordstad als Mittelzentrum oder die regionalen Zentren) sollen die notwendigen multifunktionalen Bedingungen urbanen Lebens bereitgestellt werden (Arbeitsplätze, Infrastrukturen usw.), der Transportbedarf (und damit die Störungen durch Verkehrslärm) verringert und die Fahrstrecken verkürzt und durch die Kooperation der Zentren mit ihren jeweiligen Umlandgemeinden eine neue Partnerschaft Stadt-Land entstehen. Durch den Ausbau der urbanen Lebensqualität in den wenigen städtischen Gebieten in einem stark wachsenden Luxemburg soll gewährleistet werden, dass ihre Attraktivität als Arbeitsort erhalten bleibt und insbesondere aber als Wohnort durch maßvolle Verdichtung die sanfte Mobilität (Fußgänger und Radfahrer) gefördert wird sowie hin zu einer Stadt der kurzen Wege verbessert werden kann. Insbesondere bei der Planung und Realisierung neuer Siedlungs- und Gewerbegebiete im Rahmen der Diversifizierungsstrategie, aber auch bei der Schaffung von neuem Wohnraum ist eine Integration der verschiedenen Politiken unverzichtbar (so sind neue Ansiedlungen z. B. auf effiziente nationale wie internationale Verkehrsverbindungen angewiesen). Insofern ist ein Ausbau des Schienenverkehrs (Personen und Güter) und der entsprechenden Infrastruktur in und zwischen den urbanen Zentren vordringlich, um den „Modal split“ zu verbessern, eine einfache, inter- und multimodale Nutzung zu ermöglichen und die Erreichbarkeit aller Landesteile mit dem Umweltverbund zu sichern (auch zur Reduzierung der Unfallrisiken im Verkehr). Ein kohärentes Flächenmanagement soll helfen, die (legitimen) Ansprüche der Investoren und Nutzer mit den Ansprüchen eine nachhaltigen Raum- und Verkehrsplanung optimal zu koordinieren.

Parallel dazu sollen die besonderen Qualitäten (Landschaft, Landwirtschaft, organisch gewachsene Dorfstrukturen, Kulturerbe usw.) der ländlichen Räume erhalten und gefördert werden, mit dem Ziel, diese als multifunktionale Regionen mit eigener Identität für eine moderat zunehmende Bevölkerung in den ländlichen Gemeinden zu stärken. Die Land- und Forstwirtschaft als flächenmäßig dominierende Landnutzer sollen stärker in regionale Wertschöpfungskreisläufe eingebunden werden, auch mit dem Ziel einer umweltgerechteren, regionaltypischen Landnutzung und dem Schutz der biologischen Vielfalt als wichtigen Aufgaben (→ Regionalentwicklung, → Schutz der natürlichen Ressourcen).

Eine derartige themenübergreifende Planung ist im Rahmen des Programme directeur und des IVL konzeptionell bereits konkretisiert; allerdings sehr anspruchsvoll, was die kohärente, schrittweise Umsetzung über einen längeren Zeitraum betrifft, besonders auch in dem sehr dynamischen und stark von externen Faktoren abhängigen Entwicklungskontext von Luxemburg. Dazu sind die erforderlichen Koordinationsstrukturen sowohl zwischen den Fachministerien (z. B. Raumplanung, Wirtschaft, Gleichstellung, Landwirtschaft usw.) als auch zwischen Staat und Gemeinden, und zunehmend den Regionen, schrittweise auf- und auszubauen bzw. effizienter zu gestalten (→ kohärente Governance). Das Ziel muss es sein, einander konterkarierende

Planungen und Doppelarbeiten zu vermeiden, klare Arbeitsteilungen und komplementäre Aufgabenzuschnitte zu vereinbaren und so letztlich wichtige Entwicklungsvorhaben schneller und effizienter realisieren zu können (→ kohärente Governance). Das gesamte raumplanerische System inklusive der sektoriellen Fachplanungen muss ein lernfähiges System sein, innovativ bleiben und durch ein entsprechendes Monitoring in der Lage sein, auf neue Herausforderungen flexibel zu reagieren. Durch die Beteiligung und frühzeitige und regelmäßige Kommunikation mit der Bevölkerung und der Zivilgesellschaft soll sichergestellt werden, dass Anregungen in die Planung einfließen, so die Kohärenz der Planung und die Akzeptanz ihrer Ergebnisse verbessert und ihre Wirkungen nachhaltiger werden.

Zielkonflikte:

Nicht notwendig, aber möglich. Insbesondere die nachhaltige Raumentwicklung und die selektive Spezialisierung der Wirtschaft bedürfen einer engen Abstimmung aller betroffenen Ministerien, wenn Konflikte von vornherein vermieden werden sollen.

Abstimmungsbedarf für eine kohärente Politik:

Umfassend, mit allen betroffenen Institutionen und der Zivilgesellschaft.

18. SCHUTZ DER NATÜRLICHEN RESSOURCEN

Der Schutz der natürlichen Ressourcen dient dem Erhalt bzw. der Verbesserung der Qualität des natürlichen Umfelds, der Beendigung des Verlustes an biologischer Vielfalt, dem Schutz von Gewässern und Landschaft und der Sicherung der Qualität der Böden. Langfristig kann er nur in weltweiter Zusammenarbeit gesichert werden, und der Entwicklungspfad, den die jetzt noch nicht entwickelten Länder einschlagen, wird mit darüber entscheiden, ob Klima und Biodiversität auf Dauer geschützt werden können. Luxemburg trägt durch seine Politik im Lande, in der EU und in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit zu diesem Ziel bei.

Dies kann durch die relative oder absolute Begrenzung der Belastungen erreicht werden; im Falle der relativen Begrenzung handelt es sich um die Verbesserung der Nutzungseffizienz unter anderem durch die Förderung von Recycling und technologischen Innovationen, national und EU-weit stimuliert durch Auflagen, Standards oder ökonomische Anreize, und international durch die Entwicklungszusammenarbeit. Eine Verbesserung der Nutzungseffizienz alleine ist jedoch nicht immer ausreichend, da auch steigende Effizienz mit wachsendem Verbrauch einhergehen kann. Soll der absolute Gebrauch wie in den Bereichen Landnutzung und Grundwasserverbrauch nicht mehr ansteigen, so muss bei weiter wachsender Einwohnerzahl sogar die Nutzung pro Einwohner gesenkt werden.

Wasser

Das erfordert z. B. im Bereich Wassernutzung neben technischen Verbesserungen (geschlossene Kreisläufe), der Reduzierung bekannter Verschmutzungen, die die Nutzung einschränken (z. B. durch Agrarchemikalien und Abwässer) und der Substitution (Wiederverwendung und Regenwassernutzung) insbesondere Sparsamkeit im Konsum der Wirtschaft und der Haushalte – in einer Wohlstandsgesellschaft eine nicht leicht zu vermittelnde Forderung (vgl. → Bildung und nachhaltige Entwicklung). Ein weiterer wichtiger Aspekt ist der Erhalt der Grundwasserqualität zur Sicherstellung der weiteren Nutzung der Grundwasserressourcen als Trinkwasser. Eine Abnahme der Qualität der Grundwasserreserven (die immerhin 2/3 der Trinkwassermenge Luxemburgs darstellen) beinhaltet folglich auch eine Abnahme der zur Trinkwasserversorgung zur Verfügung stehenden Grundwassermenge. Dem Schutz der Grundwasserressourcen als quantitativer Faktor der zur Verfügung stehenden Trinkwasserreserven, auf den der Mensch einen Einfluss hat, muss somit gerade in Vorbereitung auf den sich entfaltenden Klima- und damit Niederschlagswandel eine zentrale Bedeutung beigemessen werden. Hilfreich kann deshalb, wo notwendig, eine Stützung von Information und Erziehung durch fiskalische Steuerungsmechanismen (Ressourcensteuern) sein. Solche Erfahrungen können und sollen auch in die Entwicklungszusammenarbeit einfließen, die im Bereich Wasserversorgung und Hygiene – entsprechend den Beschlüssen des Weltgipfels von Johannesburg 2002 – einen Schwerpunkt bei der Umsetzung der MDGs gesetzt hat.

Neben dem Grundwasser ist der Schutz der Oberflächengewässer als Lebensraum für Pflanzen und Tiere und als Erholungsgebiete von zentraler Bedeutung für eine nachhaltige Bewirtschaftung der Gewässer.

Luft

→ Versorgungssicherheit, → nachhaltige Raumstruktur (Verkehr):

Zum Schutz der natürlichen Ressource „Luft“ sind zum einen technische Lösungen gefordert, die den Ausstoß von atmosphärischen Schadstoffen auf ein Minimum reduzieren. In Luxemburg besteht hierzu nur noch ein geringes Reduktionspotential, da die Industriebetriebe bereits jetzt auf einem hohen technischen Standard sind.

Ein weit größerer Schutz der Luft kann durch einen sinnvolleren Umgang mit fossilen Brennstoffen und mit dem einhergehenden Ausstoß von Verbrennungsrückständen und -abgasen erzielt werden. Dies gilt insbesondere in den Bereichen Verkehr (Ausbau und verstärkte Nutzung der öffentlichen Transportmittel) und Gebäudeheizung (Altbausanierung, Niedrig- oder Passivenergiehäuser, verstärkte Nutzung regenerativer Energien wie z. B. thermische Solarenergie, Erdwärme usw.).

Luft ist jedoch ein bewegliches Gut und macht nicht an den Landesgrenzen Halt. Luftschadstoffe in Luxemburg können ihren Ursprung in den Nachbarländern haben. Der Ausstoß von solchen Stoffen in Luxemburg kann zu Problemen im größeren europäischen Umfeld beitragen. Im Bereich des Schutzes der natürlichen Ressource „Luft“ gewinnt somit die grenzüberschreitende Zusammenarbeit größte Bedeutung.

Abfall

→ Wirtschaft krisensicher machen, → nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion

Ein nachhaltiger Umgang mit den natürlichen Ressourcen setzt eine starke Abfallvermeidungs- und Verwertungs politik voraus. Verschiedene Initiativen in diesem Bereich haben bereits seit etlichen Jahren in Luxemburg Fuß gefasst, insbesondere im Bereich der betrieblichen Abfälle. Es gilt, diese Initiativen weiterzuführen und zu verstärken. Auch im Bereich der Haushaltsabfälle bestehen Strukturen zur Vermeidung und Verwertung von Abfällen. Im Rahmen einer weiterführenden Abfallpolitik mit dem Ziel des Schutzes der natürlichen Ressourcen ist darauf zu achten, dass die verschiedenen Materialströme so lange wie möglich den Wirtschaftskreisläufen erhalten bleiben. Hierzu ist insbesondere dem Produkt „Abfall“ in seinen einzelnen Fraktionen eine hochwertige Materialqualität zuzuordnen.

Landschaft und Bodenkontamination

→ Wirtschaft krisensicher machen, → nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion

Eine Weiterentwicklung der Wirtschaft Luxemburgs sowie deren Diversifizierung erfordert auch die Schaffung neuer Aktivitätszonen. Ein nachhaltiger Umgang der natürlichen Ressource „Landschaft“ bedingt, dass bereits genutzte, von alten Aktivitäten wieder frei gewordene Flächen prioritär zu diesem Zwecke herangezogen werden. Es stellt sich jedoch oft dann das Problem der Bodenkontamination, die durch vergangene Nutzungen hervorgerufen wurde. Hier wird es wichtig, dass ein fundiertes Risikomanagement der Altlasten erfolgt, um durch gezielte Sanierungsmaßnahmen zum einen die erforderlichen Eingriffe in den Boden gering zu halten und zum anderen dafür Sorge zu tragen, dass aus eventuell verbleibenden Restkontaminationen kein negativer Impact auf die natürliche Umwelt und die Gesundheit der Menschen erfolgen kann.

Chemie

→ Wirtschaft krisensicher machen, → nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion:

Am 01. Juni 2007 ist die REACH-Verordnung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union in Kraft getreten. Die Abkürzung „REACH“ steht für „Registration, Evaluation and Autorisation of Chemicals“ (Registrierung, Bewertung und Zulassung von Chemikalien). Mit der REACH-Verordnung wurde somit ein Flickwerk von zahlreichen Verordnungen und Richtlinien der alten EU-Gesetzgebung der Chemikalienzulassung ersetzt.

Zweck dieser Verordnung ist es, ein hohes Schutzniveau für die menschliche Gesundheit und für die Umwelt sicherzustellen, einschließlich der Förderung alternativer Beurteilungsmethoden für von Stoffen ausgehende Gefahren, sowie den freien Verkehr von Stoffen im Binnenmarkt zu gewährleisten und gleichzeitig Wettbewerbsfähigkeit und Innovation zu verbessern.

REACH beruht auf dem Grundsatz, dass Hersteller, Importeure und auch nachgeschaltete Anwender sicherstellen müssen, dass sie nur Stoffe herstellen, in Verkehr bringen und verwenden, die die menschliche Gesundheit und die Umwelt nicht schädigen. Diesen Bestimmungen liegt das Vorsorgeprinzip zugrunde.

Den Unternehmen wird dabei mehr Verantwortung für den sicheren Umgang mit ihren Produkten übertragen. In Luxemburg bietet die nationale Auskunftsstelle (REACH Helpdesk) vielfältige Informationen zu REACH, damit sich insbesondere kleine und mittlere Unternehmen schnell mit den neuen Regelungen vertraut machen können.

Landwirtschaft

Die Landwirtschaft, die mehr als die Hälfte der Landfläche Luxemburgs belegt, bestimmt durch ihr Verhalten wesentlich über den Schutz der natürlichen Ressourcen, im Guten wie im Bösen. Sie kann durch geeignete Wirtschaftsformen die Belastung des Grundwassers senken, die biologische Vielfalt schützen und die Emission von Klimagasen verringern. Prinzipien des Schutzes der Biodiversität und der natürlichen Ressourcen sind deshalb notwendigerweise ein integrierter Bestandteil jedes Programms ländlicher Entwicklung. Das schließt die produktive Nutzung nicht aus – eine Erhöhung der Agrarbioidiversität kann auch durch angemessenen Anbau von Energiepflanzen und nachwachsenden Rohstoffen für andere Branchen (z. B. Bau) erreicht werden (der gleichzeitig neue Einnahmequellen für die Landwirtschaft erschließt → Prekarisierung).

Zielkonflikte:

Potenzielle Konflikte mit ökonomischen Diversifizierungszielen (vgl. → Wirtschaft krisensicher machen). Der verstärkte Anbau von Energiepflanzen stellt nicht nur direkt eine Gefährdung der Biodiversität dar, sondern beinhaltet auch eine verstärkte Belastung der Böden und der Grund- und Oberflächengewässer mit Dünge- und Pflanzenschutzmitteln (was ebenfalls die biologische Vielfalt bedroht) und steht somit in Konflikt mit dem Schutz der nationalen Trinkwasserreserven.

Abstimmungsbedarf für eine kohärente Politik:

Weiterhin Abstimmung mit Raumplanung, Verkehrsplanung, Infrastrukturplanung im Allgemeinen, Einbeziehung von Wirtschaftsplanung und Gender mainstreaming. Deintensivierung der Landwirtschaft zum Schutz von Biodiversität und Grundwasser vs. Einkommenssicherung im ländlichen Raum – eine Auflösung ist hier nur möglich über eine Spezialisierung auf Hochpreissegmente, in denen Deintensivierung ökonomisch honoriert wird, zusammen mit der Verbesserung der Effizienz beim Einsatz von landwirtschaftlichen Produktionsmitteln („Precision farming“, Pflanzenzucht, Beratung, Forschung). Technologietransfer und Integration von Entwicklungs- und anderen Politikbereichen.

19. KLIMASCHUTZ

Nach den aktuellen Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change IPCC (AR4, 2007) wird der Klimawandel in Europa zu Erwärmung, längeren Trockenperioden und Starkregen führen und so auch für Luxemburg Gesundheitsprobleme und Trinkwasserverknappung verursachen. Häufigere und stärkere Extremereignisse (Stürme, Sturzregen) bedrohen Wald, Boden/Landwirtschaft, beeinträchtigen die biologische Vielfalt und schädigen Infrastruktur, Tourismus und Verkehrssicherheit/Logistik.

Die stärksten Folgen treffen aber nicht die Hauptverursacherländer (historisch: Europa, gegenwärtig: USA, zukünftig: China), sondern vor allem die überwiegend sehr armen Staaten rund um den Äquator. Hier werden Hunger-, Trinkwasser- und Hygieneprobleme verstärkt, die zu überwinden schon auf dem Weltgipfel in Johannesburg als internationale Priorität festgelegt wurde. Gleichzeitig fehlen diesen Staaten weit überwiegend die Mittel für Vorsorge- und Anpassungsmaßnahmen. Das IPCC empfiehlt daher, die Klimafolgevorsorge zu einem zentralen Thema der Entwicklungszusammenarbeit zu machen. In der internationalen Kooperation Luxemburgs ist die vorsorgende Anpassung an künftige Klimaänderungen schon seit längerem ein Thema, dessen Schwerpunkte in Zusammenarbeit mit den Partnerländern festgelegt werden.

Der Schutz des Klimas sowie die Anpassung an den Klimawandel sind Querschnittsaufgaben, die nur in Zusammenarbeit unterschiedlicher Ressorts (interministerielles Komitee für Klimawandel) bewältigt werden können (vgl. → kohärente Gover-

nance). Luxemburg ist wegen seines hohen individuellen Energieverbrauchs und auf Grund des Tanktourismus darauf angewiesen, seine Kyoto-Ziele über den Erwerb von Zertifikaten aus dem Clean Development Mechanism zu erreichen; die langfristigen Kosten dieses Zustands sind nicht kalkulierbar.

Maßnahmen zur Vermeidung/Verminderung (IPCC: Mitigation)

- Stützung der umweltverträglichen Nutzung erneuerbarer Energien, einschließlich Biomassenutzung der zweiten Generation, um die resultierenden Umweltbelastungen und den Flächenverbrauch zu begrenzen und die lebenszyklusweite Energiebilanz deutlich positiv zu gestalten.
- Verringerung der CO₂-Intensität der Volkswirtschaft (kg/€ BIP) durch Effizienzsteigerung (Reduzierung des Energieverbrauchs in der Produktion z. B. von Baumaterialien) und Verbrauchsreduzierung, gestützt z. B. durch steuerliche Anreize (z. B. höhere Autosteuern).
- Reduzierung des Energieverbrauchs der Haushalte (z. B. bei Erstellung und Nutzung von Häusern, insbesondere durch Einsparungen im Niedertemperatur-Wärmebedarf durch Sanierung des Altbaubestands und Orientierung von Neubauten in Richtung Nullenergiehaus).
- Information für und Sensibilisierung der Haushalte für die Möglichkeiten des Energiesparens

Anpassung (IPCC: Adaptation)

- Die Vorsorge gegen Klimawandelfolgen beinhaltet beim Hochwasserschutz naturnahe und vorbeugende Maßnahmen gegen Hochwasserspitzen.
- Weitere Vorschläge für Anpassungsmaßnahmen (Stürme, Grundwasserverfügbarkeit, Gesundheitsfolgen, biologische Vielfalt und die Auswirkungen auf die entsprechenden Branchen) liegen nicht vor.

Verkehr → Versorgungssicherheit, → nachhaltige Raumstruktur

Zielkonflikte:

Falls Luxemburg weiter auf Kompensation eigener Emissionen durch CDM-Zertifikate setzt, ergeben sich – in Abhängigkeit von der Entwicklung der Zertifikatpreise – potenzielle Konflikte mit der Zukunftsfähigkeit der Finanzen (im Extremfall kann die Zahlung für Zertifikate sogar die Einnahmen aus dem Tanktourismus überkompensieren).

Steht dagegen die Reduzierung der Emissionen im Lande im Vordergrund, so ergeben sich Konflikte mit der Diversifizierung und der Verkehrsentwicklung (zu möglichen Gegenmaßnahmen s. u. a. → nachhaltige Raumstruktur).

Die Emissionen werden bei Diversifizierung und weiterem starken Wachstum der Wirtschaft tendenziell zunehmen.

Abstimmungsbedarf für eine kohärente Politik:

Querschnittsthema (→ kohärente Governance), abgestimmte Maßnahmen in den Bereichen Steuerpolitik, Wirtschaftsförderung, Gesundheitsvorsorge, Landesplanung, Forstwirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft, Wasserwirtschaft, Transport und Logistik usw.

STICHWORTVERZEICHNIS

A

Abfall	25	Qualifikation	14
betriebliche Abfälle	25	Anpassung	27
Fraktionen	25	Klimawandel	19
Haushaltsabfälle	25	Ansiedlung	19
Vermeidung	25	Arbeit	14
Verwertung	25	Autonomie	14
Abfallaufkommen	21	flexible Organisationsform	20
Haushalte	21	Arbeitnehmer/innen	14
Abfallpolitik	25	Arbeitsangebot	14
Abfallvermeidung	25	Arbeitsbedarf	22
Abfallverwertung	25	Arbeitsformen	14
Abstimmung	22	Durchlässigkeit	10
Ministerien	22	Arbeitskräfte	17
Abstimmungsprozesse	22	Entwicklungsländer	13
Regierung, Zivilgesellschaft	22	Nachfrage	8
Abwanderung	9	Potenzial	9
Unternehmen	9	qualifizierte Arbeitskräfte	13
Abwasser	24	Arbeitsleben	11, 13, 14
Schmutzfracht	7	Arbeitsmarkt	16
Abwasseranfall	7	Integration	23
Abwasseraufkommen	21	Arbeitsmöglichkeiten	17
Haushalte	7	Arbeitsort	23
Abwasserreinigung	17	Arbeitsperspektiven	23
Abwasserversorgung	17	Arbeitsplätze	13
Abwerbung	17	Behinderte, Unausgebildete	13
Arbeitskräfte	17	ländlicher Raum	14
Adaptation	27	Arbeitsplatzsicherheit	9
Agrarbiobiodiversität	26	Arbeitsproduktivität	14
Agrarchemikalien	24	Arbeitsschutz	22, 24
Agrareinkommen. <i>Siehe</i> landwirtschaftliches Einkommen	13	Arbeitsteilung	13, 14
Agrarprodukte	21	Arbeitsuchende	14
Agrarsektor	8	Arbeitsverwaltung	18
Agrarsicherungsfonds	19	Arbeitswelt	14
Aktionsplan	17	Arbeitszeit	14
aktive Mitwirkung	25	Arbeitszufriedenheit	14
Integration	17	Arbeitnehmer/innen	14
Aktivitätszonen	24	ältere/erfahrene Arbeitnehmer/innen	2, 11
Akzeptanz	12	Arme	11, 15
Ergebnisse	12	Armut	15
Alkoholmissbrauch	20	absolute Armut	15
Alleinstehende	27	Ausrottung	15
Alltagskultur	25	Bekämpfung	11
Altbaubestand	10	intergenerationeller Armutstransfer	11
Altbausanierung	20	relative Armut	11, 15
ältere Menschen	25	Armutsbekämpfung	11
Altersrenten	10	Mainstreaming	20
Altlasten	20	Armutsrisiko	11
Anerkennung	25	Armutschwelle	15
		Armutsüberwindung	Arten

Tiere, Pflanzen	16
Aufgabenteilung	
Staat, Kommunen	22
Aufklärung	21
Auflagen	24
Aufstiegsmöglichkeiten	20
Ausbildung	19
Diversifizierung	20
Erstausbildung	18
Ausbildungsangebot	8
Ausbildungsperspektiven	17
Ausbildungsziele	
qualitative Ausbildungsziele	14
Ausländer/innen	2, 13, 17, 23
Außenministerium	
interministerielle Arbeitsgruppe	15
Außenpolitik	15
Außenwirtschaftspolitik	15
Autosteuern	21, 27

B

Behinderte	10, 13, 14
Belastung	
Boden, Gewässer	26
Grundwasser	26
Umwelt	24
Belgien	22
Beratung	16
berufliche Tätigkeit	18
Berufsausbildung	14
Berufsbilder	18
Berufsleben	18
Beschäftigungsfähigkeit	14
Beschäftigungssicherheit	14
Beseitigung der Armut weltweit	15
Beteiligung	
Bevölkerung, Zivilgesellschaft	24
Betreuungsangebot	
Schüler/innen	13
Träger	13
Bevölkerung	24
natürlicher Lebensraum	21
sozioökonomische Zusammensetzung	18
Bewegungsmangel	12
bezahlte Arbeit	
Frauen	20
Bildung	
qualifizierte Bildung	16
Bildung für nachhaltige Entwicklung	19
Bildungsministerium	8
Bildungsniveau	18
Bildungspolitik	14, 18

Bildungssystem	19
Nachhaltigkeit	18
Bildungszeit	14
Bildungsziele	
qualitative Bildungsziele	13
Billigimporte	21
Binnenmarkt	25
Biodiversität	9
Gefährdung	26
Schutz	24, 26
Bioenergie	21
biologische Vielfalt	27
Gefährdung	26
Schutz	16, 23, 26
Verlust	24
Biomasse	10, 11, 13
Biomassenutzung der zweiten Generation	27
BIP	6, 15
Boden	26
negativer Impact	25
Restkontamination	25
Schutz	25
Bodenkontamination	25
Bodenqualität	
Sicherung	24
Brundtland-Kommission	2
Bürger/innen	16
Bürger/innensinn	17
Bürokratismus	22

C

CDM-Zertifikate	27
Chancengerechtigkeit	18
Chancengerechtigkeit, Kompetenzen, Qualifikationen	18
Chancengleichheit	2
Chemie	25
Chemikalien	
alternative Beurteilungsmethoden	25
Anwender	26
freier Verkehr	25
Hersteller	26
Importeure	26
Schutzniveau	25
Chemikalienzulassung	25
CIDD. <i>Siehe</i> Commission interdépartementale du développement durable	
Clean Development Mechanism	27
Cluster-spezifische Industrieparks	7
CO ₂ -Intensität	
Volkswirtschaft	27
Commission interdépartementale du développement durable	2
Corporate Social Responsibility	14

D

demografischer Wandel	14
Deutschland	22
dezentrale Konzentration	23
Dienste	
ambulante Dienste	14
Dienstleistungen	
Zugang	10, 11
Differenzierung	
Finanzbranche	6
Wirtschaft	6
Diversifizierung	
Landwirtschaft	7
Produkte	21
Wirtschaft	6, 13, 20, 25, 27
Diversifizierungsstrategie	23
Doppelarbeit	
Vermeidung	22, 24
Dorfstrukturen	23
Dritte Welt	21
Drogen	12
Düngemittel	26

E

eCommerce	7, 8
Effizienz	
Produktionsmittel	26
Effizienzsteigerung	
Energie	27
Einkommenssicherung	
ländlicher Raum	26
Einwohner/innen	16, 17
Elternzeit	13
emotionale Ausgeglichenheit	12
Energie	
umweltverträgliche Nutzung	27
Verbrauchsreduzierung	27
Energiebilanz	27
lebenszyklusweite Energiebilanz	27
Energienutzungseffizienz	10
Energiepflanzen	26
Energiesparen	
Haushalte	27
Energieverbrauch	21, 27
Haushalte	27
Produktion	27
Vermeidung	27
Verminderung	27
Entlohnung	
Arbeit, Produkte	21
Entsorgungsinfrastruktur	23
Entwicklungschancen	18

Einwohner/innen	18
Entwicklungshilfe	17
Entwicklungskontext	23
Entwicklungskooperation	22
<i>Siehe</i> Entwicklungszusammenarbeit	
Entwicklungsländer	17, 21
Entwicklungspfad	24
Entwicklungspläne	
regionale Entwicklungspläne	22
sektorale Entwicklungspläne	22
Entwicklungspolitik	15
Entwicklungsszenarien	22
Entwicklungsvorhaben	23, 24
Entwicklungszusammenarbeit	9, 15, 17, 24, 26
Instrumentalisierung	15
Erdwärme	25
Erholung	22
Erholungsgebiete	24
Erholungsmöglichkeiten	10
Ernährung	
falsche Ernährung	12
erneuerbare Energien	10, 14, 27
Erwärmung	
Erde	26
Erwerbsarbeit	9, 13, 14
Erwerbsleben	18
Erwerbsmöglichkeiten	13
Erziehungszeit	13
ethische Maximen	19
ethische Prinzipien	19
EU-Gesetzgebung	25
europäisches Umfeld	25
Evaluierung	
Resultate	20
existenzsicherndes Mindesteinkommen	10, 12
Existenzsicherung	13
exogene Faktoren	15
externe Entwicklungen	16, 18
externe Faktoren	23
externe Kosten	21
Extremereignisse	
Klima	26

F

Fachkompetenzen	8
Fachkräftemangel	7
Fachministerien	23
Fachplanung	
sektorielle Fachplanung	24
Fahrrad	23
fair gehandelte Güter	21

familiäre Unterstützung	14	ländliche Gemeinden	23
Familienarbeit	18	Gemeinwesenarbeit	13
Familienministerium	13	Gender-Aspekte	19
Familienpolitik	14	Gender budgeting	6, 19, 20
Festlegung		Gender-Kompetenz	19, 20
Ziele	20	Gender mainstreaming	6, 15, 26
Finanzberater/innen	15	Definition	19
Finanzen		Programme	20
Ausgeglichenheit	6	gender-sensitiv	15
Nachhaltigkeit	7	Gender training	15
Zukunftsfähigkeit	6, 27	Generationenwechsel	16
finanzielle Grundsicherung	16	gentechnisch veränderte Organismen	12
Finanzierbarkeit		Gerechtigkeit	16, 21
Güter	21	Geringverdiener	13
Finanzwirtschaft	7, 19	Geschlechtergerechtigkeit	18, 23
fiskalische Anreize	21	Geschlechterrollen	16, 18, 20
fiskalische Steuerungsmechanismen		Gesellschaft	16
Ressourcen	24	nachhaltige Gesellschaft	6
Flächenmanagement	23	gesellschaftliche Akteure	15
Flächennutzung	23	gesellschaftliche Akzeptanz	
Flächennutzungsplanung	23	Lebensstil	16
Flächenverbrauch	27	gesellschaftliches Leben	
flexible Arbeitszeit	14	Teilhabe	13
flexicurity	14	Gesellschaftsmodell	8
Folgenabschätzung	15	Gesundheit	25
Fördermaßnahmen	19	Definition (WHO)	12
Formulierung		geistige Gesundheit	12
Ziele	20	körperliche Gesundheit	12
Forschungseinrichtungen	9	physische Gesundheit	12
Forstwirtschaft	23, 27	Präventionsprogramme	12
Fortbildung	19	psychische Gesundheit	12
fossile Brennstoffe	25	Gesundheitsbedrohungen	
Frankreich	22	Schutz	12
Frauen		Gesundheitsbelastungen	19
Arbeitsmarkt	20	Gesundheitsdeterminanten	12
Führungspositionen	20	Gesundheitsdienstleistungen	13
Unternehmensgründung	7, 20	Gesundheitsförderung	12
Frauenbeschäftigung	20	Gesundheit sichern	12
Freiheit in Verantwortlichkeit	16	Gesundheitspflege	
Freiräume	23	kurative Gesundheitspflege	16
Freizeitnutzung	23	präventive Gesundheitspflege	16
Funktionselite	12	Gesundheitspolitik	
Fußgänger	23	nachhaltige Gesundheitspolitik	12
Futtermittel	12	Gesundheitsprobleme	26
		Gesundheitsschäden	
		Information	12
		Gesundheitsschutz	
		Arbeitsplatz	14
		Gesundheitssystem	12
		Gesundheitstechnik	8
		Gesundheitstechnologie	7
		Gesundheitsvorsorge	27
		Gewässer	19
G			
Ganztagsschule	14		
Garantieträger			
Politik, Administration	13		
Gebäudeheizung	25		
Gemeinden	22, 23		
horizontale Kooperation	22		

nachhaltige Bewirtschaftung	24
Schutz	24
Verschmutzung	19, 24
Gewerbegebiete	23
Gleichberechtigung	20
gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit	20
Gleichstellung	19
Gleichstellung von Frauen und Männern durch Gender mainstreaming	19
Gleichstellung von Männern und Frauen	14
globale Perspektive	19, 22
globales Denken	15, 19
Governance	22
horizontale Ziele	22
vertikale Ziele	22
Grenzgänger/innen	2
grenznahe Regionen	22
Grenzpendler/innen	2, 6, 8, 10
Grenzräume	22
Grenzregionen	22
grenzüberschreitende Zusammenarbeit	25
Grundbedürfnisse	11, 13
Grundwasser	24, 26
Schutz	26
Verfügbarkeit	27
Grundwasserqualität	24
Grundwasserreserven	24
Grundwasserressourcen	24
Grundwasserverbrauch	24
Grundwasservorrat	7
Grüngürtel	23
Güter aus regionaler Produktion	21

H

Habitate	
Tiere, Pflanzen	16
Handlungsfeld	21
Handlungsmöglichkeiten	19
Handlungsziele	3, 15, 20
Haushalte	27
Haushaltspolitik	
antizyklische Haushaltspolitik	6
Hochwasser	
vorbeugende Maßnahmen	27
Hochwasserschutz	27
Hochwasserspitzen	27
höhere Lehranstalten	19
horizontale Koordination	22
humanistische Werte	19
Hunger	26
Hygiene	24
Hygieneprobleme	26

Identität	21
Immigration	17
Indikatoren	20
Individualverkehr	9
Individuen	16
Industriebetriebe	25
Information	
Haushalte	27
Infrastruktur	26
Infrastrukturplanung	26
Initiativgeist	9, 16, 17, 20
Inklusion	18
inkonsistente Maßnahmen	22
inkonsistente Planung	22
Innovation	25
technologische Innovationen	24
institutionelles System	8
Institutionen	18
Instrumentenmix	21
Integration	17
Arbeitsmarkt	18
Ausländer/innen	2, 23
Integration in die Gesellschaft	18
integratives Verständnis	19
integrierte lokale Entwicklung	15
integrierte Programme	22
Intergovernmental Panel on Climate Change	26
interkommunale Kooperation	22
interministerielle Koordination	22
intermodale Nutzung	23
Internalisierung	
Kosten	21
internationale Organisationen	15
internationale Zusammenarbeit	2, 19
interne Entscheidungsprozesse	22
interne Koordination	22
interregionale Kooperation	22
IPCC. Siehe Intergovernmental Panel on Climate Change	
IVL	23

J

Johannesburg	22, 24, 26
Jugendliche	14

K

Kapazitätsbildung	
nachhaltige Entwicklung	22
karitative Organisationen	11
Kaufkraft	19

Kinderbetreuung	20	Komplementarität	
Kindergarten	14, 18	Vorhaben	23
Kinderhort	18	komplexe Systeme	16
kleine und mittlere Unternehmen	26	Konkurrenzfähigkeit	23
Klein- und Mittelbetriebe	7, 14	konsensuale Lösungen	16
Klima		Konsultationsprozess	2
Schutz	24, 26	konsultative Prozesse	3, 16
Klimaänderungen	26	Konsum	
Klimafolgensvorsorge	26	nicht-nachhaltiger Konsum	16
Klimagase		regionale Produkte	21
Emission	26	umweltgerechter Konsum	21
Klimaschutz	26	umweltverträglicher Konsum	21
Klimawandel	19, 24, 26	Konsumakte	21
Anpassung	26	Konsummuster	21
Gesundheitsfolgen	27	Kontextualisierung	
Hauptverursacherländer	26	Probleme	18
Vorsorge	27	kooperative Lösungen	16
Vorsorgemaßnahmen	26	Koordinationsstrukturen	23
vorsorgende Anpassung	26	Kostenübernahme	7
Klimawandelfolgen	27	Kostenwettbewerb	9
Klischees	20	Krankheiten	
KMU	8	chronische Krankheiten	12
<i>Siehe</i> Klein- und Mittelbetriebe, kleine und mittlere Unternehmen		Krankheitsvorbeugung	12
Knapppheiten	19	Kultur	23
Koevolution	16	kulturelles Erbe	23
Kohärente Governance	22	kulturelle Werte	21
kohärente Implementation		Kulturerbe	23
Ziele	22	künftige Generationen	2
kohärente Mittel	22	kurze Wege	21
Kohärenz	22	Kyoto-Ziele	27
kollektive Lernprozesse	16, 18		
Kommission für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen	2	L	
kommunale Autonomie	22	Landesentwicklung	22
Kommunen	22	Landesplanung	27
Kommunikation		Landfläche	26
Bevölkerung, Zivilgesellschaft	24	ländliche Entwicklung	
inklusive Kommunikation	22	Programm	26
soziale Kommunikation	13	ländlicher Raum	13, 21, 23, 26
Kommunikationsfähigkeit	14	Landnutzer	
Kompensation		Land-, Forstwirtschaft	23
Emission	27	Landnutzung	24
Kompensationsmaßnahmen	7	regionaltypische Landnutzung	23
Kompetenzaufbau	9	Landschaft	23
Kompetenzen	18	Schutz	24, 25
Aufteilung	22	Landschaftspflege	21
Kompetenzentwicklung	9	Landschaftsverträglichkeit	2
Kompetenznischen der Zukunft	9	Landwirtschaft	23, 26, 27
kompetenzorientierter Unterricht	18, 19	bäuerliche Landwirtschaft	21
Kompetenzvermittlung	18, 19	Beratung	26
komplementäre Aufgabenzuschnitte	24	Deintensivierung	26
komplementäre Zuständigkeiten		Einnahmequellen	26
Staat, Kommunen	22	Erwerbschancen	21

34

Niederschlagswandel	24	Planung	
Niedertemperatur-Wärmebedarf		Kohärenz	24
Haus	27	themenübergreifende Planung	23
Niedrigenergiehaus	25	Planungsprozesse	22
Nordstad	9, 23	Planungsverfahren	22
Nord-Süd-Fragen	19	Politikfolgenevaluation	22
Nullenergiehaus	27	Politikintegration	2, 6
Nutzung pro Einwohner	24	politische Beteiligung	
Nutzungseffizienz	24	Ausländer/innen	17
		Preiserhöhungen	21
		Prekarisierung	10
		Definition	12
		potenzielle Prekarisierung	12
		Prekarisierung vermeiden / vermindern	12
		Primärschule	13
		Prioritäten	22
		Privatleben	18
		Problemerkennung	18
		Problemlösung	18
		Problemlösungskompetenz	18, 19
		Produkte	
		Hochpreissegment	9, 26
		nachhaltige Produkte	21
		regionale Produkte	21
		Produktion	27
		nicht-nachhaltige Produktion	16
		Produktionsfaktoren	10
		Produktionsstrukturen	21
		produktive Nutzung	26
		Produktivpotenzial	14
		Produktwahl	21
		Programme directeur	23
		Projektionsfläche	21
		Q	
		Qualifikation	14, 18
		Arbeitnehmer/innen	20
		außerberufliche Qualifikation	14
		berufliche Qualifikation	14
		Qualifikationsbestandteil	16, 18
		Qualifikationsniveau	18
		Qualifikationsprozesse	18
		Qualität	
		nachprüfbare Qualität	21
		Qualitätsorientierung	9
		Qualitätswettbewerb	9
		Qualitätsziel	19
		Qualitätsziele	2, 15, 20
		quantitativer Faktor	24
		Querschnittsaufgabe	19, 26
		Querschnittsthema	20, 21, 27
O			
Oberflächengewässer	19, 24, 26		
Obst- und Gemüsebau	21		
öffentliche Ausschreibungen	9		
öffentliche Flächen	17		
öffentliche Gesundheit			
Förderung	12		
öffentliche Haushaltsmittel	15		
öffentliche Infrastrukturen	23		
öffentliche Investitionen	6		
öffentliche Transportmittel	25		
öffentliche Verkehrsmittel	23		
öko-effiziente Technologien	10		
ökologische Kosten	21		
ökonomische Anreize	21, 24		
ökonomische Diversifizierungsziele	26		
ökonomische Instrumente	21		
Ökosysteme	16		
Organisationsdienstleistungen	7		
P			
pädagogische Ziele	13		
Paris Declaration on Aid Efficiency	15		
Partizipation			
Kultur	23		
Partizipationsfähigkeit	21		
Partizipativgeist	17		
Partnerländer	17, 26		
Partnerschaft Stadt-Land	23		
Passivenergiehaus	25		
Pendler/innen	13		
Persönlichkeit			
Expression	21		
Konstruktion	21		
Persönlichkeitsbildung	18, 19		
Pflanzenschutzmittel	26		
Pflanzenzucht	26		
pflegebedürftige Menschen	20		
Pflegeberufe	20		
Pflegeeinrichtung	14		
Pflegezeit	13		

R

Radfahrer	23
Randgruppen	13
Raum	
Verdichtung	23
Raumentwicklung	
nachhaltige Raumentwicklung	24
räumliche Organisation	9
raumplanerisches System	24
Raumplanung	7, 8, 23, 26
Monitoring	24
Raumplanungspolitik	21
Raumstruktur	23
Raumverträglichkeit	6, 9
raumwirksame Politikfelder	23
REACH. <i>Siehe</i> Verordnung zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Schadstoffe;	
<i>Siehe</i> Registration, Evaluation and Autorisation of Chemicals	
nationale Auskunftsstelle	26
REACH Helpdesk	26
REACH-Verordnung (EU)	25
rechtliche Rahmensetzung	21
Recycling	24
Recyclingmaterialien	10
regenerative Energien	25
Regenwassernutzung	24
Regierung	22
interministerielle Aufgabenteilung	22
interministerielle Koordination	22
interministerielles Komitee für Klimawandel	26
Regierungsrat	2
regionales Zentrum	23
Regionalwirtschaft	21
bodengebundene Regionalwirtschaft	21
extensive Regionalwirtschaft	21
naturnahe Regionalwirtschaft	21
Regionen	
Identität	23
multifunktionale Regionen	23
Registration, Evaluation and Autorisation of Chemicals	25
Registrierung, Bewertung und Zulassung von Chemikalien	25
Rentensicherung	17
Rentner/innen	10
Reproduktivität	16
System	16
Reproduktivität sichern	16
Ressourceneffizienz	14
Ressourcenkonsum	9
Reduktion	10
Ressourcenproduktivität	9, 14
Ressourcensteuern	24

Ressourcenverbrauch	14
Rio	22
Risikomanagement	
Altlasten	25
RMG	12
<i>Siehe</i> revenu minimum garanti	
Rückkehr in den Beruf	18

S

Sanierung	
Altbauten	27
Sanierungsmaßnahmen	25
Säulenbereiche	19
Schadstoffbelastung	
Verringerung	14
Schadstoffe	
atmosphärische Schadstoffe	25
Emission	27
Luftschadstoffe	25
Reduktionspotential	25
Schienenverkehr	7, 23
Schlüsselkompetenzen	8
Schulabbrecher	16
Schulabbrecherquote	18
Schule	
Jahrgangswiederholung	18
Schülerbevölkerung	18
Schüler/innen	18
schulische Erziehung	18
schulische Leistungen	13, 14, 18
schulischer Bildungsauftrag	19
schulischer Misserfolg	13, 18
schulisches Angebot	20
Schulspeisung	11
Schulsystem	18
Differenzierung	18
Flexibilisierung	18
Schutz der natürlichen Ressourcen	24
Schutzsysteme	
soziale Schutzsysteme	12
Schwerpunktformulierung	15
Segregation	2
Selbstorganisationsfähigkeit	
System	16
Selbstreinigungskraft	
Natur, Ökosysteme	16
Selbstversorgung	10
Selbstverwirklichung	16
Selbstwahrnehmung	21
selektive Spezialisierung	9
Sensibilisierung	19
Haushalte	27

Serviceleistungen		Steuerfinanzierung	11, 14
Landwirtschaft	11	Sozialverträglichkeit	6, 9
Sicherheit	23	Spezialisierung	
persönliche Sicherheit	9	multi-sektorielle Spezialisierung	7, 8
Siedlungsgebiete	23	Spitzenforschung	9
Solarenergie		Staat	22, 23
thermische Solarenergie	25	Staaten	
Solidarität	16	arme Staaten	26
Sozialabgaben	14	staatliche Einnahmen	6
sozial benachteiligte Gruppen	13	staatliche Strukturen	22
soziale Aspekte	23	Stabilitäts- und Wachstumspakt	6
soziale Einbindung	23	Stadt der kurzen Wege	23
soziale Gleichstellung		städtische Gebiete	23
Randgruppen, Ausländer	13	städtischer Raum	23
soziale Gruppen	17	Stadt Luxemburg	9
soziale Härten	21	Stadtstrukturen	17
soziale Herkunft	13, 14, 18	Standards	24
soziale Integration	14, 17	Standortfaktor	
soziale Kohäsion. <i>Siehe</i> sozialer Zusammenhalt		Industrie	10
soziale Kosten	21	Standortfaktoren	
soziale Leistungen	13	weiche Standortfaktoren	9
soziale Nachhaltigkeit	21	Standort Luxemburg	2, 9, 15
soziale Netze		Standortvorteile	8
Erosion	12	Starkregen	26
soziale Polarisierung	23	Stereotypen	20
soziale Qualität		Steuerfinanzierung	
Wohnumfeld	23	Sozialsysteme	11, 14
sozialer Absturz	12	steuerliche Anreize	27
sozialer Hintergrund	18	Steuerpolitik	27
sozialer Zusammenhalt	2, 11, 17	Strategiepapier	2
Gesellschaft	16	Strukturindikatoren (EU)	6
Soziales		Sturm	26, 27
Säule	19	Sturzregen	26
soziale Segregation	17, 23	Substitute	10
soziale Sicherheit	16	Suizidrisiko	12
soziale Sicherungssysteme	17	Syndikate	22
soziales Sicherheitssystem	8	Synergien	15, 22, 23
Sozialisation			
nicht-nachhaltige Sozialisation	11	T	
Sozialkompetenz	14	Tabakkonsum	12
Sozialleistungen	9, 10	Tanktourismus	6, 27
sozial-ökologische Umgestaltung		technische Infrastruktur	9
Prooduktion, Konsum	16	technischer Standard	25
Sozialpartner	16	Teilzeit	14
Sozialpolitik	14	Telekommunikation	7, 8
Sozialschutz	12	Tiergesundheit	12
Sozialschutzsystem	11, 14	Tierschutz	12
Sozialstaat	6	Tourismus	22, 26, 27
Sozialstaatsprinzip	6	sanfter Tourismus	21
Sozialstandards	2, 9	Transfer	15
Sozialstatus	18	Transfereinkommen	11
Sozialsysteme			

Transport	23, 27
Transportbedarf	23
transversale Aktivität	15
Trinkwasser	24
Trinkwasserprobleme	26
Trinkwasserreserven	24, 26
Trinkwasserverknappung	26
Trinkwasserversorgung	17, 24
Trockenperioden	26

U

Umlandgemeinden	23
Umsetzungsstrategien	22
Umwelt	16, 19, 23
Belastbarkeit	19
Quelle	19
Säulen	19
Senke	19
Umweltaspekte	15
Umweltbelastung	12, 14, 16, 27
Umweltkriterien	21
Umweltplanung	23
Umweltqualität	
Umgebung	23
Umweltschonung	21
Umweltstandards	2, 9
Umwelttechnik	8
Umwelttechnologie	7
Umweltverbund	8, 9, 10, 23
Umweltverschmutzung	
Information	12
Umweltverträglichkeit	2, 6, 9
Unausgebildete	13
Unfallvorsorge	14
Ungleichheiten	
Wahrnehmung, Analyse	20
Universität	19
UN Millennium Goals	11
Unternehmergeist	20
Unternehmer/innengeist	7, 16
Unterprivilegierte	11
Unterstützungsleistungen	13
urbane Lebensqualität	23
urbanes Leben	23
urbane Zentren	23

V

Verbraucher/innen	
Empowerment	10
Verbrennungsabgase	25
Verbrennungsrückstände	25

Verkehr	
Unfallrisiken	23
Verkehrsentwicklung	27
Verkehrslärm	23
Verkehrsplanung	23, 26
Verkehrssicherheit	26
Verkehrsverbindungen	23
Verkehrsvermeidung	23
Vernetzung	
Land	22
Verordnung zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Schadstoffe (EU)	12
Verschwendungsvermeidung	16
Versorgung	
Individuen, Haushalte, Wirtschaft	10
Versorgungsarbeit	9, 13
familiäre Versorgungsarbeit	16, 18
Versorgungsberufe	20
Versorgungsinfrastruktur	23
Versorgungssicherheit	10
Bürger/innen	10
Wirtschaft	10
Versorgungsstrukturen	20
vertikale Koordination	22
Verursacherprinzip	21
Visionen	21
Volkswirtschaft	27
Vollbeschäftigung	13
Vollzeit	14
vorausschauende Analyse	
Entwicklung	16
Vorsorgeprinzip	26

W

Wachstum	
Bevölkerung, Wirtschaft	23
Wirtschaft	27
Wachstumsrate	2
Wald	26
Wasser	24
geschlossener Kreislauf	24
Quelle	19
Schutz	24
Substitution	24
Wiederverwendung	24
Wasserknappheit	19
Wassernutzung	24
Wasserverbrauch	7, 19
Wasserversorgung	24
Wasserwirtschaft	27
Weiterbildung	18
Weltgipfel	

Johannesburg	24, 26	zukünftige Generationen	18
Welthandel	15	Zukunftsbild für ein nachhaltiges Luxemburg	2
Werte	18	Zukunftsfähigkeit der Finanzen	6
Werterziehung	18, 19	Zukunftssicherheit	
Wertesystem	10	Verlust	12
Gesellschaft	11	Zukunftsvorsorge	6
Wertevermittlung	19	Zusammenhalt der Gesellschaft	13
Wertschöpfungskreislauf	23	Zuwanderer/innen	8
wettbewerbsfähige Ökonomie	7	Zuwanderung	17
wettbewerbsfähige Wirtschaft	23		
Wettbewerbsfähigkeit	25		
Land	9		
Wettbewerbsfähigkeit sichern	8		
Wirtschaft	2, 16, 23, 27		
Bestandsfähigkeit	20		
Cluster	8		
Energieintensität	7		
Säule	19		
selektive Diversifizierung	19		
selektive Spezialisierung	24		
Strukturwandel	13		
zukunftsfähige Strategien	16		
Wirtschaft krisensicher machen	6		
wirtschaftliche Integration	17		
Wirtschaftsförderung	8, 15, 27		
Wirtschaftsformen	26		
Wirtschaftskreislauf	25		
Wirtschaftsplanung	7, 26		
Wirtschaftspolitik	21		
Wirtschafts- und Sozialordnung	16		
Wirtschaftswachstum	14		
Messung	16		
qualitative Komponente	16		
Wissen	18		
Wissensvermittlung	18, 19		
transversaler Ansatz	19		
Wohlstandsdilemma	10		
Wohlstandsgesellschaft	24		
Wohlstandsniveau	19		
Wohlstandsproduktion	11		
Teilhabe	13		
Wohnort	23		
Wohnraum	10, 13, 17, 23		
Wohnumfeld	17, 23		
Wohnungsstandard	10		

Z

Zersiedelung	23
Zertifikate	
Clean Development Mechanism	27
Zivilbevölkerung	15
Zivilgesellschaft	2, 16, 22, 24

